

Wege zum
sozialen
Stadtteil

Wie wohnen?
Wer mit wem?
Oder jeder für sich?

Jahrestagung Stadtteilarbeit 2011





Wege zum **sozialen Stadtteil**

Wie wohin?
Wer mit wem?
Oder jeder für sich?

Jahrestagung Stadtteilarbeit 2011

Veranstaltet vom **Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.**,
Dach- und Fachverband der Nachbarschaftsheime,
Bürgerhäuser und Stadtteilzentren

15. - 16. November 2011
JugendKulturZentrum PUMPE
Lützowstraße 42, 10785 Berlin



Inhaltsverzeichnis

Seite

4	Eröffnungsreferate Birgit Monteiro Alle Wege führen nach Rom – keiner oder einer zum sozialen Stadtteil? Prof. Dr. Simon Güntner „Soziale Stadt – was wollen wir eigentlich retten?“
20	Forum A Das Geld ist da, aber (immer) woanders. <i>Programme und Förderungen in Europa, im Bund, in den Ländern.</i>
32	Forum B Soziale Stadt versus Sozialraumkoordination: Wer kann es besser? Analysen und Konzepte. <i>Wie passen die Ziele der Bundesprogramme, von Länderkonzepten und lokalen Konzepten zusammen?</i>
50	Forum C Mit jeder Brille sieht man anders. <i>Perspektiven auf den Stadtteil</i> (Soziales, Stadtentwicklung, Verwaltung, Bürger, verschiedene Träger von Quartiersmanagement u.a.)
64	Fishbowl Offene Diskussionsrunde mit Berichten aus den Foren
74	Referat Prof. Dr. Stephan Wagner Selbstbestimmung und Selbsthilfe – seid bei den Menschen und nutzt alles, was ihr habt!
80	Forum A Gentrifizierung versus Ghettoisierung <i>Erfolge durch oder trotz Quartiersmanagement? Wer misst wie Erfolg oder Misserfolg?</i>
86	Forum B Bürgerbeteiligung: Emanzipation oder Suggestion? <i>Bestandsaufnahme der Instrumentarien, jeweilige Vor- und Nachteile. Teile und herrsche? Anhörung und Entscheidung. Legitimation und Sinn.</i>
102	Forum C Konkurrenz oder Koexistenz? <i>Nachbarschaftsarbeit versus Quartiersmanagement. Und Mischformen.</i>
120	Forum D Wohnungswirtschaft bündigt demographischen Wandel im Stadtteil? <i>Innovative Projekte von Wohnungswirtschaft und Nachbarschaftseinrichtungen.</i>
138	Abschluss Diskussionsrunde , Resümee und Ausblick: Nachhaltigkeit und Ziele. <i>Wie weiter nach 2012?</i>

Teilnehmerliste, Impressum

Vorwort im Nachgang: Jahrestagung Stadteilarbeit 2011

Wer wird sich die Zeit zum Lesen dieser Dokumentation nehmen? Die ca. 180 Teilnehmer_innen der Tagung? Geldgeber_innen? Student_innen, die nach geeignetem Stoff für eine Belegarbeit zum Thema „Soziale Stadt“ suchen? Vertreter_innen von Politik, Verwaltung und Bürgergesellschaft, denen eine soziale Stadt am Herzen liegt?

Wie viel Prozent der Arbeitszeit dürften Sie, du, ich, wir uns mit dem Lesen Zeit nehmen? Es wäre jedenfalls eine wertvolle Zeit. Zeit außerhalb des Hamsterrades minutengenaue Arbeitszeiterfassungsbögen, außerhalb von Antrags-, Abrechnungs- und Berichtslogik. Zeit der Besinnung auf Fachlichkeit, Qualität der Arbeit und kritische Debatte.

Begrenzung und Breite, diese Spannung steckte auch im Thema der Tagung. Wie kam es eigentlich zu der Reduzierung auf ein kleines Förderprogramm, wenn wir heute von „Sozialer Stadt“ sprechen? Warum denken und arbeiten wir vor allem in den Grenzen eines Gebietes, eines Quartiers, wenn es uns doch um Community, um Gemeinschaft geht? Welche Strukturen braucht es, um nicht nur die Bürger_innen nach Feierabend, wenn sie ihren professionellen Mantel abgelegt haben, zu beteiligen? Können wir auf die entstandenen Formen lokaler Demokratie verzichten, nur weil gerade das entsprechende Förderprogramm beendet wird? Wie kann man positive Erfahrungen und Entwicklungen verstetigen, also aus der Sonderprogrammwelt in die Regelstrukturen überführen? Reden Stadtentwickler_innen und Sozialarbeiter_innen verschiedene Sprachen? Meinen wir alle dasselbe, wenn wir von „Sozialer Stadt“ sprechen? Und was wollen und brauchen die Bürger_innen? Fragen über Fragen.

Den Leser_innen dieser Dokumentation wünsche ich das Nacherleben einer spannenden Debatte, das Finden einiger Antworten und die Herausforderung durch zahlreiche ungelöste Problem- und Fragestellungen.

Birgit Monteiro



Birgit Monteiro

Alle Wege führen nach Rom – keiner oder einer zum sozialen Stadtteil!?

Prof. Dr. Simon Güntner

„Soziale Stadt – was wollen wir eigentlich retten?“

Willy Eßmann: Herzlich willkommen zu unserer Jahrestagung 2011 „Wege zum sozialen Stadtteil – Wege zur sozialen Stadt“. Wir beginnen heute den zweiten Teil der diesjährigen Tagung, nachdem wir bereits gestern das 60-jährige Jubiläum des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit gefeiert haben. Dort haben wir uns thematisch sehr stark mit der Historie des Verbandes beschäftigt und gesehen, was für eine Brückenbauerfunktion der Verband für sozial-kulturelle Arbeit hat und haben kann.

Beginnen werden wir mit zwei Impulsreferaten. „Alle Wege führen nach Rom: (K)einer zum sozialen Stadtteil?“ lautet der Titel des Referats von Birgit Monteiro, der Geschäftsführerin des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit. Und „Soziale Stadt – was wollen wir eigentlich retten?“ fragt Prof. Dr. Simon Güntner von der Hochschule für Angewandte Wissenschaft in Hamburg.

In den Fragestellungen der heutigen Tagung schwingt der Wunsch nach Zusammenhalt, der Wunsch nach Gestaltung und Teilhabe, kurz: der Wunsch nach einer solidarischen Stadt mit. Welche Wege allerdings beschritten werden müssen, damit wir dieser Vision näher kommen, ist nicht unumstritten. Vor zwei Wochen wurde das Quartiersmanagementbüro von Schöneberg-Nord angegriffen und mit Steinen beworfen. Das macht deutlich: Es gibt ganz unterschiedliche Widersprüche in diesem Prozess zur sozialen Stadt.

Ob nun alle umstrittenen Wege nach Rom führen oder ob manche zum solidarischen und zum sozialen Stadtteil führen, das ist das Thema des ersten Impulsreferates, wozu ich recht herzlich unsere Geschäftsführerin Birgit Monteiro begrüße.



„Alle Wege führen nach Rom: (K)einer zum sozialen Stadtteil?“

Eröffnungsreferat I

Birgit Monteiro,

Geschäftsführerin VskA

Birgit Monteiro: Alle Wege führen nach Rom – keiner oder einer zum sozialen Stadtteil!? Ich muss mit einem Geständnis beginnen. Als ich mir die Überschrift für mein Referat überlegte, war ich mir noch nicht sicher, wo ich ankommen würde, also schauen wir mal.

Von Kindheit an habe ich sie gesucht, die soziale Stadt. Ich habe sie in Rom und Athen gesucht, in Berlin-Lichtenberg, in ganz Berlin, in Deutschland, Europa und New York, aber gefunden habe ich sie nicht. Bisher jedenfalls nicht.

1884 gründeten Bürgerinnen und Bürger im verrufensten und gefährlichsten Quartier Londons das erste Nachbarschaftshaus, die legendäre Toynbee-Hall. Das Besondere war, dass die Menschen dort nicht nur arbeiteten, sondern gemeinsam mit den Ärmsten lebten. Menschen, die gebildet und vermögend waren, lebten in dem schrecklichsten Teil Londons gemeinsam mit den Armen.

Als dieses Modell dann nach Deutschland bzw. Hamburg kam, in die ersten Volksheime bzw. Nachbarschaftshäuser, wurde es ein bisschen abgewandelt, weil sich das gemeinsame Leben nicht hat umsetzen lassen.

Es waren tatsächlich vermögende Menschen, die mit Bildungs- und Freizeitangeboten in die Kieze gegangen sind, mit Ferienreisen und Betreuung. Menschen mit Geld und Bildung übernahmen Verantwortung.

Heute gibt es eine sehr große Zahl von Nachbarschaftshäusern, sozialen Treffpunkten, Bürgerhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Stadtteilzentren, Quartiersmanagements, Familienzentren, und wie sie alle heißen, die mit Programmen gefördert werden.

Wir brauchen heute darüber hinaus ein Programm samt Sonderfinanzierung, dessen Ziel es ist, dass das Kulturamt mit dem Jugendamt, das Jugendamt mit dem Schulamt und das Schulamt mit dem Sozialamt, und

alle gemeinsam mit freien Trägern und Bürgern reden. Es ist klar, dass ohne die staatliche Förderung die Anzahl an heutigen Einrichtungen nicht entstanden wäre. Die Kehrseite sehen wir aber auch, nämlich wir verlernen mehr und mehr aus eigener Kraft tätig zu werden, das, was einst das Wesentliche für unsere Gründungsväter und Gründungsmütter war.



Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist es, den klassischen Sozialarbeiter überflüssig zu machen, weil er so nicht mehr gebraucht wird. Das sagte vor zehn Jahren auf der Jahrestagung des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit Rolf-Peter Löhr vom Deutschen Institut für Urbanistik. Und Ellis Huber erwartete damals einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Gesundheits- und Sozialwesen. Er wählte als Bild den Arzt, der künftig darauf vertrauen würde, dass der Patient am besten wüsste, was für ihn gut sei und man gemeinsam nach Wegen suche, um die Gesundheit zu entwickeln.

Den Sozialarbeiter haben wir heute immer noch. Ich vermute, dass dies nicht mit dem Vermögen oder Unvermögen der Einzelnen zu tun hat, sondern mit Strukturen und Mechanismen, weshalb ich mir einige davon genauer angeschaut habe.

Die **erste These**, die nicht wirklich überraschend ist: Das Denken in Programmen hat das Programm „Soziale Stadt“ hervorgebracht. Ich interpretiere Programme als den Versuch des Staates, auf problematische Entwick-

lungen zu reagieren, denen er mit seiner bisherigen Art zu handeln aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr beikommt. Vielleicht, weil er zuvor die Regelfinanzierung zu stark gekürzt hat, weil er Impulse der Zivilgesellschaft zur Problemlösung braucht, zum Beispiel bei den Fragen des demografischen Wandels. Und natürlich auch, weil er durchaus bereit ist, hier und da neue Wege zu gehen, die Flexibilität, Kreativität und Effektivität der freien Träger zu schätzen weiß.

Aber schon mit der Ausschreibung eines Programms zieht sich der Staat ein Stück aus seiner Verantwortung zurück. Er gibt das Geld, er bewertet vielleicht tatsächlich die Ergebnisse, vor allem aber wacht er über die Einhaltung der Formalien.

Zweite These: Wir brauchen Mechanismen, in denen klar ist, dass der Staat weiterhin Verantwortung trägt und dieser auch nachkommt, zum Beispiel durch Kooperationen.

Mir fallen gemeinsame Projektteams ein, gemeinsam betriebene Einrichtungen, die es auch gibt, öffentlicher Dienst und freier Träger, und stelle mir das Aufeinandertreffen dieser verschiedenen Mentalitäten vor. Auch das sind Parallelwelten. Aber durch solche Begegnungen und das gemeinsame Arbeiten an einem Ziel wird mehr bewegt, als zunächst mit dem Projekt ins Auge gefasst wurde.

Hinzu kommt, dass durch die Übertragung von staatlichen Aufgaben an private Träger ein Problem entsteht: Der Staat verliert Kompetenzen, fachliche Kompetenz, Methodenkompetenz, Erfahrungskompetenz, Kompetenz im wirtschaftlichen Führen von Projekten und Einrichtungen, aber auch bei der Fördermittelakquise.

Ich stelle mir ein Nachbarschaftshaus vor, das in kommunaler Hand mit einem Finanzvolumen von 80.000 Euro betrieben wird, mit Aufgaben und Zielstellungen, die im Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren vereinbart sind. Als Sahnehäubchen vielleicht noch obendrauf die Vorgabe, 40.000 Euro an europäischen Fördergeldern zusätzlich zu akquirieren und zu bewirtschaften.

Der Erkenntnisgewinn wäre für alle Beteiligten enorm. Besonders erfreulich wäre, dass sich ganz andere Fra-

gen in den Vordergrund schieben würden, fachliche Fragen, Fragen nach geeigneten Instrumenten der Bürgerbeteiligung, nach der praktischen Umsetzung von Sozialraumorientierung. Das sind Debatten, die ich manchmal vermisste.

Wir brauchen also einen Staat, der zu seiner Verantwortung steht. Und wir brauchen einen kompetenten Staat.

Dritte These: Sonderprogramme bringen eine Bedeutungsreduktion. Wir sehen das beim Programm „Soziale Stadt“. Wenn wir von „sozialer Stadt“ reden, meinen wir fast immer das Programm mit dem gleichen Namen. Die Initiative „Rettet die soziale Stadt“ meint nicht die soziale Stadt, sondern das Programm und die damit verbundenen Finanzierungen.

Wir sehen es aber auch bei dem Stadtteilzentrenvertrag, der zu einer Reduzierung der Einrichtungen führt, die von diesem Vertrag gefördert werden. Und vieles andere, was ringsherum in der Stadt passiert, verschwindet aus dem Blickfeld.

Diese Zuspitzung auf Probleme kann manchmal sinnvoll sein, aber als Dauerstrategie ist sie, glaube ich, nicht geeignet.

Eine weitere Erkenntnis, die uns allen gemeinsam ist: Sonderprogramme setzen falsche Akzente. Gerade weil es sich um Sonderprogramme und nicht um Regelfinanzierungen handelt, muss der Staat definieren, wer in den Genuss dieser zusätzlichen Mittel kommt. Man muss oft der ärmste oder problematischste Kiez sein, der Kiez mit dem höchsten Migrantenanteil, um überhaupt in den Genuss einer Förderung zu gelangen.

Es mag für diese Entwicklung objektive Ursachen geben, aber ich denke, es gibt auch immer Möglichkeiten, vor Ort zu reagieren. Manchmal werden durch solche Sonderprogramme gerade dann die belohnt, die vorher Entwicklungen unterschätzt oder einfach nicht auf sie reagiert haben.

Wie wäre es, wenn der Kiez eine Projektfinanzierung bekommt, der zum Beispiel dreimal in Folge die Zahl

der Schulabgänger erhöht, die mit einem Abschluss die Schule verlassen? Oder warum nicht die Erfahrungen der Wohnungsunternehmen zu der Frage nutzen, wie die richtige Mischung im Quartier ist und wie man sie erreichen kann? Patenschaften zwischen sogenannten Problem-Kiezen und Vorbild-Kiezen wären für mich auch interessante Projekte.

Heute ist es so, dass man erst mal schlecht genug sein muss, um in den Genuss einer Förderung zu kommen. Wenn man aber Probleme löst und erfolgreich arbeitet, fällt man oftmals aus der Förderung heraus.

Zu den falschen Anreizen kommen Rituale oder Verfahren, die mit der Finanzknappheit begründet werden. Wir alle kennen folgende Situation: Wir sind in einem Kiez tätig, in dem es ein Problem gibt, aber es gibt kein Geld. Es findet sich aber noch ein bisschen Geld für eine Studie, um das Problem genauer zu untersuchen. Es werden Daten erhoben, ob der Schwere der Probleme werden weitere detaillierte Daten benötigt. Darüber vergehen ein paar Jahre, während derer sich die Probleme weiter zuspitzen.

Irgendwann eskaliert die Krise derart, dass man sofort intervenieren muss. Wir kennen die Projekte – Task Forces, Kiezstreifen –, mal als 1-Euro-Jobber, mal mit privaten Wachschutzunternehmen auf dem Schulhof. Oftmals bringen die Datenerhebungen das Ergebnis, was alle Beteiligten schon vorher wussten, aber nun ist es legitimiert, Geld auszugeben.

Es wird ein Datenwust gesammelt, auf den viel später reagiert wird und der den Zustand von vor längerer Zeit widerspiegelt. Ein wichtiges Problem dabei ist auch, dass gar nicht alle Daten, die für unsere Arbeit relevant sind, erfasst werden. Wie etwa die Frage, was der Bürger bereit ist einzubringen und beizutragen, das wird in keiner Befragung bzw. Auswertung von Sozialdaten erfasst. Hier kommen die Träger vor Ort ins Spiel, die Nachbarschaftshäuser, die mit den Bürgern gemeinsam agieren und gerade in solchen Informationen ihre Stärken haben.

Der sogenannte „normale Bürger“ denkt nicht in Programmen. Beim Quartiersmanagement Rollberg stand

auf der Homepage: Bewerben Sie sich mit Ihren Ideen, wir finden einen Träger, der sie umsetzt! Der Bürger entwickelt zwar die Ideen, die Umsetzung wird aber dann einem freien Träger übertragen, der Träger delegiert die Finanzierung wiederum an den Staat. Jeder delegiert ein



Stück Verantwortung weiter. Auch der Träger kann sich dann natürlich, wenn etwas nicht gut läuft, auf die Argumentation zurückziehen, dass die Idee nicht so besonders war, er aber das umgesetzt habe, was der Bürger wollte. Oder falls der Staat die Vorgaben macht, dann ist das Argument, dass man sich nach diesen richtet habe. Der Bürger möchte vielleicht sogar in Ruhe gelassen werden – solange es keine Probleme gibt, die ihn direkt tangieren.

Ich bin bei meinen Überlegungen beim Thema Bürgerbeteiligung angelangt. Wann greift Bürgerbeteiligung? Der Arzt, der im Sozialraum arbeitet, wird für uns in dem Moment interessant, wenn er seinen Arztkittel ablegt, nach Hause geht, und sich ehrenamtlich im Nachbarschaftsheim betätigen will. Aber solange er in seiner Profession tätig ist, so wie wir alle, wenn wir in unseren Berufen tätig sind, kommen wir unter dem Aspekt Bürgerbeteiligung nicht vor.

Es ist die Frage, was da an Ressourcen verloren geht, weil die meisten Menschen gerade in ihrem beruflichen Umfeld große Kompetenzen haben und zu Problemlösungen beitragen können. Ich denke auch an Mitarbeiter in Verwaltungen, die vielleicht oft eigene Ideen haben,

die sie gerne umsetzen wollen, die sie aufgrund von Strukturen an ihrem Arbeitsplatz jedoch nicht umsetzen können.

Die Frage ist auch, inwieweit Bürger Bürgerbeteiligung organisieren können, wenn sie selbst in Strukturen tätig sind, die das nicht unbedingt befördern. Als ich noch Geschäftsführerin des Nachbarschaftshauses Kiezspinne war, hatten wir auch solche Fragen im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt. Ein Thema war immer, ob die Mitarbeiter von Einrichtungen auch Bürger sind, die sich am Bürgerhaushalt beteiligen können.



Die Realität ist: man entwickelt das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ohne die Beteiligung von uns Praktikern. Oft habe ich mir gewünscht, dass wir als kompetente Bürger in unseren Berufen als Sozialarbeiter oder Geschäftsführer von Organisationen unsere Kompetenzen mit einbringen könnten und auch an dieser Stelle beteiligt worden wären.

Der Bürger, den wir bei unserer Arbeit im Blick haben, ist eigentlich der Bürger nach Feierabend, der in unsere Häuser kommt, der sich neben dem Beruf organisiert, der Initiativen gründet, der dann irgendwann vom organisierten Bürger zum Zuwendungsempfänger wird. Dadurch gerät er in ein Netz von Regularien, die uns vertraut sind, mit Befristungen, Berichtswesen, was zu veränderten Denk- und Handlungsweisen führt. Wir landen wieder bei der oben beschriebenen Projektlogik. Vor allem aber: der Bürger verändert sich in seinem Blick auf den Staat. Wichtig ist es, Strukturen der wirklichen

Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen zu finden, so dass nicht nur vorgegebene Pläne abgeseget werden.

Ich erinnere mich an Projekte der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Investitionsplanungen, wo 60 Projekte in einem Großbezirk zu votieren waren, Investitionsprojekte. Man kann sich vorstellen, wenn der Bürger für jedes Projekt nur eine Minute Zeit investieren würde, von welcher mangelhaften Qualität dann die Entscheidungen sind. Hier muss man Prozesse organisieren, die zeigen, dass man es ernst meint und anerkennt, dass natürlich auch Kraft, Anstrengung und Zeit in solchen Prozessen nicht unterschätzt werden dürfen.

Und es muss ein Interessenausgleich zwischen verschiedenartigen Einrichtungen im Stadtteil sichergestellt werden. Ein Schwachpunkt bei Bürgerbeteiligungsverfahren ist, dass einzelne Gruppen ihre Interessen sehr stark vorbringen, Unterstützung mobilisieren, aber es findet kein Ausgleich statt mit anderen legitimen Interessen im Kiez.

Ich habe über den Bürger gesprochen, über die Verwaltungen und komme zu den freien Trägern. Auch wir sind ja beteiligte Kooperationspartner in diesen Prozessen. Gegenüber Verwaltung und Politik vertreten wir häufig die Position, anstehende Probleme lösen zu können, und zwar besser als der Staat, oder auch besser als der konkurrierende Träger xy.

Wir brauchen nicht nur einen verantwortungsvollen Staat, nicht nur Bürger, die Verantwortung übernehmen, sondern auch verantwortungsvolle Träger im Sozialraum. Dort sind wir als Nachbarschaftseinrichtungen besonders stark, weil es uns gelingt, ehrenamtliches Engagement zu integrieren, Bürgerengagement zu fördern und einzubeziehen. Und genau an diesem Punkt müssen wir uns selbst treu bleiben. Wir dürfen uns nicht vorbeugend ungeschriebenen Regeln unterwerfen. So sollten wir exakt die Gelder beantragen, die wir für unsere Arbeit brauchen, und nicht kleinere Beträge, die sich in zehn Jahren eingebürgert haben und jetzt akzeptiert sind. Wir empfehlen schließlich Programme nicht als Beschäftigungstherapie für uns selbst, son-

dern weil wir an deren Inhalte glauben. Wir benennen unsere Möglichkeiten und Grenzen klar. Und wir bleiben lernfähig und offen für neue Entwicklungen.

Ein Schwerpunkt bei dem Thema „Soziale Stadt“ ist das Problem Entmischung der Kieze. Dabei ist interessant, dass das Ziel dieses Projektes nicht ist, die Mischung zu befördern, sondern die Folgen von Entmischung abzumildern. Auch Entmischung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern dazu haben wir alle beigetragen. Die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre haben solche Tendenzen durchaus verstärkt, und deren Auswirkungen abzumildern, ist heute eine unserer dringenden Aufgaben. Entmischung zeigt sich spätestens dann, wenn Kinder in die Schule kommen und deren Eltern wegziehen, weil sie eine gute Mischung zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, gebildeten und weniger gebildeten Menschen, Einheimischen und Zuwanderern, nicht mehr vorfinden.

Bürgerengagement braucht Raum und zugleich stecken dort Potenziale. Raum finden Bürger in Nachbarschaftshäusern und Treffs, aber auch in allen öffentlichen Gebäuden, einschließlich der vorhandenen Schulen. Da gibt es viele Möglichkeiten, eine weitere Öffnung zu befördern, Schulen zu Bildungsinstitutionen im Kiez zu machen. Dort finden wir den Bürger Lehrer vor, wenn wir Bildungsprobleme haben. Wir haben Menschen aus den Nachbarschaftshäusern, die fit sind im Organisieren von Beteiligungsprozessen. Dort kann sich eine Menge an Bildung und an Arbeit organisieren.

Bei allen Punkten, wenn wir über „soziale Stadt“ nachdenken, kommen wir zur Arbeit. Auch die Nachbarschaftshäuser schaffen Arbeit, indem sie Projekte übernehmen und betreiben, auch Pflichtleistungen des Staates im Pflegebereich oder in der Kita-Erziehung mit ausführen. Aber auch beim Thema Arbeit brauchen wir wieder die Kompetenzen der Menschen vor Ort, die in der Wirtschaft, in den Wohnungsunternehmen oder im Dienstleistungsbereich in ihrem Sozialraum aktiv sind.

Bisher werden Ziele für einen Sozialraum oftmals nur zwischen dem Zuwendungsgeber und dem Zuwendungsempfänger vereinbart werden, während zu viele relevante Partner außen vor bleiben. Zur Förderung von Bürgerbeteiligung ist es aber wichtig, den Dienstleister, den Handwerker oder Arzt im Kiez mit einzubeziehen. Ich denke, wir haben alle Strukturen, die wir brauchen, um eine soziale Stadt sicherzustellen. Wir müssen jetzt die Potenziale, die in den Strukturen schlummern, tatsächlich auch nutzbar machen. Wir haben Menschen mit interkultureller Kompetenz, wir haben viele starke Mitarbeiter in den Einrichtungen, wir haben die Schulen, die Gebäude. Wir brauchen nicht die x-te Datenerfassungsaktion, sondern müssen uns gemeinsam auf den Weg machen, über die Beteiligung der Bürger diese Struktur nutzbar zu machen.

Ist die soziale Stadt möglich? Ich glaube – ja. Und ich will in Abwandlung von Brecht sagen: Sie ist das Einfache, was so schwer zu machen ist.

Willy Eßmann: Vielen Dank, Birgit! Das zweite Impulsreferat hat den Titel: „Soziale Stadt – was wollen wir eigentlich retten?“ Simon Güntner ist seit 2009 Professor für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik in Hamburg. Seine Schwerpunktthemen sind Stadtpolitik, Stadtentwicklung, Sozialpolitik, Migration und Integration, europäische Sozial- und Strukturpolitik. Professor Güntner hat mir gesagt, dass er ebenfalls ausgebildeter Sozialarbeiter und Stadtplaner ist. Diese beiden Perspektiven will er in seinem Vortrag behandeln.

Eröffnungsreferat II

Prof. Dr. Simon Güntner

Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg



Simon Güntner: Ich werde versuchen empirisch zu verdeutlichen, woher das, was wir heute als „soziale Stadt“ bezeichnen, nämlich die Reduzierung auf ein kleines Programm, kommt. Wie können wir damit umgehen? Wo stehen wir gerade? Wir haben eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag 2009 gesagt hat, dass „Soziale Stadt“ ein gutes Ding ist, das sie ressortübergreifend weiterentwickeln wollen. Sie wissen alle, was passiert ist: Im letzten Jahr in den haushaltspolitischen Debatten hat die FDP gesagt, die Zeit für Stadtteilbibliotheken für Kopftuchmädchen ist vorbei, das Programm „Soziale Stadt“ soll auf den investiven Kern gestutzt werden. Das heißt, wir hatten in den Jahren davor schrittweise den Bundesanteil bis 200 Millionen oder ein bisschen mehr pro Jahr erhöht. Dieses Jahr sind wir bei 28,5 Millionen Bundesanteil für 600 Fördergebiete. Wenn wir ausrechnen, wie viel das pro Fördergebiet ist, dann ist das doch relativ bescheiden und nicht der große Wurf. Das ist die Ausgangssituation. Der Ausgangspunkt der „Sozialen Stadt“-Politik, wie wir sie heute in Deutschland in der Form des Bund-Länder-Programms kennen, geht in die späten 70er bzw. 80er Jahre zurück. Wir haben damals gesehen, dass die „Integrationsmaschine Stadt“, wie sie damals bezeich-

net wurde, nicht mehr trägt. „Integrationsmaschine Stadt“ deswegen, weil wir in den goldenen Zeiten des Kapitalismus davon ausgegangen sind, dass die Stadt über das Wachstum, über die Arbeitsmärkte und den Wohnungsmarkt die Bevölkerung integriert. Im Rückblick ist das eine sehr rosige Darstellung der Zeit bis in die 70er Jahre hinein.

Wenn wir uns heute unter dem Aspekt „Soziale Stadt“ den Schlicht-Wohnungsbau und seine Auswirkungen anschauen, dann kann man sich die Frage stellen, ob das Planen in den 60er Jahren bei uns in Deutschland, in deutschen Großstädten, so integrativ gewesen ist.

Wie auch immer, dieses Modell ist in die Krise geraten. Wir haben zum ersten Mal seit Jahrzehnten so was wie eine neue Armut, eine strukturelle Arbeit, die sich räumlich konzentriert. Befunde einer sozialen Spaltung sind diskutiert worden, die Rede war von der dreigeteilten und vierteilten Stadt. In dieser Diskussion wurde gesagt, dass es offensichtlich Teile in der Stadt gibt, die Orte sind für diejenigen, die aus der Entwicklung rausgefallen sind, die diese aufnehmen und die sich dort konzentrieren.

Der Städtetag hat diese Orte 1979 als soziale Brennpunkte bezeichnet. Sie kennen diverse andere Labels, die wir oder die Politik für diese Gebiete gefunden haben. Die Gefahr, die man in den 80er Jahren diskutiert hat, sah man in sogenannten Kontexteffekten. Dass Devianz entsteht, ein abweichendes Verhalten in diesen Quartieren entwickelt wird, dass negatives soziales Lernen stattfindet, usw. – Sie kennen alle diese Diskussionen. Mit diesen Quartieren ging die Politik auf zweierlei Arten um. Einerseits mit aktivierender Politik des Sozialstaates, der die Leute wieder in Arbeit bringen soll, und zwar vorrangig in den Quartieren, in denen wir Massenarbeitslosigkeit haben. Andererseits ist dieser Befund an die Diskussion um lokale Partnerschaften gekoppelt worden. Der Staat hat gesagt: wir oder die Kommunen können das nicht alleine schaffen, es gibt nicht genug Geld, also brauchen wir die Akteure im Quartier, um die Arbeit gemeinsam mit ihnen zu machen.

Ganz wichtig ist, dass diese Diskussion nicht in den Sozialministerien stattgefunden hat. Die allerersten Ansätze finden wir in Berlin und im Ruhrgebiet usw., da hatten wir durchaus auch Sozialverwaltungen und Sozialministerien mit kleinen Pilotprojekten, insbesondere ABM-Einsätzen in benachteiligten Stadtteilen. Aber der große Schub bzw. die große Initiative verschiedener Länder, solche Programme aufzulegen, ging in den frühen 90er Jahren dann über die Bauministerien. Die Bauministerien haben hierbei auf ihre Netzwerke zurückgegriffen. Und wenn wir die Gutachten anschauen, die in den 90er Jahren dann im Umfeld dieses Diskurses zu überforderten Nachbarschaften aufgelegt wurden, beispielsweise vom GDW, vom Verband der Wohnungswirtschaft, das sind Gutachten mit Fokus auf das Quartier. Sie legen den Fokus nicht auf die einzelnen Menschen, die in den Quartieren leben, sondern sie haben einen räumlichen Blickwinkel. In diesen Gutachten steht, dass es den Quartieren durch die Konzentration von verschiedenen Problemen schlecht geht, insofern brauchen wir einen räumlichen Ansatz. Das verwundert nicht, da sie im Umfeld der Bauminister erstellt wurden. Danach hatten wir verschiedene Pilotprogramme. 1999 ist dann das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung aufgelegt worden. Ich erkläre das so ausführlich, weil damit verschiedene Nebenwirkungen verbunden sind, die nicht aus der Programmlogik und nicht aus der Logik dessen, was wir eigentlich in den Quartieren beheben wollen, resultieren, sondern als institutionell geschaffenes Förderprogramm, wie wir es heute haben. Wenn wir über die Weiterentwicklung der „Sozialen Stadt“ nachdenken, dann sollten wir uns auch diese Instrumentierung anschauen und uns die Frage stellen, ob wir in den letzten 15 Jahren damit glücklich gewesen sind.

Vielleicht noch eine Anmerkung dazu: Von Anfang an ist diese Art der Politikgestaltung von verschiedenen Autoren aus dem Bereich der Armutsforschung, Hanisch zum Beispiel, heftig kritisiert worden, nämlich als zweitbeste

Lösung. Schon sehr früh wurde gesagt, dass wir eine Krise des lokalen Sozialstaates haben und nun nur auf bestimmte Erscheinungsformen schauen, aber das Problem, der neuen Armut haben, kriegen wir mit diesen Ansätzen nicht in den Griff.

Das Bund-Länder-Programm ist ein paar Jahre später im Baugesetz verankert worden, städtebauliche Maßnahmen der „Sozialen Stadt“, Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebietes, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht.

Es war ein Erfolg der Rot-Grün-Regierung 1999, die Städtebauförderung in den sozialen Bereich hinein auszuweiten. Wobei allerdings die räumliche Dimension nicht stärker in der Sozialpolitik verankert wurde. Das ist in manchen Kommunen zeitgleich über die Sozialraumorientierung – auch mit ihren Ambivalenzen – passiert. Das war aber ein anderer Schauplatz. Heute stellen wir zunehmend fest, dass beide Bereiche teilweise zusammenkommen. Heute Nachmittag werden wir dazu eine Diskussionsrunde haben.

Was heißt heute Städtebauförderung? Das heißt zunächst mal, dass wir über das Grundgesetz in der Städtebauförderung eine investive Zweckbindung haben. Die ist später ein bisschen aufgeweicht worden, aber es geht in erster Linie um das Bauen, um Maßnahmen, die man einmal macht und die dann bleiben. Wir haben eine Ressortzuständigkeit des Bauministeriums. Und es gibt eine zeitliche Befristung. Jährlich gibt es eine Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, die zwischen Bund und Ländern verhandelt wird, weshalb wir keinen langfristigen Rahmen haben. Andere Staaten in der EU haben sich für ein zehnjähriges Programm entschieden und ein Budget für diese zehn Jahre festgelegt. Das war auch nicht das Gelbe vom Ei. Die Idee in Deutschland war, dass man über kürzere Zeiträume Geld gibt und nach ein paar Jahren soll das Quartier wieder auf eigenen Beinen stehen.



Eine der Nebenwirkungen ist, dass wir eine Spannung zwischen den Zielen und der Instrumentierung haben. Das Ziel ist die Behebung der sozialen Missstände, die Instrumentierung beinhaltet bauliche Investitionen, hier hakt es schon, zeitliche Befristungen kommen hinzu. Wie sollen Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager, die kurzfristig angelegte Verträge haben, in die Lage versetzt werden, lokale Partnerschaften aufzubauen, Vertrauen aufzubauen, um gemeinsam etwas zu tun? Dadurch sind Spannungen in das Programm geschrieben, die Sie seither in der Praxis auffangen müssen. Bildungspolitik, Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik haben aus ihrer Logik heraus keinen Raumbezug. Sie dürfen nicht räumlich diskriminierend wirken.

Mit unserem Leitprogramm haben wir es nicht geschafft, diese Hürden zu überwinden. In der Konsequenz nennt sich das Programm „ein Programm mit Appellcharakter“. Das heißt, Steuerung über den guten Willen, und darüber, dass die anderen auch mitziehen, wenn sie hinter den gleichen Zielen stehen, nämlich dem diffusen Ziel einer sozialen Stadt.

Wir haben Ambivalenzen. Und die Frage ist, wenn wir das Programm „Soziale Stadt“ retten wollen, wie wir damit umgehen wollen? Was haben wir denn heute? Wir haben 2011 eine in den letzten zehn Jahren zunehmende soziale und ökonomische Spaltung in unseren Städten. Wir haben interessanterweise aber durchschnittlich keine zunehmende ethnische Segregation. Das wird immer ein bisschen als Schreckensgespenst an die Wand gemalt, dass die vorhandenen Parallelgesellschaften, die wir schon haben, sich noch stärker trennen.

Wir haben nach wie vor große Unterschiede zwischen West und Ost. Natürlich sind die Mechanismen in wachsenden und schrumpfenden Städten unterschiedlich. Wie könnte es weitergehen? Wie könnte eine „Soziale Stadt“-Politik weitergehen? Wie können wir mit dem Programm weitermachen? Für die Politik müssen wir subjektorientierte Politikbereiche wie Bildung und Beschäftigung räumlich verankern. Da läuft vieles über den Begriff des Sozialraums, auch in Modellprojekten,

zum Beispiel über den ESF. Allerdings – solche Sonderprogramme wie beispielsweise „Stärken vor Ort“, jetzt auch noch abzusägen, so dass sie Ende des Jahres ebenfalls auslaufen, das ist schon ein bisschen zynisch und relativ schwer zu verstehen.

Zweiter Punkt: Ausstattung der Gebiete. Zeitgleich über die letzten 15 Jahre, während wir neue Projekte und Initiativen angeschoben haben, haben wir sehr oft auch das Rad neu erfunden. Zeitgleich ist viel an regelgeforderter Infrastruktur zurückgefahren worden, zum Beispiel im Bereich Streetwork.

Wenn wir über Vertrauen und Partnerschaften sprechen, dann brauchen wir Strukturen und keine Projekte. Ein Projekt ist dadurch definiert, dass es außergewöhnlich und nach zwei Jahren wieder vorbei ist. Das braucht man zunächst nur anzuschauen, aber später braucht man eine Struktur, in der man durchatmen und miteinander arbeiten kann, wenn Sie Bürger/innen mitnehmen wollen in Ihren Initiativen.

Dritter Punkt: Lokale Demokratie. Sicherlich hat die „Soziale Stadt“ sehr viel im Bereich Beteiligung geleistet, ich will nicht nur die negativen Punkte aufführen. Insbesondere die Verfügungsfonds, die wir seit drei oder vier Jahren in den meisten Städten sehen, haben dazu ihren guten Beitrag geleistet.

Jetzt denkt man allerdings in vielen Quartieren über den Ausstieg aus dem Programm „Soziale Stadt“ nach, weil es eine zeitliche Befristung gibt. Was passiert dann perspektivisch, nach dem Ausstieg aus dem Programm, mit den vielen Gremien, die wir ins Leben gerufen haben? Die waren bislang auf Sondermittel angewiesen.

Auf kommunaler Ebene müssen wir es hier in den nächsten Jahren oder Monaten erreichen, dass wir diese Gremien an die Gremien der repräsentativen Demokratie koppeln. Das wäre eine Erfrischungskur von unten, wenn man so will, weil wir ja wissen, welche großen Legitimationsprobleme die repräsentative Demokratie derzeit hat, was wir jede Woche in den Zeitungen lesen.

Nächster Punkt: Mehr-Ebenen-Politik. Es ist unstrittig, dass Kommunen mit den Problemen, die wir in den Quartieren abuarbeiten haben, nicht alleine gelassen werden sollten. Sondern gerade Politikbereiche wie Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, also Politikbereiche, die auf Länderebene mit gelöst und gesteuert werden, müssen weiterhin mit im Boot bleiben.

Ein ganz zentraler Punkt ist für mich die Frage der politischen Kultur. In einigen Großstädten sprechen wir seit zehn Jahren über integrierte Ansätze in den Quartieren, gleichzeitig aber leitende Ressorts, zum Beispiel Bildung und Stadtentwicklung, sich mal zusammensetzen, um eine gemeinsame Stadtpolitik zu machen. Nach wie vor sind Ressort-Egoismen handlungsleitend, da stellt man sich schon die Frage, wozu wir diese ganzen Strukturen brauchen.

Wir brauchen eine politische Kultur, in der die Parteien zusammenstehen und die Städte weiterentwickeln wollen. Für die das Gemeinwohl und der städtische Daseinsvorsorgeauftrag über den einzelnen Aufträgen der Fachressorts steht. Das wären ein paar Ansätze, mit denen es nach meiner Ansicht weitergehen könnte, die über die Weiterentwicklung des Programms hinausgehen.

Nun ist aber das Programm furchtbar gekürzt worden. An dem Punkt können wir die Politik auch nicht aus der Verantwortung lassen, sondern müssen konkret auf einige Dinge hinweisen:

Der erste Punkt: Die Begründung, dass wir keine Stadtteilbibliotheken für Kopftuch-Mädchen brauchen, kann keine Begründung dafür sein, dass man ein Programm um 70% reduziert, hinter dem alle Fachpolitiker stehen. Da muss irgendetwas anderes im Busch sein.

Wir brauchen also Argumente der Fachpolitik, die auch die anderen Ressorts überzeugen. Offensichtlich hat die Clique der „Sozialen Stadt“ es in den letzten zehn Jahren nicht geschafft – trotz eines tollen Programms –, die anderen Ressorts und vor allen Dingen die Haushaltspolitiker davon zu überzeugen, dass sie effektiv

sind. Obwohl wir heutzutage sogar Gutachten haben, die belegen, dass die ökonomische Anstoßwirkung der „Sozialen Stadt“ höher ist als andere Programme in der Städtebauplanung. Mit einem Euro Fördermittel mobilisieren wir 7 ½ Euro andere Investitionen. Ich meine, wie da ein Haushaltspolitiker sagen kann, dass sie das nicht haben möchten, das ist schwer zu verstehen. Insofern brauchen wir hier neue Argumente.



Ich glaube, das Problem ist der Datenwust, über den wir sprechen. Aber offensichtlich hat der Datenwust noch nicht dazu geführt, dass die Argumente nachvollziehbar und überzeugend sind. Notwendig ist ein geordneter Rückzug statt abrupter Ausstieg. Man kann nicht von heute auf morgen um 70% Gelder kürzen und dann den Kommunen sagen, sie müssten jetzt sensibel und Stück für Stück einen Ausstieg planen. Auf politischer Ebene ist die Stärkung der Kommunen der richtige Weg, ohne aber Bund und Länder aus der Verantwortung zu entlassen.

Willy Eßmann: Vielen Dank, Herr Professor Güntner! Wir können auch gleich in die Diskussion einsteigen.

Timm Lehmann: Ich bin Leiter des Mehrgenerationenhauses Mittelhof in Berlin. Wäre es besser gewesen, wenn das Programm „Soziale Stadt“ nicht beim Bauministerium angesiedelt wäre, sondern beim Arbeitsministerium? Das zentrale Thema Armut hat mit Arbeit zu tun. Wäre dann alles anders gelaufen?

Birgit Monteiro: Diese Frage habe ich mir auch immer gestellt. Warum werden Bildungsprogramme oder Gesundheitsprojekte über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gesteuert? Es gibt bestimmt Austauschrunden. Aber ich weiß es gerade aus den Berliner Bezirken, bei den „Aktionsräumen plus“ werden sie zu Bewertungen von Projektanträgen aufgefordert, aber die gesamte Antragslage kannten sie nicht. Zudem wissen die Senatsverwaltungen nicht, welche Projekte es bereits vor Ort gibt. Durch diese konfuse Zuständigkeiten gerät einiges aus dem Blick.

Simon Güntner: Ein anderes Beispiel ist BIWAQ, vielleicht machen einige von Ihnen diese stadtteilbezogene Beschäftigungspolitik, die über das Bauministerium läuft. Das ist ein anspruchsvolles Programm, auch in Richtung Quartiersarbeit. Aber warum macht das Bauministerium Arbeitsmarktpolitik? Wir fangen offenbar an Parallel-Regime zu entwickeln. Das ist ein großes Problem. Wäre es anders besser gewesen? Das kommt darauf an. Wenn man etwas schlecht umsetzt, nützt auch ein gutes Programm und dessen Verankerung im Sozialbereich nichts. Die Grundlage der Realisierung von Programmen ist eine förderliche politische Kultur. Wir haben kürzlich eine Studie gemacht über die Verstärkung in der „Sozialen Stadt“ in verschiedenen Kommunen. Egal wie die Struktur war, da waren immer einzelne Leute, die das auch wirklich umsetzen wollten. Die kriegen das dann hin, allerdings wenn sie nur Sonderprogramme haben, bleiben sie auch nur in diesen Paral-

lel-Regimen hängen. Aber unabhängig von der Struktur, wenn wir jemanden haben, der das will, dann würden wir das auch mit einem Leitprogramm hinkriegen. Aber wir könnten es einfacher haben, weil die Nebenwirkungen dessen, dass wir jetzt diese Diskussion über das Investive haben, über den schnellen Ausstieg, die hätte man sich schenken können, wenn man es anders machen könnte. Viele Forderungen, spätestens in den 90er Jahren, sind darauf hinausgegangen, dass sie gesagt haben, stärkt den lokalen Sozialstaat. Also das Problem, was die Kommunen haben, ist, dass sie für die neue Armut bzw. die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht genügend ausgestattet sind. Eigentlich haben ja die Kommunen den Daseinsvorsorgeauftrag, dann können die das Ganze auch richten. Das wäre eine Alternative gewesen. Ob das dann viel besser gewesen wäre? Vielleicht wäre es davon abhängig gewesen, wer Bürgermeister/in ist und wie ernst sie das genommen hätten.

Teilnehmer: Es gibt ja Versuche, die Modelle der Sozialraumorientierung aus der Jugendhilfe zu übertragen auf ganze Kommunen und auf Ressorts. Gibt es aus Ihrer Sicht Mut machende Beispiele?

Petra Sperling: Ich bin Geschäftsführerin von einem Stadtteilzentrum in einem sozialen Brennpunkt in Berlin. Ich bin Sozialpädagogin. Dadurch, dass wir ein Quartiersmanagement haben, arbeite ich auch im Bereich Stadtplanung. Ich bin ein Zwitter, so will ich das mal formulieren. Sie haben sich in Ihrem Vortrag sehr auf stadtplanerische Elemente bezogen. Eine Ihrer Fragen war, was mit den Strukturen passiert, die lokal aufgebaut worden sind, wenn die Förderungen wegfallen. Die Nachbarschaftszentren und Stadtteilzentren als Organisationen vor Ort, die es schon lange gibt, sind prädestiniert, solche Strukturen aufzugreifen und weiter zu unterstützen.

Simon Güntner: Ein gutes Beispiel ist Gelsenkirchen. Dort gibt es eine ressortübergreifende Steuerungskultur

Stadterneuerung. In den Quartieren hat Gelsenkirchen Gebietsteams, die sich aus verschiedenen Fachverwaltungen zusammensetzen. Dort gibt es den Ansatz, die vorhandene soziale Infrastruktur in den Quartieren so weiterzuentwickeln, dass sie über ihre Kernaufgaben integrierend wirken können.

Berlin und die Stadtstaaten, was die an Steuerung machen, geht ja schon in eine gute Richtung - auf dem Papier. Sie sagen, dass sie die Arbeit der Ressorts zusammenbringen wollen. Das steht auf dem Papier. Aber wenn die Ressorts trotzdem nicht so zusammenarbeiten, wie man es sich in dem Papier vorstellt, dann ist das ein Problem.

Es gibt noch nicht so viele Kommunen, die weitergehen. Nachher werden wir darüber diskutieren, dass die Sozialraumorientierung auch ambivalent ist. Sie wird häufig von Verwaltungen dazu genutzt, zu kürzen und in den Quartieren eine Art Armutsverwaltung einzuführen. Da wird dann gesagt, dort sind die Armen und wir haben jemanden, der darauf aufpasst, dass die Zustände nicht eskalieren. Es sind derzeit etwa zehn Verfahren gegen Kommunen anhängig, die die Sozialraumorientierung in diese Richtung gesteuert haben.

Philipp Mühlberg: Ich bin von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, dort seit geraumer Zeit für das Berliner Quartiersmanagement zuständig, auch für Fragen der „Sozialen Stadt“ Berlin. Man sollte vorsichtig sein, wenn man das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Bausch und Bogen kritisiert. An der Kritik ist viel Wahres dran, aber es ist leider nur die Hälfte der Wahrheit. Ich rede lieber über das Berliner Quartiersmanagement mit seinen unterschiedlichen Elementen. Wenn man sich die Finanzierungssäulen des Westberliner Quartiersmanagements anschaut, dann bildet das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung gerade mal 16%. 50% kommen aus dem europäischen Programm für Regionale Entwicklung (EFRE), dort in der Zukunftsinitiative Stadtteil. Da ist die



Aufgabenstellung wesentlich weiter gefasst und in dieser Form arbeiten auch wir seit 1999. Deshalb haben wir eine Art Unikat bei der Umsetzung dessen, was wir hier im Programm „Soziale Stadt“ gemacht haben, was wahrscheinlich besser mit dem Begriff „Berliner Quartiersmanagement“ beschrieben ist. Ich lade gerne in das Forum ein, in dem mit meinem Input-Referat dieser Punkt vertieft werden soll. Was ist

das Programm „Soziale Stadt“? Was ist eine soziale Stadt? Und was ist das Berliner Quartiersmanagement? Da muss man wissen, dass es sich nicht beschränkt auf eine allgemeingültige Zustandsbeschreibung der Stadt an sich, sondern das ist ein konkretes Instrument, um in sozial benachteiligten Gebieten Nachbarschaftseffekte zu organisieren.

Es gibt eine sinnvolle Abgrenzung zur Gemeinwesenarbeit, denn Quartiersmanagement ist keine stadtteilnahe Projektarbeit, sondern organisiert erst die Zusammenhänge, in denen Gemeinwesenarbeit möglich ist.



Diese Abgrenzung ist zwingend erforderlich, um zu begreifen, warum das Programm „Soziale Stadt“ ein temporär befristetes Verfahren ist, dessen Zielsetzungen in einer angemessenen Zeit umgesetzt werden können. Danach sollten Institutionen kommunaler Regelversorgung zusammen mit dem Berliner Quartiersmanagement befähigt sein, diese Daseinsvorsorge in einer Form

wahrzunehmen, dass eine gleichwertige Entwicklung dieser sozial benachteiligten Stadtteile möglich ist.

Simon Güntner: Wir gehen in die gleiche Richtung: Ich wollte nicht den Berliner Ansatz kritisieren, sondern die Motivation dieser Veranstaltung ist es, die Rufe nach der Rettung des Programms „Soziale Stadt“ zu kommentieren.

Das Programm ist ein Anstoß bzw. die Berliner brauchten gar nicht angestoßen zu werden, sie hatten vorher bereits mit dem Quartiersmanagement angefangen. Aber die Erfolge, die wir heute durchaus haben, auch wenn wir in andere Länder und Kommunen schauen, haben wir trotz einer relativ schwierigen institutionellen Einhängung.

Quartiersmanager/innen haben damit zu kämpfen, dass sie wahrscheinlich alle prekäre, zeitlich begrenzte Verträge haben. Eine lokale Partnerschaft aufzubauen, wo man sich gegenseitig auch noch in fünf Jahren erreichen kann, ist etwas anderes, als mit der Vorgabe etwas anzuschieben, dass die Organisatoren bald wieder draußen sein müssen. Die Berliner haben das gut gelöst, indem sie den Anteil ihrer Arbeit, der über das Programm „Soziale Stadt“ finanziert wird, relativ gering halten und noch andere Programme oben draufpacken und sagen, das ist unser Ansatz. Über solche Kombinationen muss man nachdenken. Trotzdem könnten sich auch in den Stadtstaaten die anderen Ressorts, die wir brauchen, durchaus ein bisschen intensiver daran beteiligen.

Birgit Monteiro: Ich persönlich kann nicht bewerten, ob es in Berlin besser oder schlechter läuft als in anderen Ländern oder Kommunen. Ein wesentliches Erlebnis für mich war, als wir dieses Jahr, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Verband für sozial-kulturelle Arbeit, gemeinsam mit Vertretern der Senatsverwaltung für Soziales in die Abteilung Stadtentwicklung gegangen sind. Dort, wo die Aktionsräume Plus betreut werden, nach x Jahren „Soziale Stadt“, nach 1 ½ Jahren Aktionsräume Plus, haben wir dort den Akteuren versucht zu erklären, was eigentlich Stadtteilzentren sind. Die Stadt-

teilzentren gibt es ja auch schon seit über zehn Jahren in Berlin. Ich glaube, da läuft nicht alles rund, wenn man nach so einer langen Förderspanne noch solche grundsätzlichen Fragen klären muss.

Zum Thema Sozialraumorientierung: Ich habe in Lichtenberg mehrere Durchläufe des Bürgerhaushalts erlebt. Vor ungefähr vor drei Jahren wurde der Versuch unternommen, die Ausgaben des Bezirks auf den Sozialraum bezogen darzustellen. Das war eine interessante Darstellung, die die Bürger auch interessiert hat. Man kam schnell in eine Diskussion darüber, dass die Bibliothek gar nicht in ihrem Sozialraum liegt. Warum sollen sie sich im Zuge einer Umlage finanziell daran beteiligen? Genau solche Diskussionen muss man führen. Man muss es erklären und sich auseinandersetzen, miteinander vereinbaren, wenn man die Bürger tatsächlich bei solchen Fragen beteiligen will. Das wäre ein spannendes Modellprojekt für mich, das in einem Sozialraum mit einem Kiez-JobCenter, mit Behörden, die auf den Sozialraum orientiert arbeiten, mit allen Finanzentscheidungen durchzuexerzieren.

Man muss sich natürlich auch ansehen, was es an Ergebnissen bringt. Das haben wir bisher so noch nicht gemacht, deshalb ist das, was wir über die Ergebnisse der Sozialraumorientierung sagen können, noch sehr begrenzt.

Wolfgang Hecht: Ich bin im Fachbeirat des Nachbarschaftsheim Neukölln. Meine Frage an Professor Güntner: Sie hätten sich ein Programm gewünscht, das nicht als soziales Anhängsel im Bereich Städtebau angesiedelt wäre. In einer Tradition von sozialem Wohnungsbau gewissermaßen zusätzlich soziale Aspekte hinein genommen werden. Ich empfinde die QM-Gebiete durchaus als ein sinnvolles Herangehen an problembeladene sozialräumliche Strukturen, auch mit dem Nebeneffekt, dass es gelungen ist, Menschen, die dort wohnen, an gesellschaftspolitischen Prozessen teilhaben zu lassen.

Arvid Krüger: Ich bin Kiez-Manager im Welse-Kiez in Berlin-Neu-Hohenschönhausen. Wir bewegen uns in einem

Spannungsfeld, in dem es verschiedene Leistungen gibt, die wir auf Stadtteilebene anbieten wollen. Was wir auf Stadtteilebene in dieser Verräumlichung nicht anbieten, sind Armutsbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. Das findet einfach viel zu wenig statt.

Was wir anbieten: Wir organisieren Nachbarschaft, Gemeinwesen, wir organisieren eine Entwicklungsleistung. Jedes Quartiersmanagement ist auch Stadtentwicklung, weil es darum geht, das Quartier von einem Ist-Zustand zu einem Soll-Zustand zu bringen. Das ist meistens etwas anderes als vorher – zumindest soll es das in den meisten Fällen sein. Und es gibt eine Steuerung, eine Koordinierungsleistung, also dass diejenigen, die da sind, etwas miteinander machen.

In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns, wenn es um Sozialraumorientierung geht und die „Soziale Stadt“-Programmatik bzw. das Quartiersmanagement mit seiner Methodik eingreift. Ein Problem erwächst daraus erst später aus dem Umstand, dass es sowohl temporäre wie auch kontinuierliche Elemente gibt.

Aber das eigentliche Spannungsfeld ist nachher, dass es temporäre und kontinuierliche Elemente gibt. Stadtentwicklung ist temporär. Wenn das Quartier im Zustand A ist, fünf Jahre später im Zustand B, dann kann ich vielleicht sagen: okay, gut gemacht, jetzt weitermachen in einem anderen Quartier. Das bedeutet allerdings, dass die bisherige kontinuierliche Koordinierungsleistung weg fällt und von jemand anders übernommen werden muss. Auch bei Nachbarschaftsarbeit ist das Stadtteilzentrum im Prinzip kontinuierlich, aber häufig auch nur temporär finanziert, weil projektbezogen.

Flächendeckend versus „sozial ausgewogen“, was meint: gehe ich in alle Quartiere der Stadt bzw. meiner Kommune und baue dort Stadtteilzentren und Nachbarschaftsheim auf? Oder gehe ich ganz bewusst nur in bestimmte, besonders bedürftige Quartiere. Dann muss es dem Quartier richtig dreckig gehen, damit ich diese Zusatzförderung kriege? Auch in diesem Spannungsfeld macht Sozialraumorientierung etwas anderes als „Soziale Stadt“.

Wir wollen zum Beispiel an manchen Stellen, dass „Soziale Stadt“ vielleicht flächendeckend ist, weil man so schöne Projekte damit machen kann, auch in anderen Quartieren. Manchmal überlegen wir in der Sozialraumorientierung, ob es wirklich in jedem Stadtteil ein Nachbarschaftshaus oder ein Stadtteilzentrum geben muss.

Teilnehmerin: Ich habe den Wunsch, den Begriff Bürgerbeteiligung ein bisschen zu differenzieren oder zu hinterfragen. Wenn ich an das Gebiet denke, in dem ich zuständig bin, wir haben eine Beratungsstelle in Berlin-Staaken, da kann ein Großteil der Bürger kommen, um sich ihre Hartz IV-Bescheide erklären oder Überweisungsträger ausfüllen zu lassen. Es fehlt ihnen an Grundwissen, um ihr tägliches Leben einigermaßen zu organisieren. Wenn ich einige dieser Bürger mobilisiere, ist das schon ein Riesenerfolg. Das ist sicher ein Unterschied zu Gebieten wie Schöneberg oder Steglitz. Man muss auf die Besonderheiten der Gebiete und der Bür-



ger, die dort leben, achten, auf deren Bedarfe und Nöte, teilweise auch ihre Unfähigkeiten berücksichtigen.

Georg Zinner: Geschäftsführer Nachbarschaftsheim Schöneberg. Sollte „Soziale Stadt“ nicht besser ein Programm sein, um soziale Infrastruktur, die in Deutschland noch mangelhaft ist, überhaupt erst einmal flächendeckend einzurichten? Noch haben wir keine Kindertagesstätten-Versorgung – Berlin ist vielleicht eine Ausnahme –, die jedem Stadtteil bzw. Quartier gerecht wird. Noch haben wir keine Ganztags-Schulversorgung, wie das in Industrieländern Standard ist. Noch haben wir flächendeckend keine Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, wo Bürgerengagement ermöglicht wird.

Ist das Ganze nicht auch ein Ausdruck dessen, dass man die eigentlichen Aufgaben nicht angeht, sondern stattdessen punktuelle Reparaturarbeit leistet? Ist es nicht auch irgendwie eine Ersatzhandlung unserer Politik, statt das Eigentliche und nahe Liegende und Dauerhafte zu tun, ein bisschen rumzuspielen?

Petra Sperling: Ich bin Gemeinwesen-Arbeiterin und wir haben ein Quartiersmanagement, insofern bin ich ein Zwitter. Wir haben sehr viel durch das Programm „Soziale Stadt“ gelernt und es wunderbar mit unserer praktischen Arbeit verzahnen können. Aus meiner Erfahrung kann ich Herrn Zinner nicht zustimmen.

Simon Güntner: Ich möchte gerne die letzten Wortmeldungen aufgreifen, um auf sie zu antworten. Ich habe bewusst provoziert. Ich denke, das Programm hat Gutes geleistet und leistet Gutes, weshalb ich auf jeden Fall dafür bin, dass uns das Programm erhalten bleibt. Nur ist mein Kritikpunkt, dass wir das für einen hohen Preis einkaufen, dass wir einen politischen Kompromiss vor zehn Jahren gefunden haben, der Nebeneffekte hat. Das hätte man anders haben können. Ich glaube allerdings definitiv nicht, dass die Berliner Sozialbehörde innovativer und geeigneter ist als die Stadtentwicklungsbehörde.

Sie haben gesagt, dass Sie Beteiligungserfolge haben. Gleichzeitig haben wir aber auch in diesen Quartieren nach wie vor sehr viele Menschen, gerade Kinder und Jugendliche, die in den zentralen Institutionen unserer Gesellschaft immer weniger beteiligt sind oder Ausgrenzungserfahrungen machen.

Wenn wir schauen, wie parallel in den letzten Jahren die Segregation in der Bildung zugenommen hat, wie die Schulabbrecherquoten in die Höhe gehen, usw., dann sind das massive Probleme, die wir in den Quartieren abarbeiten müssen, aber mit dem Quartiersmanagement nicht abarbeiten können.

Insofern bekommt das Programm viel Aufmerksamkeit an einer Stelle, wo eigentlich andere Institutionen gefragt sind. Da passiert viel. In Hamburg haben wir zum Beispiel ein Pilotprojekt, in dem die Berechnung der Schulklassengrößen an dem sozialen Kapital des Umfeldes einer Schule ausgerichtet wird. Also nach dessen Mängeln und Vorzügen. Die Richtung hierbei ist, dass die zentralen Institutionen, die die Krise der sozialen Stadt verursacht haben, weil ihre Maßnahmen nicht mehr greifen, auch an der Bewältigung der Krise beteiligt werden. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, wenn wir über die Rettung der „Sozialen Stadt“ reden.

Birgit Monteiro: Wir haben die Tagung auch deshalb organisiert, um diese beiden Bereiche, Stadtentwicklung und Soziales, stärker in einen Austausch zu bringen. Auch bei uns ist es so, dass wir – ähnlich wie die Verwaltungen – relativ stark an diesen Fachbereichen orientiert sind. Unser Schwerpunkt als Verband ist auf alle Fälle mehr der Sozialbereich als die Stadtentwicklung. Wir richten bisher manchmal nur einen Außenblick auf die Programme der Stadtentwicklung. Genauso wertvoll ist es für uns, von den Leuten aus der Stadtentwicklung und von den Quartiersmanagern mal einen Außenblick auf unsere Arbeit zu bekommen, um daraus etwas zu lernen. Ich denke, dazu tragen auch die anschließenden Foren bei.



Willy Eßmann: Forum A hat den wunderbaren Titel „Das Geld ist da, aber (immer) woanders“ und wird von Elke Fenster moderiert. Da geht es auch um die beiden Systeme Stadtentwicklung und Soziales, die dahinter stehenden Ansätze, was unterschiedliche Kulturen, Förderlogiken usw. betrifft. Forum B heißt: „Soziale Stadt versus Sozialraumkoordination: Wer kann es besser?“, was von Arvid Krüger moderiert wird. Und Forum C „Mit jeder Brille sieht man anders. Perspektiven auf den Stadtteil“ soll die institutionellen Akteure und die Bewohnersicht darstellen. Der Moderator ist Ralf Gilb. Viel Spaß!

Forum A / Dienstag 15.11.2011

Das Geld ist da, aber (immer) woanders.

Programme und Förderungen in Europa, im Bund, in den Ländern.

Input:

Philipp Mühlberg, Gruppenleiter des Referats „Soziale Stadt“, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: „Zusammenhalt stärken, Ziele, Strukturen und Effekte des Berliner Quartiersmanagements“

Moderation:

Elke Fenster, Geschäftsführerin des Moabiter Ratschlag e.V.

Elke Fenster: Herr Mühlberg von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist heute unser Gast. Ebenso Frau Spotka von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Und es sind auch Vertreter/innen von Stadtteilzentren und Quartiersmanager anwesend.

Herr Mühlberg wird nun seinen Vortrag halten. Wir haben gehört, das Quartiersmanagement ist temporär angelegt. Wir sind gespannt, was wir von Ihnen noch erfahren und wie es mit dem Quartiersmanagement weitergeht.

Philipp Mühlberg: Wie es weitergeht, das entscheidet ja nicht nur die Programmsystematik aus sich heraus, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen spielen eine wichtige Rolle.

Es gibt die Diskussion auf der Bundesebene hinsichtlich der Zukunft des Programms „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung. Das ist ja nur ein Teil dessen, was wir im Berliner Quartiersmanagement heranziehen, um darüber einen Prozess zu organisieren, den ich Ihnen in Details darstellen will.

Welches sind die Begründungszusammenhänge für das Berliner Quartiersmanagement? Worauf versucht das Land Berlin mit diesem Programm zu reagieren? Wofür ist es ein Instrument? Ist das Programm gescheitert? Ist es ein vernünftiges oder weniger vernünftiges Instrument? Was muss geändert werden, damit es die Ziele erreicht, die das Programm sich selbst gestellt hat? Oder die Ziele, die die Berliner Landespolitik an dieses Programm gestellt hat?

Hinreichende Antworten ergeben sich nicht aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, obwohl man den Eindruck hat, es gebe Quartiersmanagement überall. Aber jedes Quartiersmanagement in den unterschiedlichen Bundesländern und Gemeinden stellt sich anders dar. Von Lindau bis Mönchengladbach oder Hamburg gibt es Quartiersmanager. Wenn man sie vergleicht in dem was sie tun, in welchen Arbeitsstrukturen sie sind, dann stellt man fest, dass Quartiersmanagement ein Sammelbegriff für ganz unterschiedliche Dinge ist.

Ich beschreibe Ihnen die Hintergründe und die Besonderheiten des Berliner Quartiersmanagement-Programms, um mit Ihnen zu diskutieren, inwiefern noch Geld für Gemeinwesenarbeit da ist. Oder müsste sich dieses Instrument stärker an den Bedarfen und den Fragestellungen in den unterschiedlichen Quartieren ausrichten? Was ist Berliner Quartiersmanagement? Was ist „Soziale Stadt“? Was möchte und was kann das Berliner Quartiersmanagement?

Im Berliner Kontext ist das Quartiersmanagement eine partizipativ ausgerichtete kommunale Interventionsstrategie auf Stadtteilebene, die alle Möglichkeiten nutzt, um Verantwortung für das Zusammenleben im Stadtteil zu fördern (Gemeinsinn), das Miteinander eines Quartiers zu stärken (Gemeinwesen), eine Strukturanpassung der kommunalen Daseinsvorsorge zu organisieren und Kooperation im Stadtteil, innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung und Stadtteil.

QM ist in Gebieten eingesetzt, die im Alltag von struktureller Benachteiligung geprägt sind. QM wird daher oft mit stadtteilnaher Projektarbeit verwechselt. Es ist ein integrierendes Programm, das bemüht ist, über Kooperationsformen nicht nur aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ neue Projekte zu generieren. Im Zweifelsfalle wissen wir alle, was sinnvoll ist, welche unterschiedlichen Maßnahmen, Projekte und Initiativen in einem Stadtteil hilfreich sind, um dort das Miteinander zu organisieren. Es sollen alle Möglichkeiten, insbesondere der Kommunalverwaltung, darauf ausgerichtet werden, dass wir besser in der Lage sind, uns mit den neuen Gegebenheiten in den jeweiligen sozial benachteiligten Stadtteilen auseinanderzusetzen.

Warum machen wir in Berlin Quartiersmanagement?

Wie so vieles beginnt auch die Geschichte des Quartiersmanagements mit dem Mauerfall. Es gibt zwei zentrale, gesellschaftspolitische Punkte, die man sich hier vor Augen halten muss, damit man weiß, worauf QM reagiert, und warum es in Berlin notwendig war, das QM einzuführen. Einerseits ist es der wirtschaftliche Strukturwandel durch den Mauerfall, andererseits die damals einsetzenden Boom-Szenarien in Berlin.

Anfang der 90er Jahre gab es eine erhebliche Verschiebung innerhalb dessen, was in Berlin an Produktionsbedingungen vorhanden war. Alleine im produktionsprägenden Bereich fielen mit einem Schlag 350.000 Arbeitsplätze weg. Davon waren natürlich, gerade in angelernten Bereichen, überwiegend migrantische Haushalte betroffen. Wenn man das auf die Betroffenheitsquote hochrechnet,

in einem Berliner Haushalt leben durchschnittlich 2,2 Personen, in einem migrantischen Haushalt liegt das mit Sicherheit höher. Nahezu eine Million Haushalte verloren damals ihre Existenzgrundlage durch eigenständige Erwerbsarbeit. Das Resultat war eine massenhafte Verarmung und die Abhängigkeit von Sozialleistungen.

Ebenfalls ein wichtiger Prozess ist der damalige Bau-Boom. Anfang der 90er Jahre hatten wissenschaftliche Institute nachgewiesen, dass bei einem Ausgangspunkt von 3,4 Millionen Einwohnern in Berlin man in naher Zukunft bei etwa 5,1 Millionen Einwohnern in Berlin und dem engeren Verflechtungsraum liegen wird. Darauf reagierten die Stadtentwicklungspolitik und Baupolitik unter Bausenator Nagel und brachten ein Wohnungsbauprogramm für etwa 80.000 Wohnungen auf den Weg. Das ist einer der Gründe, warum wir heute noch so hohe Schulden haben, die wir als Land Berlin begleichen müssen.

Zudem gab es die Investitionsförderprogramme, was dazu führte, dass wir etwa seit 1990 in Berlin und im engeren Verflechtungsraum 240.000 zusätzliche Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt hatten. Darüber hinaus fand noch eine Angleichung des Wohnungsmarktes Ost und West statt, von einer zentralistischen Verwaltung hin zu einem freien Wohnungsmarkt. Das, was an Druck aufgrund der eingemauerten Stadt und dem West-Berliner Wohnungsmarkt vorhanden war, löste sich auf. Auf einmal konnten Wohnlagenpräferenzen ausgelebt werden. Die Menschen hatten die Möglichkeit dorthin zu ziehen, wo sie einen neuen Lebensraum für sich entdeckt hatten.

Unter dem Strich sind wir heute immer noch bei 3,4 Millionen Einwohnern. Das führte zu der Berliner Besonderheit, dass es in etwa 100.000 leer stehende Wohnungen gibt, die länger als sechs Monate leer stehen. Die Erfassung dieses Leerstandes funktioniert über die Zählung der Stromzähler. Der Stichtagsleerstand beläuft sich auf 150.000 Wohnungen, der strukturelle Leerstand - länger

als sechs Monate – 100.000 Wohnungen. Das macht eine große Entlastung auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Dadurch setzt ein anderer gesellschaftlich relevanter Prozess ein, der Segregation ermöglicht, also die räumliche und soziale Trennung im Stadtraum.

In ganz Berlin entwickeln sich unterschiedliche Wohnlagenpräferenzen. Ein Phänomen, das wir früher in der eingemauerten Stadt und unter der zentralistischen Wohnraumversorgung des Ost-Teils in dieser Form nicht hatten. Diese beiden Prozesse zusammen führen zu einer Verarmung und der Vereinseitigung der Sozialstruktur. Es entstehen sogenannte Brennpunkt-Quartiere, in denen das Regelangebot kommunaler Daseinsvorsorge nicht mehr ausreicht. Quartiere, in denen die A-Gruppen – die Armen, Alten, Arbeitslosen – zurückbleiben, während die, die es sich leisten können, wegziehen. Jetzt wird wieder über Gentrifizierung in bestimmten Bereichen diskutiert und die Gefahr gesehen, dass Menschen, die einen höheren Status haben, die A-Gruppen aus ihren Stadtteilen verdrängen. Vor 15 Jahren mussten wir feststellen, dass also ein Filtering-Down-Prozess entstanden war, wo sozial stabilisierende Bevölkerungsschichten aus Stadtteilen massenhaft auszogen.

Wir stellten uns in Berlin die Frage, wie wir diese Orte identifizieren könnten. Gut, es gibt Stadtteile, die durch soziale Erosion gekennzeichnet sind, durch Verwahrlosung des öffentlichen Raums und durch das Zunehmen der Deprivierung. Es wurde deutlich, dass die Schulen nicht mehr in der Lage sind, mit den Kindern und Schülern Schulabschlüsse zu produzieren, mit denen sie Erwerbstätigen-Karrieren einschlagen können. Damals wurde Professor Häußermann von der Humboldt-Universität beauftragt, ein gesamtstädtisches Monitoring zu entwickeln, um uns anhand weniger Kriterien die Orte zu benennen, wo sich tatsächlich Armut konzentriert. Er nutzte dafür drei zentrale Merkmale: Arbeitslosigkeit, Transfer-Einkommensbezug, Ausländeranteil. Damals gab es eine große Diskussion darum, ob sogenannte

„Pass-Ausländer“ als Negativ-Kriterium zu berücksichtigen seien. Dieser Problematik sind wir uns sehr bewusst. Als letztes, dynamisches Kriterium ging es darum, wie sich die Zusammensetzung auf Stadtteilebene in diesen drei Merkmalen verändert.

Es wurde deutlich, dass wir Gebiete haben, die sich durch unterschiedliche Gebietsentwicklungen auszeichneten. Zum Beispiel in Marzahn-Nord hatten wir Gebiete mit einer hohen Arbeitslosigkeit und hohem Transfer-Einkommensbezug. Dort gab es eine starke Fluktuation, also den Fortzug von Mittelstandsschichten.

In Spandau hatten wir Bereiche mit sehr ruhiger Situation in der Wohnbevölkerung, also nicht durch Fluktuation geprägt. Aber es setzte dort eine kollektive Verarmung ein, ein kollektiver Fahrstuhl-Effekt. In Nord-Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und auch im Wedding war die Situation durch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit und einen sehr hohen Migrantenanteil geprägt. Es gab eine hohe Fluktuation, sehr instabile Nachbarschaften. Viele Migrantenfamilien wählten diese Gebiete als Anlaufziele, um von dort nach dem sozialen Aufstieg in andere Stadtteile umzuziehen.

Dieses erste Monitoring zur sozialen Stadtentwicklung hat sich noch weiterentwickelt. Es folgte eine Cluster-Analyse, die genau die gleichen Fragestellungen zu beantworten versucht. Das ist das aktuelle Modell, ein Index-Verfahren, mit dem über die lebensweltlich orientierten Räume der Stadt, das sind Beobachtungseinheiten, Daten gesammelt werden. Diese Daten werden übereinander gelegt, um die Stadt in vier Kategorien einzuordnen, nämlich Stadtbereiche, die einen hohen Sozialindex aufweisen, einen mittleren Sozialindex, einen niedrigen und einen sehr niedrigen.

Dabei ist zu sagen, dass diese Betrachtung der Stadtteile gesetzt ist. Egal, wie sich die Arbeitslosigkeit in Berlin entwickelt, haben wir immer 10% Stadtteile mit einem sehr niedrigen Entwicklungsstatus, 10% mit einem niedrigen,

das Mittelfeld ist auf 60% ausgeweitet, der hohe Sozialstatus beträgt 20%. Das muss man wissen, wenn man diese Karten liest, weil Entwicklung darüber eigentlich nicht ablesbar ist. Ich habe immer 10% schlechte Stadtteile.

Teilnehmer: Was heißt hier Sozialstatus?

Philipp Mühlberg: Der wird gemessen anhand der Arbeitslosigkeit. Es wird die Bevölkerungszusammensetzung eines lebensweltlich orientierten Raumes mit dem des Mittelwertes der Gesamtstadt verglichen und dann ein Index ermittelt. Diese Räume werden mit ihrer jeweiligen Indexzahl versehen. Die untersten 10% werden abgeschnitten, die haben den niedrigsten, dann die nächsten 10% abgeschnitten, die haben einen mittelniedrigen, dann der durchschnittliche usw. Alle Indexe ermitteln sich aus drei Indikatoren, nämlich Arbeitslosenanteil, Sozialhilfeanteil, Migrantanteil.

Darin liegt natürlich eine Unschärfe, denn wie ist der Migrantenanteil im Rahmen eines Indexes zu bewerten? Ist das etwas Gutes oder etwas Schlechtes? Das kann sich unterschiedlich darstellen.

Wir wissen etwa von der türkischen Community, die ja einen großen Teil in Berlin ausmacht, 136.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, dass 75% der Erwerbsbevölkerung dieser Migranten keinen qualifizierten Berufsabschluss haben. Sie sind daher strukturell am Arbeitsmarkt benachteiligt. Wenn man sich dagegen die vietnamesische Community anschaut, dann stellen wir fest, dass sie im Vergleich zum deutschen Durchschnitt etwa doppelt so viele berufliche Qualifizierungsabschlüsse haben.

Für eine gesamtstädtische Betrachtung der Fragestellung, wo sich strukturelle, soziale Benachteiligungen kumulieren, ist es hilfreich, sich diese Orte genauer anzuschauen. Dann muss man entscheiden, inwiefern die Regelvorsorge der öffentlichen Daseinsvorsorge hinreichend ist, um eine gleichwertige Entwicklung gewährleisten zu können.

Jetzt sehen wir uns die Quintessenz der letzten zwölf Jahre Beobachtung und auch die Festsetzung der 171 E-Gebiete, also der Gebiete der „Sozialen Stadt“ an. Die Definition einer Fördergebietskulisse, in der wir nicht nur Städtebauförderinstrumente oder –mittel einsetzen, sondern auch EU-Mittel aus dem EFRE. Das ist ein Programm, das darauf ausgerichtet ist, die Zugänge zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und zu ermöglichen, Gewerbe zu fördern und Infrastruktur zu finanzieren. Das ist eine Kombination von zwei wichtigen Programmen, die unter dem Oberbegriff „Soziale Stadt“ vielleicht nicht hinreichend beschrieben sind, aber wo wir gesagt haben, im Rahmen des Berliner Quartiersmanagements nutzen wir diese Instrumente, um diese Zielsetzungen zu verfolgen.

Der aktuelle Stand ist: 34 Verfahrensgebiete, in denen wir zusammen und in Abstimmung mit den Bezirken und vor dem Hintergrund vertiefter Analysen Quartiersmanagement festgesetzt haben. Die Fragestellung ist: Wie gelingt es, dass Nachbarn sich duzen, dass Verwaltung eng mit einem Stadtteil kooperiert und zivilgesellschaftliches Miteinander den Stadtteil prägt?

Am Anfang stand die Vorstellung von einer solidarischen Stadt als Gegenmittel gegen strukturelle Benachteiligung. Wie entstand diese sozialräumliche Betrachtung eines Stadtteils und die Abgrenzung eines Verfahrensgebietes? Das wird oft mit Ressort-Egoismus verwechselt. Es gibt ein Zielgruppenmodell in der Verwaltung und es gibt eine Sozialraumausrichtung. Planer sind es gewöhnt, dass sie irgendwo einen Strich auf der Karte machen, um den Ort zu definieren, an dem sie tätig werden müssen. Viele Verwaltungen, von der Sozial- bis zur Bildungsverwaltung, definieren lediglich Anspruchsberechtigte, die irgendwo in eine Kasse eingezahlt haben. Oder es werden über das Jugendgesetz Anspruchsberechtigte definiert. Wir dagegen machen den Versuch, das zusammenzuführen. Wir können die Orte beschreiben und aus einer lebenswirklichen Perspektive Nachbarschaften definie-

ren, in denen das soziale Miteinander Gefahr läuft zu verrohen, wenn wir nicht in der Lage sind, etwas dagegen zu setzen. Diese sozialräumliche Abgrenzung als ein übergeordneter Punkt wird dann unterlegt mit einem zentralen Akteur. Bei uns in Berlin sind das die Teams des Quartiersmanagement. Sie setzen sich aus ganz unterschiedlichen Berufen zusammen wie Stadtplaner, Mieterberater, Sozialplaner, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen im weitesten Sinne. Es hat sich ein Berufsprofil entwickelt, das einer weiteren Professionalisierung bedarf, wenn man die Ziele in einzelnen ausgewählten Gebieten weiterführend verfolgen möchte.

Der nächste ganz wichtige Schritt ist die Vernetzung der Verwaltungsebenen, der Fachressorts und der lokalen Ebene, also der integrative fachübergreifende Ansatz. Nicht mehr das Tiefbauamt, das Stadtplanungsamt oder das Hochbauamt alleine sind in der Lage, hier einen Prozess zu initiieren, der zur Stabilisierung einer Nachbarschaft beiträgt, sondern es müssen auch Vertreter vom Schulamt, Jugendamt, Sozialamt usw. an einem Tisch sitzen.

Sie müssen alle gemeinsam überlegen, wie es gelingen kann, nicht nur die Mittel der „Sozialen Stadt“ auszugeben, sondern die Maßnahmen mit den eigenen Ressourcen als Stabilisierungsprozess zu unterstützen und voranzutreiben. Man sollte einen gemeinsamen Plan haben, ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept. Mein Einwand dagegen ist nur, dass man sich viel zu selten die Sinnfrage stellt, inwiefern das, was man sich vorgenommen hat, auch dazu beiträgt, das übergeordnete Ziel zu erreichen.

Das integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept ist vorrangig gesetzt, es enthält die Schwächen- und Stärken-Analyse eines Gebietes. Der zentrale Kern daran ist, dass das nicht die Verwaltung für sich entwickelt hat, sondern dass es ein Arbeitsergebnis der Teams ist und dass über dieses Konzept ein neuer Diskussionszusammenhang hergestellt und dabei deutlich wird, welche Sicht die

unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf dieses Quartier haben. Das ist der produktive Kern, nicht unbedingt die Planung an sich.

Es muss auch eine gewisse Verbindlichkeit in diesem Entwicklungskonzept vorhanden sein. Wir haben nämlich starke Partner identifiziert, die als starke Partner in ein solches Verfahren mit eingebunden werden. Dieser Begriff hat sich stark verselbstständigt, viele betrachteten sich als starke Partner.

Damals auf der Konzeptionsebene hatten wir gesagt, dass es die Stadtteilzentren gibt, sie sind der Anknüpfungspunkt, mit denen wollen wir zusammenarbeiten, denn sie sind schon in einem Quartier vernetzt. Sie verfügen über Ressourcen, die die Verwaltung alleine in dieser Form nie organisieren kann. Es waren die Schulen, weil auch sie sehr intensiv in einem Stadtteil als Kristallisationspunkt unterschiedlicher Meinungen, Vorstellungen und Entwicklungslinien vorhanden sind. Dann waren es noch die Wohnungsunternehmen, ob kommunal oder privat.

In diesem Konzept ist vorgesehen, dass die sogenannten starken Partner sich mit ihrem Beitrag dort verbindlich einbringen. Es soll deutlich werden, welche Aufgabe sie für sich selbst im Prozess der Stabilisierung des Stadtteils sehen.

Der nächste Punkt ist sehr wichtig und zentral:

Empowerment, die Aktivierung der Bewohner/innen. Es ist nicht mehr die Betroffenen-Beteiligung, wie im Stadterneuerungsprozess, nicht nur eine Informationsveranstaltung, - liebe Bevölkerung, wir haben uns für euch jetzt was ausgedacht und machen das mal, damit es besser wird. Sondern es ist wirklich eine ganz konkrete und intensive Ausrichtung, die bedeutet: was Verwaltung organisiert, das kann nur leben, wenn es hinreichende Anknüpfungspunkte in der Bevölkerung dafür gibt und die Menschen sich aktiv einbringen wollen, um Verantwortung dafür zu übernehmen, dass sich das Leben auf Stadtteilebene ändert.

Dementsprechend haben wir als Instrument, um das zu erreichen, Räte und Gremien geschaffen. Sie haben die vordergründige Aufgabe, die Mittel der „Sozialen Stadt“ zu vergeben, also Projekte zu identifizieren, die dazu beitragen, das übergeordnete Ziel des Quartiersmanagements zu verfolgen. Und diese Gremien haben natürlich auch die Aufgabe, weil darin die unterschiedlichen Institutionen sitzen, einen neuen Kommunikationszusammenhang auf Stadtteilebene zu etablieren. Schule, Polizei, Religionsgemeinschaften, Wohnungsunternehmen, KITAS, alle sitzen dort drin, aber 51% dieser Beratungsgremien werden durch Bewohnerschaft gestellt.

Es gab die große Diskussion, wie wir an diese Bewohner kommen. Ursprünglich haben wir versucht, über eine Zufallsstichprobe aus dem Melderegister viele Bewohner zu aktivieren, um sie zu gewinnen, sich hier zu engagieren. In einigen Quartieren meinte man, dass der richtige Weg eine Wahl ist. Wir haben in diesen 34 Gebieten eine Mischform. Ich beschreibe Ihnen gerade den idealtypischen Rahmen. Innerhalb dessen, was sich in den Quartieren in den letzten zwölf Jahren entwickelt hat, gibt es ganz unterschiedliche Formen. Gerade in Berlin-Mitte wird stark darauf gesetzt, dass sie unbedingt Wahlen für einen neuen Quartiersrat brauchen. Nein, kann ich dazu immer wieder sagen. Die Aufgabe ist nicht, eine Parallelstruktur zu den vorhandenen Gremien zu organisieren, sondern der Anspruch des Programms „Soziale Stadt“ ist es, eine Stabilisierung der Nachbarschaft zu erreichen. Gerade bei den Wahlen können wir an der Wahlbeteiligung erkennen, dass viele Menschen überhaupt nicht motiviert sind, sich daran zu beteiligen. Das Programm wendet sich natürlich auch an die Bevölkerungsschichten, die vielleicht einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben, vielleicht in der Illegalität in Berlin leben. Diese Schichten kann man nur einbinden, wenn wir nichts Formales haben, sondern möglichst einfache Zugänge schaffen. Deshalb können wir nur über die Projektarbeit die Begeisterung für das Verfahren bei den Menschen organisieren.

Bei der Räte- und Gremienarbeit sagen die Leute nicht, oh toll, da mache ich mal mit, fünf Stunden in der dunklen Turnhalle sitzen, mit Geisteswissenschaftlern darüber diskutieren, inwiefern das eine oder andere Projekt das richtige ist. Das haben wir dabei in etwa berücksichtigt.

Der letzte Baustein sind die **Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern**. Aber diese Projekte müssen der Partizipation und dem Empowerment von Bürgern dienen. Es geht nicht darum, zusätzliche Gelder für Projektarbeit zur Verfügung zu stellen. Wichtig ist, dass hier die Quartiersräte den Netzwerkgedanken des Quartiersmanagements umsetzen. Hier wird eine Kommunikationsform auf Stadtteilebene etabliert, die es bis dato nicht gegeben hat.

Es sind gerade die Mittelstandsschichten, die sich zum Beispiel in der Schule sich stärker als zentrale Sozialisationsinstanz zwischen Elternhaus und Schule engagieren und dort neue Kommunikationsformen eingerichtet haben. Wenn die fehlen, müssen wir Formen organisieren, wo das neu ermöglicht wird. Nicht nur über Projekte, sondern auch über solche Institutionen.

Zur Charakteristik, warum wir in diesen Gebieten tätig sind: Ein **relativ hoher Migrantenanteil**, das sind im Durchschnitt in den QM-Gebieten um die 50%, 78% in Wedding, auch in Nord-Neukölln und in Kreuzberg, 12% eher am Stadtrand in Marzahn-Hellersdorf.

Transfereinkommensbezieher: in den QM-Gebieten 37%, in Berlin insgesamt 15%, aber in manchen Bereichen auch 61%. Da weiß man in etwa, Erwerbstätigkeit taucht da kaum noch auf, sondern ein Großteil der Bevölkerung ist abhängig von sozialer Alimentierung.

Der Arbeitslosenanteil, darauf muss man hinweisen, ist nicht der Anteil an der Erwerbsbevölkerung, sondern es ist der Betroffenheitsanteil, also wie macht sich Arbeitslosigkeit in Dimension auf die Gesamtbevölkerung bemerkbar. In Berlin und in den QM-Gebieten ist dieser Anteil sehr hoch.

Eckwerte des Berliner Quartiersmanagements: Wir haben 34 Verfahrensgebiete mit etwa 400.000 Einwohnern. Die Einwohnerzahl, da kommt der nachbarschaftliche Gedanke wieder, dass man das in sich als einen introvertiert orientierten Stadtteil erkennen kann, also dass es tatsächlich einen Nachbarschaftsbezug gibt.

Wenn wir sagen, dass wir Kommunikation ermöglichen wollen, dann ist das nicht mit einer Zwischenverwaltung, also QM als Zwischenverwaltung, möglich, sondern wir wollen eine Face-to-Face-Kommunikation befördern. Wir haben Gebiete mit 22.000 Einwohnern, was eigentlich viel zu groß ist. Das Optimum liegt bei 10.000 bis 15.000 Einwohnern.

Wir haben jährlich Programmmittel von 22 Millionen Euro. Davon sind 7 Millionen Overhead-Kosten für die Teams, 15,4 Millionen Euro als Daumenwert pro Jahr für Projekte, Initiativen und Maßnahmen, die wir direkt in die Stadtteile reingeben. Das entspricht etwa 38 Euro pro Einwohner im Jahr, abgezogen sind die Regiekosten für die Teams.

Abschließend noch die zentralen Handlungsfelder. Sowohl das inhaltliche Konzept, also das integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept, als auch die unterschiedlichen Projekte, die daraus zu entwickeln sind, haben wir 2005 nach einer Evaluation des Programms verankert. Wir haben gesagt: wenn wir diese Stadtteile nachhaltig stabilisieren wollen, müssen wir uns darauf konzentrieren, dass wir drei zentrale Handlungsfelder verfolgen: soziale und ethnische Integration, die Förderung von Erwerbstätigkeit und die Förderung von Bildung. Nur dann kann es gelingen, dort auch ein soziales Miteinander wieder in dieser Form zu organisieren, die nicht abhängig ist von zusätzlichen öffentlichen Zuwendungen. Bauliche Maßnahmen, insbesondere die, die Kommunikation und Nachbarschaft fördern, das können öffentliche Plätze sein, Nachbarschaftseinrichtungen, Kitas oder Schulen, Orte, an denen sich die Bewohnerschaft trifft.

Kommunikation und Netzwerkbildung: Ich denke, das ist deutlich geworden, dass wir gegen eine wachsende soziale Anonymität vorgehen und das Maß an sozialer Kontrolle erhöhen müssen, um Sprachlosigkeit auf Quartiersebene zu überwinden.

Kurze Projektbeispiele aus dem Quartiersmanagement:

Ganz klassisch, **bauliche Aufwertungsmaßnahmen** in Gebieten für mehr Nachbarschaften, dann kleine Projekte wie: Mieter kochen für Mieter, neue solidarische Strukturen.

■ Ein Beispiel hierzu: Ein Wohnungsunternehmen stellt Räume zur Verfügung. Wir haben aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ diese Räume hergerichtet, einen Herd und Töpfe gekauft, so dass nun seit sechs Jahren dort Nachbarn miteinander kochen und essen. Der Effekt ist, dass es einen neuen sozialen Zusammenhang und eine neue Nachbarschaft in dieser Wohnsiedlung des sozialen Wohnungsbaus gibt. Junge und alte Menschen kochen einmal in der Woche, immer mittwochs, miteinander. Das ist ein Modell, das wir in sieben oder acht QM-Gebieten in dieser Form umgesetzt haben.

■ **Das Projekt Stadtteilmütter, aufsuchende Familienhilfe,** mit dem Ziel, einen umfassenden Akkulturationsprozess zu organisieren.

■ **Mütter ohne Grenzen** – ein Projekt, wo migrantische Mütter abends rausgingen, weil sie die Nase voll davon hatten, dass ihre Kinder mit Drogendealern konfrontiert werden. Die wollten eher im Sinne einer Bürgerwehr versuchen, sich selbst gegen diese Dealer zur Wehr zu setzen. Wir haben sie eingebunden und versucht, sie zu organisieren, ihnen einen Ort zu geben, wo sie sich schlau machen konnten – weg von der Straße. Wir haben sie mit dem vorhandenen bezirklichen Beratungsangebot bekannt gemacht und Hilfestellung gegeben. Das macht einen Prozess deutlich, wo es darum geht, nicht alle Strukturen neu aufzubauen, sondern überhaupt erst

einmal eine Verbindung herzustellen zwischen dem migrantischen Milieu und dem, was Berlin über die letzten 30 oder 40 Jahre an Beratungsangebot entwickelt hat und an Unterstützung bietet.

Warum Akkulturationsprozess? Es ging einher mit einer Enttabuisierung. Es war nicht üblich, dass man darüber sprach, dass das eigene Kind innerhalb der migrantischen Familie mit Drogen experimentiert oder abhängig ist. Das zu überwinden, ist sozusagen schon ein Projekterfolg, dass es hier in die Kultur mit aufgenommen wird. Es gibt einerseits das Beratungsangebot und ich rede offen darüber, weil ich Unterstützung brauche, weil ich als Vater oder Mutter nicht mehr in der Lage bin, das zu kontrollieren oder mit dem Jugendlichen zusammen eine Therapie zu machen.

■ **Elternlotsen:** Das klang vorhin schon an, wie man es schafft, gerade auch im migrantischen Milieu, die beiden Sozialisationsinstanzen Elternhaus und Schule zusammenzuführen. Dolmetscherdienste sind die einfachste Ebene. Oder die Lehrer darauf hinzuweisen, dass sie Familien haben, zu denen sechs oder sieben Kinder gehören, sie sich also nicht wundern sollen, wenn zum Elternabend die größere Schwester kommt, wenn es gut geht. Sie müssen dann alternative Formen suchen, wie sie mit den Eltern ins Gespräch kommen.

■ **Kiezworker:** Das ist ein Projekt, mit dem man versuchte, das Verantwortungsgefühl für die Situation des öffentlichen Raumes bei den Jugendlichen, die dort leben, zu wecken. Da geht es um einen Perspektivwechsel. Der Jugendliche ist nicht mehr derjenige, der das als Austragungsort des eigenen Vandalismus identifiziert, sondern er sagt, das ist mein Stadtteil.

Ein übergeordnetes Thema beginnt mit der Frage: Woher kommen die Gelder? Wir sind nicht das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, sondern wir sind viel mehr. 50% aus dem Fonds für regionale Entwicklung fließen in das Berliner Quartiersmanagement. Dort bildet es die

Prioritätenachse von integrierter Stadtentwicklung und Umwelt. Aus dem Landesbudget kommen 37%, der Bundesanteil beläuft sich auf 16%.

Das Berliner Quartiersmanagement versteht sich als eine temporäre Strategie zur Überwindung und zum Ausgleich ungleicher Lebenschancen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Die Grundannahme dabei ist, dass soziales Kapital strukturelle Benachteiligung und den Mangel an ökonomischem Kapital kompensieren kann. Das Programm Berliner Quartiersmanagement, wie wir es organisiert haben, ist kein Armutsbegrenzungsprogramm, sondern wir konzentrieren uns auf die negativen Effekte der Überlagerung schwieriger sozialer Lagen. Wir haben stabile Nachbarschaften dort als ein geeignetes Mittel identifiziert, das die Grundlage bilden kann, damit die Zukunft von Kindern und Jugendlichen nicht von vornherein in einer Abwärtsspirale mündet. Wir unternehmen hier Anstrengungen, um durch verbesserte Bildungsanstrengungen zu ermöglichen, dass die Zukunft halbwegs an dem, was in der Gesamtstadt an Entwicklungsperspektiven vorhanden ist, gemessen werden kann.

Ausgangspunkt ist die Kumulation struktureller Benachteiligungen in einzelnen Stadträumen. QM thematisiert und lindert soziale Erosion, die als Folge dieser schwierigen sozialen Situation auftreten kann. Ob QM als Ansatz geeignet ist, für die Gesamtstadt als Blaupause für eine so apostrophierte „soziale Stadt Berlin“ zu dienen oder ob es sich tatsächlich nur auf die sozial benachteiligten Gebiete beschränken kann oder sollte, das sollte man abwarten.

Elke Fenster: Vielen Dank für diesen umfassenden Einblick in das soziale Monitoring, die Zielsetzungen und Methoden des QM in Berlin.

Teilnehmer: Welche Erfolge anhand welcher Kriterien wurden denn mit diesen ganzen Bemühungen erzielt?

Philipp Mühlberg: Professor Güntner ist auf Kontexteffekte eingegangen. Dort, wo sich unterschiedliche soziale

Problemlagen überlagern, entsteht ein zusätzlicher Faktor, der das soziale Miteinander gefährdet.

Diese grundsätzliche Annahme suggeriert, dass die Stadtteile, in denen nur Arme leben, von vornherein eine ganz prekäre Situation aufweisen und dort soziale Erosion anzutreffen ist. Hier muss man schauen, wie die Güte der Nachbarschaften ist. Ist der grundlegende Verdacht gerechtfertigt? Nur weil sich das Programm daran orientiert? Im Gesetz steht was von sozialen Missständen. Was ist das eigentlich? Wenn die Nachbarn nicht miteinander reden? Oder wenn sie sich mal Butter, Eier oder Brot borgen?

Die Sozialwissenschaft hat es in den letzten 150 bis 200 Jahren nicht vermocht, einen allgemeingültigen Analyseansatz für die Qualität von Nachbarschaften oder sozialen Zusammenhängen bereitzustellen. Wir haben also kaum einen Indikator oder Gradmesser, um die soziale Situation auf Stadtteilebene zu bewerten. Also wollten wir gucken, inwiefern wir in bestimmten Stadtteilen mit einer zusätzlichen Datenanalyse zu dem Schluss kommen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in ihrer Regelstruktur nicht mehr hinreichend in der Lage ist, eine gleichmäßige Entwicklung zu gewährleisten. Wir haben zum Beispiel zusätzliche Bildungsindikatoren herangezogen. Bei jedem Kind, das einzuschulen ist, wird gemessen, inwiefern es verpflichtenden Deutschunterricht von der 1. Klasse an bekommt, damit es überhaupt dem Unterricht folgen kann. Da stellen sich bemerkenswerte Unterschiede heraus.

Landläufig würde man unterstellen, dass ein hoher Migrantenanteil auch einen hohen Anteil an zusätzlich mit Deutschunterricht zu beschulenden Erstklässlern bedeutet. Man kann aber erkennen, dass in einigen Stadtteilen in Berlin-Kreuzberg – trotz eines höheren Migrantenanteils – dieser Anteil der Schüler, die zusätzlichen Deutschunterricht bekommen, geringer ist als in Nord-Neukölln, wo es ebenfalls einen hohen Migrantenanteil gibt.

Die Schlussfolgerung daraus ist: in Kreuzberg haben wir einen Sozialzusammenhang, wo Integration auf dem Spielplatz, in der Kita, in einem übergreifenden Zusammenhang, den wir nicht genauer identifizieren können, gewährleistet ist, wo es noch funktioniert. In den anderen Bezirken, zum Beispiel Neukölln, wo von 65% der Migrantenkinder etwa 50% zusätzlichen verbindlichen Deutschunterricht bekommen müssen, funktionieren diese Zusammenhänge nicht mehr. Es ist daher gerechtfertigt, dort zusätzliche Gelder zu investieren, wenn wir gleichwertige Bildungsperspektiven eröffnen wollen. Das sind Hilfskrücken, über die wir einen Hinweis bekommen, ob Nachbarschaft noch funktioniert, damit am Ende eine funktionierende Stadt herauskommt. Lieber wäre uns natürlich auch ein Indikator, den man jährlich – oder wie auch immer – messen könnte, um zu sagen, hier hat die Nachbarschaft eine bestimmte Güte.

Wir selber als Referat „Soziale Stadt“ hätten gerne vor drei Jahren eine grundlegende Evaluation des Programms durchgeführt. Welche Erfolge gibt es tatsächlich, die Externe für uns überprüfen sollten, im Bereich soziale und ethnische Integration, im Bereich Bildung und Förderung von Erwerbstätigkeit, sowie in den baulichen Anteilen und im Hinblick auf Empowerment. Die Evaluation ist leider nicht zustande gekommen. Aber so eine Evaluation interessiert uns natürlich, auch um zu prüfen, ob wir dem Anspruch genügen, den wir uns selbst gestellt haben, nämlich Nachbarschaften nachhaltig zu stabilisieren. Wenn ja, was ist dafür verantwortlich? Wie können wir uns stärker in unserer Programmstruktur darauf ausrichten?

Man kann noch zwei andere Hilfsindikatoren heranziehen. Vor einem halben Jahr gab es in London bzw. England Jugendkrawalle, Tumulte, und in Paris gab es 2006 auch eine Vielzahl von brennenden Autos, wo die Kids der Meinung waren, für das Schweinesystem sind die kleinen Autos der Nachbarn zuständig und verantwortlich, weshalb sie sie angezündet haben.

Die Begründung, die man dafür fand: Es ist ja kein Wunder, in diesen Gebieten gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Wenn man die Zahlen allerdings mit der Berliner Situation vergleicht, auch besonders in diesen Gebieten, dann sind die kaum anders, ohne dass es diesen Automatismus gibt: hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu brennenden Autos. In Berlin zünden andere Leute die Autos an, weil sie nicht in sozial benachteiligten Gebieten angezündet werden, sondern in den bürgerlichen. Wir hatten 2006 auch in Berlin die Situation, dass migrantische Jugendliche und die Polizei aufeinander prallten. Das war genau in der Zeit, als in Paris die Autos brannten. Damals griffen die Netzwerke des Quartiersmanagements. Es wurden Gesprächsrunden eingerichtet, also Präventionsarbeit gemacht, um diese brisante Situation abzufangen.

Eine andere Krücke: KFN, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Dirk Baier und Christian Pfeiffer haben vor drei Wochen eine Untersuchung veröffentlicht zum Thema: Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin.

Es wurde eine repräsentative Untersuchung für Berlin gemacht, mit einem sozialräumlichen Ansatz. Das Ergebnis: die sozial benachteiligten Gebiete sind in der Gewaltbelastung kaum oder nicht signifikant anders als die sozial nicht benachteiligten Gebiete. Man erklärte sich das mit bestimmten Schutzfaktoren, die nicht weiter untersucht wurden. Ich würde allerdings sagen, da wir fast flächendeckend in der gesamten problematischen Kulisse vertreten sind, dass die geringere Gewaltbereitschaft auch mit dem QM und der dort geleisteten Präventionsarbeit zusammenhängt.

Teilnehmer: Ist es nicht schade, dass es bislang nicht gelungen ist, Faktoren zu entwickeln, die einem doch mehr Aussagen liefern, ob das Programm gut greift oder nicht? Sie haben diese Hilfskrücken jetzt nennen müssen. Aber am Ende läuft auch so ein Programm sehr große Gefahr, angegriffen zu werden, nur weil die Datenlage nichts hergibt.

Vorhin haben wir von Professor Güntner schon gehört, dass das alles nicht unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Lage ist. Wenn es weniger Arbeitslose gibt, sind die Menschen dann zufriedener als vorher, ohne dass das QM dazu was beigetragen hat? Umgekehrt natürlich auch? Gibt es Überlegungen, welche Faktoren man heranziehen könnte?

Philipp Mühlberg: Ich bin auch Soziologe von Beruf, mich müssen Sie nicht überzeugen. Ich wäre strikt dafür, die Indikatoren herauszufinden, an denen wir das erkennen können. Auch die jetzigen Koalitionsgespräche litten natürlich darunter. Brauchen wir eigentlich noch QM – ja oder nein? Der Regierende Bürgermeister fand QM gut, weshalb wir überlebt haben, jedenfalls gibt es Hinweise, dass QM in dieser Form weitergeführt werden kann. Natürlich wäre es hilfreich gewesen, das mit harten Tatsachen nachzuweisen.

Überall wird gefragt: Sind zehn Jahre QM nicht genug? Was wollt ihr noch machen? Wir sagen dann, dass die Laufzeit eigentlich keine Rolle spielt, sondern ob das Ziel, sozialstabile Strukturen in einem Stadtteil zu etablieren, erreicht ist. Nur das kann das Kriterium sein, um festzustellen, dass man ein solches Verfahren auch wieder aufhebt.

Wir würden mittlerweile auch dafür plädieren, dass man das Verfahren in bestimmten Stadtteilen entfristen muss. Gerade wo wir einen hohen Bevölkerungsaustausch haben, wo dieser Akkulturationsprozess regelmäßig neu organisiert werden muss, da muss man dazu kommen, aus QM eine Regelaufgabe zu machen. Man muss es nicht mehr QM nennen, aber die Formen, die dort im Rahmen des QM entwickelt worden sind, sollten auch weiterhin im Stadtteil vorhanden sein. Um gerade alle die positiven Effekte für die Stadtteile langfristig zu sichern.

Teilnehmerin: Mir geht es um die Verstetigung von Projekten, die sich in den Stadtteilen als sinnvoll erwiesen haben, zum Beispiel die Stadtteilmütter. Es gibt einige

Projekte, die nach fünf Jahren nicht mehr gefördert werden können, allerdings auch keine Chance haben, in eine Regelförderung überzugehen. Man greift sich an den Kopf. Wieso kann man nicht erreichen, dass diese Projekte vernünftig weitermachen können?

Philipp Mühlberg: Da setze ich mich regelmäßig in die Nessel, weil ich hierzu eine dezidiert andere Sichtweise habe. Ich habe vorhin Projekte beschrieben, die Selbstläufer wurden. Unsere Aufgabe ist es, einen neuen sozialen Zusammenhalt zu schaffen, meinestweilen Mieter kochen für Mieter. Da müssen wir nichts mehr machen, das kann auch gespeist werden durch das Wohnungsunternehmen. Das sind Sachen, wo das Wohnungsunternehmen für sich erkennen muss, dass ein solcher neuer Zusammenhalt in seinem Wohnquartier so nützlich ist, dass es zusätzliche Gelder in die Hand nimmt.

Der andere Effekt: eine Enttabuisierung von oben. Wenn ich weiß, eine bestimmte Community in einem Stadtteil ist in der Lage, ein Projekt auch eigenständig zu betreiben und weiter zu kommunizieren, dann muss ich das in dieser Form nicht zwingend fördern.

Ein anderer Aspekt ist die Verstetigung von Projekten. Das ist ein Teilaspekt. Warum? Wenn man nach Nord-Neukölln schaut, da hat in einem laufenden Haushalt Herr Buschkowsky 700.000 Euro für privaten Wachschatz aus dem Hut gezaubert. Das heißt, wenn es eine hohe Plausibilität für ein Projekt gibt, dann gibt es nach meiner Erfahrung auch bei der bezirklichen Verwaltung die Möglichkeit zu sagen: das wollen wir jetzt mal auf Dauer schalten.

Stadtteilmütter, das Projekt hatte immer ganz unterschiedliche Finanzierungsquellen. Wir haben in einem vom Senat entwickelten Gesamtkonzept mal gesagt: die Präventionsleistung, die hier drinsteckt, die verdient es auch, in die Regelförderung übernommen zu werden, wofür wir uns einsetzen und stark machen wollen. Das

ist aber im politischen Disput zerrieben worden, so dass dieses Projekt Stadtteilmütter bzw. die Familienberatung im migrantischen Milieu einfach wieder gestrichen wurde.

Es gibt also jeweils ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen, wo man sehen muss, ob es jemanden auf Bezirksebene gibt, der sich dafür einsetzt und es für sinnvoll hält. Das hängt ein bisschen ab von der politischen Konstellation im Senat. Aber es gibt einen ganz großen Bereich, wo es zusätzliche Träger gibt, die auch in der Lage sind, das in eigener Verantwortung zu organisieren.

Teilnehmerin: Sie argumentieren idealtypisch. Wir sind die Praktiker vor Ort. Wir sehen, dass Projekte sinnvoll und absolut notwendig sind, und dass man es nicht schafft, die zu finanzieren. Da stellt sich mir die Frage, ob es nicht so ist, dass zu viel Geld in das System QM fließt und zu wenig Geld in die Regelförderung.

Philipp Mühlberg: Mir ging es darum, das Gesamtsystem QM zu beschreiben und darzustellen, dass es nicht gleichzusetzen ist mit stadtteilnaher Sozialarbeit, sondern dass es auch einen Verwaltungsreformprozess beinhaltet.

Gabriele Geißler: Ich bin vom Stadtteil Marzahn-Südwest, dort Geschäftsführerin des Kiek in e.V., Träger Stadtteilzentrum, und seit 2010 auch Träger des Quartiersmanagements. Wir sehen es auch so, dass sinnhafte Projekte temporär finanziert werden, wobei immer weniger Geld zur Verfügung steht. Die Projekte haben nicht wirklich aus sich heraus eine Überlebenschance. Wir haben versucht, ein Fundraiser-Projekt in den Stadtteil zu holen. Wir können noch nicht über die Ergebnisse sprechen, ob das tatsächlich gut läuft und wir das erreichen, was wir uns vorstellen. Diese Fundraiser gehen in die Projekte bzw. zu den Akteuren, schauen sich genau an, was da passiert, wo es Möglichkeiten gibt, aus anderen Quellen Mittel zu erschließen, die eine Weiterfinanzierung gewährleisten.

Bei uns im Bezirk zieht die bezirkliche Politik seit Jahren Mittel aus dem Stadtteil heraus, weil wir dort QM haben. Das ist keine gesunde Entwicklung. Es muss nach beiden Seiten hin kommuniziert werden. Wir fordern es immer wieder laut im Bezirk ein und sagen, dass es nicht sein kann, dass wir eine Ersatzfinanzierung über „Soziale Stadt“ ansetzen, aber dann alles belassen wie es ist, man sich überhaupt nicht um Nachhaltigkeit kümmert. Wir müssen gemeinsam schauen, wie wir bestimmte, strukturell relevante Projekte erhalten und in die Zukunft führen.

Teilnehmer: Ich höre immer Stadtteilzentrum. Ich höre Quartiersmanagement. Ich sehe den Senat und irgendwelche Landesverbände, aber ich sehe nie, dass der Bezirk in die Pflicht genommen wird. Ich halte es für falsch, wenn der Bezirk nicht in die Pflicht genommen wird. Damit gibt es dann auch keine Verstetigung vor Ort. Wenn man den Bezirk vertraglich in die Pflicht nehmen würde, dann wäre auch garantiert, dass es eine Verstetigung vor Ort gibt.

Philipp Mühlberg: Wir schließen mit jedem Bezirk eine Kooperationsvereinbarung ab. In der Präambel steht genau das, nämlich dass es unzulässig ist, Regelfinanzierung aus dem Stadtteil abzuziehen, sondern dass wir hier gemeinsame, zusätzliche Anstrengungen unternehmen werden, um die soziale Situation zu verändern. Mit jedem Bezirk, wo ein QM läuft, gibt es diese Kooperationsvereinbarung. Es werden darin auch die Gremien festgelegt, die auf bezirklicher Ebene zu organisieren sind, was ich vorhin mit den fachübergreifenden Arbeitsgruppen kurz angerissen habe. Das ist alles hochformalisiert in einem gemeinsamen Vertragstext fixiert und wird mit dem jeweiligen Bezirk im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Also die Bezirke spielen nicht nur eine Rolle, sondern sie sind die Entscheidenden. Denn in diesem Prozess müssen sie befähigt werden, mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ und dem EFRE eine bessere Kommunikationsform und eine bessere Kooperationsform mit diesem Stadtteil anzustoßen.

Bei einigen Bezirken haben wir einen Prozess ausgelöst, in dem diese Quartiersgremien, also Quartiersräte, Quartier-Jurys und –Fonds, tatsächlich auch von den Bezirken, den BVVn und den Ausschüssen als ein Partner betrachtet werden. Wenn sie sich über einen Stadtteil informieren wollen, dann laden sie uns die Quartiersräte ein und reden mit ihnen darüber. Man erkennt, das ist eine systemische bzw. strukturelle Anpassung, die weit über das einzelne Projekt, das vielleicht Hausaufgabenhilfe organisiert oder was auch immer, hinausgeht.

Gerade im Hinblick auf Verstetigung muss man sich die Strukturen anschauen. Im Rahmen einer Evaluation könnte man das wahrscheinlich besser herausarbeiten, welche der von mir benannten Elemente besonders erfolgreich sind und dazu beigetragen haben, die Ziele einer sozialen Stadt oder des Berliner Quartiersmanagements zu erreichen.

Georg Zinner: Ist es nicht besser adressiert an unsere klassischen Geldgeber? Das wären Sozialsenat, Jugendsenat, Bildungs- und Jugendrat, die ja eigentlich beschämt sein müssten durch die Stadtentwicklungsverwaltung, die Aufgaben übernimmt, die die anderen Senatsverwaltungen in Eigenregie nicht bewältigen. Wenn ich Senator im Land Berlin wäre, würde ich mich schämen, wenn ich sehe, dass der Stadtentwicklungssenator in meinem Ursprungsaufgabengebiet aktiv ist, während ich es nicht bin.

Soziale Stadt versus Sozialraumkoordination: Wer kann es besser?

Forum B / Dienstag 15.11.2011

Soziale Stadt versus Sozialraumkoordination:

Wer kann es besser?

Analysen und Konzepte.

Wie passen die Ziele der Bundesprogramme, von Länderkonzepten (z.B. Rahmenkonzeption „Soziale Stadt“ in Berlin) und lokalen Konzepten (z.B. Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte) zusammen?

Input:

Gabriele Busmann, Outback-Stiftung, Sozialraumkordinatorin Köln-Bickendorf/Westend/Ossendorf: *Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“*

Kurt Nelius, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Gruppenleiter Stadtentwicklungsplanung: *„Handbuch zur Sozialraumorientierung“*

Jörg Lampe, Quartiersmanager QuartiersBüro Marzahn-Nordwest, Berlin: *„Wenn zwei das Gleiche sagen, meinen sie noch lange nicht dasselbe. Welcher Prozess bedarf eines ganzheitlichen Quartierskonzepts?“*

Moderation:

Arvid Krüger, Kiezmanager Welsekiez, Berlin-Hohenschönhausen

Arvid Krüger: Herzlich willkommen! Ich leite in Berlin in Hohenschönhausen das Kiezmanagement. Es hat bewusst einen anderen Namen als Quartiersmanagement, weil es nur ähnlich ist. Es ist kein Projekt der „Sozialen Stadt“, sondern wird getragen über den Stadtumbau, die Städtebauförderung, und das Engagement der dortigen kommunalen Wohnungsgesellschaft, der HOWOGE. Die Akteure wollten ein neues Kiezmanagement betreiben. Ich selber bin Stadtplaner.

Es wird drei Inputs geben. Ausgangspunkt ist, dass wir mit zwei unterschiedlichen Logiken an die Stadtteile herangehen. Ich habe in einer Arbeit, die ich 2009 zur Geschichte der Stadterneuerung geschrieben habe, etwas salopp den Begriff einer „unterschiedlich spezifischen Aufwertung“ verwendet, als ich die Bemühungen von Stadterneuerung und „Soziale Stadt“ beschrieben habe.

Deren Aktivitäten finden bewusst nur in solchen Quartieren statt, in denen es eine sozial prekäre Lage gibt. Dort möchte man eine Entwicklung in Gang setzen, die eine Aufwertung eines Quartiers bedeutet. Das ist in etwa die Logik, aus der „Soziale Stadt“ kommt.

Sozialraumorientierung kommt aus einer anderen Logik. Sie möchte flächendeckend für eine ganze Stadt hinbekommen, dass dort in der Räumlichkeit des Quartiers gedacht wird. Wie kann ich mit den unterschiedlichen Ressourcen agieren, um dort für ein Quartier das Beste rauszuholen? An der Stelle finden sich auch die meisten Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser.

In dem Bezirk, aus dem ich komme, Lichtenberg, ist der Prozess schon formalisiert, deswegen nehme ich das gerne als Beispiel. Dort sind die Stadtteilzentren tatsächlich ein Kernelement der Sozialraumorientierung bzw. der Bezirkspolitik, wobei die Stadtteilzentren per Auftrag des Bezirksamtes Lichtenberg verantwortlich sind für Quartierskoordination und Bürgerbeteiligung.

Der Weg führt uns jetzt an den Rhein. Gabriele Busmann ist Sozialraumkordinatorin in Köln.

Gabriele Busmann: Ich bin Sozialraumkordinatorin im Kölner Gebiet Bickendorf, Westend, Ossendorf, und freue mich, hier bei Ihnen zu sein. Berlin ist mir nicht unbekannt, ich habe hier 20 Jahre lang bis 2005 als Sozialarbeiterin gearbeitet.

2006 habe ich dann in Köln angefangen und zwar schon in diesem Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“. Dieses Projekt hatte den Anspruch, in die Breite zu gehen, hatte sich also die Sozialraumorientierung auf die Fahnen geschrieben.

Angesichts der knappen Finanzen musste sich das Projekt aber darauf beschränken, bestimmte Starthilfen zu geben. 2005 wurde das Projekt entwickelt. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt von der städtischen Verwaltung in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände, mit der LIGA. Ursprünglich hieß das Projekt „Sozialraumorientierte Hilfsangebote“.

2006 haben wir zunächst in sechs Sozialraumgebieten begonnen. In diesen sechs Sozialraumgebieten wurde eine städtische Einrichtung, ein Bürgerschaftshaus, mit der Sozialraumkoordination beauftragt, sowie auch fünf freie Träger.

Von 2007 bis 2009 wurden die Gebiete auf zehn erweitert, inzwischen auf elf Gebiete. Parallel begann 2007 eine Evaluation, die vom ISSAB durchgeführt wurde. Nach der ersten Zwischen-Evaluation wurde das Projekt verlängert. Jetzt läuft es noch bis Februar nächsten Jahres, also insgesamt dann sechs Jahre. Inzwischen hat es sich umbenannt und heißt: Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln. Veedel ist in Köln das, was hier der Kiez ist. Veedel von Viertel. Die zweite Evaluation wurde inzwischen auch abgeschlossen, woraus ich Ihnen Ergebnisse vorstellen werde.

Insgesamt belaufen sich jährlich die Projektkosten auf 1,16 Million Euro für die 11 Sozialraumgebiete. Davon sind 341.000 Euro für sozialräumliche Projekte und Maßnahmen vorgesehen.

Die Stadtteile, die ausgesucht wurden, liegen sehr über Köln verteilt. Es gibt für unsere Arbeit eine Stelle, die ich mir mit einem Kollegen teile. Es gab bestimmte Kri-

Präsentation Gabriele Busmann: Lebenswerte Veedel

Der Oberbürgermeister

Stadt Köln



Jahrestagung Stadtteilarbeit
15./16.11.2011
Wege zum Sozialen Stadtteil

Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“

Gabriele Busmann, Outback Stiftung
Sozialraumkordinatorin
Köln-Bickendorf/Westend/Ossendorf

1

Der Oberbürgermeister

Stadt Köln

Das Rahmenkonzept

- 2005 Ratsbeschluss Sozialraumorientierte Hilfsangebote
- 2006 Projektbeginn in 6 Sozialraumgebieten
- 2007 Erweiterung auf 10 Sozialraumgebiete
- 2007 - 2009 1. Evaluation ISSAB
- 2008 Ratsbeschluss Verlängerung bis 29.2.2012
- 2009 Erweiterung auf 11 Sozialraumgebiete
- 2009 - 2010 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel
- 2010 - 2011 2. Evaluation ISSAB

• **Projektkosten**
z.Zt. 1,16 Million € / Jahr für 11 Sozialraumgebiete, davon bis zu 341.000 € / Jahr Sozialräumliche Mittel für Projekte und Maßnahmen

Folie 2

2

Der Oberbürgermeister

Stadt Köln

11 Sozialraumgebiete

Soziale Benachteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner

Auch Quartiere ohne besondere Problemlagen

Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 30.000

1 Personalstelle pro Gebiet

ca. 31.000 € / Jahr sozialräumliche Mittel



3

terien, nach denen diese Gebiete ausgewählt wurden, nachdem klar war, dass das Geld nicht für ganz Köln ausreicht. Das waren hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil an Migranten, hoher Kinderreichtum, viele Alleinerziehende, viele Menschen, die Transferleistungen beziehen. Aber es wurden auch immer Quartiere hinzugenommen, die nicht mit besonderen Problemen beladen waren. Der Gedanke dahinter war, dass sich Partnerschaften bilden.

Die Einwohnerzahl liegt zwischen 20.000 und 30.000 Einwohnern. Eine Personalstelle pro Gebiet. Wenn man das ausrechnet, die 341.000 Euro für elf Gebiete, dann kommt man auf 31.000 Euro sozialräumliche Mittel pro Jahr pro Gebiet, die für Projekte und Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Teilnehmerin: Die Mittel sind auf die Quartiere gleich verteilt?

Gabriele Busmann: Ja, die sind gleich verteilt. Allerdings kann ausgeglichen werden. Wenn ein Gebiet nicht alles ausgeben kann, können andere Gebiete das nutzen. Ich möchte Ihnen die Ziele vorstellen, die Prinzipien, die Aufgaben, die die Sozialraumkoordination hat. Außerdem möchte ich eine kleine Zusammenfassung der Evaluation und einen Ausblick darstellen.

Hauptziel ist natürlich die Verbesserung der Lebensbedingungen in den ausgewählten Stadtteilen für die Bürger/innen, die dort leben. Das soll passieren, indem die Prävention durch optimierte Angebote und Hilfen verbessert wird. Die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sollen verbessert werden, also die soziale Integration ist das Thema. Das soll natürlich auch verstärkt über Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung in allen Varianten stattfinden.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass durch eine verbesserte Kooperation und Vernetzung der Akteure vor Ort die Hilfen abgestimmt werden sollen bzw. passgenauere und bedarfsgerechtere Hilfen und Projekte entwickelt werden. Insgesamt soll das dazu führen, dass die Mittel und Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Das Ganze

hat durchaus auch den Hintergrund, dass geschaut wird, wie man das Geld noch sinnvoller ausgeben kann.

Die Prinzipien, die für das gemeinsame Handeln gültig sind, sollen natürlich Beachtung finden und zwar bei Fachämtern, bei den Trägern und bei den Einrichtungen. Es sind die ganz normalen sozialraumorientierten Prinzipien, die Sie alle kennen: an den Bedarfen und Interessen der Bürger/innen ansetzen; die vorhandenen Ressourcen nutzen und ausbauen; dabei die Eigeninitiative und Selbsthilfekräfte stärken. Wenn Bürger/innen etwas selber machen wollen, dem ist Vorrang zu geben vor Projekten, die von Profis gemacht werden. Es gilt der zielgruppen- und bereichsübergreifende Ansatz, also eine Zusammenarbeit, bei der man über den eigenen Tellerrand schaut, was automatisch zu Kooperationen und zur Vernetzung führt.

Folie 7 (siehe Seite 37)

Dieses Schaubild zeigt die Struktur in Köln. Oben der Rat der Stadt Köln, der Entscheider. Der Rat entscheidet, ob dieses Projekt stattfindet und das Konzept verabschiedet wird, der Rat muss natürlich auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Unten – vor Ort im Sozialraum sind die Bürger/innen, Einrichtungen, Vereine, religiöse Gemeinschaften, aber auch Gewerbetreibende, die örtliche Politik.

Dazwischen sind die Planungskoordinatoren. Wir haben eine Geschäftsstelle im Dezernat Jugend angesiedelt. Darüber steht die zentrale Lenkungsgruppe, die wie ein Aufsichtsrat ist. Dort werden auch Entscheidungen darüber getroffen, ob Konzepte überarbeitet werden müssen, usw. Auf der rechten Seite ist die städtische Verwaltung, auf der linken Seite die Träger der Wohlfahrtsverbände. Es findet also eine gemeinsame Abstimmung zwischen Stadtverwaltung und der LIGA statt.

Folie 8 (siehe Seite 37)

Hier ist die sozialraumorientierte Koordination dargestellt: Im Zentrum ist die Sozialraumkoordination mit ihren Aufgaben. Um das Zentrum herum sind die

Bereiche, die in der Stadtverwaltung angesiedelt sind, wo die Stadt oder freie Träger tätig sind, Kinder, Senioren, Jugendarbeit, Beschäftigungsförderung, Hilfen zur Erziehung, Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Gesundheitsförderung, usw.

Da finden ganz enge Kooperationen statt. Auf der anderen Seite sind Schulen, Wohnungsbaugesellschaften, Kitas und andere, mit denen auch eine Kooperation stattfindet. In diesem Infokasten sind dann die gesamtstädtischen organisierten Angebote und Hilfen, die im Bedarfsfall hinzugezogen werden können, wenn bestimmte Projekte entwickelt werden müssen (Drogen- und Suchthilfe, Aidsberatung, Frühförderung, Jugendgerichtshilfe, etc.).

Es gibt vier Aufgabenbereiche in der Sozialraumkoordination: die fortlaufende Identifizierung sozialraum-spezifischer Handlungsbedarfe und die Bedarfs- und Ressourcenfeststellung. Gleich zu Beginn unserer Arbeit haben wir sehr viele Gespräche mit den Akteuren vor Ort geführt, damit wir uns ein Bild machen konnten.

Im nächsten Schritt wird geschaut, wie Strukturen entwickelt werden können, damit die Kommunikation zwischen den Akteuren vor Ort geschaffen, verbessert und gewährleistet wird. Was braucht es dazu?

Eine weitere Rollenfunktion der Sozialraumkoordination ist eine intermediäre Arbeit. Dabei soll die Verbindung zwischen den Partnern hergestellt werden, immer auf das Problem bezogen, was gerade da ist. Man soll Partner zusammenbringen und schauen, wie man die Probleme gemeinsam angehen kann. Das führt dann natürlich zur Projektentwicklung, indem die Ideen der Bürger aufgenommen und bei der Realisierung unterstützt werden. Die Sozialraumkoordination unterstützt Projekte, nur manchmal initiiert sie selber Projekte.

Ein Beispiel aus meinem Sozialraumgebiet: Das Gebiet liegt im Kölner Westen, Stadtgebiet Ossendorfpark. Zu Beginn meiner Tätigkeit haben wir mit den Akteuren gesprochen, uns umgehört, was gut und was nicht so gut im Stadtteil läuft. Es wurde uns immer wieder ein Neubaugebiet in Ossendorf genannt. Seit 2000 waren

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln

- Ziele
- Prinzipien
- Aufgaben
- Ergebnisse - Ausblick

Folie 4

4

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Ziele des Rahmenkonzeptes

Leitziel **Verbesserung der Lebensbedingungen** durch

- Verstärkte **Prävention** durch optimierte Hilfen und Angebote
- verbesserte soziale **Integration**
- verstärkte **Partizipation**
- Abgestimmte Hilfen und verbesserte **Kooperation** durch **Vernetzung**
- effektiver Mittel- und **Ressourceneinsatz**

Folie 5

5

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

5 methodische Prinzipien

Für das gemeinsame Handeln beachten **Fachämter, Träger und Einrichtungen:**

- An den Bedarfen und den Interessen der Bürger und Bürgerinnen ansetzen
- Die vorhandenen Ressourcen nutzen und ausbauen
- Eigeninitiative und Selbsthilfe stärken
- Zielgruppen- und bereichsübergreifende Arbeit
- Kooperation und Vernetzung

Folie 6

6

da ungefähr 5.000 neue Bewohner/innen hingezogen. Dort lebten viele Familien mit Kindern, aber es gab keine Jugendangebote, keine Kinderangebote, keinen Treffpunkt. Es gab zwei Kitas, aber ansonsten weder kommerzielle noch städtische Angebote. Das war ein Gebiet ohne Identifikationsmöglichkeiten. Insbesondere die heranwachsenden Kinder machten Probleme, es gab Probleme mit Vandalismus, kleine delinquente Handlungen, Kellereinbrüche usw. Die Kitas berichteten auch von Erziehungsproblemen, starke Isolation der Eltern, dazu ein hoher Migrationsanteil.

Im nächsten Schritt wurde das in der Sozialraumkonferenz thematisiert. Diese Sozialraumkonferenz führen wir, wie auch alle anderen Sozialraumgebiete, standardmäßig alle ein bis zwei Jahre durch. An ihr nehmen 80 bis 100 Leute teil, ehrenamtliche und hauptamtliche Akteure aus dem Gebiet.

In dieser Sozialraumkonferenz war eines von den zwölf Zielen, die wir in der ersten Konferenz festgelegt hatten, dass etwas gemacht werden musste, um dem sozialen Abbau des Stadtteils entgegen zu wirken. Die Befürchtung war, dass er kippen würde, was zur Folge hätte, dass die, die es können, wegziehen, während ein segregierter Stadtteil zurückbleibt.

Wir haben eine Arbeitsgruppe einberufen, zu der die Leute, die mit am Problem arbeiten wollen oder müssen, eingeladen wurden. Die Funktion der Sozialraumkoordination war zu schauen, wen wir dazu nehmen müssen. Es war wichtig, die Wohnungsbaugesellschaften zu haben, das Jugendamt war dabei, der Jugendhilfeträger, Kirchenvertreter, Bewohner/innen, usw.

In dieser Arbeitsgruppe wurde gemeinsam ein Konzept entwickelt. Dafür mussten wir natürlich eine Finanzierung finden. Das Konzept sah vor, einen Nachbarschafts- und Familientreffpunkt zu entwickeln. Wir suchten eine Finanzierung, auch über Sponsoren. Wir haben dann eine Stiftung gefunden. Sie ist vom Kölner Stadtanzeiger, einer großen Zeitung, deren Stiftung heißt „Wir helfen“. Die haben 200.000 Euro für das Projekt gesammelt, später gab es noch einmal eine wei-

tere Finanzierung von der Zeitungs-Stiftung. Zusätzlich wurden Projektmittel aus der Jugendförderung bewilligt, damit ein Jugendprojekt dort stattfinden kann. Es wurden Spenden gesammelt, auch die Wohnungsbaugesellschaften haben sich an der Finanzierung beteiligt.

2008 konnte das Familienhaus eröffnet werden. Es gibt dort jetzt eine Stelle für Jugendarbeit, eine halbe Stelle für Stadtteilarbeit, das Familienhaus ist sozusagen das Dach, unter dem verschiedene Träger Angebote machen können. Es finden organisiert, zum großen Teil auch über Ehrenamt, Familienfrühstücke statt, Senioren-Nachmittage, Nachbarschaftsfeste werden organisiert, Ferien-Spielaktionen usw. Immer das, was von der Bürgerschaft an Bedarfen oder an Themen genannt wird, wird aufgegriffen und fortgeführt.

Zum Vergleich zur Sozialraumkoordination ist unsere Aufgabe, das zu organisieren, aber die Arbeit vor Ort mit den Menschen, das würde uns bei einer Einwohnerzahl von 20.000 bis 30.000 überfordern. Das können wir nicht, aber dafür sind wir dann da, um die Bedarfe so zu organisieren, dass sie auf andere Art und Weise erfüllt werden können.

Ich erwähnte schon, dass das Projekt evaluiert worden ist. Das hat das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) an der Universität Duisburg-Essen gemacht. Die Evaluierung wurde in zwei Abschnitten durchgeführt, der zweite Abschnitt war von 2010 bis 2011. Die Ergebnisse wurden uns bereits vorgestellt und ich darf sie heute hier verwenden.

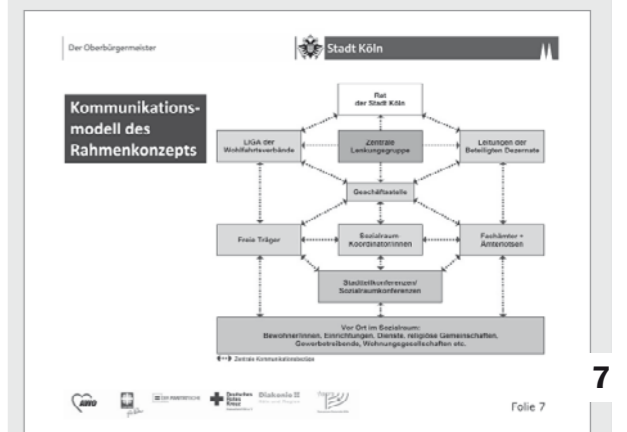
Es wurden anonyme Befragungen durchgeführt, vorher benannte neutrale Schlüsselpersonen wurden befragt, die aus den jeweiligen Sozialraumgebieten Kenntnisse haben. Zum Beispiel auf die Frage, welche Bedeutung das Modellprojekt insgesamt hat - für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner/innen, was ja das Hauptziel des ganzen Projektes ist, haben 75% geantwortet, dass es eine hohe Bedeutung hat. Ich glaube, das ist nach fünf Jahren eine ganz gute Entwicklung.

Es wurde ermittelt, welche Projekte mit sozialräumlichen Mitteln finanziert wurden. 2008 waren es 123 Projekte, 2009 waren es 187 und 2010 188 Projekte. Damit wurden pro Jahr zwischen 15.000 und 20.000 Bewohner/innen erreicht. Das sind aber nur die Projekte, die mit Projektmitteln finanziert wurden. Es gibt ja auch viele Projekte, die nicht noch mal extra Geld kosten, zum Beispiel die im Rahmen von Kita- oder Familienzentrenarbeit stattfinden. Diese Projekte werden auch unterstützt, aber eben nicht mit finanziellen Mitteln.

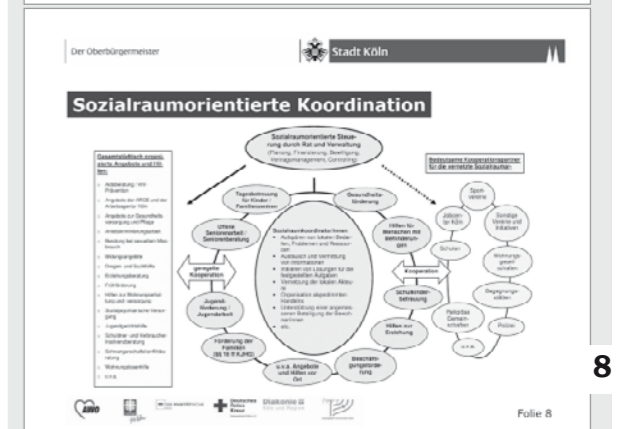
Eine sehr positive Entwicklung nehmen auch die Kofinanzierungen. Die sozialräumlichen Mittel, das sind diese 31.000 Euro, die jedes Sozialraumgebiet zur Verfügung hat. 2009 wurden dazu noch 41% kofinanziert, 2010 waren es 51%, die durch die Sozialraumkoordination bzw. durch Kontakte der Akteure vor Ort aus anderen Töpfen finanziert wurden, zum Beispiel durch Stiftungen, Spenden, kirchliche Zuwendungen, manchmal auch andere städtische Töpfe. Das Geld, das eingesetzt wurde, ist verdoppelt worden.

Wir haben eine Statistik darüber erstellt, wie viele ehrenamtliche Leistungen in diese Projekte einfließen, was von Bürger/innen innerhalb dieser Projekte geleistet wird. Das kann beim Nachbarschaftsfest sein, bei Eltern-Kind-Gruppen, weil es zu wenige Kitaplätze gibt, dass man versucht, das durch diese Eltern-Kind-Angebote zu kompensieren. 2008 wurden noch 2.354 Stunden ehrenamtlich geleistet, 2010 wurden bereits 8.120 ehrenamtliche Stunden geleistet. Das wurde wiederum nur auf die Projekte bezogen, in die auch Geld geflossen ist.

Wie hat sich die Qualität der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen im Sozialraumgebiet verändert? Von 55% der Befragten wurde das positiv bewertet, eine deutliche Veränderung durch die Vernetzungsarbeit, die Zusammenarbeit, auch durch die Gremienarbeit, Stadtteilarbeitskreise, Sozialraumkonferenzen. Die Sozialraumkonferenzen werden alle ein bis zwei Jahre durchgeführt, die Stadtteilarbeitskreise finden vierteljährlich statt.



7



8



9

In unserem Gebiet haben wir zwei Stadtteilarbeitskreise, einmal für Ossendorf und einmal für Bickendorf. Das sind Gremien, die es schon vorher gab. Wir haben sie nicht neu geschaffen, sondern wir haben sie nur aufgegriffen und darauf aufgebaut.

Worin haben die Befragten die Rolle bzw. den Mehrwert der Sozialraumkoordination gesehen? Als ganz wichtig wurde ihre Rolle bei der Stärkung der lokalen Vernetzungen und Kooperationen gesehen, also die Zusammenarbeit zu unterstützen, die es zwar vorher schon gab, aber verstärkt wurde, indem Wege geschaffen oder Brücken geschlagen wurden zwischen den verschiedenen Akteuren.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch, eine akteursübergreifende Diskussion anzuregen. Die Zahlen zur häuslichen Gewalt lagen in Bickendorf sehr hoch, ziemlich weit oben im stadtweiten Ranking. Wir haben überlegt, was wir dazu machen können. Im Stadtteilarbeitskreis wurde angeregt, eine Fachveranstaltung durchzuführen, um sich überhaupt Informationen bzw. einen Input zu holen. Daraufhin hat sich noch eine Arbeitsgruppe entwickelt, die Ideen zusammentragen wollte, was man noch tun kann. Kompetenztraining für Kinder ist ein Projekt, was dadurch entwickelt wurde.

Die Bedeutung der Projekte und Aktivitäten ist wichtig, natürlich auch, dass wir sozialräumliche Mittel zur Verfügung haben, dass wir einen Etat haben. Man muss einen Antrag stellen, diese Anträge werden im Stadtteilarbeitskreis begutachtet und zur Bewilligung empfohlen, dahinter steckt durchaus ein demokratischer Anspruch, ein kleines Nebenparlament im Stadtteil.

Zu den Ergebnissen der Evaluation gehören auch die Verbesserungspotenziale. Wir haben bereits in den Referaten gehört, dass es immer auch davon abhängt, wer wo angedockt ist. Wir sind angedockt an das Dezernat IV, Jugend, Bildung, Sport. Aber es gab von Anfang an genauso viel Beteiligung vom Dezernat V, Soziales und Integration. Beide Dezernentinnen haben auch gut zusammengearbeitet, sind Vorsitzende der Lenkungsgruppe. Aber unsere Arbeit ist richtig streng auf die

Bereiche Jugend und Soziales beschränkt, wodurch es schwer ist, in den Stadtplanungsbereich zu kommen. Wir würden gerne mehr mit der Stadtplanung und Stadtentwicklung zusammenarbeiten.

Es gibt Ämterlotsen, aber auch nur für die beiden Dezernate IV und V, also Jugend und Soziales. Auch bei den freien Trägern, also den LIGA-Verbänden, ist es sehr unterschiedlich, wie Einrichtungen mitarbeiten. Als Sozialraumkoordinatoren haben wir keinerlei Druckmöglichkeit, wir können mal ein bisschen mit der Möhre bzw. dem Geld locken, aber mehr können wir nicht tun. Ob die Leute mitmachen oder nicht, das hängt davon ab, wie sehr sie sich selber einen Gewinn davon versprechen. Unterstützung von der Leitung einer ihrer Einrichtungen zu bekommen, das wäre auch noch verbesserungswürdig.

Als Ergebnis der Evaluation kann man sagen, dass unsere Sozialraumarbeit noch eine zu geringe Tiefenwirkung hat. Man könnte noch mehr rausholen. Insgesamt wird das Projekt als Erfolg bewertet, weil es eben dazu führt, dass die Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen verbessert werden, weil bewohnerorientierte und bedarfsorientierte Angebote und Hilfen entwickelt werden und weil damit auch eine Verbesserung der Lebenssituation in den Gebieten erreicht wird.

Die Ergebnisse der Evaluation sind auch in der Stadtkonferenz vorgestellt worden. Es wurde empfohlen, dass unser Ansatz unbefristet weiterfinanziert wird, dass die Kosten in die Regelförderung übergehen, dass von Politik, Verwaltung und LIGA weiterhin Unterstützung kommt, und dass die Sozialraumorientierung noch weiter verankert wird in alle Bereiche hinein.

Teilnehmerin: Welche Rolle spielen die Jobcenter?

Gabriele Busmann: Keine löbliche Rolle. Es ist schwierig mit der Zusammenarbeit. Was ganz gut klappt, das ist die Zusammenarbeit mit den Trägern der Beschäftigungsförderung, das ist kein Problem. Beim Jobcenter läuft es sehr bürokratisch und schwerfällig, weshalb

es schwer ist, dort Kontakt zu bekommen. Auch über den Weg, den wir sonst nutzen können, nämlich über die städtische Verwaltung, kommen wir da nur schwer ran. Wir versuchen es, es nützt auch ein bisschen. Es gibt Projekte, es gibt auch Finanzierungen, die in den Sozialraumgebieten von bestimmten Programmen laufen. Insgesamt ist es aber nicht so einfach – wie wahrscheinlich überall.

Teilnehmer: Wer ist der Träger des Familienhauses?

Gabriele Busmann: Das ist der Jugendhilfe-Schwerpunkt-Träger geworden, der hat sich bereit erklärt, das zu machen. Er heißt FKM, ich kann Ihnen gerne den Kontakt vermitteln.

Arvid Krüger: Ich übergebe an Herrn Nelius von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

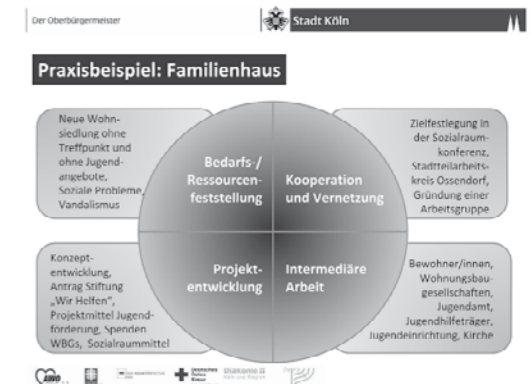
Kurt Nelius: Ich bin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in der Stadtplanung tätig. Seit 15 Jahren bin ich im weitesten Sinne auch mit sozialer Stadt beschäftigt. Zum Titel des Forums „Soziale Stadt versus Sozialraumorientierung: Wer kann es besser?“ meine ich, dass es alle gut können müssen, ich kann diese Bereiche nicht auseinander dividieren.

Einige Jahre habe ich ein ganz großes Projekt im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung geleitet, wo neue Strukturen aufgebaut worden sind. Wir sind ja in Berlin ein Stadtstaat und haben die besondere Konstellation, dass wir Bezirke – Kommunen - haben, und eben den Staat über die Senatsverwaltung. In diesem Spannungsfeld vertrete ich jetzt mal die obere Ebene, die gesamtstädtische Ebene, nicht so sehr von unten, wie wir es eben gehört haben. Ich will den Schwerpunkt auf strukturelle Fragestellungen bei der Sozialraumorientierung legen.

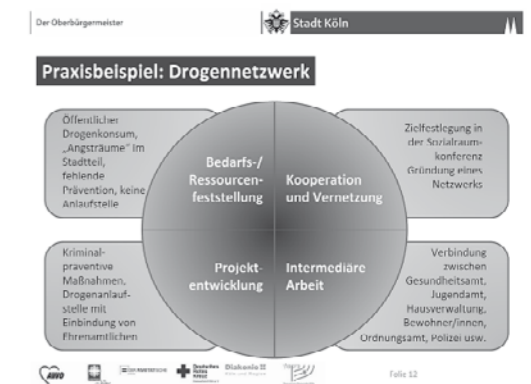
Ganz kurz zur Chronologie: In Berlin war es so, dass wir Mitte der 90er Jahre Probleme in der Stadt festgestellt haben, die auch mit dem Zusammenwachsen der bei-



10



11



12

den Stadthälften zu tun hatten. Daraufhin hatten wir ein Gutachten an Professor Häußermann in Auftrag gegeben. Er hat hier in Berlin maßgeblich Akzente gesetzt.

1998 – Monitoring Soziale Stadtentwicklung, dadurch ist Professor Häußermann sehr bekannt geworden. Wir hatten dann 1999 den Senatsbeschluss zum Quartiersmanagement, gerade zu der Zeit, als im Bund dieses Programm entwickelt wurde. Es war eine Parallelentwicklung. Wir hatten dann 15 Gebiete über das Monitoring ausgewählt und die ersten Strukturen aufgebaut. 2003 kam eine Evaluation, wo unter anderem auch darauf hingewiesen wurde, dass auf der gesamtstädtischen Ebene besser ämterübergreifend gearbeitet werden muss. Dadurch ist dieser Schub zur Beschäftigung mit Sozialraumorientierung in Berlin entstanden.

2005 gab es eine strukturelle oder strategische Neuausrichtung des Quartiersmanagements, mehr Gebiete, mehr in Richtung Bildung, Arbeit, Integration, also eher die sozial-integrativen Themen und weniger die baulich-investiven. Das kehrt sich jetzt leider ein bisschen um, jedenfalls von Bundesseite her.

Wir haben 2006 lebensweltlich orientierte Räume festgelegt, also das räumliche Bezugssystem neu justiert und gerade auch mit Jugend- und Sozialverwaltung und anderen zusammen die Regionen bestimmt. Das sind 447 Planungsräume, Quartiere oder Kieze, 138 Bezirksregionen. Das sind Stadtteile mit etwa 25.000 Einwohnern. Dort soll dieses ämterübergreifende Arbeiten funktionieren. Und schließlich noch mal Prognoseräume, die mit demografischen Themen im Zusammenhang stehen, die mit der Sozialraumorientierung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Dann kam 2007 dieses große Projekt „Rahmenstrategie soziale Stadtentwicklung“, das 2009 mit dem „Handbuch Sozialraumorientierung“ abgeschlossen wurde. Dazwischen gab es einen Abgeordnetenhausbeschluss,

dass in den Bezirken eine Organisation mit sozialraumorientierter Planungskoordination eingerichtet werden soll. Wir haben hier in Berlin einen Umbruch, weil eine Senatsneubildung ansteht, deswegen kann ich im Moment wenig zum Ausblick sagen. Ich werde aber aus unserer fachlichen Sicht ein paar Empfehlungen geben, wie es weitergehen sollte.

Die „Aktionsräume Plus“, die 2010 beschlossen wurden und die auf der Stadtteilebene zu neuen Strukturen geführt haben, die sind hier in Berlin deshalb notwendig, weil die soziale Landschaft sehr vielfältig ist.

Zum Monitoring soziale Stadtentwicklung – daraus abgeleitet die Quartiersmanagementgebiete: Wir haben derzeit 34 Gebiete, haben aber 450 Quartiere. Demnach sind 415 Quartiere nicht im geförderten Programm. Was macht man mit diesen Quartieren? Es sind auch problematische Quartiere dabei, wir können aber nicht alle über Quartiersmanagement steuern. Soziale Prävention ist allerdings billiger als Intervention, das müssen wir uns immer wieder ins Stammbuch schreiben.

Es laufen derzeit in ausdifferenzierten Gebieten Projekte mit der neuen Strategie. „Aktionsräume Plus“: Wir haben fünf größere Gebiete in der Stadt, wo sich ganz viele Fördergebiete tummeln, auch kleinräumig. Um eine bessere Koordination hinzubekommen, musste hier eine weitere Ebene eingeführt werden, die sehr stark sozialraumorientiert ausgerichtet ist. Das sind für uns Pilotprojekte der Sozialraumorientierung, die in diesen fünf Stadtteilen oder größeren Stadtgebieten seit 2010 begonnen wurden und zusammen mit den Bezirken bearbeitet werden.

Die Ziele der „Rahmenstrategie soziale Stadtentwicklung“: Verbesserung der Chancengleichheit auf der einen Seite, aber auch der Lebensqualität in den Stadtteilen. Der Ansatz ist gesamtstädtisch, ebenen- und ressortübergreifend. Aufgebaut wurde auf der Jugendhilfe und dem Quartiersmanagement, die ja zuvor schon mit den Strukturen angefangen haben zu arbeiten. Ziel

ist natürlich auch die Stärkung von Kommunikation, Koordination, Kooperation. Die Definition von Sozialraumorientierung verstehen wir nicht nur als ein Handlungskonzept, sondern als Strukturkonzept. Man muss immer beide Ebenen sehen. Die Definition können Sie auch in dem Handbuch nachlesen.

Der strategische Ansatz ist ähnlich wie in Köln: Die Sozialraumorientierung in Berlin geht von den Bedürfnissen und Ressourcen der Bewohner/innen eines Stadtteils aus. Sie verfolgt das Ziel, besondere Potenziale der Stadtteile zu stärken und die Bürger weiter zu befähigen, an der Stadtgesellschaft aktiv teilzuhaben. Sie unterstützt auch die aktive Mitwirkung in den Stadtteilen. Sie ist raumbezogen, fachübergreifend und vernetzt die Akteure von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Das Ganze ist natürlich auch im Zusammenhang mit Verwaltungsreformen zu sehen. Die neue Arbeit haben wir Netzwerkarbeit genannt.

Das Netzwerk ist gegenüber dem Ansatz der Projektarbeit doch eher unverbindlich und setzt Win-Win-Situationen. Wir in Berlin sind insbesondere darauf angewiesen, in so eine Richtung zu denken, weil wir eine Verschuldung von über 60 Milliarden Euro haben und die finanziellen Restriktionen besonders im Auge behalten müssen. Man kommt deshalb gar nicht drum herum, auch die zivilen Akteure in die Strategie und in die Strukturen einzubinden. Wir hatten das Arbeiten in Netzwerken in diesem Projekt dann auch in einzelnen Bezirken vorangetrieben. Das waren drei Pilot-Bezirke, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf.

Was natürlich bei Sozialraumorientierung auch notwendig ist, das ist Fortbildung. Mittlerweile gibt es dazu auch Angebote, die in diesem Jahr begonnen haben und jetzt wegen der steigenden Nachfrage sukzessive ausgedehnt werden.

Für diese Netzwerkprojekte gibt es drei Beispiele. Einmal sind das die Grundlagen für ein Bildungsnetzwerk

13

14

15

in einem Stadtgebiet von Friedrichshain-Kreuzberg. Dann eine Zukunftswerkstatt in Weißensee, in der insbesondere auch Bürgerbeteiligung erprobt worden ist. Schließlich in Reinickendorf ein Projekt, wo es um eine Platzumgestaltung ging, die mit relativ wenig Mitteln umgesetzt wurde. Es sind eben keine Förderprogramme aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, sondern es wurden andere Mittel dort eingesetzt.

Ich möchte noch zum „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ kommen, in dem die vom Land Berlin gesetzten Strukturen gesetzt sind, innerhalb derer die Bezirke dann die Umsetzung machen sollen. Es gibt einen Leitfaden, insbesondere Handreichungen zur Umsetzung, also Instrumente der Sozialraumorientierung in Berlin. Fünf sind im Handbuch dokumentiert: Einmal Bezirks-Region-Profile. Das sind praktisch Stadtteile, in denen ein Instrumentenkasten zur Verfügung gestellt wird, wie man den beschreiben, bewerten und auch mit Maßnahmen unterlegen kann.

Zweitens sind das Kernindikatoren, die in der gesamten Stadt relevant sind, also alle Bezirke müssen diese Kernindikatoren auch in ihren Profilen berücksichtigen, um die gesamtstädtische Vergleichbarkeit herzustellen. Dann gibt es Grundsätze für die Technik, damit das Ganze mit Unterstützung personalressourcenschonend umgesetzt werden kann. Es gibt diese Organisationseinheit für Koordination, die in den Bezirken 2012 eingerichtet werden wird. Und es gibt Mustervereinbarungen, die angeboten werden, wo auch mit den Externen bzw. mit den zivilen Partnern Vereinbarungen geschlossen werden können, auch zwischen Verwaltungen und Trägern, usw. Diese Muster können in der praktischen Anwendung weiterentwickelt werden.

Das Ganze wurde mit den Bezirken und allen Senatsverwaltungen zusammen erarbeitet, also dieses Handbuch ist nicht von unserer Verwaltung alleine erstellt worden. Beteiligt waren auch die drei Pilotbezirke, aber letztendlich alle zwölf Bezirke über den Rat der Bürgermeister. Das hat auch zum Konsens geführt, mit einer

Einschränkung. Es gab Streit um die Ressourcen. Die Hauptverwaltung wollte in dieser Phase die Ressourcen noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen.

Ziel bei den Bezirks-Regionen-Profilen ist insbesondere, dass verlässliche Entscheidungsgrundlagen erstellt werden. Diese Profile bestehen aus Analysen, aber auch aus Zielen, die natürlich bestimmt werden müssen, sowie aus Maßnahmen.

Die Kernindikatoren sind für alle verbindlich. Es gibt fünf Bündel aus etwa 30 oder 35 Indikatoren, darunter sind Armutsrisiko, Entwicklungsrisiken von Kindern, demografische Ausgewogenheit, Familienfreundlichkeit, Attraktivität des Stadtteils. Dazu läuft derzeit ein Testlauf, der ist weit gediehen. 2012 werden diese Daten zur Verfügung gestellt.

In den zwölf Bezirken laufen die Vorarbeiten zur Einrichtung einer neuen Organisationseinheit. Idealtypisch wäre hier in Berlin die Anbindung an den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. Aber von der Verfassungslage her sind die Bezirke relativ autonom, insofern können wir das nicht vorgeben.

Es wird darüber hinaus angeregt, eine ämterübergreifende Arbeitsgemeinschaft oder Arbeitsgruppe zu bilden. Das machen die meisten Bezirke auch schon, mindestens die Hälfte, wobei die Tendenz ist, dass sich das ausweitet und sich alle Bezirke mit diesen Strukturen anfreunden. Es gibt dafür eine gesetzliche Grundlage, muss also gemacht werden. Spannend wird jetzt die Ressourcenfrage über den Doppelhaushalt, der noch nicht politisch entschieden ist. Vielleicht bewegt sich da noch einiges.

Zwei Stichworte zur Kooperationsvereinbarung für ein regionales Bildungsnetzwerk, das wir mit dem Projekt in Friedrichshain-Kreuzberg entwickelt haben, sowie eine Netzwerk-Vereinbarung für Großsiedlungen. Zum Beispiel im Märkischen Viertel gibt es so etwas, was sich da auch gut bewährt hat. Es gibt auch juristische Rahmenbedingungen, die zu beachten sind.

Aus unserem Hause gibt es weitere Handbücher, zum Beispiel erschien im letzten Jahr „Handbuch zur Partizipation“, wo auch wichtige Hinweise für die Arbeit der Sozialraumorientierung enthalten sind. Es gibt ein Demographie-Konzept, ein Handbuch zum Gender Mainstreaming, auch für die EU-Szene ein Handbuch, das die europäischen Dinge beleuchtet.

Zudem gibt es eine Koordinierungsstelle bei uns im Haus, die meine hoch geschätzte Kollegin Heidrun Nagel leitet. Es gibt darüber hinaus eine Koordinierungsgruppe, in der alle acht Senatsverwaltungen vertreten sind und alle zwölf Bezirke. Die tritt drei- bis viermal im Jahr zusammen und bespricht die grundsätzlichen Probleme des ganzen Verfahrens. Sie gibt auch Anregungen an die Staatssekretärsteuerrunde.

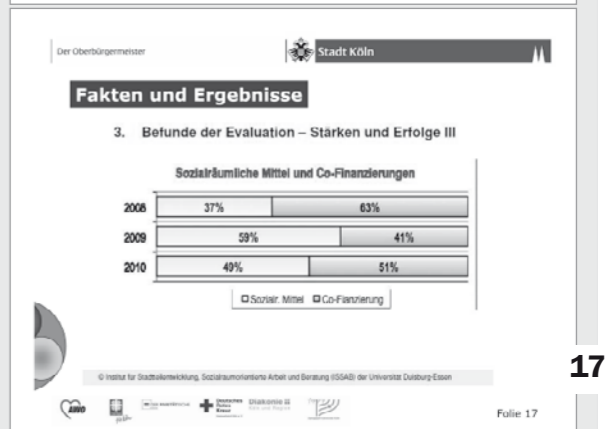
Darüber hinaus gibt es Facharbeitsgruppen, die sich mit diesen besonderen Schnittstellen wie Jugend, Schule, Sicherheit und Schule beschäftigen. Die muss man immer wieder bedarfsgerecht ausrichten, also sie werden ab und zu aufgelöst und neu gebildet.

Worin besteht der Mehrwert des sozialraumorientierten Verfahrens? Wir haben einerseits lebensweltlich orientierte Räume, die jetzt für alle Instanzen einvernehmlich eine gute Grundlage sind, um in der gesamten Stadt die Beobachtung rational und durchsichtig machen zu können. Wir haben dauerhafte Strukturen in Zukunft über diese neu einzurichtende Organisationseinheit. Und wir haben darüber hinaus natürlich auch ein besseres Wissen über den Raum, über die Trägerlandschaften. Wir haben bessere Bedingungen für ehrenamtliches Arbeiten. Der fachübergreifende Austausch führt – so hoffen wir – zu mehr Effizienz und die Evaluationen geben ja berechnete Hoffnungen dazu, dass es so ist.

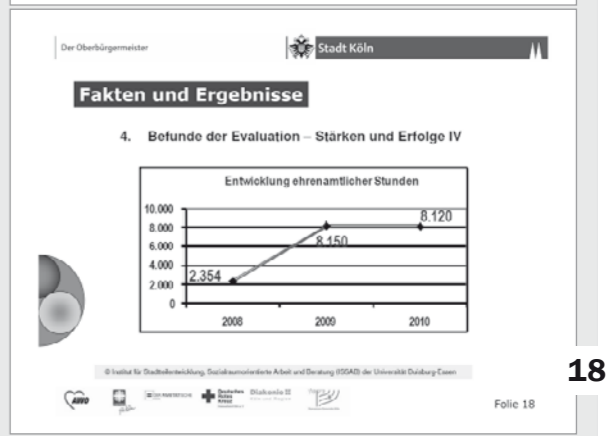
Wir haben bessere Grundlagen für die Städtebauförderung. Und schließlich hoffen wir, dass die Rückkopplung Politik – Verwaltung verbessert wird. Unsere Erfahrungen sind so, dass die Rationalität auch da beflügelt. Als Fazit: Was ändert sich? Gezielterer Einsatz knapper öffentlicher Mittel, auch in Gebieten außerhalb



16



17



18

der Städtebauförderung; verstärkte Aktivierung bürger-schaftlichen Engagements, aber das ist ein langer Weg dorthin. Wir wissen, wie schwierig das ist, wie beharrlich einige Menschen oder auch Institutionen sein können. Unsere Erfahrung ist, dass die Anordnung per Dekret nicht der richtige Weg ist, sondern man muss versuchen zu überzeugen.

Teilnehmerin: An welches Minimum von Ressourcen für diese Organisationseinheit ist gedacht? Und was wäre aus Ihrer Sicht das Optimum?

Kurt Nelius: Geld für kleine Projekte wird gebraucht, aber dazu kann ich jetzt nichts Konkretes sagen. Aber zur notwendigen Personalsituation haben die Bezirke Daten zusammengetragen. Da kam man auf sieben oder acht Stellen, die pro Bezirk notwendig wären. Realistisch dürften für den Anfang drei Leute sein. Aber das ist jetzt von der Politik abhängig. Wir haben im Handbuch diese Dinge aufgeschrieben, was aus fachlicher Sicht notwendig wäre. Die Bezirke sind im Moment sehr willig.

Tina Hofmann: Ich komme vom Paritätischen Gesamtverband. Gibt es eine Verknüpfung Ihrer sozialraumbezogenen Analysen zu den Planungen der Berliner Jobcenter für ein sozialraumorientiertes Integrationsprogramm?

Kurt Nelius: Das ist bei uns auch ein wunder Punkt. Wir hatten beim Quartiersmanagement die Kooperation mit den Jobcentern versucht. Für die Entwicklung der „Aktionsräume Plus“ haben wir uns eher mit den Rahmenbedingungen und mit administrativen Dingen auseinandergesetzt. Da müssen wir noch nachbessern. Wir haben hier überall die gleichen Probleme, dass diese Strukturen bis jetzt nicht zusammenpassen.

Arvid Krüger: Wir kommen zu Jörg Lampe, der in Marzahn-Nordost als Quartiersmanager das alles ins Praktische umsetzt.

Jörg Lampe: Ich bin seit zwei Jahren Quartiersmanager. Davor war ich fünf Jahre lang Leiter eines Stadtteilzentrums. Ich habe Einblick und dort damals in Hellersdorf die Implementierung der Sozialraumorientierung bei den Jugendämtern live miterlebt. Ich fand dort sehr spannende Dinge, aber auch sehr viele fragwürdige Dinge.

Letztendlich ist es so: Wenn man das Handbuch zur Sozialraumorientierung sieht und sich dann unsere Handlungsebene ansieht - das ist das integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept für Marzahn-Nordwest, was sich gerade in der 14. Fortschreibung befindet - dann kommt dabei ein riesiger Wust raus, den niemand mehr versteht. Deshalb ist der Titel meines Input-Berichtes: „Wenn zwei das Gleiche sagen, meinen sie noch lange nicht dasselbe. Welcher Prozess bedarf eines ganzheitlichen Quartierskonzepts?“

Als Leiter des Stadtteilzentrums war QM für mich immer „Qualitätsmanagement“. Als QM – Quartiersmanager – ist mein persönlicher Arbeitsalltag integrative und ressortübergreifende Stadtentwicklung, sogar mit Projektmitteln ausgestattet. Und als Bewohner des Helmholtz-Kiezes in Berlin-Prenzlauer Berg war QM für mich hauptsächlich Motor der Yuppisierung des Gebietes. Das ist das Spannungsfeld, in dem ich mich persönlich immer bewegen muss.

Aber wie sagte schon Wittgenstein: „Man kann nicht außerhalb seiner Sprache denken.“ Und so ist es. Das, was wir benötigen, ist erst mal eine gemeinsame Sprache. Damit meine ich nicht nur die Bürger und die Politik und die Verwaltung, sondern ich meine auch die Verwaltungen untereinander.

Wir sehen, wie komplex die Situation in den einzelnen Quartieren ist, nicht nur bezogen auf die sozial benachteiligten Quartiere, die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, was ein bisschen positiver klingt. Generell ist in jedem Quartier die Situation sehr komplex: Jeder Mensch bringt etwas mit, jeder Mensch braucht etwas.

Wie können wir diese gemeinsame Sprache finden? Dazu müssen wir uns die Akteure betrachten, die das mitbestimmen, welche Zwänge und Ansprüche dort vorhanden sind. Da kommen wir natürlich auf die Politik, die sich regelmäßig im Wahlkampf befindet. Also nach der Wahl ist vor der Wahl, was ist mein Zeithorizont, fünf Jahre, vier Jahre, was kann ich planen?

Was wir brauchen, das ist ein breiter politischer Konsens über die Zielvorstellungen, was wir unter sozialer Stadt verstehen und welche Anstrengungen wir dafür gemeinsam unternehmen müssen.

Dann kommen wir zu der Verwaltung: Natürlich kann man lesen, Berlin ist auf einer Verwaltungsstruktur der 80er Jahre stehen geblieben, wie kann man da dem 21. Jahrhundert gewachsen sein? Ich glaube, das ist nicht unbedingt das große Thema. Ich denke, die Verwaltung, das erlebe ich immer wieder, kämpft tatsächlich auch mit den unterschiedlich formulierten Zielvorstellungen aus dem politischen Raum heraus. Schon wieder ein neues Förderprogramm, was bedeutet das für mich? Sie sind sozusagen Umsetzende.

Angedockt an die Verwaltungen in irgendeiner Form kommen diese institutionellen Akteure, freie Träger, die einerseits eine Mittlerfunktion einnehmen sollen, andererseits müssen sie dem Zuwendungsgeber bzw. Geldgeber entsprechen. Die Forderungen der Verwaltung werden immer aus einer Geldknappheit heraus formuliert, ihr müsst mehr Netzwerken, ihr müsst Synergien auf tun, ihr müsst effektiver werden, indem ihr mehr Ziele mit weniger Geld erreicht. Da hat Karl Kraus schon gesagt: Mit Leuten, die das Wort „effektiv“ gebrauchen, verkehre ich nicht.

Was wir auf der Verwaltungsebene brauchen – genauso wie in der Politik -, das ist ein gemeinsames Verständnis darüber, was wir in der Stadt oder in der Region wollen. Jeder hat etwas beizusteuern, jeder hat etwas zu liefern, jeder hat auch etwas davon zu bekommen. Wir müssen diese klassische Win-Win-Situation schaffen.

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Fakten und Ergebnisse

5. Befunde der Evaluation – Stärken und Erfolge V

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Qualität der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen in Ihrem Sozialraumgebiet seit dem Start des Modellvorhabens entwickelt?

(Anonyme Befragung neutraler Schlüsselpersonen – Frage 11)

© Institut für Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Folie 19

19

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Fakten und Ergebnisse

6. Befunde der Evaluation – Stärken und Erfolge VI

Die Rolle der Sozialraumkoordinator:innen:

- Stärkung der lokalen Vernetzungen und Kooperationen
- Organisation der akteursübergreifenden Diskussionsp
- Initiierung und Durchführung von Projekten und Aktivitäten

□ Besondere Bedeutung der Sozialräumlichen Mittel

© Institut für Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Folie 20

20

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Fakten und Ergebnisse

7. Befunde der Evaluation – Verbesserungspotenziale

Unterstützung durch Leitungen von Verwaltung und Freien Träg

- In der Verwaltung: nur die Leitungen der Dezernate IV und V
- Auch die „Ämterlotsen“ gibt es nur in den Dezernaten IV und V
- Bei den Freien Trägern: v.a. die Spitzen der Wohlfahrtsverbände
- Bei den Trägern und Einrichtungen vor Ort: große Unterschiede

→ Rahmenkonzept: noch zu geringe Tiefenwirkung!

© Institut für Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Folie 21

21

Und dann haben wir noch den Bürger, manchmal den lästigen, vielfach aber den wichtigen Bürger. Der hat primär erst mal Partikular-Interessen. Da stellt sich die Frage: Wieso wollen wir den überhaupt mit ins Boot holen? Die Politik holt ihn sich gerne mit ins Boot, um sich eine legitimatorische Ebene zu schaffen. Für Verwaltung sind die Bürger vielfach auch ein störendes Moment. Trotzdem – ohne diese ganzen Partner wird eine gemeinsame Entwicklung nicht stattfinden! Mein Träger in Marzahn-Nordwest, Gebietsbeauftragter, ist auch Träger des Stadtteilzentrums, ist auch freier Träger der Jugendhilfe, bearbeitet also verschiedene Bereiche. Nur gemeinsam können wir etwas entwickeln, was im Stadtteil eine Wirkung hat.

Herbert Scherer: Frau Busmann agiert in Köln im Rahmen der öffentlichen Verwaltung. Sie sind deswegen dort einem Prinzip verpflichtet, nämlich der Gerechtigkeit. Dann bekommen sie eine Personalstelle, die ungefähr 17 verschiedene Interessen bedienen muss, alle müssen einen Konsens finden, der Oberbürgermeister muss zustimmen, der Rat ebenfalls, usw. Von Herrn Nelius habe ich etwas Ähnliches wahrgenommen, wie viel Zustimmung von Organen, die sich höchstwahrscheinlich inhaltlich damit gar nicht beschäftigt haben, notwendig ist, damit so ein Handbuch entsteht. Ich glaube, dass die öffentliche Verwaltung ein Akteur ist in dem, was wir als Soziale-Stadt-Ziele haben bzw. eine Folie ist, aber sie ist nicht die Stelle, die wirklich was bewegen kann. Um wirklich was zu bewegen, muss man viel freier sein, muss man auch partikularer sein, muss man nach vorne gehen und nicht so in der Breite agieren. Für die Politik ist das Pseudo-Handeln am günstigsten, weil es zweierlei gleichzeitig erreicht: erstens ist es kostengünstig, zweitens macht es einen guten Eindruck. Ich glaube, das können sich die Bürger und das können sich die Sozialstrukturen im Stadtteil gar nicht erlauben, so viel Pseudo-Wirbel zu machen wie in diesen ganzen Programmen gemacht wird, die verkauft werden sollen.

Teilnehmer: Herr Nelius, warum glauben Sie, ist es sinnvoll sozialraumorientiert zu arbeiten? In der Jugendhilfe ist Sozialraumorientierung durch eine Anordnung festgelegt. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir dem nicht gefolgt wären, hätte die Verwaltung sich nicht bewegt. Verwaltung bewegt sich von alleine nicht in die Richtung der Ziele der Sozialraumorientierung, sondern nur durch einen Beschluss, mit dem ihre Mitarbeiter gezwungen werden, sich neu zu orientieren und neue Verfahrenswege einzuschlagen.

Die entscheidende Kraft waren die freien Träger. Das ist ein total mühsamer Prozess, der mindestens schon sechs Jahre gedauert hat und noch nicht abgeschlossen ist. Die entscheidende Kraft waren die freien Träger, damit auch die Bürger, die durch freie Träger beteiligt worden sind. Also Verwaltung alleine wird diese Umstrukturierung aus meiner Sicht nicht schaffen. Sie aber sagen, es gibt dort eine Chance zur Veränderung.

Kurt Nelius: Jugendhilfe ist ein gutes Beispiel dafür, dass es vernünftig eben entweder ganz lange dauert oder gar nicht geht. Das ist einfach eine Lebenserfahrung, die ich habe. Ich kann Ihnen das nicht wissenschaftlich rüberbringen, wieso das besser sein soll als das andere. Das ist eine Lebenserfahrung. Ich habe Kolleginnen und Kollegen, die eine andere Meinung haben, mit denen streite ich mich ständig.

Teilnehmer: Aber es ist ja kein Streit, sondern man kann es messen. Die Jugendhilfe hat sich verändert. Ich kann das belegen. Auch Verwaltung kann sich verändert, wenn es nur einige bzw. wenige wollen.

Kurt Nelius: Es sind ja nicht nur einige Wenige, die so was machen würden, die können in ihrem Amt diese Strukturen auch bestimmen. Nur wir haben wirklich die Situation, dass wir mit ganz vielen Ämtern verhandeln müssen. Die Lebenserfahrung zeigt, wenn es Win-Win-Situationen zwischen Ämtern gibt, dann geht es besser. Nur zum Vergleich: in Hamburg haben wir bis 2007

eine Verwaltungsreform gehabt und haben uns dafür entschieden. Wir haben gesagt, dass jeder Bezirk eine Fachamtsstruktur braucht, in der es ein Fachamt Sozialraumkoordination gibt.

Seit ungefähr fünf Jahren haben wir auf Bezirksebene die Fachämter Sozialraumkoordination, die den Job haben, die anderen Ämter auf bezirklicher Ebene in ihren Entscheidungen zu koordinieren. Gleichzeitig sind sie Ansprechpartner für die Behörden auf Landesebene, für die Umsetzung der Rahmenstrategien für integrierte Stadtteile.

Dieses Dekret hat dazu geführt, dass in den Bezirken jetzt drei oder fünf Jahre gekämpft worden ist. Pro Bezirk sieht es total unterschiedlich aus, was das Fachamt schlussendlich macht. Die Frage ist, ob der Leiter des Fachamtes aus der Sozialplanung kommt oder aus der Stadtentwicklungsplanung und welchen Einfluss das hat. Aus einzelnen Bezirken kommen bei uns sehr positive Signale an, aber nicht von allen.

Teilnehmerin: Wer koordiniert den Aktionsraum Kreuzberg-Nordost? Ein Hinweis: Sozialraumorientierung sagt jeder, aber was passiert, da meint jeder etwas anderes. Wie kommen die Finanz-Ressourcen aus Bildung oder Jugend in den Sozialraum bzw. auf den Runden Tisch? Wo wird entschieden, welche Maßnahmen oder Projekte gefördert werden? Was wird ausprobiert? Was wird von wem in die Regelförderung übernommen?

Das sind Prozesse, wo wir noch sehr am Anfang stehen. Es ist aber unbedingt notwendig, dass die Sozialraum-AG's einen Bezug zur Senatsebene haben. Das fehlt noch.

Kurt Nelius: Wir haben derzeit befristet bis Jahresende 2011 eine Struktur, in der diese Koordinierungsgruppe existiert. Darin sind alle acht Senatsverwaltungen, ein Handbuchbevollmächtigter, sowie alle zwölf Bezirke vertreten, rund 20 Personen.

Das wird wissenschaftlich begleitet von Professor Hinte. Es wird darüber hinaus von einer Mitarbeiterin von mir, Frau Nagel, gesteuert. Das gibt es, aber es ist befristet.

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Fakten und Ergebnisse

8. Befunde der Evaluation – Gesamtbewertung

Das Modellprojekt ist als Erfolg zu bewerten.

- Stärkung der lokalen Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- Verbesserung der bewohnerorientierten Angebote und Hilfen

➔

- Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation in den Gebieten

© Institut für Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Folie 22

22

Der Oberbürgermeister | Stadt Köln

Ausblick

9. Empfehlungen der Evaluation

Das Reformprojekt sollte über seine derzeitige Laufzeit hinaus langfristig fortgeführt werden.

- Unbefristete Regelaufgabe von Verwaltung und Freien Trägern
- Übernahme der Kosten in die Regelförderung der Stadt Köln
- Unterstützung durch die Spitzen von Politik, Verwaltung und LIGA
- Verankerung der Sozialraumorientierung in der Regelarbeit

© Institut für Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

Folie 23

23

Es wird jetzt von der Politik abhängen, ob es in dieser Form bleiben wird oder ob es verändert wird. Es kann sogar auch in ein anderes Ressort übergehen, also es könnte auch in die Senatskanzlei gehen. Wenn man sich vorstellt, dass es in den Bezirken beim Bürgermeister angesiedelt ist, kann man sich auch vorstellen, dass es an die Senatskanzlei geht. Das ist noch offen. Ich gehe davon aus, dass es Veränderungen geben wird. Klar, wir wissen, wie schwierig es ist, Bildungsverwaltung räumlich arbeiten zu lassen. Immerhin gibt es die

verstärkte Kooperation zwischen Jugend und Schule, da ist einiges in Bewegung. Die „Aktionsräume Plus“ sind für uns ja ein Vehikel, um das Thema gerade für die benachteiligten Gebiete auf die Tagesordnung zu setzen. Da gibt es inzwischen Facharbeitsgemeinschaften, wo es genau um diese Schnittstellen geht, an denen das ämterübergreifende Arbeiten verstärkt werden muss, auch im Sinne von Sozialraumorientierung. Dazu haben wir in den letzten Jahren Pilotprojekte aufgelegt, mit dem Ziel, dass sie irgendwann in Regelstrukturen übergehen können. Das ist nicht wie bei den QM's, wo man sich sehr stark auf Projekte bezogen hat, sondern die „Aktionsräume Plus“ haben genau diesen Sinn, Regelstrukturen mit zu entwickeln.

Sybill Klotz: Ich bin Stadträtin für Gesundheit und Soziales im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, mit 335.000 Einwohnern die 16.-größte Stadt der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben zwei Leitprojekte. Das sind einerseits die Bürgerbeteiligung, andererseits die Sozialraumorientierung.

Wir wollen sie nicht bei der Bürgermeisterin ansiedeln, sondern sie werden bei der Stadtentwicklung angesiedelt. Wenn alles so läuft, wie ich mir das denke, dann wird die Stadtentwicklung bei Gesundheit und Soziales und damit bei mir sein.

Ich meine es wirklich ernst mit der Sozialraumorientierung. Ich glaube aber, man braucht an der Stelle beides. Man braucht das Einfordern, aber auch die Ressourcen dafür. Diese sozialraumorientierte Planungskoordination ist eine Vorgabe, aber wenn wir dafür kein Personal haben, wird die Realisierung schwierig. Wir haben den Bedarf aufgeschrieben, aber ich weiß nicht, ob ich die Stellen je besetzen kann.

2005 wurde in ganz Berlin ein Riesenprozess in Gang gesetzt und mit allen Sozialämtern abgesprochen, Modell Sozialamt 2005. Nichts ist daraus geworden! Im Gesundheitsbereich: Modell Gesundheitsamt, mit einer Personalausstattung, davon träume ich in guten Nächten. In schlechten Nächten träume ich davon, dass wir

die gesetzlichen Leistungen nicht erfüllen können. Ich will das nicht ausdehnen, aber die finanziellen Ressourcen müssen her, wenn man es damit ernst meint.

Ich finde, es gibt einen sehr deutlichen Unterschied zwischen QM und Sozialraumorientierung. Sozialraumorientierung ist wirklich ein langfristiger Prozess und nicht weniger als eine Verwaltungsrevolution, wenn wir ehrlich miteinander sind. Wenn wir das mit der Sozialraumorientierung wirklich langfristig verankern wollen, dann muss das auch auf der Senatsebene zwischen den Verwaltungen zu einem gemeinsamen Projekt werden.

Die Sozialverwaltung war bisher außen vor. Wo geben wir aber im Land Berlin das meiste Geld aus? Im Bereich der Transferleistungen im Sozialbereich. Wenn wir dieses Geld effektiver oder mit einer Win-Win-Situation einsetzen wollen, dann müssen diese Mittel langfristig eingeplant werden. Diese Diskussion findet in Berlin fast überhaupt nicht statt, was ich als ein Riesendefizit ansehe. Stattdessen reden wir über die Treberhilfe und über den Maserati, anstatt mal über Steuerung zu reden, um das Geld wirklich effektiver und mit einem guten Ergebnis für die Leute einsetzen zu können.

Petra Patz-Drüke: Ich bin die Beauftragte für Stadtteilmanagement im Bezirksamt Mitte von Berlin. Wie ist es in Köln gelungen, die Sozialraumkoordination vor Ort in die Stadtverwaltung zu transportieren? Diese Bindung interessiert mich. Haben Sie einen Ansprechpartner in der Verwaltung? Sind Sie mit dem zufrieden? Was besprechen Sie mit dem?

Gabriele Busmann: Bei uns wurden Projekte so verlängert, dass sie jetzt in die Regelfinanzierung gehen. Wichtig für das Gelingen war, dass es ein gemeinsames Projekt von der Verwaltung und der LIGA ist, dass die sich gegenseitig immer Druck machen.

Wir streiten darum, wer eigentlich Mutter des ganzen Projektes ist und wer das Kind erfunden hat. Gut finde ich, dass da mehrere Parteien drin sind. Dann ist es

ganz wichtig gewesen, dass wir eine Koordinationsstelle haben, die bei der Stadtverwaltung angesiedelt ist. Aber ich glaube, für die Arbeit vor Ort ist es günstig, dass es keine städtischen Mitarbeiter sind.

Ich bin ja bei einem freien Träger. Wie kriegen wir eine gewisse Neutralität hin? Wir haben aus der systemischen Beratung den Begriff „Allparteilichkeit“ gewählt. Wir sind parteilich für das Ziel, aber nicht parteilich für irgendeine beteiligte Gruppierung. Wenn Jugendliche sich mit Anwohnern streiten, okay, anhören und gucken, wie wir die zusammenkriegen.

Es funktioniert natürlich nicht immer gut mit den Verwaltungen, das ist immer von den Personen abhängig. Es hat weniger damit zu tun, wie die Strukturen sind. Wichtig ist, dass der politische Wille da ist.

Da geht es momentan, kurz vor der Verlängerung, darum, dass sich alle in den Verwaltungen noch mal neu orientieren. Wie entscheide ich jetzt? Müssen wir uns langfristig darauf einstellen oder machen wir das, wie wir es vorher gemacht haben? Der politische Wille ist da sehr wichtig. Bisher war das eine Sache, die sich die Politiker parteiübergreifend auf die Fahnen geschrieben haben, auch das ist ein wichtiger Faktor.

Kurt Nelius: Dass der politische Wille wichtig ist und eine gelingende Zusammenarbeit sehr personenabhängig ist, diese Erfahrungen haben wir auch gemacht. Deswegen wird es auch wichtig sein, wer die Koordination leitend auf der Ebene der Senatsverwaltung machen wird.

Pausengeflüster



Forum C / Dienstag 15.11.2011

Mit jeder Brille sieht man anders.

Perspektiven auf den Stadtteil

(Soziales, Stadtentwicklung, Verwaltung, Bürger, verschiedene Träger von Quartiersmanagement u.a.)

Input:

Elena Scherer, Studentin Stadt- und Regionalplanung; Schwerpunkte ihrer Bachelorarbeit zum Thema „Sicherheit in den Handlungsstrategien von Berliner Quartiersmanagementgebieten“

Thomas Helfen, Quartiersmanager Flughafenstraße, Berlin-Neukölln, ASUM GmbH: „Alle reden von Bildung, aber vor Ort passiert sie: Quartiersmanagement auf dem Weg zum lokalen Bildungsmanagement“

Moderation:

Ralf Gilb, Projektleiter Outreach - Mobile Jugendarbeit, GskA gemeinnützige Gesellschaft für sozial-kulturelle Arbeit mbH

Co-Moderation:

Manja Mai, GskA, Regionalleiterin Outreach - Mobile Jugendarbeit

Ralf Gilb: Ich bin Projektleiter bei Outreach, Mobile Jugendarbeit. Das ist das Jugendprojekt der Gesellschaft für sozial-kulturelle Arbeit, die wiederum die Tochter des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit ist.

Bei unserem Kiezspaziergang heute Morgen durch den Flughafen-Kiez in Berlin-Neukölln haben wir schon verschiedene Perspektiven wahrgenommen. Das sind nicht nur die Perspektiven von Schulen, Bewohnern oder anderen Institutionen, sondern speziell in diesem Stadtteil wurde deutlich, dass selbst die Schulen unterschiedliche Perspektiven haben.

Es gibt zum Beispiel eine Schule mit einer Quote von 100% an Schülern mit Migrationshintergrund, eine andere hat eine Quote von 10%. Ebenfalls unterschiedlich stellt sich das bei der Bewohnerschaft dar. Es gibt nicht nur die klassischen migrantischen Gruppen in Neukölln, arabisch-türkisch, sondern es gibt vermehrt auch Sinti und Roma.

Kann der Anspruch des Programms „Soziale Stadt“ mit diesen vielfältigen Perspektivlagen umgehen? Können sie gebündelt werden? Welchen Job hat da ein Quartiersmanager? Ich freue mich, dass wir den Quartiersmanager Thomas Helfen vom Quartiersmanagement Flughafenstraße in Berlin-Neukölln begrüßen dürfen. Herr Helfen ist einer der ersten Quartiersmanager in Berlin gewesen. Er hat davor in anderen Kiezen gearbeitet, auch im Ostteil der Stadt, wodurch er zwei unterschiedliche Perspektiven hat.

Ebenfalls begrüße ich Elena Scherer, die ihre Bachelorarbeit vorstellen wird. Es geht um die Sicherheit in den Handlungsstrategien von Berliner QM-Gebieten. Das ist ein spannendes Thema, wobei ich aus meiner persönlichen Erfahrung wahrnehme, dass das Thema Sicherheit vor allen Dingen ältere Menschen in den QM-Gebieten anspricht. Ich bin gespannt, ob das wirklich so ist.

Elena Scherer: Ich studiere Stadt- und Regionalplanung. Meine Bachelorarbeit ist noch nicht abgeschlossen, insofern freue ich mich umso mehr, dass ich meine Thesen mit Leuten aus der Praxis diskutieren kann. Ich bin auch in einer Jugendfreizeiteinrichtung in Berlin-Marzahn tätig, arbeite zudem dort im Orga-Team.

Als Planer gehen wir idealtypisch so vor, dass am Anfang die Problemformulierung steht, danach kommt der große Teil der Bestandsaufnahme. Die Bestandsaufnahme hat baulich-räumliche Aspekte, natürlich geht es auch um die ökologische Situation, die Sozialstrukturdaten und die ökonomischen Rahmenbedingungen werden berücksichtigt. Das alles muss in so einem integrierten Programm wie „Soziale Stadt“ sowieso beachtet werden. Man charakterisiert den Ist-Zustand, und mit der normativen Ebene den Soll-Zustand. Wo wollen wir hin? Dafür suchen wir Handlungsstrategien unter unserer spezifischen Perspektive.

Ein Quartiersmanagement ist ja ein Akteur in vielerlei Themen. Ich finde beim Thema Sicherheit in den Handlungsstrategien der Berliner QM's wichtig, inwiefern sich das Quartiersmanagement überhaupt als Sicherheitsakteur sieht. Aus meiner Sicht hat QM als Sicherheitsakteur eine andere soziale Verantwortung als andere Akteure im Gebiet.

Es meint vielleicht nicht jeder das Gleiche bei dem Begriff Sicherheit. In meiner Arbeit ging es ursprünglich um Kriminalität, um objektiv messbare Sicherheit. Das ist eine schwierige Sache. Es werden Polizeistatistiken und Befragungen von Bürgern als objektive Komponente herangezogen, aber es stellte sich schnell heraus, dass es auch sehr stark um subjektives Sicherheitsempfinden bei Bürger/innen geht. Das spielt in sozialen Brennpunkten vielleicht eine noch größere Rolle als woanders, auch in der Arbeit des Quartiersmanagements.

Die Unsicherheit nimmt tendenziell zu. Die Menschen haben mehr Angst, insbesondere Opfer von Gewalttaten zu werden. Aber objektiv ist ein großer Anstieg dieser

Delikte gar nicht festzustellen. Man erklärt das unter anderem damit, dass die sozialen Unsicherheiten, die Angst, was passiert in der Zukunft, die Angst vor sozialem Abstieg, größer werden, was sich dann auf die Kriminalitätsangst überträgt.

Deswegen steigt die Politik auch immer schnell auf dieses Thema ein, weil soziale Sicherheit zu schaffen eine schwierige Sache ist. Dieses Jahr hatten wir Wahlkampf und mit ordnungspolitischen Maßnahmen wird versucht, das Thema ein bisschen zu überdecken. Man kann damit schnell Handlungsfähigkeit demonstrieren, die man auf dem Feld der sozialen Sicherheit nicht so einfach zeigen kann.

Jetzt zu diesem Selbstverständnis, das vielleicht die Quartiersmanagements zum Thema Sicherheit haben: Ich habe mir zuerst angeschaut, worüber die QM's sprechen, wenn sie von Sicherheit reden, was steht in den Handlungskonzepten?

Da gibt es einmal das, was sich auf die objektive Sicherheit bezieht, das bessere Sicherheitsniveau. Das taucht insgesamt allerdings nur sechsmal auf, insgesamt sind es 34 Gebiete. Das Sicherheitsempfinden taucht insgesamt 26 Mal auf, also das scheint in der Arbeit der QM's ein wichtiges Thema zu sein.

Es ist ja, wie wir schon gehört haben, ursprünglich ein Programm der Städtebauförderung und war investiv geprägt, wird wieder mehr investiv geprägt. Auch beim Thema Sicherheit gibt es teilweise eine Zuordnung, die ganz explizit auf eine städtebauliche Komponente hinweist. Es wird einfach in einen Themenkomplex gefasst und gehört automatisch zusammen, Städtebau und Sicherheit geht zusammen. In anderen Gebieten, was seltener ist, wird Gesundheit und Gewaltprävention zusammengefasst, was man auch unter Sicherheit fassen kann. Es gibt noch andere Gebiete, die ganz rausfallen. Dort überlegen sie sich, was Nachbarschaft mit Sicherheit bzw. dem Sicherheitsgefühl zu tun hat.

Die Hälfte der QM's macht in den Handlungskonzepten keine weiteren Angaben darüber, ob Sicherheit ein wich-

tiges oder unwichtiges Thema ist. Aber immerhin hat es in der Hälfte der Gebiete eine mittlere oder hohe Priorität.

Subjektive Sicherheit wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst: persönliche Einstellungen und Erfahrungen, psychische Verfassung, von der Tageszeit oder von der Identifikation mit dem Gebiet, von angenommener Kriminalitätsbelastung, teilweise von der Berichterstattung darüber, von der Einschätzung des Aggressionspotenzials der dort lebenden Personen. Das finde ich auch wichtig, weil das viel mit Anonymität zu tun hat, wenn man seine Nachbarn nicht kennt. Schätzt man seinen Nachbarn als Person ein, die einem gefährlich werden kann?

Auch städtebauliche Faktoren beeinflussen die subjektive Sicherheit, also das Vorhandensein von Flucht- und Versteckmöglichkeiten, und insgesamt auch die Bewertung der Stärke sozialer Kontrolle.

Das sind einige sicherheitsrelevante Problemfelder, die in den Handlungskonzepten auftauchen. Ich werde noch gleich erklären, warum die für mich relevant sind. Es gibt eine sogenannte Disorder-Theorie. Die will klären, warum Menschen sich unsicher fühlen. Dabei gibt es einmal die physischen Zeichen von Ungehorsam und sozialem Ungehorsam. Aus bestimmten Dingen, die man sieht, entweder ein Verhalten oder einen Zustand - zum Beispiel einen verwahrlosten Zustand oder Vermüllung im öffentlichen Raum - schließt man, dass an diesem Ort andere soziale Gesetze gelten. Die soziale Kontrolle funktioniert nicht mehr, weil durch staatliche oder private Maßnahmen oder eine Selbstregulierung innerhalb der Nachbarschaft die soziale „Disorder“ nicht beseitigt wird. Das führt zu einer gewissen Unberechenbarkeit, weshalb man sich unsicher fühlt.

Damit kann auch erklärt werden, warum diese subjektive Unsicherheit eine so große Rolle spielt. Mangelnde Sauberkeit und Verwahrlosung, also Ordnung, Sauberkeit usw. wird oft mit Sicherheit assoziiert und hat tatsächlich einen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden.

Dazu gehören noch Vandalismus oder Graffiti. Diese wahrgenommenen Verwahrlosungserscheinungen können sich allerdings auch auf bestimmte Personengruppen beziehen. Das ist immer eine kritische Sache. Man hat viele Diskussionen über Verdrängung und Quartiersmanagement. Aber zum Beispiel stellen Jugendliche, die herumhängen, ein Problem dar, weil sie Unsicherheit bei Älteren provozieren. Oftmals haben Jugendliche einen Migrationshintergrund, die Älteren wohnen da vielleicht schon länger, also sind die Konflikte bzw. die Unsicherheiten besonders groß, weshalb Leute sogar bestimmte Orte meiden.

Uns geht es gar nicht um diese objektive Komponente, die es allerdings auch gibt. Wenn Jugendliche gewaltbereit sind, gibt es unter Jugendlichen Konflikte, verschiedene Jugendgruppen ziehen in den Schulen ab, solche Geschichten. Wir haben ein paar objektive und ein paar subjektive Komponenten von Sicherheit oder Kriminalität darin.

Vieles ist gar nicht städtebaulich, weshalb sich ein Quartiersmanager, der mit Sicherheit zu tun hat, auch darüber hinaus mit dem Thema Sicherheit befassen muss, wenn ihm etwa Tendenzen der Degradierung auffallen, mangelnde Beleuchtung. Ich würde wahrscheinlich auf einer Karte auch den Leerstand festhalten. So was wie häusliche Gewalt ist nichts, womit ein Stadtplaner im üblichen Sinne etwas zu tun hat, aber trotzdem ist es immer wieder ein Thema. Wie geht man damit um? Da sind auch die Partner vom Quartiersmanagement gefragt. Mit den Schulen wird viel zusammengearbeitet in Bezug auf Präventionsarbeit mit den Schülern, mit den Trägern der Jugendhilfe aus dem Gebiet, usw.

Umstritten sind die Zusammenhänge zwischen dem subjektiven und objektiven Sicherheitsempfinden. Wirkt sich die Verwahrlosung, die auf jeden Fall einen Einfluss auf das subjektive Empfinden hat, auch auf den objektiven Zustand von Unsicherheit aus?

In New York in den 80er Jahren entstand die Broken-Windows-Theorie, die besagt: Wo Zerstörung ist, wird noch

mehr zerstört, wo Dreck ist, kommt mehr Dreck dazu. Das beeinflusst hier bei uns noch teilweise das politische Denken, auch wenn diese Theorie sehr umstritten ist, ob tatsächlich das erste zerbrochene Fenster zum Niedergang eines ganzen Stadtteils führen kann, weil leichte Vergehen schwere Vergehen nach sich ziehen. Das ist auch immer mit einer Politik von Null-Toleranz verbunden, die daraus folgt, weshalb es kritisch ist, wenn sich ein QM, das integrierend wirken soll, auf so eine Ebene einlässt.

Das soll solche Ängste, die es im öffentlichen Raum geben kann, verdeutlichen, woraus man auch auf eine geringe soziale Kontrolle schließt. Da gibt es öfter Diskussionen um die Zuständigkeiten, wer solche Sachen beheben muss. Die kommunalen Kassen sind ziemlich leer, wodurch auch diskutiert wird, welche Mittel wie oft für die Beseitigung von Schmutz und Zerstörung eingesetzt werden oder ob es eine Aufgabe des Quartiersmanagements ist, dem entgegenzuwirken. Häufig übernimmt und finanziert ja das Quartiersmanagement Dinge, die eigentlich regelfinanziert sind oder sein sollten.

Die Maßnahmen: Die normale raumbezogene Strategie. Was soll sich durch den Raum ziehen? Welche Maßnahmen gibt es flankierend in der Sozialpolitik? Wenn wir von Quartiersmanagement reden, dann reden wir von Integrationspolitik und von Sozialpolitik, obwohl das etwas Übergeordnetes ist.

Es gibt die Kiezläufer, die in den meisten QM's unter Sicherheit fallen, manchmal auch nicht nur unter Sicherheit, sondern sie werden unter Beschäftigung eingeordnet. Manchmal sind sie nur einfach dem öffentlichen Raum zugeordnet, wenn es nur um Sauberkeit geht, nicht um Sicherheit.

Wichtig sind auch die Verantwortung und die Einbeziehung der Nachbarschaft in solche Maßnahmen, um die soziale Kontrolle, die in der Nachbarschaft liegen kann, zu demonstrieren. Das Motto, das die Bürger dann zum Ausdruck bringen: Wir kümmern uns um den Kiez, hier kann nicht jeder machen was er will.

Insgesamt geht die Arbeit der Quartiersmanagements weit über das Aufhübschen, was man vielleicht unter Stadtplanung verstehen kann, hinaus und greift in alle Ebenen der politischen Felder. Da haben wir Überschneidungen. Zum Beispiel bei der Infrastruktureinrichtung kann man sagen, dass es Stadtplanung ist. Aber wirkt sich die Infrastruktur auf die Sicherheit aus? Das wird von den QM's verschieden bewertet.

Manche sagen, dass ein Fußballturnier bei ihnen unter das Thema Sicherheit fällt, weil die Jugendlichen in dieser Zeit keinen Blödsinn machen, zudem lernen die Jugendlichen Fair Play. Andere sagen, dass das Fußballturnier zum Thema Gesundheit gehört, weil sich die Jugendlichen mehr bewegen müssen. Diese Bewertungen werden vor Ort vorgenommen.

Andere Themen, die sicherheitsrelevant sind, sind Präventions-Projekte gegen Drogen- oder Alkoholmissbrauch, häusliche Gewalt, immer wieder das Thema Nachbarschaft, Förderung der sozialen Kontakte, Begegnungen verschiedener Gruppen, um Vorurteile oder soziale Spannungen abzubauen, und die Übernahme der sozialen Verantwortung.

Gerade vor zwei Wochen gab es ein Beispiel aus dem Schöneberger Norden. Ein Bild und die Reaktion auf einen gewaltsamen Akt, wo Scheiben eingeschlagen wurden. Dieser Angriff wurde unter anderem damit begründet, dass das QM mit der Polizei kooperiert. Die Reaktion war, dass Streetworker zusammen mit Jugendlichen diesen Raum durch dessen Gestaltung wieder in Beschlag genommen haben. Auch die Polizei ist ein wichtiger Kooperationspartner.

Ich würde gerne noch ein paar Fragen mit Ihnen diskutieren. Wie sieht sich wer als Akteur der Sicherheit? Wenn Gemeinwesen etwas mit Sicherheit zu tun hat, sehen sich da Nachbarschaftseinrichtungen auch als Akteure der Sicherheit? Wie positioniert man sich dort? Sehen sich QM's als Sicherheitsakteur? Oder ist das nur ein Randthema, wenn es brennt? Was kann auf lokaler

Ebene in Bezug auf Sicherheit erreicht werden? Inwiefern ist da übergeordnete Politik vielleicht wichtiger? Kann man Sicherheit in einem Gebiet thematisieren, das schon stigmatisiert ist?

Ralf Gilb: Ich würde gerne erst noch die Sichtweise des Quartiersmanagers Thomas Helfen hören, auch zur Problematik der Sicherheit. Diese Problematik gibt es ja insbesondere in Berlin-Neukölln. Herr Helfen, wie sieht derzeit Ihr Handlungskonzept zum Thema Sicherheit aus?

Thomas Helfen: Unser Handlungskonzept ist schon teilweise kopiert worden. Es gab eine Veranstaltung vor dem Haus- und Grundstückseigentümer-Verband. Dort wurden sie aufgefordert, verstärkt aktiv zu werden. Denn bei Eigentümern, die sich kümmern, ist meistens alles in Ordnung, aber bei denen, die sich nicht um ihre Häuser kümmern, sieht es eben verwaht aus.

Ansonsten spielt Sicherheit eine große Rolle, gerade in dem Gebiet, wo wir tätig sind, in der Flughafenstraße. Dort gibt es das Who is who der Verbrechenarten. Das heißt, wir sind entlang der U-Bahnlinie U 8 ein Hauptumschlagsort des berlinweiten Drogenhandels, wir haben mit dem Volkspark Hasenheide auch einen der größten Umschlagplätze vor unserer Tür, genauso wie den Hermannplatz.

Wir haben gar nicht so viele gewalttätige Jugendliche, dank der Arbeit von Outreach. Aber natürlich werden Jugendliche angelockt, natürlich kommt es auch zu Konflikten. Wir haben das Einkaufs-Center in unserem Gebiet, was ja heutzutage – wie in vielen anderen Stadtteilen auch – das beliebteste Jugendzentrum schlechthin ist. Da gibt es die bunte Warenwelt, auch wenn man sich die vielleicht gar nicht leisten kann.

Dann haben wir Moschee-Vereine, die dort angesiedelt sind und die alle vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Deshalb dürfen wir auch nicht mit ihnen zusammenarbeiten, weil es dann wieder zu Anfragen im

Abgeordnetenhaus kommt: Wie kann es sein, dass ein Quartiersmanagement mit verfassungsfeindlichen Institutionen zusammenarbeitet?

Die Flughafenstraße war in den 70er Jahren die Trödelmeile im Vor-Ikea-Zeitalter, wo alle Einsteiger-Haushalte sich ihre Erstwohnungsausstattung zusammengekauft haben. Heutzutage ist es nicht mehr so und es findet ein starker Veränderungs- und Verdrängungsprozess statt. Wir hatten in den letzten zwei oder drei Jahren sehr viele Spielcasinos mit Automaten, was ein Problem war. Das zweite Problem, was sich dort auch gezeigt hat, ist Prostitution im kleinen Rahmen. Das gibt es jetzt an vielen Orten, auch durch die Einwanderung von Menschen aus Südosteuropa, insbesondere Roma, Frauen bulgarischer Herkunft, die sich in Hinterzimmern oder Häusern angeboten haben, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es gibt dort gar keine klassischen Prostitutions-Etablissements mehr, sondern das sind normale Musikcafés. Aber jeder, der ein entsprechendes Aussehen hat, wird angesprochen, ob er diese Dienstleistung kaufen will. Auf mich trifft das nicht zu. Bei mir denken sie eher, ich wäre irgendjemand vom Amt, wenn ich da meinen Tee trinke. Andere Leute werden sehr viel gezielter angesprochen. Das hat aber einen verheerenden Effekt auf die Nachbarschaft. Die Leute sehen das, die Familien machen sich Sorgen und ziehen aus dem Stadtteil weg. Die Krönung war, dass - zu all diesen Problemen dazu - ein Unterstützerclub der Bandidos gerade in die Flughafenstraße gezogen ist. Kurze Zeit später gab es dann auch schwere Körperverletzungen und es gab Brände. Das ist die Eröffnung gewesen. Das sieht heute nicht mehr so aus, sie sind sozusagen einem Brandanschlag zum Opfer gefallen.

Das ist das Sicherheits-Panorama, das man entwerfen kann. Für unsere ganz konkrete Arbeit haben wir das im Hinterkopf, aber wir sind keine Polizisten, wir sind kein LKA, wir arbeiten nicht als verdeckte Ermittler. Wir können uns nicht in Wohnungen verschanzen und alles observieren. Wir wissen nur davon.

Wir versuchen an solchen Stellen aktiv zu werden, an denen es tatsächlich dann besonders kritisch wird, um es nicht an andere Stellen weiterzugeben. Aber es ist für uns kein Handlungsfeld, weil wir die Kompetenzen nicht haben. Wir sind keine Ersatz- oder Hilfspolizei, sondern wir können da tätig werden – wenn es um Kleinkriminalität geht, weil das im öffentlichen Raum ist und nicht so gefährlich. Die organisierte Kriminalität hingegen, die es in dem Stadtteil auch gibt, ist für uns kein Handlungsfeld. Aber das beschäftigt viele Leute.

Viele haben die Erwartung, dass das Quartiersmanagement was dagegen machen muss. Normalerweise behilft man sich mit der hilflosen Geste, einen Runden Tisch einzuladen, zu dem alle Verantwortlichen kommen, um das Problem zu thematisieren. Die Bewohner haben den Eindruck, okay, da passiert was. Aber wir hatten auch schon Runde Tische mit Verantwortlichen, die uns gesagt haben, dass sie auch nichts machen können. Bestimmte Probleme kann man einfach auch lösen. Wenn wir den Drogenhandel mit verstärkten Polizeirazzien in eine andere Ecke verschieben, ist das Problem ja nicht gelöst. Von daher versuchen wir eher langfristig präventiv zu arbeiten, indem wir Aufklärungskampagnen gegen Drogenmissbrauch starten. Nur da, wo es ganz explizit und akut wird, greifen wir natürlich ein. Da muss man präsent sein, zum Beispiel Drogenhandel an Kinderspielplätzen, das ist ein No-Go, da wird dann auch was unternommen. Aber wir fangen nicht an, das Problem von einer Straßenecke zur nächsten Straßenecke zu verschieben.

Ralf Gilb: Wie sieht es mit Ihrem eigenen subjektiven Sicherheitsempfinden in Ihrem täglichen Arbeitsgebiet aus, Herr Helfen?

Thomas Helfen: Ich fühle mich relativ sicher. Aber das hängt einfach auch damit zusammen, dass ich weiß, zu bestimmten Tageszeiten passiert nichts. Wir hatten genau das gleiche Problem mit der Evangelischen Schule. Sie

hatten in der Zeitung gelesen, dass sie ein Hot-Spot der Prostitution sind, wo es ganz schlimm ist. Die Lehrer meinten, sie arbeiten dort jeden Tag, aber sie haben nie etwas mitbekommen. Das liegt daran, dass es bestimmte Probleme und Phänomene erst ab einer bestimmten Uhrzeit gibt, erst nach Einbruch der Dunkelheit, 20 oder 21 Uhr. Wir arbeiten normalerweise von 9 bis 18 Uhr, ausnahmsweise sind wir auch mal bis 22 oder 23 Uhr unterwegs. Von daher kriegen wir davon auch nur durch Hörensagen was mit oder wenn wir konkret vor Ort sind.

Wir sind mitunter abends in so einem Gebiet unterwegs, dann kriegt man das mit und sieht die Probleme. Aber tagsüber im Büro im Quartiersmanagement sind diese Dinge nicht so präsent wie zum Beispiel der Sperrmüll, der über Nacht abgeladen wurde. Aber das ist eher ein Vandalismusproblem und kein Sicherheitsproblem.

Ralf Gilb: Dann kommen wir zu Ihrem Handlungsfeld Bildung. Der Titel Ihres Referates heißt: „Alle reden von Bildung, aber vor Ort passiert sie. Quartiersmanagement auf dem Weg zum lokalen Bildungsmanagement.“ Besonders in sozialen Brennpunkten ist Bildung ein großes Thema. Wenn man sich die demografische Entwicklung anschaut, dann werden künftig ganz viele Kinder und Schüler aus Quartiersmanagement-Gebieten kommen. Was sind Ihre Strategien?

Thomas Helfen: Ich habe heute keine Powerpoint-Präsentation für Sie, sondern ich habe mir ein einziges Handlungsfeld herausgegriffen. Zum Thema Sicherheit haben wir schon viel gehört, natürlich gibt es noch andere Handlungsfelder.

Im September 1999 habe ich mit dem Quartiersmanagement am Boxhagener Platz angefangen. 2005 bin ich in das Gebiet Flughafenstraße gekommen. Ich habe mir überlegt, wie sich meine Berufsperspektive verändert hat, denn ich würde auch gerne über Perspektivwechsel sprechen.

Ich habe in der QM-Arbeit festgestellt, dass es ganz häufig darum geht, die Perspektive zu verändern. Man muss

nicht nur über die Probleme reden, sondern auch vor Ort gucken, was möglich ist. Durch diese Veränderungsprozesse wird auch eine Perspektiv-Veränderung für die Menschen aufgezeigt, für die Stadtteile und auch für ihre Wahrnehmung.

Da ist mir besonders das Thema Bildung aufgefallen, weil wir dort den Großteil unserer finanziellen Ressourcen einsetzen. Das heißt, auch die Quartiersräte entscheiden sich verstärkt für Bildung, denn bis zu 60 bzw. 70% des Budgets gehen zugunsten von Bildungsprojekten an Schulen, Kitas oder Jugendeinrichtungen. Andererseits ist Bildung auch durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als eines der Leitthemen vorgegeben. Dort wurde festgelegt, dass die drei Hauptthemen Bildung, Integration und Arbeit sind. Aber ohne Bildung funktionieren die anderen beiden Themen auch nicht.

Vor diesem Hintergrund steht das Thema Bildung für uns im Mittelpunkt. Gleichzeitig haben wir aber auch immer diese ganz großen Diskussionen. Heute haben wir über das Programm „Soziale Stadt“ oder über eine soziale Stadtpolitik auf Bundes- oder Länderebene diskutiert. Alle diese Diskussionen spiegeln sich natürlich wider und finden sich auch in unserem Stadtteil.

2001 – Pisa-Schock. Deutschland steht nicht an erster Stelle, auch nicht im Mittelfeld, und ganz viel Bildungsangst setzt ein, insbesondere bei Mittelschichtsfamilien. Ich habe das damals am Boxhagener Platz erlebt, plötzlich wurde es wichtig, auf welche Schulen die Kinder gehen. Davor war man unzufrieden, das wussten wir, aber da wurde es auch medial thematisiert und hat in der Folgezeit dazu geführt, dass Segregationsprozesse eingesetzt haben.

Diese Segregationsprozesse haben wir auch im Bildungsbereich, dass unsere vorhandenen Schulen sehr unterschiedlich strukturiert sind. Wir haben die Hermann-Boddin-Schule, 96% Kinder mit Migrationshintergrund, die Albert-Schweitzer-Schule mit 91% und die Evangelische Schule Neukölln mit 16%. Das zeigt, wie vielfältig das in so einem kleinen Stadtteil ist.

Ich beschreibe die Perspektive anhand fünf ganz konkreter Beispiele, was wir dort gemacht haben, was das QM gebracht hat. Man sollte nicht denken, wenn man ein Problem gelöst hat, dass die Aufgabe erledigt ist, sondern dass sich daraus vielfältige weitere Probleme entwickeln können.

Ich gehe jetzt nicht auf den Kita-Bereich ein, weil wir in unserem Gebiet keine große Kita haben. Wir haben kleinere Eltern-Initiativ-Kitas mit 15 bis 40 Plätzen. Ich gehe auf drei Schulen, auf den Elterntreff und die Nachentwicklung ein.

Beginnen will ich mit unserem **Leuchtturm-Projekt**, der Albert-Schweitzer-Schule. Als wir dort 2005 begonnen haben, war es ein Gymnasium, das vor der Schließung stand. In den 70er und 80er Jahren war es das Elite-Gymnasium in Neukölln, was sich dann in den 90er Jahren komplett gewandelt hat. Die bürgerliche Mittelschicht ist aus Nord-Neukölln weggezogen, weshalb sich die Schülerschaft an der Schule komplett verändert hat.

Welche Perspektive hatten die Lehrer? Welche Perspektive hatten wir? Wer hat vielleicht auch eine neue Perspektive mit eingebracht? Die Perspektive der Lehrer: Lange Zeit gab es keine Schulleitung, keiner wusste, wie es damit weitergeht, Unsicherheit.

Die neue Perspektive kam durch den neuen Schulleiter, der von außerhalb kam und sagte, 80 oder 85% Kinder mit Migrationshintergrund können mich nicht schrecken. Er war vorher in Tschechien in einer Auslandsschule, 100% Kinder mit Migrationshintergrund, die alle deutsches Abitur gemacht haben. Das sollte doch auch in Neukölln gelingen können. Wir haben gemeinsam überlegt, was wir machen können.

Ein Fakt ist, dass 25% der Kinder das Probehalbjahr nicht bestehen. Der Schulleiter meinte, das liegt nicht daran, dass sie dumm sind, sie sind genauso intelligent wie alle anderen, aber sie haben nicht die gleichen Voraussetzungen und Förderungen. Wir müssen ein Modell intensiver Förderung entwickeln.

Wir überlegten, wen wir als Träger dazu gewinnen könnten. Aufgrund des hohen Anteils von türkischstämmigen Schülern haben wir uns überlegt, eine Migrant*innenorganisation von vor Ort einzubinden. Das war eine Besonderheit, weil man das damals nicht unbedingt machte.

Wir haben so eine Organisation mit dazu gebeten und mit ihnen ein Coaching-Modul entwickelt. Das hatte schon im ersten Halbjahr erstaunliche Erfolge, weil die Anzahl der Schüler/innen, die das Probehalbjahr nicht bestanden, um 2/3 zurückging.

Dieses Coaching wurde dann sukzessive ausgebaut zu einem Ganztagsangebot, Ganztags-Gymnasium. Das war in der damaligen Perspektive der Bildungspolitik für ein Gymnasium ganz und gar unüblich. Man kannte es aus dem Grundschulbereich oder Hauptschulbereich, aber warum braucht man das an einem Gymnasium? Da gehen ja meistens nur Kinder hin, deren gut gestellte Eltern in der Lage sind, für ihre Kinder noch ein umfangreiches Nachmittagsprogramm organisieren zu können. Dass das im Norden von Neukölln, wo die Kinderarmut bei 68% liegt, nicht der Fall ist, interessierte damals nicht.

Durch diese veränderte Perspektive – Ganztags-Gymnasium, neue Schulleitung, neue Sicht auf den Stadtteil, wir müssen uns auf die vorhandenen Schüler einstellen und können nicht warten, dass irgendwoher andere Schüler kommen, sondern die jetzigen Schüler sind genau die richtigen Schüler –, ist es gelungen, dass die Schule mittlerweile wieder ein sehr gutes Renommee hat. Sie ist die drittbekannteste Schule in Neukölln, was die Oberschulen betrifft, die Schülerzahlen liegen jetzt bei 700, sind also in vier Jahren um 300 Schüler angewachsen.

Jetzt haben wir das Problem, wie wir so viele Schüler im Ganztagsbetrieb unterbringen. Also die Probleme hören nicht auf. Wenn man 700 Schüler in einem Gebäude hat, die sich den ganzen Tag darin aufhalten sollen, das Gebäude auch noch aus dem Ende 19. Jahrhundert ist, dann wird das modernen Ansprüchen gar nicht mehr gerecht.

Die **Hermann-Boddin-Schule** ist ein anderes Beispiel für unsere Bildungsarbeit, noch nicht ganz so erfolgreich. Das ist eine Grundschule. Die Schule hatte eine Schulleitung, die sich stark nach außen abgeschirmt hat. Ihre Perspektive war: Außerhalb des Schulgebäudes bzw. Schulgeländes ist Feindesland. Das interessiert uns nicht, wir wollen diese negativen Einflüsse gar nicht in unsere Schule lassen. Je mehr wir uns nach außen abschotten, desto mehr schaffen wir es, dass in der Schule eine heile Welt erhalten bleibt.

Das hat nicht funktioniert. Es kamen keine neuen Ideen in die Schule rein, engagierte Pädagogen sind dort weggegangen, die Schule hat ein negatives Image bekommen, weil niemand im Stadtteil sie kannte. Wenn jemand von der Schule was gehört hatte, dann nur negative Dinge.

Zu Anfang gingen wir in die Lehrerkonferenz und sagten: wir haben 30.000 Euro für die Schule mitgebracht. Sie können entscheiden, wo das Geld ausgegeben wird. Das war für die wie eine Art Kulturschock, so etwas hatten sie noch nie erlebt. Langsam haben sich dann in der Schule die Perspektiven verändert. Aha, da ist ja plötzlich ein Partner, auch außerhalb der Schulmauern.

Wir haben dann einzelne Module entwickelt, so dass sie angefangen haben mit einer temporären Schulstation. Alle haben gemeint, es sollte nicht Schulstation genannt werden, weil das eine Regelförderung ist, und ob sie die kriegen, das ist unklar. Sie haben es gewagt. Zwei Jahre später gab es eine regelfinanzierte Schulstation, weil plötzlich die Schule so was auch wollte.

Die Schule kriegt jetzt auch einen Erweiterungsbau. Manchmal muss man auch Glück haben. In dem Fall war das Glück die größte Wirtschaftskrise, die man bis dahin kannte, nämlich die Finanzkrise. Plötzlich waren aus dem Konjunkturpaket 3 Millionen Euro da, die schnell ausgegeben werden mussten. Und die Schule wollte plötzlich diesen Erweiterungsbau, der auch realisiert worden ist.

Wir sind an dieser Schule noch nicht am Ende, weil sich räumliche Veränderungen immer schneller machen las-

sen, plus das Einrichten einer zusätzlichen Schulstation, als eine Schulkultur zu verändern, die sich über 20 Jahre entwickelt hat. Da kommen wir langsam voran.

Eine große Aufgabe, die sich da für uns stellt, ist der sich verändernde Stadtteil. Es kommen plötzlich ganz andere Eltern gucken, die auch ganz neue Ansprüche haben. Die Lehrer entdecken nun plötzlich, dass ihnen eigentlich Migranten-Eltern viel lieber sind, denn sie sind bequemer. Sie kommen zwar nicht zum Elternabend, aber dafür können die Lehrer weiterhin unangefochten ihren Unterricht im alten Stil machen.

Die neue Herausforderung sind die ambitionierten Mittelschichtseltern, die fragen, nach welchem pädagogischen Konzept gearbeitet wird. Momentan ist diese Schule gegen solche Diskussionen noch gefeit, weil als Abschreckungseffekt noch der hohe Migrantenanteil zieht. Aber wir versuchen gerade, die Schule stärker in den Stadtteil zu öffnen. Wir haben jetzt den Winterspielplatz in der alten Turnhalle eröffnet. Nun kommen auch Eltern, die sonst niemals in ihrem Leben einen Fuß in diese Schule gesetzt haben, obwohl sie dort im Umfeld über Jahrzehnte wohnen. Das ist ein weiterer Schritt, bei dem es auch darum geht, Perspektiven zu verändern, sowohl die Perspektive der Eltern, die dort leben, als auch der Lehrer, die dort leben, als auch insgesamt, wie so eine Grundschule funktionieren kann.

Das dritte Beispiel ist der **Käpt'n Blaubär Spielplatz**. Der ist damals mit der Errichtung des großen Einkaufszentrums entstanden. Da gab es auch Vandalismusprobleme. Es war niemand da. Man hatte zwar eine Infrastruktur, die ist gebaut worden, aber es war niemand da, der die Jugendlichen anspricht und Wert darauf legt, dass bestimmte Regeln eingehalten werden. Wir haben dann eine Perspektivenveränderung geschafft. Man kann in solchen Stadtteilen nicht nur Spielplätze einfach hinstellen und abwarten, was dann passiert. Zwei oder drei Jahre später wundert man sich, dass die Spielplätze komplett zerstört sind. Wenn man

so was baut, muss man sich überlegen, dass man parallel auch eine Betreuung organisiert. Es ist uns gelungen, Zufälle spielen auch immer eine Rolle, dass ein kleines Haus errichtet werden konnte. Aber das war nicht der erste Schritt.

Der erste Schritt war, einen Träger zu finden, das war in diesem Fall Outreach - Mobile Jugendarbeit. Die sind vor Ort präsent, binden die Jugendlichen ein. Wenn es kalt und regnerisch ist, ist so ein Spielplatz oder sind die Angebote, die es da gibt, auch nicht mehr so attraktiv. Sie haben dann eine Ladenwohnung organisiert, das klassische Konzept des Jugendstadteilladens.

Aber es wurde damals schon gesehen, wie schwierig es wird, langfristig die Miete zu finanzieren und immer wieder mit den Quartiersräten zu diskutieren, warum so viel Geld für die Miete draufgeht und so wenig für die pädagogische Betreuung. Wir haben dann auf dem angrenzenden Grundstück einen Kinder- und Elterntreff errichtet. Wie sich jetzt herausstellt, ist er viel zu klein, weil er für 25 Jugendliche konzipiert ist, während ihn bis zu 80 oder 90 Jugendliche nutzen. Der nächste nun folgende Schritt ist, dass wir eine verstärkte Kooperation mit anderen Einrichtungen anstreben, um das Angebot zu erweitern.

Das vierte Beispiel ist die **Helene-Nathan-Bibliothek**. Das ist eine Stadtbibliothek, die man nicht so ohne Weiteres findet. Früher hat man sie ganz gut gefunden, sie hatte ihr eigenes Gebäude. Im Rahmen des Neubaus des Einkaufszentrums wurde die Bibliothek abgerissen. Jetzt ist sie ganz oben im Einkaufszentrum, mit schöner Aussicht, aber keiner findet sie. So eine Bildungsinstitution sollte prominent im Stadtteil platziert sein und nicht so versteckt.

Die Bibliotheksleitung hatte und hat immer das Ziel, auch interkulturell zu arbeiten und die Vielfältigkeit der Bevölkerungsgruppen sollte sich auch in der Bibliothek widerspiegeln. Das war die Perspektive, aber sie wussten nicht so richtig, wie sie das realisieren könnten, weil niemand sagen kann, wie der Stadtteil aussieht oder welche Menschen dort leben.

Durch den Kontakt mit uns ist die erste Idee entstanden, dass das Angebot um ein Lernzentrum erweitert wird. Das richtet sich insbesondere an Schüler, die selbst lernen wollen. Junge Menschen haben auch das Interesse, dass mal nicht ein Betreuer neben ihnen sitzt und ihnen was ins Ohr flüstert, sondern dass sie auch alleine arbeiten können. Das können viele Kinder und Jugendliche in Neukölln einfach deshalb nicht, weil sie dafür die räumlichen Voraussetzungen nicht haben.

Wir haben dort ständig den Bedarf und den Bestand erweitert. Sie können sich dort auf den MSA oder auf Klausuren vorbereiten. Ein anderes Problem, das wir jetzt haben, ist, dass die Bibliothek so attraktiv für die Jugendlichen geworden ist, dass Besucher sich beschweren, dass zu viele Kinder und Jugendliche da sind, dass es kein Jugendclub ist, und sie ihre Zeitung in Ruhe lesen wollen.

Das Projekt wäre eigentlich beendet, aber jetzt fängt es wieder von vorne an. Nur geht es jetzt darum, wie wir gemeinsame Spielregeln entwickeln für die unterschiedlichen Nutzergruppen in der Bibliothek. Wie könnten wir das Center-Management einbinden, weil eine Bibliothek ein unwahrscheinlich attraktiver Ort ist, gerade auch für das männliche Geschlecht Neuköllns, weil dort Mädchen hingehen dürfen. Das wissen natürlich auch die Jungs. Deswegen kommen nicht nur bildungshungrige Schüler/innen in diese Bibliothek, um sich mit Literatur und Schulbüchern auseinanderzusetzen, sondern natürlich auch solche, die gucken wollen, welche netten Menschen des anderen Geschlechts dort sind.

Das passt natürlich eigentlich nicht. Aber so etwas gehört einfach mit zur sozialen Funktion in einer Infrastruktur, nur kollidiert das hier mit den Bibliotheksregeln. Das zeigt, dass Infrastruktur einen sehr vielfältigen Kosmos beherbergt.

Mein letztes Beispiel ist die **Evangelische Schule Neukölln**. Das ist das Gegenbeispiel zu den anderen Schulen. Die haben nicht das Problem, dass sie nicht attraktiv wären, sondern sie sind eigentlich zu attrak-

tiv. Momentan ist eher das Problem, dass ständig verzweifelte Eltern im Direktorenzimmer sitzen, die fragen, warum ihre Kinder keinen Platz an der Schule kriegen. Das ist doch so wichtig für uns, weil man sein Kind nicht auf die anderen Schulen schicken kann. Wenn wir hier keinen Schulplatz kriegen, dann ziehen wir aus Neukölln weg.

Das ist keine Sache, die wir ad hoc lösen können. Derzeit versuchen wir, zusätzliche Ressourcen und zusätzliche Infrastruktur im Rahmen eines Bildungszentrums zu schaffen. Einerseits werden zusätzliche Erweiterungsmöglichkeiten für die Evangelische Schule geschaffen. Gleichzeitig machen wir zusätzliche Angebote für die Jugendarbeit in diesem Bereich. Und – das wird unsere größte Aufgabe – wir versuchen, mit jahrgangsübergreifendem Lernen zu arbeiten. Darüber hinaus wollen wir versuchen, auch schulübergreifendes Lernen zu praktizieren.

Wir haben die Hermann-Boddin-Schule und die Evangelische Schule Neukölln, die keine 200 Meter voneinander entfernt liegen. Aber es gibt zwei komplette Parallelwelten. Die einen beklagen sich, dass sie keinen Austausch mit dem Stadtteil haben, während die anderen gar keine Kontakte zu deutschen Familien oder deutschen Kindern haben.

Unsere Idee ist, wovon wir hoffentlich Schulverwaltung, Schulaufsicht und die unterschiedlichen Beteiligten überzeugen können, dass man hierfür gemeinsame Modelle entwickeln kann. Langfristig geht es darum, eine attraktive Schule für alle zu schaffen.

In unserer QM-Arbeit haben wir auch festgestellt, was heute teilweise anklagt, dass die Projekte immer nur einen Schritt bedeuten. QM soll zeitlich begrenzt sein. Aber wir möchten trotzdem für alle diese einzelnen Bildungseinrichtungen Gesamtkonzepte entwickeln. Und zwar pädagogisch und baulich investiv, wo sich dann die vielen unterschiedlichen Komponenten einfügen können und sich vorteilhaft für alle ergänzen.

Das Bildungs- und Teilhabepaket hat eine Funktion und das Soziale Stadt-Programm hat eine Funktion, so wie Regelfinanzierungen des Jugendamtes in Form der Schulstationen eine Funktion haben, ebenso wie bei der Evangelischen Schule auch die Schulstiftungen und Stiftungsgelder eine Funktion haben, um daraus dann mehr zu entwickeln. Genau wie jede Form von Projektitis müßig ist. Wir entwickeln ein Projekt für drei Jahre, entweder trägt es sich dann selbst oder es wird beendet. Im Bildungsbereich ist klar, dass sich die Situation über 20 oder 30 Jahre entwickelt hat, wodurch man die heutigen Bildungsprobleme, die über einen wesentlich längeren Zeitraum entstanden sind, nicht mit Projekten über drei Jahre lösen kann.

Ralf Gilb: Vielen Dank für dieses Referat, Herr Helfen! Ich bin froh, dass Sie den Nachweis erbracht haben, dass Stadtplanung und soziale Arbeit durchaus gemeinsam gedacht werden können. Gibt es Fragen?

Teilnehmer: Gibt es bei den sozial-kulturellen Einrichtungen auch Bestrebungen, sich aktiv in die Bildungsarbeit einzubinden?

Thomas Helfen: Ja, das gibt es, obwohl kleinteilig. In unserem Gebiet gibt es das einzige Roma-Theater in Deutschland. Es gibt einen verstärkten Anteil von Kindern mit Roma-Hintergrund an der Hermann-Boddin-Schule. Wir versuchen, beide zueinander zu bringen, weil beide in der gleichen Straße sind. Das ist der eine Ansatz.

Es gibt über das Programm Mehrgenerationenhäuser inzwischen auch ein Mehrgenerationenhaus in der Flughafenstraße. Die fangen jetzt ebenfalls mit kulturellen Bildungsprojekten in ihrer Einrichtung an und arbeiten dazu auch mit den Schulen zusammen.

Darüber hinaus, weil kulturelle Bildung in allen Einrichtungen auftaucht, also die Evangelische Schule Neukölln macht zehn Theateraufführungen als Minimum im Jahr, die Albert-Schweitzer-Schule hat auch Aufführungen,

die Hermann-Boddin-Schule hat eine superengagierte Musiklehrerin, die fast das ganze Musikprogramm des Nachbarschaftsfestes bestritten hat. Outreach hat mehrere Jugendprojekte, mit Tanzen oder Rap. Wir haben uns überlegt, dass wir einen kulturellen Bildungsverbund ins Leben rufen, um uns verstärkt nach Stiftungsgeldern umzuschauen, weil uns ja immer suggeriert wird, dass die Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ zeitlich limitiert sind, für solche sozio-kulturellen Projekte gibt es bald gar kein Geld mehr, weil sie nichts mit baulicher Investition zu tun haben.

Im Land Berlin gibt es aber durchaus kulturelle Förderprogramme. Es gibt auf Senatsebene ein Programm „Kulturelle Bildung“, auf Bezirksebene gibt es auch einen Topf für kulturelle Bildung bzw. einen Projekte-Fonds. Und es gibt in den einzelnen Quartiersmanagements auch noch Möglichkeiten. Uns geht es darum, dass daraus ein ganzheitliches Konzept entsteht, damit die einzelnen Bildungseinrichtungen stärker miteinander kooperieren.

In diesem Projekt geht es darum, dass zwei Einrichtungen etwas gemeinsam tun, damit sie sich gegenseitig kennen lernen, damit sie sich gegenseitig besuchen, denn sonst haben wir nur an ganz vielen Stellen immer wieder dasselbe. Das passierte bei uns auch, so hatten wir zum Beispiel drei Romeo- und Julia-Aufführungen, weil davon Jugendliche besonders fasziniert sind. Aber insgesamt gibt es diese Ansätze in vielfältiger Form.

Teilnehmer: Wie ist Ihre Ausstattung für das Quartiersmanagement? Sie sagten der Schule, dass sie 30.000 Euro mitbringen, war das Ihr Budget?

Thomas Helfen: Das war das Budget. Als wir angefangen haben, hatten wir ein Budget von 68.000 Euro im ersten Jahr. Zu dem Zeitpunkt hatten wir keinen Quartiersrat, das Geld musste schnell eingesetzt werden, weshalb wir uns überlegt hatten, wo es nachhaltig wirksam werden kann.

30.000 Euro hat die Grundschule bekommen, weil sie auch den größten Anteil an Schülern hatte, 20.000 hat die Albert-Schweitzer-Schule bekommen, der Rest von 18.000 Euro ging an die Bibliothek. So haben wir angefangen. Das Budget liegt heutzutage pro Programmjahr bei 200.000 bis 250.000 Euro, die sich aufteilen. Für die kleinen Projekte setzen wir 15.000 Euro an. Davon kann man mindestens 15 Projekte fördern, bei uns fördern wir im Regelfall 30 bis 35 kleinteilige Projekte. Projekte zwischen 1.000 und 10.000 Euro kriegen ein Budget von 35.000 Euro. Daraus kann man ungefähr vier Projekte machen, bei uns sind es im Regelfall zehn Projekte, weil der Quartiersrat lieber mehr kleine Projekte haben will. Für die großen Projekte stehen auch noch mal ca. 150.000 bis 200.000 Euro zur Verfügung. Die sind aber dann nicht für ein Jahr, sondern sie gehen über drei Jahre.

Das heißt, bei einer Summe von 200.000 Euro für das Programmjahr 2011 haben wir im Jahr 2011 40.000, 2012 100.000 und 2013 noch mal 60.000 Euro. Es macht keinen Sinn, ein Streetwork-Projekt anzufangen und am Jahresende ist die Förderung schon wieder ausgelaufen.

Teilnehmer: Wie sind Ihre personellen Ressourcen?

Thomas Helfen: Wir haben 2 ½ Personalstellen und versuchen, paritätisch aufzuteilen, dass jeder gleich viele Stunden hat, auch um keine zu großen Hierarchien im Team entstehen zu lassen.

Teilnehmerin: Die Summen, die Sie nennen, sind ja nicht so groß. Wenn die Bezirksverwaltung einen Schwerpunkt in der Bildungsförderung erkennen würde, könnte doch das Schulamt 30.000 Euro für die Schule anmelden. Wozu braucht man da diese Struktur mit QM?

Thomas Helfen: Wenn man ehrlich ist, man bräuchte diese Struktur nicht. Aber man hat das Problem, dass die Bezirke chronisch unterfinanziert sind. Der Bezirk

Neukölln schiebt einen Investitionsbedarf von 100 Millionen Euro vor sich her. So viel wäre eigentlich notwendig, um alle Schulen auf einen modernen Stand zu bringen. Diese Summe wird auch in 40 oder 50 Jahren nicht da sein. Man kann den Eltern sagen: wartet, vielleicht habt ihr mal Glück in zehn Jahren und die Schule bekommt etwas Geld. Oder man kann sagen: wir fangen einfach mal an und setzen damit ein Zeichen.

Die Erfahrung ist, wo etwas funktioniert und passiert, sind plötzlich auch ganz viele andere da. Bei der Albert-Schweitzer-Schule ist das so. Nachdem das funktioniert hat, hat plötzlich auch die Senatsbildungsverwaltung gesagt, super Idee, super Projekt. Dafür muss man zwar lange kämpfen, aber mittlerweile wird das aus Senatsmitteln finanziert, das bewegt sich schon im mittleren sechsstelligen Bereich pro Jahr.

Das muss man allerdings auch kritisch sehen. Wir fördern natürlich in gewisser Weise, ähnlich wie das QM insgesamt, prekäre Beschäftigung, also immer nur Honorarverträge, zeitlich befristet. Die dann über die Senatsverwaltung finanzierten Projekte haben regel-finanzierte Stellen, wovon man richtig gut leben kann. Das ist den Menschen, die da arbeiten, auch gegönnt. Wir würden uns wünschen, dass das an noch viel mehr Stellen passiert.

Aber es passiert eben nur dadurch, dass man zeigt: es geht irgendwas. Und nicht immer Diskussionen darüber führt: wenn wir 100 Millionen hätten, dann könnten wir was machen, aber das haben wir im Haushalt nicht. Das kann man keinem Elternteil oder keinem Quartiersrat vermitteln, der sich für seinen Stadtteil engagieren will, warum immer nur alles nicht geht.

Teilnehmer: Was meinen wir eigentlich mit „sozialer Stadt“? Als Beispiel: In Pankow gab es Quartiere, wo es schmutzig war, wo das subjektive Sicherheitsgefühl nicht sehr stark war, aber insgesamt war ein buntes Treiben. Dann hat man das QM eingeführt, was dazu geführt hat, dass die Mieten drastisch gestiegen sind,

Armut wurde verdrängt, es ist ein bisschen ordentlicher geworden, Häuser sind edel saniert. Aber ich habe jetzt den Eindruck, dass es nicht sozialer geworden ist. Welches Ziel verfolgt man mit QM? Was will Nachbarschaftsarbeit erreichen?

Teilnehmerin: Es geht noch mal ums Budget. Irgendjemand sagte, dass nur 16% der Gelder, die für das Quartiersmanagement zur Verfügung gestellt werden, aus dem Programm „Soziale Stadt“ kommen. Haben Sie da ähnliche Erfahrungen?

Thomas Helfen: Das ist so. Die Hälfte kommt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, 33% der Gelder aus dem Landeshaushalt Berlins, und lediglich 16% aus Bundesmitteln. Das Bund-Länder-Programm setzt voraus, dass 1/3 vom Bund kommt, 1/3 vom Land und 1/3 von den Kommunen. Da in Berlin Land und Kommune eins ist, kommen vom Land Berlin 2/3. Das wird dann im Land Berlin dafür genutzt, um es als Ko-Finanzierung einzusetzen. Für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung muss man jeden Euro, den man von der EU haben will, mit einem Euro an Landes- und Bundesmitteln kofinanzieren.

Neudeutsch würde man sagen: das ist der Hebel, um aus einem Euro Bundesmittel möglichst viel Geld für das Programm oder für das Berliner Quartiersmanagement zu machen.

Ralf Gilb: Was ist Ihr Ziel als Quartiersmanager, Herr Helfen?

Thomas Helfen: Das ist eine schwierige Frage. Das offizielle Ziel ist, sich möglichst schnell überflüssig zu machen. Das bekommt man immer mit auf den Weg: Geht da rein, löst die Probleme, geht wieder raus – und die Welt ist in Ordnung. Das ist das vorgegebene Ziel.

Das Ziel für das Quartier ist pro Aufgabe unterschiedlich, insofern kann man das gar nicht so konkret beschrei-

ben. Es gibt Leute, die finden es gut, dass es im Kiez schicker wird oder dass bestimmte Leute verschwinden, weil sie dann bestimmte Probleme nicht mehr haben. Offiziell sagt das keiner, aber es gibt diesen Satz: Ein bisschen Gentrifizierung ist doch eigentlich gut, das ist positive Gentrifizierung, weil wir nicht tagtäglich mit dieser Armut konfrontiert werden wollen. Wenn die Mieten ein bisschen steigen, dann verändert sich der Stadtteil und es gibt weniger soziale Probleme. Diese Sichtweise gibt es.

Das ist natürlich nicht unsere Sichtweise. Unsere Sichtweise ist, wenn es in dem Gebiet aufwärts geht, sollen möglichst viele daran teilhaben. Das ist ein hehrer Anspruch, dem wir mit Sicherheit nicht gerecht werden können, also so ehrlich bin ich. Wir haben momentan Immobilienwirtschaft, die von ganz anderen Faktoren getrieben wird, weltwirtschaftlich, alle finden es sehr lukrativ, in Berlin zu investieren. Und Neukölln ist arm, aber sexy, die Mieten sind noch relativ niedrig, und alle spekulieren darauf, dass das der zweite Prenzlauer Berg wird, das Gebiet also rasant aufgewertet wird. Automatisch gehen die Mieten in einer rasenden Geschwindigkeit nach oben.

Das Einzige, was wir da machen können, ist, wenn man ketzerisch ist, ein bisschen Kosmetik unter die Leute bringen. Wir machen Mieterberatungen. Die Leute sind nicht hilflos, weil ihnen ein kompetenter Anwalt beisteht. Ich finde, es ist immer wieder ein Erfolg, wenn eine Familie ins Büro kommt, sich bei dem Anwalt bedankt und sagt, wir haben zwar wenig Geld, aber hier haben wir eine Schokolade für Sie, Sie haben uns wirklich geholfen. Wir haben nicht die Welt damit gerettet, aber haben sie zumindest für ein paar Menschen besser gemacht. Das ist auch der Leitspruch, den ich für mich für unser Quartiersmanagement habe. Ich kann nicht die ganze Welt retten. Ich kann nicht Neukölln oder Berlin retten, sondern ich kann nur tagtäglich mit meiner Arbeit ein bisschen dazu beitragen, dass sich der Stadtteil zum Positiven entwickelt und lebenswerter für die Menschen wird, die dort sind. Mehr schaffe ich nicht.

Ralf Gilb: Das Thema Gentrifizierung wird morgen in einem Forum behandelt, was sicher auch spannend wird. Ich habe meine Kollegin gebeten, eine Zusammenfassung der Ergebnisse zu erstellen. Dies als Abschluss:

Manja Mai: Ich finde es schade, dass die Diskussion zu kurz gekommen ist. Es gibt auch noch die offenen Fragen von Frau Scherer. Eine Frage, ob sich das Quartiersmanagement als Sicherheits-Akteur sieht, ist eigentlich beantwortet, nämlich dass Sicherheit zwar nicht das Hauptthema ist, aber es ist ein Thema.

Sicherheit, im ordnungspolitischen Sinn, ist nicht Aufgabe des Quartiersmanagements, aber Sicherheit beschäftigt uns trotzdem. Dabei wird als Langzeitstrategie auf Prävention gesetzt, also auf Aufklärung und Bildung.

Bildung im Quartier braucht nicht nur Geld, sondern auch lokal verankerte und stabile Strukturen, um langfristig wirken zu können.

Es geht darum, nicht nur über Probleme zu reden, sondern öfter mal den Blickwinkel zu wechseln, um einen neuen Ansatz zu finden und kreative Lösungen zu entwickeln. Ein Perspektivwechsel ist essentieller Ausgangspunkt für unsere Arbeit und eine Chance.

Pausengeflüster



Moderation:

Petra Sperling, Geschäftsführerin Gemeinwesenverein Heerstraße Nord. e.V. in Berlin-Spandau.



Petra Sperling: Ich bitte alle auf dem Podium, sich vorzustellen und zu sagen, in welchem Forum sie heute Nachmittag waren.

Thomas Helfen: Ich bin Quartiersmanager in der Flughafenstraße in Berlin-Neukölln. Ich war im Forum C. Dort ging es um die unterschiedlichen Perspektiven auf den Stadtteil. Der Titel lautete: Mit jeder Brille sieht man anders.

Sibyll Klotz: Ich bin in dem angrenzenden Bezirk Tempelhof-Schöneberg Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales. Ich war im Forum B: Soziale Stadt versus Sozialraumkoordination – wer kann es besser? Man kann sagen, dass man beides braucht.

Gabriele Busmann: Ich bin Sozialraumkoordinatorin in Bickendorf, Westend und Ossendorf in Köln. Ich war auch im Forum B und habe vorgestellt, wie die Sozialraumkoordination in Köln funktioniert.

Elke Fenster: Ich bin die Geschäftsführerin des Moabiter Ratschlags, eines Stadtteilvereins mit verschiedenen Einrichtungen in Moabit. Ich habe das Forum A moderiert, ein Input kam von Herrn Mühlberg von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Kurt Nelius: Ich arbeite in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und bin im Stadtstaat Berlin für die gesamtstädtische Koordination zuständig, insbesondere mit meiner Kollegin Heidrun Nagel, die die Stelle Gesamtstädtische Koordination leitet. Ich bin mit diesen Strukturen vertraut, die aufgebaut worden sind. Wir werden sicherlich in den nächsten Jahren weiter daran arbeiten. Aber es gibt natürlich auch von der Stadtentwicklung her immer Themen, die bei integrierter Stadtentwicklung eine Relevanz haben.

Petra Sperling: Ich war kurz in jedem Forum und habe mir vorgestellt, ich wäre nicht Petra Sperling, sondern eine Laborantin oder Bäckerin, eine Bürgerin. Als Bürgerin hätte ich mir die

Frage gestellt: Worüber reden die? Sozialraumorientierung? Was soll das sein? Es war erschreckend, aber auch amüsant. Mit diesem Bild – ich als Bürgerin – möchte ich fragen: Was haben Sie in den Arbeitsgruppen herausgefunden?

Sibyll Klotz: Bei uns hat der Satz eine Rolle gespielt, dass wir eine gemeinsame Sprache brauchen. Wir brauchen eine gemeinsame Sprache zwischen den Verwaltungen, mit den Bürgern/innen, mit den Projekten und den verschiedenen Akteuren.

Ich hatte dieses Erlebnis neulich auch. Ich habe einen flammenden Redebeitrag für die Verankerung der Sozialraumorientierung in der bezirklichen Zählgemeinschaft im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gehalten, und zwar bei den Grünen. Dann hat sich eine Frau gemeldet, die Mitglied in unserer Bezirksgruppe ist, und fragte: Was ist denn Sozialraumorientierung?

Ich war verduzt und musste erst mal überlegen, aber dann habe ich mit Beispielen geantwortet. Ich habe ein Beispiel gebracht, was eine gelungene Sozialraumorientierung ist. Das Beispiel hatte mit dem demografischen Wandel zu tun. Wir haben immer mehr alte Leute, mittags sind die Rathäuser voll, weil ganz viele von denen dort zum Essen gehen. Ganz viele der alten Leute gehen auch nicht zum Essen, weil sie kein Rathaus und keine Kantine in ihrer Nähe haben. Aber wir haben viele Schulen, Kitas und andere Einrichtungen, die kochen und Essen machen. Warum kriegen wir das nicht zusammen? Die Versorgung älterer Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, dass sie ein gesundes Essen bekommen können im Sozialraum, das ist für mich ein praktisches Beispiel von Sozialraumorientierung.

Petra Sperling: Gab es in Ihrer Arbeitsgruppe auch praktische Resümees?

Sibyll Klotz: Nein, ehrlich gesagt, nicht. Die Diskussion war sehr strukturell und hatte viel mit Verwaltung zu tun. Am praktischsten ging es bei dem Vortrag aus dem Quartiersmanagement in Köln zu.

Aber wir sind darauf gekommen, dass es wirklich zwei unterschiedliche Dinge sind. Sozialraumorientierung für Verwaltung und Institutionen in so einer Stadt wie Berlin abteilungsübergreifend, senatsressortübergreifend, sozialgesetzbücherübergreifend zu machen, das ist nicht weniger als eine Revolution in der Verwaltung. Wohingegen Quartiersmanagement wirklich etwas anderes ist. Wir müssen darauf achten, dass wir das nicht immer vermischen, weil sich dann die Ansprüche an diese beiden Bereiche verwirren. Beim Quartiersmanagement können Ansprüche, die in der Sozialraumorientierung berechtigt sind, nicht eingelöst werden – und umgekehrt.

Gabriele Busmann: Auch in Köln hatten wir die Diskussion. Sozialraumorientierung, Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement – wer macht was und wer hat welche Aufgabe? Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass jeder Bereich sehr wichtig ist, dass sie sehr gut ineinander greifen, wenn sie gut aufeinander abgestimmt sind.

Sozialraumkoordination in Köln ist angesiedelt zwischen der Ebene der Gemeinwesenarbeit, also der bewohnerorientierten, aktivierenden Arbeit mit meistens sozial belasteten Menschen, und dem Quartiersmanagement, das für noch größere Gebiete zuständig ist.

Ich bin zum Beispiel für 20.000 bis 30.000 Bewohner/innen in den Stadtteilen zuständig. Die Hauptarbeit liegt darin, mit den Menschen, die dort hauptamtlich, nebenamtlich oder ehrenamtlich tätig sind, auch mit Vereinen oder kirchlichen Gemeinschaften usw., gemeinsam zu schauen, wie die Angebote und Hilfen, die Vereinsangebote, alles, was im Stadtteil läuft, noch besser aufeinander abgestimmt werden können. Wie kann es noch effizienter gestaltet werden? In Köln sagt man: wie kann der Wirkungsgrad des eingesetzten Euros noch verbessert werden.

Petra Sperling: Herr Nelius, was teilen Sie von der Senatsverwaltung mir als Bürgerin mit, damit ich es verstehe?

Kurt Nelius: Wir versuchen, den Raum mehr in den Fokus zu nehmen. Traditionell ist Verwaltung so organisiert, dass es dort Linienstrukturen gibt, versäulte Strukturen, Ämter-Kumpaneien. Man arbeitet nicht immer im Sinne des Quartiers, sondern arbeitet Programme ab. Da laufen viele Dinge auch parallel nebeneinander, die eigentlich vernetzt besser laufen könnten. Man könnte da auch Kosten sparen.

Wir machen den Versuch, diese alten Strukturen aufzubrechen und mehr im Sinne eines Quartiers oder Stadtteils die Ressourcen einzusetzen. Das ist nicht einfach. Da muss man eben umdenken. Wir hatten früher mit diesen Linienstrukturen gearbeitet, während die Zukunft eher in die Richtung geht, dass man in Netzwerken arbeitet. Die finanzielle Situation des Landes Berlin ist ja bekannt, dass wir nur begrenzte Ressourcen haben. Da müssen wir eben auch viel stärker mit freien Trägern und mit anderen Initiativen in den Stadtteilen zusammenarbeiten. Das steckt natürlich auch hinter dem Ansatz, dass Verwaltung umdenkt und sich neu orientiert. Das ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen verordnet werden kann, sondern das ist ein Lernprozess.

Petra Sperling: Selbst als Fachkraft verstehe ich nicht, was Sie mir gerade erzählt haben, und als Bürgerin habe ich überhaupt nichts verstanden. Ich bin jetzt provokant, damit wir genau hinschauen, was wir hier machen.

Gestern haben wir 60-jähriges Jubiläum des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit gefeiert. Mein zweiter Eindruck bei meinem Rundgang war, ob wir hier des Kaisers neue Kleider haben. Gibt es hier Förderprogramme, die neu verpackt irgendwo hingbracht werden? Wissen selbst wir Akteure noch, was wir tun?

Birgit Monteiro: Wenn ich arbeite und mir irgendwo ein Problem begegnet mit verschiedenen Akteuren, dann ist für mich die beste Methode, dass ich alle, die mit dem Problem zu tun haben, an einen Tisch hole und über die Probleme spreche. Es wird dann auch dokumentiert, worauf wir uns gemeinsam verständigt haben.

In ganz vielen Fällen ist es so, dass ich solche ad hoc Arbeitsgruppen nur dreimal einberufen muss, dann vielleicht noch einmal im Jahr, und dann funktioniert die Kommunikation und für viele wird es leichter.

Was hindert denn die Verwaltung, solche Arbeitsgruppen, von denen ja jeder was hat, für den Sozialraum oder für Berlin einzuberufen?

Elke Fenster: Ich finde, Arbeitsgruppen können ziemlich abgehoben sein. Wenn ich mich nach Moabit versetze in unser Nachbarschaftshaus, da komme ich mit Arbeitsgruppen auch nicht viel weiter. Aber wir haben trotzdem viele engagierte Leute im Haus und im Stadtteil.

Wir machen seit vielen Jahren Bürgerbeteiligung, die auch funktioniert. Aber Arbeitsgruppen sind nur für solche Menschen geeignet, die es gewöhnt sind, sich in Arbeitsgruppen zu bewegen. Viele andere Leute brauchen aber andere Ansätze. Sie wollen was tun, sie wollen für andere tätig werden, sie wollen in Kontakt kommen, usw.

Das ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, um sie zu aktivieren, Empowerment, sie zu bewegen, usw. Im Rahmen solcher Aktionen kann man ganz viel mit einfließen lassen. Man kann auch hervorragend Beratungen machen, wenn man an einem Sonntagnachmittag das Haus öffnet, es kommen Familien, die malen und so was. Es sind dann genügend Mitarbeiter/innen da, die auch für die Betreuung zur Verfügung stehen, denn dann entstehen Gespräche. Man kriegt raus, was in den Familien los ist, wo wird geschlagen, wo sind große Probleme. Das läuft dann oft so nebenbei.

Ich finde, wir sind manchmal einfach zu stark auf unsere altbewährten Arbeitsmethoden fixiert, während wir im Stadtteil andere brauchen.

Gabriele Busmann: Der Kölner feiert gerne. Wichtig ist auch, gemeinsam zu feiern, gemeinsam Feste zu begehen, Kochkurse zu machen, also diese Möglichkeiten herzustellen, miteinander in Kontakt zu kommen. Ich kann mich auch dem anschließen, was Frau Monteiro sagte. Wenn es Probleme gibt, dass man alle an

einen Tisch holt. Das hatten wir gerade am Montagnachmittag. Es gibt Anwohner, die sich darüber beschweren, dass Jugendliche am Eingang zu einer Siedlung herumhängen, Musik hören und laut sind. Dann gibt es wiederum die Jugendlichen, die sagen, das ist doch unser Treffpunkt, wir werden überall vertrieben, wir wollen hier sein. Also haben wir versucht, die Leute an einen Tisch zu bringen, um erst mal gegenseitiges Verständnis zu wecken und die jeweiligen Positionen deutlich zu machen. Damit wollen wir aufzeigen, welches Interesse jeder hat, um dann zu schauen, was wir machen können, damit es miteinander bzw. gemeinsam geht.

Sibyll Klotz: Zu der Frage: Warum setzt Ihr Euch nicht zusammen und macht verwaltungsübergreifend eine Arbeitsgruppe? Das ist ja nicht nur ein Problem von Verwaltung. Wir haben ganz viele unterschiedliche Szenen in der Stadt, die sich teilweise gar nicht kennen.

Ich finde das völlig verrückt. Ich war lange im Abgeordnetenhaus und war in der Arbeitsmarktszene tätig, also mit Leuten, die im Bereich Jobcenter arbeiten und da Träger sind. Dann kam ich in den Bezirk und war auf einmal für die Psychiatrie zuständig, hatte die alle noch nie in meinem Leben gesehen, obwohl ich seit 15 Jahren in Berlin politisch arbeite. Das ist eine völlig andere Szene. Die zusammen auf eine Veranstaltung zu bringen und sie zu bewegen, positiv und gemeinsam Lösungsansätze beizusteuern, das ist keine Selbstverständlichkeit.

Ich will damit sagen, dass es nicht nur das Problem von Verwaltung ist, sondern das ist auch in anderen Bereichen ein Problem, dass sich alle auf ihre fachlichen Themen spezialisiert haben, aber das Zusammenkommen, um mit den verschiedenen Blicken zu einer Lösung beizutragen, das ist unterentwickelt.

Wir haben irgendwann in der Bezirksverordnetenversammlung abgefragt, was es alles in der Feurigstraße gibt. Was für Daten? Was für Projekte? Was für Fördermittel? Was für Laufzeiten? Wie viel Geld fließt da rein? Ein dolles Ding kam da raus, die Verwaltung wusste es nur ansatzweise. Wenn man sich das anguckt, ist es



wirklich so, dass ähnliche Projekte in derselben Straße stattfinden, das gleiche Ziel haben, aber sie haben noch nie miteinander geredet.

Das ist eine krasse Beobachtung gewesen, bestimmt ist es nicht überall so. Aber es ist teilweise so. Es bewegen sich verschiedene Akteure – Akteure ist auch schon wieder so ein Begriff, den Ihre Bäckerin nicht versteht -, die aus unterschiedlichen Töpfen finanziert werden, an unterschiedliche Verwaltungen angebunden sind, unterschiedliche Bezugsgruppen haben, in demselben Sozialraum – und trotzdem ist der Kontakt nicht optimal. Das

ist in Berlin und vielleicht auch anderswo so. Daran müssen wir was ändern. Aber das wird nicht alleine durch Appelle passieren, sondern da muss man in die Regeln einen Druck oder eine Motivation einbauen, damit es Sinn macht, miteinander zu reden.

Petra Sperling: Bleiben wir doch mal bei uns heute. Haben wir denn was voneinander erfahren? Wir haben hier verschiedene Berufsbilder, die alle an einem ähnlichen Ziel arbeiten. Wir haben Stadtplaner, Verwaltungskräfte, Sozialpädagogen – glauben Sie, dass wir heute wirklich etwas voneinander erfahren haben?

Thomas Helfen: Ich denke, ich habe etwas von dem einen oder anderen erfahren. Ich habe erfahren, mehr über meine Arbeit nachzudenken. Ich habe nicht nur zugehört, sondern auch Input geleistet. Ich hoffe, dass die Leute eine ganze Menge von dem, was konkret jeden Tag in einem Stadtteil passiert, erfahren haben. Ich hoffe, dass sie das mitnehmen. Ich hoffe auch, dass sie über die eigenen Ziele der eigenen Arbeit nachdenken. Das nehme auch ich mit, zu wissen, was man erreichen kann und was nicht.

Man kann so viel Stadtteilzentren und so viel Quartiersmanagement machen, ob die Welt dadurch jemals ideal wird, ist zweifelhaft, aber es lohnt zumindest die Mühe. Das habe ich mitgenommen.

Über die anderen Professionen habe ich nicht viel erfahren können, weil darüber nicht viel berichtet worden ist. Aber interessant war eine Perspektive von außen, Profession Studentin, die einen anderen Blick auf Handlungskonzepte hat. Plötzlich tauchten Dinge auf, die mal bei uns in der Powerpoint-Präsentation erstellt worden sind. Ich habe jetzt gelernt, was aus solchen Dokumenten werden kann, wenn man sie ungeschützt ins Internet stellt.

Petra Sperling: Herr Nelius, was haben Sie über Ihre Kenntnisse von Stadtteilzentren oder Nachbarschaftshäusern mitgenommen?

Kurt Nelius: Ich habe mitgenommen, dass die Stadtteilzentren natürlich für die Stadtteilentwicklung sehr wichtig sind, dass da sicher auch mehr Kooperation möglich ist. Es gibt 130 Stadtteile, die wir jetzt mit dem sperrigen Begriff Bezirksregionen benennen, die langfristig jeder ein Stadtteilzentrum brauchen. Vielleicht müsste man damit in den sozial belasteten Quartieren anfangen, verstärkt auch da räumlich zu denken und sie nicht nur so von unten wachsen zu lassen, wie das in der Vergangenheit war. Man müsste es systematisch angehen.

Dazu gibt es bei „Aktionsräume Plus“ ja auch Tendenzen, dass man das zukünftig systematischer angehen will. Ansonsten habe ich mitgenommen, dass man das Prinzip der Sozialraumorientierung wirklich nur über Beispiele erklären kann. Das ist sicherlich auch ein Manko bei dem gewesen, was ich heute gemacht habe. Man muss eben auch die Zielgruppe sehen. Ja, Verwaltung dreht sich manchmal auch um sich selbst. Da sind wir sicher auch lernfähig und werden das verbessern. Was das Handbuch betrifft, werden wir es nachbessern mit positiven Beispielen, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Vielleicht noch ein Beispiel dafür, dass eben auch die anderen Akteure außerhalb der Verwaltung sehr wichtig sind. Wir hatten mal den Fall, dass ein Geschäftsführer von einer Wohnungsbaugenossenschaft auf der einen Straßenseite sein Büro hatte, während der Schuldirektor von der Schule auf der anderen Seite ein großes Problem mit dem Weg vom Wohnkomplex der Kinder zur Schule hatte. Die kannten sich nicht, saßen sich gegenüber und haben sich beobachtet, ob einer das Licht anmacht oder ausmacht.

Dann haben sie sich mal zusammengesetzt und plötzlich wurde dieses Problem innerhalb von ein paar Tagen gelöst. Ich denke, dass es nicht nur um Verwaltung geht, sondern dass auch die anderen Akteure ganz wichtig sind.

Petra Sperling: Sie haben die unterschiedlichen Arbeitsformen angesprochen. Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser orientieren sich in der Tat eher von unten nach oben, gucken, was die Bürger im Gemeinwesen vor

Ort brauchen. Das Programm „Soziale Stadt“ ist ja stark steuernd, also eher Top-Down, wenn auch mit demokratischen Elementen. Ich habe das jetzt so aufgefasst, dass Sie da eher eine Synthese wünschen oder sehen. Meine Erfahrung ist: das könnten Stadtteilzentren auch leisten.

Eigentlich sprechen wir doch von Geld, wenn wir ganz offen sind, es geht um die Umverteilung von Geld. In welchen Fördertöpfen ist Geld? Wie packen wir das zusammen? Was gab es dazu in den Arbeitsgruppen?

Elke Fenster: Ja, es ist viel Geld da. Wir haben gehört, dass pro Jahr 210 Millionen im Topf für Quartiersmanagement sind. Das ist eine Menge. Wir haben in unserem Forum darüber gesprochen, dass es aber an Sozialstruktur im Bezirk fehlt. Zum Beispiel eine Beratungsstelle für alte Menschen fehlt. Die Töpfe sind einfach zu und wir kommen da nicht weiter.

Wir könnten uns von Projekt zu Projekt hangeln. Man hat einen Bedarf ausgemacht, aber es ist heutzutage sehr schwer, dafür Geld zu bekommen. Andererseits gibt es tolle Projekte im Programm „Soziale Stadt“, die im Quartiersmanagement entwickelt worden sind, aber die laufen nach fünf Jahren wieder aus.

Wir haben dann Herrn Mühlberg gefragt, was man da machen kann. Er sagte uns, dass das in der Strategie „Soziale Stadt“ nicht an erster Stelle steht. Es ist nicht das erste Ziel des Programms, Projekte zu finanzieren, sondern es sei eine Komplementärstrategie. Zuständig dafür sind die entsprechenden Abteilungen, also Soziales, Bildung oder Jugend. Die müssen dafür sorgen, dass die Dinge entsprechend finanziert sind.

Wenn ich mir dann anschau, dass so viel Geld in diesem Topf Quartiersmanagement ist, dann habe ich das Gefühl, irgendwas stimmt da nicht. In einem Topf ist wahnsinnig viel Geld, auch für Projektmittel, die alle temporär sind. Eigentlich will man etwas Neues damit entwickeln. Das wurde auch viele Jahre gemacht und es sind tolle Sachen entstanden. Aber jetzt muss man meiner Meinung nach umsteuern. Die Dinge, die sich gut

bewährt haben, müssen in Regelstrukturen kommen. Aber wir schaffen es nicht, sie da rein zu bekommen. Dann können wir dem Quartiersmanagement natürlich sagen, dass sie sich was überlegen müssen, oder wir müssen zur Sozialverwaltung gehen und sagen, dass es sein muss, aber wir kommen da auch nicht weiter. Wir konnten es jetzt auch nicht lösen.

Petra Sperling: Weißt du denn, wer die Chefköche sind? Wer kocht die ganzen Süppchen? An wen wendet man sich?

Elke Fenster: Gute Frage. Geben wir sie mal ins Publikum.

Petra Sperling: Es hat gerade niemand eine Idee. Aber die spannende Frage ist doch tatsächlich: Wie wird das verwaltet? Wie kann man das verzahnen? Wie kann man Nachhaltigkeit erreichen? Das waren auch heute Themen. An diese Töpfe muss man doch rankommen. Wie werden die gesteuert?

Sibyll Klotz: Ich hätte zum Thema Finanzen drei Dinge zu sagen. Es muss einen Mittelweg geben zwischen Projektitis und Förderung ein Leben lang. Das ist der Irrsinn, in dem wir uns befinden, dass sinnvolle Projekte bis zu drei Jahren finanziert werden, danach ist Schluss. Andere dagegen werden 15, 20 oder 25 Jahre gefördert. Wenn man dann mal was ändern will, wird das als Anschlag auf die Moral und die guten Sitten verstanden und es gibt einen Aufschrei der Empörung. Das ist nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Frage, wie wir das sehen und wie wir damit umgehen.

Zweitens: Wenn es nach mir gegangen wäre, hätten wir den Bereich, der bei der Stadtentwicklung sitzt, aber viel mit Bildung und sozialer Teilhabe zu tun hat, ein bisschen auch mit Gesundheit, - diesen Teil, der Sinn macht und verstetigt werden soll, hätten wir in die Fachabteilungen geben sollen. Das wäre meiner Ansicht nach ein richtiger Ansatz gewesen. Dazu wird es nicht kommen. Wozu es kommen wird, das wissen wir überhaupt noch nicht.



Drittens: Ich glaube nicht, dass wir zusätzlich mehr Geld bekommen werden. Es fließt aber ganz viel Geld in die sozialen Transfers in dieser Stadt. Die größte Summe fließt über Bundesgesetze über die Sozial- und Jugendämter, etwa an Hilfen zur Erziehung. Ich meine: lasst uns in Berlin an zwei Stellen ein Budget bilden für einen Sozialraum. Lasst uns gucken, welche von diesen Mitteln wir für einen begrenzten Zeitraum zusammenlegen können. Das wird nicht mit allen gelingen, beim Jobcenter habe ich meine Zweifel, ob das möglich sein wird. Lasst uns über einen 3-Jahres-Vertrag mit den Trägern, die vor Ort die Arbeit leisten, unsere Erwartung als Verwaltung und Politik definieren.

Es geht nicht darum, ob man damit was einsparen kann, sondern ob man mit den eingesetzten Mitteln nicht bessere Ergebnisse hinbekommt, als wenn jede Säule nebeneinander irgendwie ihre Mittel nach ihren Paragrafen für die einzelnen Hilfe suchenden Individuen

verausgibt. Das kann man nicht flächendeckend einführen. Wahrscheinlich muss die Bundesebene zustimmen. Aber diesen Ansatz über einen längeren Zeitraum mal an zwei Stellen zu probieren, was man auch begleiten sollte, das wäre absolut notwendig und möglich.

Herbert Scherer: Ich finde es toll, was Frau Klotz gerade gesagt hat. Das Entscheidende ist, dass wir ganz oft wissen, wie man viele Dinge sehr gut und sehr kostengünstig machen kann. Aber wir haben uns schon zu sehr daran gewöhnt, uns nach den Finanzen, die andere zur Verfügung stellen, zu strecken und zu wenden. Wir machen alles, was andere von uns wollen und sagen nie selbstbewusst, was richtig und vernünftig ist.

Frau Klotz hat einen anderen Ansatz vorgeschlagen. Wir wissen, dass es Ressourcen gibt, wir erkennen die Verschwendungen überall, die in den Systemen liegen, und wir müssen einfach mal was anderes machen.

Gerade wenn wir über Quartiersmanagement reden – ich sage erst mal ganz kurz, wo ich das gelernt habe. In New York bei den Kollegen eines großen erfolgreichen Nachbarschaftsheim. Einer der Mitarbeiter sagte: die Finanzen dürfen unsere Arbeit nicht bestimmen. Wir nehmen Geld, wo immer wir es herkriegern, wir machen alles, was die Leute von uns wollen, nur besser als sie es von uns erwarten, weil sie nicht wissen, wie man es erfolgreich macht. Aber wir wissen es schon.

Das fand ich eine gute Grundhaltung. Ich erlebe seit vielen, vielen Jahren, und ich bin im Augenblick sehr geplagt dadurch, weil ich momentan EU-Fördermittel-Prüfer bin, wie sehr die Regularien, die damit verbunden sind, bestimmte Gelder zu kriegen, die Lügen, die damit verbunden sind, sie abzurechnen, unsere Energien absorbieren. Deswegen nervt mich diese Frage mit den Finanzen. Und da stimme ich Frau Klotz zu, wir brauchen im Wesentlichen nicht mehr Finanzen, sondern wir brauchen einen besseren Umgang mit den vorhandenen Mitteln.

Petra Sperling: Ich hatte eigentlich einen ähnlichen Eindruck. Nämlich dass das System uns selbst zum Teil

auffrisst und wir immer weiter versuchen, das System zu bedienen. Ist das richtig oder falsch? Darauf haben Frau Klotz und Herr Scherer gerade geantwortet.

Gabriele Busmann: Mir fällt nur auf, dass einfach ein bestimmter Freiraum nötig ist, um arbeiten zu können. Das Grundproblem ist ja, dass ganz viel Geld in die gesetzlichen Leistungen geht, wie Frau Klotz schon gesagt hat, aber für präventive Leistungen darf man gar nichts ausgeben, sobald Kommunen Knappheit haben – so wie das in Köln auch ist.

Das ist sehr widersprüchlich. Gleichzeitig ist es auch bei unserem Projekt so, dass wir nur schwer nachweisen können, welche positiven Effekte es hat, wenn das Geld in Prävention eingesetzt wird. Trotzdem kann ich sagen, dass die Möglichkeit, Gelder einzusetzen und Ideen umsetzen zu können auf unkomplizierte und unbürokratische Art und Weise, sehr viel positive Energie hervorgerufen hat. Die Sozialraummittel belaufen sich in unserem Gebiet auf 31.000 Euro, damit kann man schon was machen.

Wir haben natürlich auch das Problem, dass es schwer ist, für gute Projekte eine Anschlussfinanzierung zu bekommen. Das vorgestellte Projekt, das Familienhaus, ist jetzt im Haushalt drin. Ob es drin bleibt, das weiß man noch nicht, weil die Verhandlungen noch nicht beendet sind. Aber es macht allen Leuten in dem Gebiet Spaß, gemeinsam Ideen zu entwickeln, wenn ein bisschen Geld da ist. Es muss gar nicht viel sein.

Elke Fenster: Das leidige Thema, diese Zuwendungsfinanzierung, das ist ein Horror. Es wird immer schlimmer. Sobald ein EU-Euro dabei ist, ist der Aufwand so groß, dass wir mittlerweile schon sagen, dass wir bestimmte Dinge leider nicht mehr machen können, weil wir sie nicht abwickeln können.

Wir haben 5% Regiekosten und haben auch seit dem letzten Jahr verstärkt Prüfungen im Haus. Das ist ein absolutes Zuschussgeschäft, das sich nicht jeder leisten kann. Ich finde, das ist eine Fehlentwicklung.

Ich hoffe, dass sich das Klima wieder ändert und man wieder auf Augenhöhe miteinander umgeht und nicht so schnell kriminalisiert wird. Wir hatten auch in der Jugendarbeit mal diskutiert, dass es Leistungsverträge für Jugendarbeit geben soll, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es wird alles immer enger gestrikt, es gibt mehr Vorschriften, und es wird nach Formalien entschieden. Es redet kaum einer mit uns darüber, was wir da an sinnvoller Arbeit machen. Das Thema dreht sich nur darum, wofür wir das Geld ausgegeben haben.

Petra Sperling: Einige klatschen. Ich denke, viele hier haben das Problem. Die soziale Stadt – unterschiedliche Menschen gehen unterschiedliche Wege. Was wünschen Sie sich für morgen? Wie können wir uns besser verstehen oder besser verzahnen? Was können wir andeuten für den morgigen Tag? Man kann auch mit einer Vision antworten, welche Wünsche man für die Zukunft hat.

Teilnehmer: Ich arbeite als Stadtteilmanager in einem Magdeburger Stadtteil. Warum ist die Vorstellung von einer sozialen Stadt so wenig in der Gesellschaft oder in der Politik angekommen? Warum kümmert es niemand, wenn gekürzt wird?

Für mich ist Quartiersmanagement oder Stadtteilmanagement sehr abstrakt. Ich glaube, Stadtteilarbeit ist etwas leichter vermittelbar. Ich würde mir wünschen, den Begriff Stadtteilarbeit mit Inhalten zu füllen, ohne auf das Programm „Soziale Stadt“ zu schauen, also nur auf das, was eine soziale Stadt für die Menschen bedeutet. Wenn das Programm „Soziale Stadt“ wegfällt, was fehlt dann konkret?

Wir hatten im Forum C das Thema Sicherheit, gute Projekte an Schulen oder Kitas, also das, was für die Menschen sein soll, die gerade nicht hier sitzen, weil hier die Fachkräfte teilnehmen. Warum kommen die Bürger/innen nicht her und sagen, dass sie die soziale Stadt brauchen, weil es für ihre Familien und für den Zusammenhalt wichtig ist, selbst für die Leute, die keine professionellen Akteure im Stadtteil sind und sich

ehrenamtlich engagieren? Familie oder Zusammenhalt im Stadtteil, das alles ist ja Teil einer anderen Art der Sicherheit, von einer positiven sozialen Perspektive.

Petra Sperling: Meinen Sie das in beiderlei Hinsicht? Hier auf der Tagung und im wirklichen Leben?

Teilnehmer: Ja. Aber ich stelle fest, dass es im Stadtteil ganz schwierig ist, an die Menschen ranzukommen, an die 11.000 Leute, die im Stadtteil leben. Ihnen sind Begriffe wie Quartiersmanagement oder Vernetzung fremd. Was heißt Vernetzung für jemanden, der auf der Straße ist? Das muss man mit Inhalten und mit Beispielen füllen.

Wenn das Programm „Soziale Stadt“ aufhört, dann bedeutet das nicht nur, dass es weniger Geld gibt oder die Verwaltungswege schwieriger werden, weil keine direkten Ansprechpartner mehr da sind. Sondern das heißt konkret, dass es niemanden gibt, der sich schnell mal um eine kaputte Lampe kümmert oder in der Schule ein Projekt organisiert oder guckt, ob es eine Finanzquelle für Tretroller für die Kita gibt. Wenn es zu abstrakt ist, dann schalten 95% der Leute in meinem Stadtteil ab, wenn sie Ämter hören, Verwaltung, Stadtplanungsamt, Vernetzung, Quartiersmanagement.

Petra Sperling: Ich hatte Gespräche, in denen gesagt wurde, dass das fast eine Herrschaftssprache ist bzw. ein Herrschaftsinstrument. Eigentlich können hier auch nur noch Menschen mitsprechen, die eben dieses Lexikon drauf haben, sonst weiß man nicht, worüber wir sprechen. Von Ihnen war das ein Appell, in der Sprache zu sprechen, die bürgernah oder normal ist.

Teilnehmerin: Die Übersetzer der Fachbegriffe zu sein, das ist doch auch unser Job. Wir sollen nicht in unserer Fachsprache agieren, sondern gerade in der Bürgerbeteiligung ist es unsere Aufgabe, die Menschen bei dem zu erreichen, was sie bewegt, auch so, wie sie sprechen. Das ist nicht einfach. Das muss man lernen. Es gibt Stra-

tegien, die man entwickeln muss, also das ist wirklich ein anspruchsvoller Prozess. Aber das ist unsere Arbeit.

Timm Lehmann: Die Schwierigkeit von Programmen, ob Quartiersmanagement oder „Soziale Stadt“, ist, dass wir von der falschen Seite gucken. Der Bürger erwartet eigentlich, dass Politik und Verwaltung das Zusammenleben von Menschen so organisiert, wie es dem Gemeinwohl entspricht.

Arvid Krüger: Ich bin Stadtplaner und Quartiersmanager. Widerspruch zu meinen zwei Vorrednern: Ich finde es gut, dass wir die Fachsprache benutzen, wenn wir untereinander tätig sind. Ja, wir arbeiten mit den Bürgern. Aber wir machen hier nicht Eia-popeia und Tralala, sondern wir üben eine Profession aus, die ein verdammt hohes Niveau erfordert, damit wir das gut machen können.

Wenn Biologen oder Mediziner miteinander reden, die auch sonst mit Bürgern zu tun haben, dann benutzen sie auch ihre Fachsprache untereinander. Sie versuchen auch, sich auf dem höchsten möglichen Niveau zu unterhalten. Auf dieser Ebene sollten wir auch sein und davon sollten wir nicht lassen, weil es ein verdammt wichtiger Job ist, den wir hier alle machen. Wir müssen nur wissen, wann wir untereinander sprechen und wann wir mit Bürgern sprechen.

Georg Zinner: Wir sollten uns nicht zu Übersetzern machen! Wir sind doch nicht die Affen von irgendjemand, sondern ich finde, dass wir diese Sprache ächten sollten. Das ist Herrschaftssprache, das ist Profilierungssprache, das ist ein Sich-Abgrenzen.

Ich bringe es mal auf eine ganz einfache Ebene. Um was geht es? Quartiersmanagement ist ein wahnsinniges Wort, ein Anspruch, ich manage ein Quartier, ich verfüge über Menschen in diesem Quartier, ich aktiviere die Bewohner. In Wahrheit ist es doch so: Ich ermögliche höchstens, dass sie aktiv werden können, aber ich aktiviere sie nicht! Ich fördere Gemeinschaft, ich versuche, Gemeinschaft zu ermöglichen. Das ist doch unsere Haltung.

Und man macht mit dieser Sprache die Bürger, denen man vorgibt, dass man sie an die Beteiligung heranfüh-



ren will, zu Objekten. Ich möchte, dass sie Subjekte bleiben. Ich möchte, dass wir uns darin üben, mit unserer Sprache so umzugehen, dass wir nicht übersetzen müssen, sondern dass sie jeder versteht. Herrschaftssprache ist ein schlechtes Instrument in der sozialen Arbeit.

Sibyll Klotz: Bevor Herr Zinner gesprochen hat, war ich auf dem Weg zur Versöhnung zwischen beiden Positionen, die vorher angesprochen wurden. Ich finde schon, dass er Recht hat. Andererseits steckt eine gewisse Fachlichkeit dahinter und man spricht vor Ort in Nachbarschaftsheimen nicht 100% mit jedem Besucher oder jeder Besucherin dieselbe Sprache wie hier auf dieser Ebene. Das kann ein Unterschied sein, weil auch der Sinn des Dialogs oder des Gesprächs unterschiedlich ist.

Ich erlebe aber, dass ein Teil der Sprache auch von denen, die sie verwenden, schon gar nicht mehr verstanden wird. Ich kenne das auch aus anderen Bereichen, das ist nicht nur in diesem Bereich so.

Da werden die Begriffe Zielorientierung, wirkungsorientiert, prozessorientiert, optimiert, usw. benutzt. Aber wenn du fragst, was das konkret heißt, dann kommen manche ins Schwimmen, die diese Begriffe ganz sicher verwenden. Das finde ich wirklich ein Problem, weil wir uns über unsere Ziele und was wir damit erreichen wollen, schon in einer Sprache verständigen sollten, die nachvollziehbar ist für diejenigen, die unsere Botschaft hören sollen.

Wenn man für das, worüber hier gesprochen wird, werben will, wenn man Botschafter/in für die Idee der Nachbarschaften oder Bürgerhäuser, Stadtteilzentren sein will, dann muss man das in einer Sprache tun, die die Leute anspricht, die sie in ihrer eigenen Lebenswelt abholt. Ich erlebe, dass das nicht immer passiert. Das ist auch ein Teil des Problems, warum eben jetzt nicht tausende Leute auf die Straße gehen und gegen die Kürzungen des Programms protestieren. Wenn ihnen gesagt wird, deine Beratungsstelle oder dein Treffpunkt hier machen übermorgen zu, dann werden sie vielleicht mobilisierbar.

Referat / Mittwoch 16.11.2012

Prof. Dr. Stephan Wagner

„Selbstbestimmung und Selbsthilfe –
seid bei den Menschen und nutzt alles, was ihr habt!“



Birgit Monteiro: Wir wollen noch einmal an den gestrigen Tag anknüpfen, denn nicht alle waren bei den Kiez-Rundgängen dabei. Ich bitte Angelika Greis, die den Kiez-Rundgang durch den Graefekiez geleitet hat, und einen Teilnehmer des zweiten Kiez-Rundgangs, uns hier kurz zusammenzufassen, was im Vorprogramm gestern stattgefunden hat.

Angelika Greis: Der Rundgang ging durch den Graefekiez im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wir haben die 20 Teilnehmer/innen alleine losgeschickt, einmal durch das Altbaugebiet und durch ein Neubaugebiet, das ein Fördergebiet aus dem Programm „Soziale Stadt“ ist. Dann haben wir uns getroffen, um über die Eindrücke zu sprechen. Wir haben festgestellt, dass das Nachbarschaftshaus Urbanstraße in beiden Gebieten tätig ist. Im Altbaugebiet macht das Nachbarschaftshaus klassische Gemeinwesenarbeit, im Neubaugebiet Quartiersmanagement. Die Arbeit hängt jeweils von den unterschiedlichen Bewohnern/innen und sehr stark von dem Milieu ab. In einem Gebiet, wo es viel Arbeitslosigkeit gibt, sind andere Themen wichtig, als in einem Gebiet, wo es mehr Mittelschicht bzw. Oberschicht gibt.

Ingo Dickel: Ich komme vom Nachbarschaftshaus Schöneberg und war gestern Teilnehmer bei dem Kiez-Rundgang in Neukölln. Für mich war das sehr spannend. Als ich vor 28 Jahren nach Berlin kam, habe ich genau in diesem Kiez Flughafenstraße gewohnt. Wir haben gestern den Kiezmanager erlebt und für mich war es sehr eindrucksvoll zu sehen, dass es auch sehr auf Persönlichkeiten ankommt. Er ist eine große Persönlichkeit, finde ich. Er wirkt auch sehr integrativ. An dem ganzen Vormittag wurde deutlich, dass es sehr wichtig ist, Pläne zu haben und diese Pläne gemeinsam mit den Bürgern zu gestalten. Es ging gestern in der Diskussion auch um Sprache und Symbole. Ich glaube, dass auch das Quartiersmanagement viel mit Sprache, Symbolen und Integration und Zusammenkommen zu tun hat. Es gab einige sehr schöne Beispiele.

Das fing an mit einigen Bänken und der Gestaltung eines Platzes. Es ging über ein Mehrgenerationenhaus, das wir besucht haben. Es wurde deutlich, dass eine Vernetzung entsteht und die Leute sich einfach besser fühlen, auch weil sie teilhaben können, selbst wenn es um sehr kleine Summen geht. Immerhin, es geht insgesamt um 200.000 Euro im Jahr. Da tut sich eine Menge im Kiez.

Birgit Monteiro: Vielen Dank für diese kurzen Zusammenfassungen! Professor Dr. Wagner ist Geschäftsführer der Paritätischen Akademie, Diplom-Sozialarbeiter, Soziologe. Er spricht bisweilen von der verlorenen Lust, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Heute spricht er allerdings zu einem anderen Thema: „Selbstbestimmung und Selbsthilfe – seid bei den Menschen und nutzt alles, was ihr habt!“

Stephan Wagner: Das Thema richtet sich an die Profis. Wie sollen die sich verhalten? Birgit Monteiro bat mich, ich solle mal schauen, welche Methoden angewandt wurden, welcher Methoden-Mix im Feld der Nachbarschaftshäuser in den letzten 60 Jahren vorhanden war. Ich dachte, ach, das ist relativ einfach. Ich habe mir das angesehen, teilweise auch in alten Unterlagen des Verbandes gestöbert, und hatte eine lange Liste. Da waren Gemeinwesenarbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe ganz wichtig, Networking in den 80er Jahren, lokale Ökonomie kam Ende der 80er Jahre bzw. Anfang der 90er Jahre dazu. Dann natürlich Community Development, etwas, was ganz am Anfang stand, was aus der Stadtplanung kommt. Community Organizing, was in den letzten zehn Jahren wieder in den Fokus geraten ist, aber auch am Anfang der Entwicklung gestanden hatte. Natürlich Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement, Bürgerhaushalt, Bürgerbeteiligung, auch der Begriff Diversity gehört dazu.

Ich habe mir diesen Strauß angeguckt und überlegte, wie das alles angefangen hat. Ganz bewusst habe ich auf die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg geschaut.

In den 60er Jahren kam die Debatte um die Gemeinwesenarbeit auf, was eine ganz klare Anleihe an den angelsächsischen Raum war. Das kam über Holland aus England und den USA.

Dann habe ich was gemacht, was ich vielleicht besser nicht getan hätte. Ich hatte selber als Sozialarbeiter in den USA gearbeitet, aber ich schlug trotzdem für den Vortrag in einem Wörterbuch nach, was Community eigentlich heißt bzw. welche Bedeutungsinhalte dort in dieser anderen Sprache definiert sind. Ich habe gestaunt, denn dort stand Gemeinde, aber viel weniger im Sinne von Kommune, sondern eher im Sinne von Kirchengemeinde, also von kirchlich-sozialem Zusammenhang. Gemeinschaft, Lebensgemeinschaft, Sippe, Sippenschaft, Sprechergemeinschaft. Und ganz am Rande des Begriffsfeldes tauchten Gemeinwesen, Öffentlichkeit, Vergesellschaftung auf.

Das heißt, dieser Begriff stand sehr stark für Gemeinschaft, während das, was in unseren Debatten häufig eine Rolle spielt, nämlich das räumliche Herangehen in einer Nachbarschaft, einem Quartier oder Gebiet, relativ schwach war. Das kannte ich so gar nicht, weil ich das auch in meiner praktischen Arbeit als Gemeinwesenarbeiter immer anders erlebt hatte.

Was haben wir gesehen, als wir diese Methoden damals übernommen haben? Ich habe mir noch mal unsere Entwicklung angeguckt und mich gefragt, woher es kommt, dass wir so stark auf Gebiet orientiert sind. Ich fand einen Text von dem Kollegen Hinte zur Sozialraumorientierung. Der Text war ganz klar auf Gemeinschaft bzw. Gemeinwesen, auf diesen inneren sozialen Zusammenhang, konzentriert.

Wenn ich aber mit Mitarbeitern einer öffentlichen Verwaltung über Sozialraumorientierung rede, dann geht es nur um das Gebiet, welche Straße, welches Haus? Gemeinschaft wird nicht mitgedacht, planerische Elemente stehen im Vordergrund. Es ist, als ob sich das dreht und verwandelt.



In Deutschland gibt es ein starkes staatliches Element. Viel früher als andere fixieren wir Sozialarbeit staatlich. Das hat auch was ganz Positives, weil es relativ früh dazu führte, dass es Hilfen für Arme gab, was bei uns sogar schon 1794 mit dem Preußischen Landrecht losging. Seit dem Zeitpunkt gibt es eine Tradition, dass der Staat sagt, Armut geht uns was an. Und wo man auch zum Staat gehen kann, damit der Staat was unternimmt.

Die andere Sache, die eine große Rolle spielt: wir haben immer auf Gebiete geguckt. Auch das geht früh los – 1790, Hamburger System. Die Stadt wird in Quartiere aufgeteilt, dieser Begriff wird da schon eingeführt, wo dann Ehrenamtliche dafür zuständig waren, sich um die Armen zu kümmern. 1853 – Einführung des Elberfelder Systems, das auf ganz Deutschland ausgeweitet wurde, im Deutschen Verein. Es ist ein System, das staatlich basiert ist und in die Fläche geht.

Im Kampf, den wir vielleicht aus dem Geschichtsunterricht kennen, also Papst und Kaiser, später Kirche und Staat, da hatte Deutschland einen klaren Sieger, nämlich den Staat. Das heißt also, auch die nichtstaatlichen Ansätze, zum Beispiel aus dem kirchlichen Bereich, werden in diesen staatlichen Ansatz mit eingeordnet.

Es entsteht dann in den 20er Jahren der deutsche Sozialbeamte, der für diesen Bereich zuständig ist. Dafür bildet auch Alice Salomon, die ja hier in der Stadt gelehrt hat, aus. Es gibt noch ein paar Sachen bei freien Trägern, das entwickelt sich langsam, aber es ist ein ganz stark auf den Staat fixiertes System. Dieses System hat viele Vorteile. Es war DAS Modell in der Welt. Amerikaner und Engländer sind nach Deutschland gekommen und haben sich das angesehen. Sie fanden das System ganz toll, es werden viele Ressourcen für die Armen eingesetzt, es wird systematisch vorgegangen, usw.

Das System ist gekennzeichnet von effizientem Mitteleinsatz, Arme werden bei uns vergleichsweise gut abgesichert. Aber dieses System hat einen Preis. Den haben wir dann zwischen 1933 und 1945 gezahlt. Dieses System als Staatssystem hat keine Widerstandskraft in dem Augenblick, wenn ein Staatsapparat erobert und missbraucht wird. Das staatliche Sozialsystem also dazu benutzt wird, die Menschen an die Wand zu drücken.

Man kann das sehr deutlich daran sehen, was in der Schule für Sozialarbeit von Alice Salomon geschieht. Alice Salomon hatte diese Schule aufgebaut mit Leuten, die sie selber ausgesucht hatte, die waren sozusagen

handverlesen. Als sie 1937/38 ausgewiesen wird, wird diese Schule als einzige der deutschen Wohlfahrtsschulen der SS unterstellt.

Als Alice Salomon 1946 zurückkommt, sind alle Dozenten noch da, niemand ist gegangen. Sie haben alle mitgemacht. Das war ein Riesenproblem, dass dieses staatliche System, so leistungsfähig es war, auch missbrauchbar war. Das führte dazu, dass dann die deutsche Sozialarbeit ab 1945/46 eine Notoperation vornahm. Wo haben wir Methoden oder Möglichkeiten, vielleicht aus anderen Kulturen, die wir reinnehmen können, um gegen die staatliche Übermacht ein bisschen Widerstandskraft aufzubauen?

Dabei hat man natürlich ganz stark in Richtung des Siegers geguckt, jedenfalls im Westen. Man hat Anleihen bei der amerikanischen Sozialarbeit gemacht. In den USA hat der Staat auf dem sozialen Sektor keine Rolle in der Entwicklung gespielt, weil der Staat schwach war. Das war der große Nachteil der amerikanischen Sozialarbeit, die hatten wenige Ressourcen. Ihr Vorteil war, dass sie sich über freie Träger ganz stark – auch in ihrer Berufsentwicklung – auf die Menschen konzentrieren mussten. Sie hatten im Prinzip vier Berufsbilder im Feld Soziale Arbeit herausgebildet: Clinical Social Work, Case Work, Group Work und Community Work.

Wir reagierten dann in diesem kulturellen Prozess folgendermaßen: wir greifen nach dem, was wir kennen, und packen das in unser System, wobei unbekannte Dinge verloren gehen. Dabei entsteht auch Neues, das wertvoll ist. Wir machen aus diesen vier Berufsbildern drei Methoden.

Damit geht auch dieser Zustand der ständigen Überforderung der deutschen Sozialarbeit los, denn wenn man drei Berufe in einem allgemeinen Sozialarbeiter mit staatlicher Anerkennung vereint, ist auch der Staat sofort wieder da, packt noch zusätzliche Anforderungen oben drauf, was zu noch mehr Überforderung führt.

Welche Personen haben damals in dieser Situation den Transfer organisiert? Was haben die gesehen? Was haben die mitgebracht? Da sind zwei Leute aus der Nachbarschaftsheimbewegung ganz wichtig: Hertha Kraus aus dem Kölner Raum und Friedrich Siegmund-Schultze, ursprünglich Berlin, später in Nordrhein-Westfalen, Münster, Dortmund.

Was hatten die beiden gemeinsam? Hertha Kraus war Quäkerin, Friedrich Siegmund-Schultze war im lutherischen Raum tätig, wobei sie durchaus auch Differenzen hatten. Beide mussten vor den Nazis fliehen, sie ging in die USA, er in die Schweiz. Beide waren religiös. Das haben wir heute, wenn wir über die Arbeit der Nachbarschaftsheimen sprechen, gar nicht im Blick, da ist das religiöse Element ganz schwach. Ich habe das noch ansatzweise als junger Sozialarbeiter im Mittelhof mit Bill Beitel erlebt, der noch aus der Generation von Quäkern stammte, die aus Amerika überkamen und die Nachbarschaftsheimen gegründet haben, auch als Mittel der Umerziehung.

Von daher hatten sie, als sie Community Work umsetzten, von diesem Begriff Gemeinde ein selbstverständliches Bild. Das Problem war die Generation danach, in den 60er und 70er Jahren, also meine Generation. Die Leute waren säkularisiert, weshalb der Gemeindebegriff verloren ging.

Übrig blieb das, was in unserer Tradition steht, das ganz starke Schauen auf die Fläche – und damit auch der Verlust einer Perspektive. Unser Blickwinkel ist sehr von Raum und Ressourcen dominiert, was sich auch gestern in den Diskussionen zeigte. Es hat aber immer auch das andere Element gegeben, wir waren deshalb viel stärker als andere Teile der Sozialarbeit auf die Menschen orientiert. Wir wollten für die Menschen was tun. Aber darin steckt auch eine nicht ungefährliche Entwicklung, weil der soziale Zusammenhalt schwach war und die Professionalität immer stärker wurde.

Wenn man sich die amerikanische Methodik anschaut, dann gibt es dort Case Work, die Arbeit mit Einzelnen, Group Work, Gruppenarbeit. Wenn ich Community Work jetzt nicht als Areal Approach, also als in die Fläche gehenden Ansatz begreife, sondern als Gruppenarbeit, dann habe ich die Arbeit mit mehreren Gruppen. Das ist ein ganz logischer Aufbau, den wir ein Stück weit nicht beachtet haben. Wir sollten unter Umständen stärker auf diese Arbeit in Sozialzusammenhängen bzw. mit Gruppen achten, als wir das bisher tun. Dies zu verstärken, darin steckt eine Entwicklungsmöglichkeit.

Bei meiner Recherche bin ich auf einen alten Text von 1966 gestoßen, mit dem Titel: Gemeinde und Gemeinschaftshandeln. Zur Analyse der Begriffe Community Organizing und Community Development. Das war der entscheidende Text, der dazu geführt hat, dass die Nachbarschaftsheime in Richtung Gemeinwesen-Arbeitsansatz gingen. In diesem Text taucht nicht der Begriff Community Work auf, sondern Community Organizing, auf den man sich bezieht. Andererseits bezieht man sich auf Community Development, also einen Begriff, der aus der Stadtplanung kommt.

Wir haben vergessen, dass diese Methoden am Anfang standen, dass man auch alte Methoden immer wieder neu interpretieren kann. Wir müssen in unseren heute angewandten Methoden-Mix reingucken und überlegen, was wir mit den alten Methoden anfangen können. Was haben andere gemacht? Was können wir anders oder besser machen? Ganz entscheidend: Wie können wir näher bei den Menschen sein? Mit welchen Mitteln erreichen wir diese Nähe?

Dabei ist ganz wichtig, dass man Folgendes nicht macht: dass man sagt, okay, wir gehen in die Fläche und wir arbeiten für die Menschen, wir gestalten diesen Raum oder wir gestalten dieses Quartier für die Menschen, die da wohnen, wir schaffen gute Bedingungen. Dann entsteht ein goldener Käfig. Man hofft dann, dass, indem wir tolle Strukturen und Bedingungen schaffen, alles wie von selbst besser wird. Genau das ist nicht der Fall.

Die Menschen leben dort in sozialen Bezügen, in sozialen Gemeinschaften. Es kommt darauf an, dass man sich auf diese sozialen Gemeinschaften und die sozialen Bezüge konzentriert, dass man den Menschen Zusammenhänge und Bindungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt, dass man mit ihnen arbeitet, und nicht als Spezialist für sie arbeitet.

Im Zurückgehen auf die Werte und die innere Haltung unserer Geschichte hat die Nachbarschaftsbewegung eine große Perspektive, da sind wir viel stärker als andere Bereiche. Wir sollten uns wieder darauf zurückbesinnen, auf das, wo wir angefangen haben, auf das, was wir in den letzten 20 oder 30 Jahren gemacht haben.

Es ist kein Streit der Methoden! Es kommt nicht darauf an, ob ich Quartiersmanagement, ob ich lokale Ökonomie oder Sozialraumorientierung mache. Das Entscheidende ist, dass ich die Methode benutze, die in meinem Wohngebiet passt, die in meinem Arbeitsgebiet passt, und dass ich diese Methode mit den Menschen zusammen entwickle. Dass ich mit den Menschen arbeite und ihnen hilfreich bin, dass Sozialarbeit wieder das wird, was im Community Work als ihre edelste und beste Form gilt, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe.

Dabei müssen wir allerdings auch unsere eigene Begrenztheit begreifen. Sozialarbeiter nehmen oft an, dass sie durch die Kenntnis aller Methoden für den Arbeitsalltag bestens gerüstet seien. Es gibt aber in der Arbeit mit Menschen, was ich als Gemeinwesenarbeiter sehr stark erfahren habe, etwas fast Spirituelles. Das haben Hertha Kraus und Friedrich Siegmund-Schultze gewusst. Wenn man mit einem Menschen arbeitet und dieser Mensch will sich entwickeln, dann ist ganz entscheidend, dass ein zwischenmenschlicher Funke überspringt, wenn man ihm Hilfe sein will. Diesen Funken hat Alice Salomon mit Empathie bezeichnet. Dieses Feld entsteht, indem ein gegenseitiges Sich-Verstärken entsteht, was dann zu einem Prozess wird, der hilft, und in dem jemand wachsen kann.

Wenn das nicht geschieht, dann funktioniert es nicht. Das ist etwas, worauf man sich konzentrieren muss, was man aber nicht systematisch mit Methoden herstellen kann. Wir sollten uns auf unsere Werte konzentrieren, uns darauf konzentrieren, dass wir mit Menschen arbeiten, die Menschen wachsen wollen, das ist das Entscheidende. Und dass wir nicht für die Menschen irgendwas gestalten, sondern mit ihnen. Wir sollten in diesem Sinne die Gemeinwesenarbeit weiterentwickeln, also uns wieder zurückbeziehen auf Hertha Kraus und Friedrich Siegmund-Schultze. Dann haben wir ganz viel zu gewinnen. Dann ist auch mit der jetzt vorhandenen Methodenvielfalt ein Werkzeugkasten entstanden, in dem Riesenmöglichkeiten stecken. Darauf freue ich mich, in den nächsten 20 Jahren zu beobachten, wie das werden wird!



Forum A / Mittwoch 16.11.2011

Gentrifizierung versus Ghettoisierung

Erfolge durch oder trotz Quartiersmanagement?
Wer misst wie Erfolg oder Misserfolg?



Input:

Reinhilde Godulla, Projektleiterin Network, Verstärkung der Jugendarbeit (gemeinnützige Gesellschaft für sozial-kulturelle Arbeit mbH): „Was verraten Daten? Was verschweigen sie? Vergleich Sozialstrukturdaten, Wanderungssaldo, Bevölkerungsstruktur ausgewählter Planungsräume mit und ohne Quartiersmanagement-Gebieten“.

Dr. Andrej Holm, Stadt- und Regionalsoziologe, Humboldt-Universität Berlin: „Mietentwicklung und Wohnungsmarkttrends“.

Matthias Vernaldi, Autor und Redakteur bei „Mondkalb. Zeitung für das organisierte Gebrechen“, Vorstandsmitglied Ambulante Dienste e.V.: „Vom Beginn der Gentrifizierung – 20 Minuten südlich von Kreuzkölln“.

Moderation:

Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Liebe Leser_innen,
leider ließ uns in diesem Forum die Technik im Stich. Es wurden lediglich die Eingangsstatements von Andrej Holm und Matthias Vernaldi aufgezeichnet. Diese drucken wir hier ab. Der anschließende Diskussionsverlauf ließ sich leider nicht mehr rekonstruieren, Reinhilde Godulla lieferte ersatzweise ein paar Grundinformationen zum Kiezatlas. Wir bitten um Entschuldigung!

.....

Herbert Scherer: Wir haben heute eine spannende Zusammensetzung mit sehr interessanten und sehr unterschiedlichen Menschen, die Inputs liefern. Herr Vernaldi stand unter der Beobachtung der Staatssicherheit als subversiver, aktiver Mensch, der nicht in Bevormundung und mit Denkverboten leben wollte in der DDR. Herr Holm geriet in das Visier unserer Sicherheitsorgane als er es gewagt hat, über Gentrifizierung zu sprechen. Man meinte damit, ihn identifizieren zu können als Mitglied oder Anhänger von subversiven Gruppen, die gegen die Gentrifizierung in belasteten Stadtteilen vorgehen. Und Frau Godulla würde ins Visier der Geheimdienste derjenigen geraten, die sich der Gentrifizierung massiv widersetzen und gegen die Datensammelwut der Quartiersmanager zu Felde ziehen.

Frau Godulla wird uns darüber aufklären, was Daten uns zeigen. Es geht darum, welche anderen bzw. neuen Blicke sie ermöglichen und wie das Verhältnis zwischen subjektiven und objektiven Wahrnehmungen ist. Herr Holm wird mit uns über die Frage diskutieren, was man tun kann, um einem scheinbaren Dilemma zu entgehen, nämlich einerseits der Entwicklung zum Ghetto, andererseits zur Gentrifizierung. Ist das ein naturwüchsiger Prozess oder kann man auf die eine oder andere Weise intervenieren?

Ghettoisierung steht im Titel des Forums. Jetzt geht es um eine Definition. Was genau ist ein Ghetto? Was ist Gentrifizierung?



Andrej Holm: Die meisten kennen den Begriff Gentrifizierung aus den Schlagzeilen, der Spiegel hat dazu inzwischen eine eigene Rubrik. Wenn man diese Artikel liest, dann hat man den Eindruck, Gentrification ist, wenn Studenten und Künstler in ein Quartier ziehen, was den Bezirk irgendwie attraktiv macht. Dann kommt der kaltherzige Immobilienmarkt und alles wird teuer und langweilig.

Wenn wir aber die wissenschaftlichen Debatten ansehen, dann merken wir schnell, dass es ein Prozess ist, der ein bisschen tiefgründiger erklärt werden kann. Ich habe eine Definition von Ruth Glass mitgebracht. Das ist eine Geografin, die bereits 1964 diesen Begriff geprägt hat, weil sie in London-Islington solche Prozesse beobachtet hat. Damals hat sie geschrieben: „Große Häuser im viktorianischen Stil, heruntergewirtschaftet in früheren Perioden, die oft als Lagerhäuser oder in anderer Form genutzt wurden, wurden ein weiteres Mal aufgewertet. Sobald dieser Prozess der „Gentrification“ in einem Gebiet beginnt, setzt er sich unaufhörlich fort, bis alle oder die meisten der bisherigen Arbeiterklasse-Bewohner vertrieben sind und sich der gesamte soziale Charakter des Viertels ändert.“

Das ist eine Definition, die – bis auf die viktorianischen Häuser, die wir hier nicht haben – immer noch Grundlage für alle Forschungsarbeiten hierzulande ist, weil diese Definition Merkmale beschreibt. Einerseits wird gesagt, dass ein Gebiet aufgewertet wird. Ruth Glass

meint das im doppelten Sinn, nämlich baulich, also es wird Geld eingesetzt, um die Struktur zu verändern, aber auch immobilienwirtschaftlich. Das heißt, die Bodenpreise steigen, die Mietpreise, die Kaufpreise. Das ist der Aufwertungscharakter der Gentrification.

Zweitens sagt Ruth Glass, dass dieser Prozess einen Bevölkerungsaustausch beinhaltet, bis alle Arbeiterklasse-Bewohner aus dem Gebiet verdrängt sind und durch neue ersetzt werden, in der Regel durch Mittelklasse-Bewohner.

Wir haben in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte, zumindest in der deutschsprachigen Diskussion, Hemmungen, den Klassenbegriff zu benutzen, weshalb man den Sachverhalt auch so ausdrücken kann, dass statusniedrigere Gruppen durch statushöhere Gruppen ausgetauscht werden. Wir können uns in den meisten Quartieren vorstellen, was damit gemeint ist.

Ruth Glass hat noch ein Definitionskriterium gebracht, nämlich dass sich der gesamte soziale Charakter des Viertels verändert. Damit meint sie nicht nur, dass sich die Zusammensetzung der Bewohnerschaft verändert, sondern auch das Image, das ein Stadtteil hat. Sie meint damit auch die Gewerbestrukturen, die das Gebiet verändern, weil sie den Charakter des Gebietes mit prägen.

Warum ist diese relativ harmlose Beschreibungsdefinition von städtischen Veränderungsprozessen in der stadtpolitischen Debatte so ein umkämpfter Begriff geworden, teilweise auch in Berlin? Es liegt vor allen Dingen daran, dass der Gentrification-Begriff diesen Bevölkerungsaustausch im Kern hat. Viele Amerikaner, beschäftigen sich damit, Soziologen, Ruth Glass ist Geografin, die diesen Bevölkerungsaustausch als entscheidend ansehen. Ohne diesen Fakt würde niemand von Gentrification sprechen. Nicht jede Investition, nicht jede Stadterneuerung, nicht jeder Gewerbewandel ist eine Gentrification, sondern im Kern ist Gentrification dieser



Matthias Vernaldi: Ich bin vor 17 Jahren in die Stuttgarter Straße gekommen, und zwar wie die meisten meiner Mitbewohner in dieser Straße als Flüchtling, als Assistenzflüchtling. Ich komme aus Thüringen. Ich habe erst mal die Entwicklung zum Ghetto mitbekommen, dann auch den Beginn der Gentrifizierung. Zunächst wechselten ständig die Wohnungsbesitzer. Jedes Jahr kam ein Schreiben von einer neuen Wohnungsgesellschaft, die neuer Besitzer war. Es kamen auch Schreiben von einer neuen Hausverwaltung, dass der Ausbau bald beginnt, Neuköllner Jugendstil mit Hofcafé und Glasaufzug, dass man als Mieter bevorzugt Eigentumswohnungen erwerben könne.



Nichts davon geschah. Stattdessen waren die Wohnungen schließlich fast alle leer, nur ein paar Leute wie ich blieben drin. Es ist wirklich nicht einfach, eine halbwegs rollstuhlgerechte Wohnung zu finden. Ich blieb in meiner Wohnung, damals noch mit Ofenheizung. Es zogen nur noch Junkies in die Wohnungen ein, indem sie die Wohnungstüren aufbrachen und dort einen Unterschlupf fanden. Und Herr Sahin war da, ein älterer, türkischer Mann, Frührentner, der wollte auch nicht raus, weil es so schön billig war.



Irgendwann kam die Neuköllner Wohnungsbaugesellschaft und renovierte. Zuvor war es so, dass im Winter, wenn der Frost nachließ, durch die geplatzten Rohre in den leeren Wohnungen sich die Wasserströme durch die anderen Wohnungen und das Treppenhaus ergossen, so dass es vorkam, dass Leute sich den goldenen Schuss setzten und tot in den Wohnungen lagen. Herr Sahin hat das gemerkt, weil in der einen Wohnung der Fernseher immer lief. Er stellte dem Junkie auch immer etwas Brot und Obst vor die Tür, aber das wurde nicht mehr weggenommen. Oder eine Nachbarin stürzte aus dem 5. Stock direkt vor meine Tür, die vom Wohnzimmer direkt zum Gehweg führte. Ob sie sich das Leben genommen hat oder ob es ein Unfall war, das weiß man nicht.

Verdrängungsprozess. Deshalb leuchtet der Begriff auf die Schattenseiten von städtischen Interventionen und städtischen Entwicklungsprozessen.

Herbert Scherer: Jetzt kommt eine Betrachtung aus einer ganz anderen Ecke, nämlich aus Kreuzkölln, wo es anscheinend keine normalen Menschen gibt.

Unsere Straße wandelte sich im Laufe der Zeit zum Ghetto, eine extreme Verwahrlosung der Wohnungen begann. Das Stück der Stuttgarter Straße zwischen Rosegger Straße und der Treptower Straße beherbergte, als ich dort einzog, immerhin eine Arztpraxis, eine Physiotherapie-Praxis, zwei Trödler, einen Edeka-Supermarkt, ein Bordell mit Barbetrieb und einen Kohlenhändler. Dann war nichts mehr an Gewerbe vorhanden. Das ist bis heute so. Der Supermarkt wird jetzt zu einem arabischen Möbelladen umfunktioniert. Am Ende sperrte die Polizei diesen ganzen Straßenzug ab und trieb junge Männer vor sich her, die offenbar zu einem Drogenring gehörten. Die konnten sich aber dann in irgendeinem der Höfe verstecken. Das Heroin wurde nicht gefunden. Mein türkischer Nachbar Herr Sahin ist mittlerweile ausgezogen. Er ist weiterhin Mieter bei der Neuköllner Wohnungsbaugenossenschaft. Sie haben ihm eine Wohnung in der Nähe des Hermannplatzes gegeben. Die ist kleiner und billiger. Und er hat vor allem eine „richtige“ Heizung, also keine Ofenheizung mehr.

Inzwischen hat die Neuköllner Wohnungsbaugenossenschaft unser Haus saniert. Jetzt wohnen hier in dieser Gegend erstmalig Leute, mit denen ich reden kann. Nicht nur der Sprachbarrieren wegen, das war nicht so das Problem, sondern mit denen ich über Themen reden kann, die über Fußball und Wetter hinausgehen. Das sind Studenten, junge Kreative, kleine Handwerker und ähnlich. Das sind jetzt 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen, auch Single-Wohnungen im Nebenhaus sind dabei. Es gibt ein sehr gutes Feeling untereinander. Man macht auch mal zusammen eine Party, lädt sich zum Essen ein, grüßt sich auf der Straße. Ich muss sagen, ich genieße das sehr.

Ich weiß aber auch, dass es Grenzen vom Bezirksamt Neukölln gibt, was die Miethöhe angeht. Diese Grenzen werden relativ schnell erreicht, wenn die Mietsteigerungen so weitergehen. Die Grundmiete ist um 10% angehoben worden. Ich konnte 5% bei der Hausverwaltung mindern, weil ich auf Mängel hinweisen konnte.

So kann es passieren, dass ich die Gegend, in der ich jetzt anfangs mich wohl zu fühlen, bald wieder verlassen muss – nicht als Flüchtling, sondern als Vertriebener, um dann irgendwo in Hohenschönhausen oder Marzahn anzukommen, wo es noch bezahlbare Wohnungen gibt. Ich bin keiner, der das Ghetto verherrlicht. In den 15 Jahren, die ich dort wohne, wurde fünfmal bei mir eingebrochen, jedes Mal war der Rechner weg. Als einer, der nicht nur Videoclips runterlädt, sondern an dem Ding arbeitet, ist das jedes Mal eine richtige Katastrophe. Überhaupt ist ein Wohnungseinbruch immer eine ziemliche Katastrophe.

Wenn ich die Menschen sehe, die zu großen Teilen immer noch da sind, also die Obdachlosen, die Drogenabhängigen, dann weiß ich auch, dass man darüber keine Romantik breiten muss, sondern dass andere Sachen gefragt sind. Es gibt dort Probleme, die wahrscheinlich in einer großen Stadt wie Berlin nie grundsätzlich zu lösen sind.

Seit etwa drei Jahren spielen Roma vom Balkan eine immer größere Rolle in unserer Gegend. Es werden dort Wohnungen gemietet, in denen diese Menschen oft zu 40 Personen leben. Das merkt man nicht nur daran, dass es die Wohnungen von der Bausubstanz her schädigt, es fehlen Türen und Fenster, sondern auch daran, dass vor den Wohnungen größere Gruppen von Menschen auf der Straße stehen. Vor allen Dingen die Kinder und Jugendlichen patrouillieren im Gebiet, sie ziehen immer zu zweit oder in kleineren Gruppen durch die Straßen. Das hat nicht unbedingt was Bedrohliches an sich. Ich glaube, das wird auch von den wenigsten Anwohnern als bedrohlich angesehen. Was allerdings sehr beeindruckend im negativen Sinne ist, dass man die Not dieser Menschen so vor Augen hat. Im Sommer geht das noch. Aber wenn es kalt wird, dann sieht man, wie dünn die Kinder angezogen sind. Sie sehen auch nicht sehr gesund oder besonders gut genährt aus.



Ich habe einen Single-Haushalt und da bleiben beim Kochen usw. oder wenn ein Besuch mal nicht kam oft Kuchenstücke oder Teile vom Salatkopf oder irgendwas übrig. Diese Reste lege ich auf das Fensterbrett. Das ist auch im Nu weg und wird weiterverwendet. Im Grunde genommen finde ich so was unwürdig - trotzdem ist es fast eine Notwendigkeit.

Vor drei oder vier Jahren begannen einige der Musiker der Roma über die Straßen zu ziehen, sie spielen wie zu Zilles Zeiten in den Hinterhöfen auf. Die Leute werfen Geld aus den Fenstern und sie lebten davon. Mittlerweile ist das eine nervige Masche geworden. Sie haben ein kleines Repertoire von einem deutschen Schlager und zwei Balkan-Musikstücken drauf.

Man fragt sich auch, wie die Struktur innerhalb der Familien ist, wohin das Geld geht, das aus den Fenstern geworfen wird. Der nächste Punkt, der nicht unbedingt Gentrifizierung heißen muss, sagt aber etwas über die

Spannung, die in unserem Gebiet herrscht: Ich habe ein Graffiti fotografiert, da stand drauf: Neukölln den Neuköllnern zurück!

Herbert Scherer: Das ist wirklich mittendrin in diesem bipolaren System. Happy Ghetto – gibt es eine Stadtentwicklung, die das, was Sie befürchten, nicht entstehen lässt? Das ist eine Frage, an der wir nachher arbeiten müssen. Gibt es Alternativen zu den naturwüchsigen Prozessen, die uns gerade beschrieben wurden?

Es gibt Menschen in der Stadt, die sagen: Ghetto, das muss bleiben. Das sind zum Beispiel Mitarbeiter/innen der Abteilung zur Forcierung sozialer Spannungen. Sie haben vor zwei Wochen beim Quartiersmanagement im Schöneberger Norden die Scheiben eingeschmissen. Das Bekenner schreiben haben sie im Internet veröffentlicht und sich stolz zu ihren Taten bekannt. Insbesondere die Datensammelwut des Quartiersmanagements haben sie kritisiert. Das sei ein Versuch des Staates, die Menschen des Quartiers auszuliefern. Das wäre nun die Frage an Reinhilde Godulla: Hat sie nicht einen Schreck bekommen, als die Datensammler ins Visier gerieten?

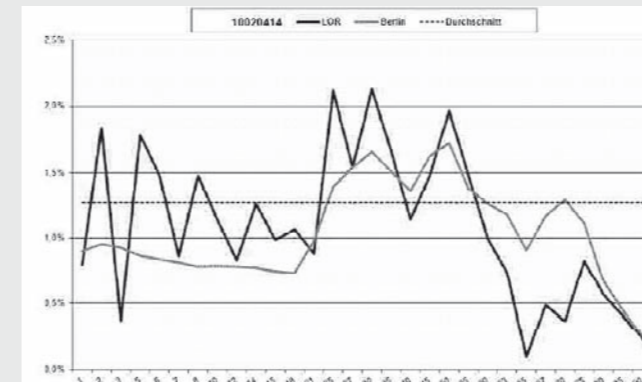
Reinhilde Godulla: Ich habe das bisher gar nicht so gesehen. In dem Bekenner schreiben steht nämlich noch drin, dass das Quartiersmanagement mit der Polizei zusammenarbeitet.

Im **Kiezatlas** sind in zehn Berliner Bezirken Angebote für Kinder und Jugendliche, Familien, SeniorInnen.... sozialräumlich verortet und mit Sozialstrukturdaten = Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) verknüpft.

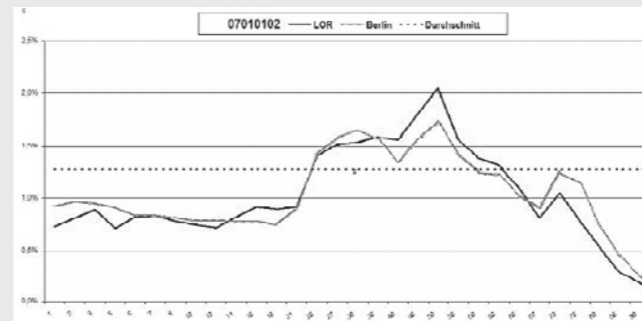
(siehe nebenstehender Beitrag)



Online Ausgabe des Kiezatlas



Beispiele **Altersstruktur:**
Planungsraum (LOR): Helle Mitte



Planungsraum (LOR): Nollendorfsplatz

Reinhilde Godulla
Projekt **Network**, Verstärkung der Jugendarbeit
(gemeinnützige Gesellschaft für sozial-kulturelle Arbeit mbh)

„Was verraten Daten? Was verschweigen sie?“

Vergleich Sozialstrukturdaten, Wanderungssaldo, Bevölkerungsstruktur ausgewählter Planungsräume mit und ohne Quartiersmanagement-Gebieten“
In Berlin werden mit Hilfe von Kiezatlas unter anderem Angebote der Jugendhilfe in ihrem sozial-räumlichen Zusammenhang sichtbar gemacht. Dieser Aspekt ist vor allem für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Dienste und Einrichtungen von Interesse, kann es doch dazu dienen, die Angebote transparenter zu machen, sie besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen. Ressourcen können aufgezeigt, sozialräumliche Zusammenhänge können visualisiert werden. Der Kiezatlas stellt somit ein mächtiges Werkzeug für die sozialräumliche Betrachtung von Infrastrukturdaten dar. In Berlin kann dazu von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kostenlos bereitgestelltes Kartenmaterial als Ausgangsbasis benutzt werden.

Ein Herzstück sind die Lebensweltlich orientierten Planungsräume = LOR – Daten, die wir in Kooperation vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für das Projekt Kiezatlas erhalten und aufbereiten:

Quelle:
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
Abgestimmter Datenpool (Juni 2011)
© für diese Auswertung: GskA, Projekt Network (2011)

www.kiezatlas.de/soz

Bürgerbeteiligung: Emanzipation oder Suggestion?

Forum B / Mittwoch 16.11.2011

Bürgerbeteiligung: Emanzipation oder Suggestion?

Bestandsaufnahme der Instrumentarien, jeweilige Vor- und Nachteile. Teile und herrsche? Anhörung und Entscheidung. Legitimation und Sinn.



Input:

Arvid Krüger, Kiezmanager Welsekiez in Berlin-Hohenschönhausen: „Bürgerbeteiligung als Schnittstelle zwischen Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit am Beispiel Neu-Hohenschönhausens (Berlin-Lichtenberg)“

Martin Drischmann, Quartiersmanager Soziale Stadt Dingolfing: „Das Projekt Neugestaltung Skatepark Dingolfing: Beteiligung im Spannungsfeld zwischen Bürger, Verwaltung und Politik“

Moderation:

Angelika Greis, QM Düttmannsiedlung in Berlin-Kreuzberg

Angelika Greis: Zunächst spricht Arvid Krüger, er ist Kiezmanager im Welsekiez in Neu-Hohenschönhausen in Berlin. Das Projekt wird getragen von der Senatsverwaltung SenStadt und der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE. Er ist Stadtplaner und Raumplaner, seine Schwerpunkte sind Stadterneuerung und Kommunikation. Er wird uns über die Bürgerbeteiligung als Schnittstelle zwischen Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit informieren.

Arvid Krüger: Ich habe zwei Rollen, das sind zwei halbe Jobs. In Lichtenberg bin ich Kiezmanager im Welsekiez, gleichzeitig leite ich nebenberuflich noch ein Stadtteilzentrum. Das Stadtteilzentrum „iKarus“ ist sehr klein und kommt nicht aus der Tradition der Nachbarschaftshäuser, sondern ist dort ausschließlich für den Bereich Bürgerbeteiligung und Vernetzungsarbeit zuständig. Wenn ich mich in der Großsiedlung Neu-Hohenschönhausen bewege, ist mein Blick der des Stadtplaners. Und beim Stadtteilzentrum „iKarus“- das steht für „in Karlshorst und Rummelsburg“, zwei bürgerliche Stadtteile im Bezirk Lichtenberg - habe ich eher den Blick aus der Gemeinwesenarbeit.

Das Quartiersmanagement nennt sich bei uns Kiezmanagement. Es ist eine Besonderheit, weil es ein Modellprojekt ist. Es findet in einem Gebiet statt, wo die Stadterneuerung nicht die Programmsäule „Soziale Stadt“ vorgesehen hat, sondern die Programmsäule „Stadtumbau Ost“. Diese Säule ist historisch in den letzten zehn Jahren aus dem Umfeld erwachsen, dass wir viel zu viele Wohngebäude im Osten haben. Da wohnen nur noch wenige Menschen, wir müssten die alle abreißen. Wie kann man das sozialverträglich machen? Aus diesem rein baulich orientierten Stadterneuerungsprogramm wurde klar, dass wir in der Stadtplanung auch Methoden der „Sozialen Stadt“ brauchen. Aber solche sozialen Stadtgebiete brauchen gewisse Voraussetzungen, das bedeutet, es muss ihnen sozial richtig dreckig gehen. Das ist in Hohenschönhausen nicht der Fall, deswegen reicht der Schweregrad der Problemlagen für

den Einsatz des Programms „Soziale Stadt“ nicht aus. Wir haben aber die kommunale Wohnungsgesellschaft ins Boot bekommen. Die Wohnungsgesellschaft HOWOGE bezahlt meine Person, das Büro, meine studentischen Mitarbeiter, während die Senatsverwaltung SenStadt die Sachmittel aus dem Stadtumbau erstattet.

Lichtenberg sieht sich seit knapp zehn Jahren als Bürgerkommune. Unter dem Stichwort Bürgerhaushalt finden verschiedene Dinge in Lichtenberg statt, die ganz viel mit Bürgerbeteiligung zu tun haben. Dort bin ich in gut bürgerlichen Quartieren tätig. Der Träger, für den ich dort arbeite, ist die Sozialdiakonische Arbeit Victoriastadt GmbH.

Lichtenberg hat keine eigene umfangreiche Stadterneuerungsgeschichte. Es gibt nur zwei kleine Sanierungsgebiete und die Wohnumfeldverbesserungen in den Großsiedlungen. In den 90er Jahren ist da unheimlich viel passiert, die Wohnungen wurden saniert, die Freiflächen wurden gestaltet, aber damals gab es dort keine große Beteiligung. Auch die Beteiligung an der Sanierung läuft nach einem ganz anderen Muster ab, als das heute mit Bürgerbeteiligung in der Stadterneuerung üblich ist. Dennoch hat Lichtenberg viel Erfahrung mit Bürgerbeteiligungen aus dieser Bürgerkommune. Da wurden sozio-kulturelle Zentren und soziale Treffs aufgebaut, die Verwaltung wurde umstrukturiert und regionalisiert. Es gibt Stadtteilmanager/innen aus der Verwaltung, die einerseits als Vor-Ort-Ansprechpartner der Verwaltung arbeiten, aber andererseits auch als Vernetzungsinstanzen innerhalb der Bezirksverwaltungen agieren.

Und es gab 2010 die Reform der Stadtteilzentren, wo deutlich in den Vordergrund gestellt wurde, das finde ich einen sehr wichtigen Aspekt für unsere Diskussion, dass nicht mehr der sozio-kulturelle Aspekt im Vordergrund stehen soll, sondern der koordinierende Aspekt von Beteiligung. Beides sollte auch heute gemacht werden, aber es hat eine Umkehrung der Prioritäten in Lichtenberg gegeben. Vor diesem Hintergrund wurde in diesem gut bürgerlichen Quartier ein neues Stadtteilzentrum aufgebaut,

aber dort brauche ich den klassischen sozio-kulturellen nachbarschaftsheimorientierten Ansatz aus sozialen Gründen nicht. Stattdessen gibt es starke zivilgesellschaftlich getragene Vereine.



Das ist die Netzwerkarchitektur in Neu-Hohenschönhausen, wer wo mit wem zusammenarbeitet. Heute Morgen habe ich darüber nachgedacht, ob mich das, was in einem Vortrag gesagt wurde, betrifft. Ich bin Stadtplaner und kein Gemeinwesenarbeiter. Für mich ist der Raum als Denk-Kategorie und als Arbeitsfeld unverzichtbar. Dann fiel mir aber auf: wenn es gelingt, sich arbeitsteilig zu überlegen, wer sich für welchen Aspekt von Bürgerbeteiligung am besten eignet, dann kann eine enorme Vielfalt von Ansätzen entstehen.

Die Frage ist also: wer macht was? Es gibt die Sphäre der Stadterneuerung: Kiezmanager, HOWOGE, Stadtentwicklung, mit Verzahnung zur Stadtteilrunde. Dann haben wir die Sphäre der Gemeinwesenarbeit. Da gibt es zwei wichtige Elemente. Einerseits alles das, was vom Jugendamt kommt, mit der Regional Koordinatorin als Kontaktstelle. Und es gibt die zwei Koordinator/innen des Stadtteilzentrums.

Was ist der Kiezmanager? Das ist hier meine Person als Institution, sie ist zentral in der Sphäre der Stadterneuerung.



erung. Im Vergleich zu anderen Quartiersmanagement-Gebieten wurde von vornherein institutionalisiert, dass ich sowohl die kommunale Ebene der Stadtentwicklung mit im Boot habe als auch die Ministerien, die Landesebene. Bei uns wird das von vornherein als ein stadtplanerisches Politikfeld betrachtet. Zwischen den beiden Sphären steht die Stadteilrunde. Über diese Stadteilrunde werden Bürgerversammlungen organisiert, Kiezfachgespräche oder ad-hoc-Partizipation. Das Stadteilgremium hat sich einfach entwickelt. Wir hatten uns alle 14 Tage getroffen, also die Koordinatoren/innen aus dem Stadteilzentrum, die Koordinatorin aus dem Jugendamt und das Kiezmanagement gemeinsam mit der Stadteilmanagerin aus dem Bezirksamt und dieser Ansprechpartnerin aus der Verwaltung. Im Laufe der Zeit haben wir festgestellt, dass sich aus diesem regelmäßigen Treffen eine ganz eigene und neue Qualität von Vernetzungsarbeit ergeben hat, die ich zumindest in Lichtenberg als einzigartig betrachten würde.

Lichtenberg hat fünf dieser regionalen Stadtteile, 250.000 Einwohner insgesamt. Jeder dieser Stadtteile hat zwischen 30.000 und 60.000 Einwohner, das sind schon alles Mini-Kommunen in der Pseudo-Kommune Lichtenberg. Das ist dann irgendwann mal tatsächlich ein sprachliches Problem, wenn wir versuchen, uns gegenseitig nicht mehr um die Ohren zu hauen, was der Unterschied zwischen Neu-Hohenschönhausen, Hohenschönhausen-Nord und Lichtenberg ist. Das sind alles Gebietskategorien, die offiziell für die Region gelten. Ich bleibe dabei und spreche von der Großsiedlung.

Wo findet jetzt Bürgerbeteiligung statt? Kiezaktive haben eine direkte Anbindung an das Stadteilzentrum. Kiezaktive sind informell aufgebaut, das heißt, es sind keine durch Wahlen entstandene Gremien, die einmal im Monat die aktive Bürgerschaft versammeln. Es gibt die Hürde, sich dort als Bürger erst einmal hinzubegeben, erst einmal mitzubekommen, dass da etwas passiert. Das ist Aufgabe des Stadteilzentrums. Die Kiezaktive sind aber im Rahmen der Bürgerkommune insofern politisch bedeutsam verfasst, weil sie nämlich tatsächlich regelmäßig beteiligt werden müssen. Wenn eine politische Entscheidung in der Bezirksverordnetenversammlung getroffen werden soll - das wäre in anderen Kommunen der Stadtrat oder das Kommunalparlament - muss man nachweisen, dass man mit dem Kiezaktiv wenigstens mal darüber gesprochen hat. Das ist etwas, was sich informell entwickelt hat. Interessant ist, in den Altbauquartieren, in denen es Stadterneuerung nicht mehr gegeben hat, wie etwa Ostkreuz, hat es aber weiterhin offene Beteiligungen bzw. offene Vertretungen gegeben, die sind z.T. übergegangen in die Kiezaktive. Das heißt, es gibt hier durchaus ganz kleine Traditionsgruppen der Stadterneuerung, die sich in diese informellen Strukturen der Kiezaktive eingebracht haben. Warum kann das Stadteilzentrum den Kontakt zu den Kiezaktiven halten? Ganz einfach, weil dort die Bürger/innen tagtäglich hinkommen, wenn sie Hilfe oder Rat brauchen.

Die Kiezaktive haben - im Gegensatz zu Quartiersräten - keine Entscheidungsgewalt. Das macht die Sache an einigen Punkten einfacher. Man muss sich nicht mit den Bürgern, die an diesem Kiezaktiv teilnehmen wollen, darum streiten, ob sie daran teilnehmen dürfen. Ich habe mit 15 oder 16 das Jugendparlament in Lichtenberg gegründet, dessen Nachfolge existiert heute noch. Die Verwaltung wollte uns über mehrere Jahre damals erklären, dass es uns nicht gibt, weil wir nicht gewählt sind, weshalb wir gar nicht reden dürfen. Wir haben eine Lösung gefunden, dass wir trotzdem reden konnten. Wir wollten ja nichts entscheiden, sondern nur unsere Meinung sagen, was durchaus möglich ist.

Solange es um die Meinungsäußerung geht, kann ich das Ganze informell halten, wenn es um Entscheidungen geht, muss ich die Abläufe formalisieren. Je mehr ich das formalisiere, desto mehr führe ich intensivere Debatten darüber, wer daran teilnehmen darf, statt die Leute einfach daran teilnehmen zu lassen. Im Bürgerhaushalt geht für mich das Problem schon los. Das hat verschiedene Aspekte, ich will einige Wege, die stadteilwirksam sind, aufzeigen. Man kriegt etwa Moderationspunkte. Die sollen aufgeklebt werden, irgendwo im öffentlichen Raum, im Einkaufszentrum, an Bahnhöfen. Wir verteilen also diese Punkte. Wir sagen den Leuten, sie sollen die Vorschläge, die sie am besten finden, aufkleben. Das klingt erst mal nach einem tollen partizipativen Verfahren. Aber das Problem ist, dass ich durch die Auswahl aus vorgegebenen Vorschlägen eine Entscheidung suggeriere. Ich suggeriere mit diesem Votierungsverfahren, jeder könne etwas bewegen, dass diese Vorschläge ein Forum und Beachtung finden. Die Verwaltung nimmt die Vorschläge ernst. Wir haben drei kleine Stadtteile bzw. drei Kieze, die werden untereinander gewichtet. Dann gibt es noch eine Haushaltsbefragung und am Ende kommen Vorschläge raus, die dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Auf diese Weise gab es regelmäßig die im Konsens

aller Parteien getroffenen politischen Entscheidungen in Bezug auf die Gestaltung von Grünflächen, den Bürgerhaushalt usw. Das hat aus meiner Sicht mit Partizipation wenig zu tun. Sondern ich versuche dadurch, dass ich Entscheidungsmechanismen unterlaufe deutlich zu machen: dies ist das gewünschte Ergebnis - der Weg dahin ist uninteressant. Andere Elemente des Bürgerhaushaltes funktionieren dagegen sehr gut, also die Stadteil-Dialoge, was bei uns unter Bürgerversammlungen läuft; Kiezfachgespräche und sonstiges. Das machen wir auch gemeinsam. Wir sagen dann, dass wir mal eine Bürgerversammlung zum Thema Bauen machen, über die Zukunft eines Einkaufszentrums. Wir versuchen, dass die Investoren mit dabei sind. Oder wir müssen mal eine Gemeinwesenkonferenz machen, aktuell gibt es eine Reihe von Kiezfachgesprächen, die sich mit dem demografischen Wandel beschäftigen. Ich gebe zu, dass ich als Stadtplaner extrem viel gelernt habe über den Generationenwechsel in Seniorenbegegnungsstätten, von der Gruppe der 75-Jährigen bis zur Gruppe der 55-Jährigen. Das machen wir gemeinsam, weil wir gemeinsame Entscheidungen dazu treffen müssen. Das funktioniert am besten, weil es nicht darum geht, dass irgendjemand entscheiden darf, sondern es geht darum, in einen gemeinsamen Dialog zu treten. Da können die Stadteilzentren manchmal besser mobilisieren, manchmal kann es die Stadtplanung. Ich bin gespannt, wie viele Bürger heute Abend kommen, die ich sonst nie sehe, wenn es darum geht, was aus ihrem Einkaufszentrum wird. Bei dieser Bürgerversammlung diskutiert der private Investor das zweite Mal mit den Bürgern, wie das Einkaufszentrum aussehen soll. Es gibt ein Instrument, das viele kennen, das unterschiedlich heißt. Bei uns ist das ganz eindeutig bei der Gemeinwesenarbeit angesiedelt, das sind die Kiezfonds. Das funktioniert super. Da wird Geld von vornherein in das Quartier gegeben und die Bewohner entscheiden darüber, wofür es genutzt wird.

Teilnehmer: Über welche Summen können die Bürger entscheiden?

Arvid Krüger: Insgesamt sind das 13 x 5.000, also 65.000 Euro. Pro Stadtteil sind das 5.000 Euro. Das wird sehr klein gehalten.

Teilnehmer: Woher kommt das Geld?

Angelika Greis: Aus einem Fonds, der den Bürgern zur Verfügung gestellt wird.

Der nächste Vortrag kommt aus Süddeutschland. Martin Drischmann ist Quartiersmanager im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Er ist kein Sozialpädagoge. Er arbeitet in der Kreisstadt des niederbayerischen Landkreises in Dingolfing. Er präsentiert ein Praxisbeispiel von Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld zwischen Verwaltung und Politik.

Martin Drischmann: Das Thema ist ja, ob Bürgerbeteiligung etwas mit Emanzipation oder mit Suggestion zu tun hat. Ich möchte das fokussieren auf das Spannungsfeld zwischen Bürgerverwaltung und Politik, weil das die zentralen Akteure sind, wenn es um Beteiligung geht.

Dingolfing unterscheidet sich natürlich von diesem großstädtischen Milieu. Dingolfing als Stadt hat 19.000 Einwohner. Dort herrscht ein kleinstädtisches Milieu. Der Arbeitsmarkt ist industriell dominiert. Wir haben eines der größten Automobilwerke Europas, was einige Probleme mit sich bringt. Es gibt wenig institutionelle Vielfalt, kulturell ist nicht so viel geboten. Es gibt zwar Vereine, aber das sind keine großen gemeinnützigen Vereine, die man in die Quartiersarbeit mit einbeziehen könnte.

Die institutionellen Strukturen in Dingolfing sind viel einfacher als in Berlin oder in anderen Großstädten. Wenn ich mit der Projektleitung bei der Stadt was besprechen will, dann schwinde ich mich auf mein Dienstfahrrad und radel in sieben Minuten ins Rathaus. Einen Termin brauche ich zwar schon, aber diese Wege sind sehr kurz.

Stadtsanierung an sich ist für uns kein besonders großes Thema. Es gibt eine Wohnungsbaugenossenschaft, die größtenteils in städtischer Hand ist, insofern ist die Stadt praktisch die Wohnungsbaugesellschaft.

Zu unseren Problemen: Weil wir Industriestandort sind, haben wir sehr viele Migranten, auch Arbeitsmigranten. Wir haben eine große Russland-Deutsche-Minderheit, die nächsten großen Gruppen sind die Türken, Polen und Albaner. Das konzentriert sich in manchen Gebieten auf bis zu 30%.

Eine gewisse räumliche Segregation ist schon da. Die Isar bildet eine Trennlinie. Der Norden ist ein bisschen verrufen wegen der schlechten Wohngebiete. Das ist auch der Ort, wo mein Stadtteilzentrum steht. Ich bin nämlich nicht nur der Quartiersmanager, sondern betreue und verwalte auch das Stadtteilzentrum. Meine Aufgabe ist es, Angebote in den Bereichen Bildung und Kultur zu schaffen, Qualifizierung, Beratungsangebote, ich muss auch Sprechstunden abhalten.

Es gibt bei uns viel prekäre Beschäftigung und eine hohe Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt, hire and fire, was die Zeitarbeit mit sich bringt. Auch für Jugendliche gibt es nicht gerade viele Angebote, insgesamt ist wenig kulturelle Dynamik da.

Bei der Beteiligung stecken wir noch in den Kinderschuhen. Umso mehr hat es mich gefreut, dass wir ein Projekt hatten, wo wirklich von Anfang bis zum Ende Beteiligung passiert ist. Das Projekt betraf die Neugestaltung von unserem neuen Skatepark. Ich selber habe das Projekt nicht von Anbeginn an begleitet, sondern bin in der Halbzeit eingestiegen, weil es personelle Wechsel gab. Aber ich habe es gerne begleitet und zu einem guten Ende führen können, auch als Neuling in der Branche.

Die Ausgangssituation war, dass bereits ein Skatepark vorhanden war. Er war 20 Jahre alt und hatte die Schäden, die sich im Laufe der Zeit ansammeln. Deswegen sind die aktiven Skater von Dingolfing, von denen es doch einige gibt, - das sind ca. 30 Jugendliche, die regelmäßig fahren - immer mehr in die Anlagen der benachbarten Städte ausgewichen.

Sie haben sich selbstständig erkundigt, ob man für den Park was machen kann, der Impuls ging also von Bürgern aus. Das Ganze fing an mit einer Informationsveranstaltung im Rahmen der Jugendbürgerversammlung. Die Jugendbürgerversammlung wird analog zur Bürger-versammlung durchgeführt, die in Bayern kommunale Pflicht ist. Das Ganze ist ein bisschen aufgesetzt, wenn man kein Thema hat, also man hört sich die ganzen Vorschläge der Jugendlichen an, um sie dann wohlwollend abzuwimmeln und zu vertrösten.

Bei der Jugendbürgerversammlung werden die Anliegen aufgenommen, zugehört oder es werden jugendorientierte Projekte vorgestellt, wie diese Skateplatz-Sanierung. Da gab es allgemeine Informationen, wie man sich das vorstellt, dass sich eine Gruppe zusammenfinden soll, die bei den Planungen mitwirkt. Das Jugendzentrum Dingolfing war dabei, die Stadt selber, auch das Quartiersmanagement. Beim Quartiersmanagement lag die Koordinierungsfunktion für diese Gruppe.

Zu den Planungen hatten wir Experten bzw. ein Unternehmen zugezogen, die gesagt haben, was möglich ist, die Stadt war auch daran beteiligt. Das Ziel war immer, dass die Vorschläge und Vorstellungen der Jugendlichen 1:1 in die Ausführung einfließen. Zwischenzeitlich hatten wir die Ergebnisse in einer Wanderausstellung ausgestellt. Dort gab es an verschiedenen Ausstellungsorten noch mal die Möglichkeit, Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Ich hatte diese Stelle neu angefangen und wollte auf der Jugendbürgerversammlung eine Präsentation zum Skatepark machen. Ich hatte keine Ahnung von dem Projekt und musste mich schnell einarbeiten. Ich war so unter Druck, dass ich mir die Jugendlichen von der Skater-Gruppe geholt habe. Ich fragte sie, was gelaufen ist und was ihre Meinung dazu ist. Das hat gut funktioniert, weshalb die Jugendlichen dann die Präsentation selber gemacht haben.

Der Stadtrat hat kurz danach den Beschluss für das Projekt gefasst, also konnten die Bauarbeiten im Juni 2011 beginnen. Ich war bemüht, immer eine komplette



Transparenz herzustellen. Die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen hat sich gut bewährt, weil man sie eigentlich unkompliziert und fast rund um die Uhr erreichen kann. Deswegen habe ich immer Bescheid gesagt, wenn die Termine zum Stadtratsbeschluss oder zur Baustellenbegehung waren, sie darüber informiert, welche Sachen da besprochen werden sollten. Ich habe dann geschaut, dass ich alle einlade. Ich habe versucht, die Entscheidungen zu vermitteln und ihre Fragen zu beantworten.

Was mir sehr gut gefallen hat und sehr viel Spaß gemacht hat, das war die Planung des Einweihungsfestes. Das habe ich natürlich auch nicht alleine gemacht, sondern die Jugendlichen auf vielfältige Art und Weise einbezogen. Sie haben die Party planen dürfen. Sie haben Kontakt mit Sponsoren aufgenommen, sie haben den Flyer gestaltet, sie haben sich Beiträge überlegt. Das Fest wurde immer weiter ausgearbeitet, bis man einen Plan hatte, mit dem wirklich alle zufrieden waren.



Jetzt zu meinen Aufgaben als Moderator, um den Prozess richtig zusammenzufassen, was teilweise auch mein Vorgänger gemacht hat. Wichtig sind vor allem die regelmäßigen Treffen mit der Stadtverwaltung, dem Bauamt und der Planungsgruppe, damit man alles miteinander kommuniziert. Man sollte sich nicht zu sehr in den Mittelpunkt stellen, sondern muss darauf achten, eine Knotenfunktion einzunehmen. Es macht weniger Arbeit, wenn direkte Kontakte bestehen, wenn zum Beispiel einer der Jugendlichen mal selber zum Bauamt geht und ein Anliegen vorträgt. Aber meistens bin ich es selber, der es machen muss und die Informationen an alle weiterträgt.

Nach meiner Meinung sollte man den Prozess ergebnisoffen halten. Da gab es unterschiedliche Vorstellungen, was das Eröffnungsfest betraf. Der Bürgermeister hätte zum Beispiel gerne das Ganze gleich nach der Fertigstellung mit einem Eröffnungstermin abgetan. Die Jugendlichen wollten natürlich eine Party haben.

Eine wichtige Aufgabe ist, dass man die Informationen aufbereitet und weitergibt, und dass man auch das Vertrauen von allen Beteiligten hat. Gestern hatten wir über Sprache gesprochen. Man muss oft die Zusammenhänge erklären, die für junge Leute nicht unmittelbar einsichtig sind. Warum ist das so? Warum geht es nicht anders? Man muss sich ständig rückversichern, weil sonst die Gefahr besteht, dass sich irgendjemand verabschiedet und nicht mehr mitmacht, oder er wird nicht gehört.

Ich komme zu meiner Dreigliederung: Verwaltung, Politik und Bürger. Wieso wollte die Verwaltung bei uns diesen Prozess? Zum einen versprochen sie sich eine kostengünstige Finanzierung des Projektes. Dafür nimmt man unter Umständen auch so einen langwierigen Beteiligungsprozess in Kauf. Zum anderen war offenkundig der Bedarf da. Die Verwaltung sieht sich bei uns als Bürgerverwaltung, sie hat sich als kommunale Aufgabe für die Zukunft das Ziel gesteckt, dass der soziale Bedarf gedeckt werden soll. Auch wenn Beteiligung mancherorts besser laufen könnte.

Die Motivation der Politik ist natürlich, dass die Öffentlichkeit diese Maßnahmen akzeptiert und sie dann als erfolgreich dasteht. Sie sieht die Beteiligung als Belohnung für ihr Engagement. Im Grunde genommen wollen bei uns Politik und Verwaltung, dass die Bürger ihre Vorstellungen mit einbringen. Aber es ist schwierig, weil das eine Kultur ist, die viele Leute in Dingolfing erst noch neu erlernen müssen.

Politik ist auch immer an Prestigeobjekten interessiert. Der Skatepark war relativ hochwertig und so etwas gibt es in Süddeutschland noch nicht oft. Andererseits war er finanziell ein Schnäppchen, weil die Firma, die das gemacht hat, sich auch damit profilieren wollte.

Die Bürger haben den unmittelbaren Bedarf, sie wollen ernst genommen werden, sie wollen gehört werden. Zudem hätten sie gerne auch die Möglichkeit, die eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Es muss also ein gewisser Grad an Entfaltung ermöglicht werden.

Ich meine, der Skatepark ist ein gelungenes Projekt. Dazu haben natürlich viele Faktoren beigetragen. Bei solchen Sachen hat man es leicht mit der Beteiligung, in anderen Feldern ist das viel schwieriger.

Gut war, dass vonseiten der Jugendlichen immer ein großes Interesse vorhanden war. Sie waren bereit, langfristig mitzuwirken. Das Projekt lief über 1 ½ Jahre. Es gab während dieser Zeit immer wieder Treffen, um sich Gedanken zu machen. Gut war, dass sie sich für das Thema begeistern konnten. Gut war auch, dass die Vorstellungen darüber, wie der Skatepark aussehen sollte, nicht so weit auseinander gingen.

Bei der Verwaltung war gut, dass mehrere Ansprechpartner zur Verfügung standen, das Jugendzentrum, was bei uns auch städtisch ist, das Bauamt. Beim Bauamt ist es immer besser, wenn mehrere Ansprechpartner da sind, weil sich dort sonst leicht technisch begründete Hindernisse bilden können. Man muss da immer Überzeugungsarbeit leisten, damit bei Beteiligung der Aufwand in Relation zum Nutzen steht. Wenn dann die Bürger mit dem Ergebnis zufrieden sind, weil sie das kriegen, was sie brauchen, dann ist das für die Kommune ein großer Gewinn. Das muss man der Verwaltung klarmachen, dass sich für sie so ein langwieriger Beteiligungsprozess lohnt.

Der politische Wille war da, in diesem Rahmen Mitgestaltung zu ermöglichen. Dazu gehört natürlich auch, dass der finanzielle Spielraum vorhanden ist. Was sehr exotisch für die Berliner Verhältnisse sein wird, wir sind eine schuldenfreie Zone.

Teilnehmer: Eine Frage zur räumlichen Anbindung: Liegt der Skatepark in einem Gewerbepark? Wie sieht das mit der Beteiligung von anderen Gruppen aus? Oder wie ist es mit den Anwohnern? In welchem Alter ist die Gruppe der beteiligten Jugendlichen?

Martin Drischmann: Da haben wir einen sehr guten Standort. Das ist direkt an der Isarbrücke. Im Umfeld ist

nur ein bisschen Gewerbe, also es gibt keine unmittelbaren Anwohner, die sich beschweren könnten. Außerdem hatten wir den Vorteil, dass schon 20 Jahre lang eine Anlage vorhanden war, sodass alle Leute bereits mehr oder weniger daran gewöhnt sind.

Es war eine Spanne von 13-Jährigen bis 30-Jährigen, die am Skatepark interessiert waren. Die sich aber mehr eingebracht und langfristig mitgemacht haben, das schrumpft häufig auf eine kleine Gruppe zusammen. Bei dem Organisieren der Einweihungsfeier waren es fünf Leute im Alter zwischen 20 und 25, die sich stark engagiert haben.

Teilnehmer: Hier in Berlin hätten wir mit Sicherheit ein Problem damit, dass die Anlage auch instand bleibt, dass sie nicht verwahrlost und im Müll erstickt. Haben Sie dafür Regelungen mit dieser Gruppe erarbeitet, dass sie sich selbst um die Anlage kümmert?

Martin Drischmann: Ja. Wir haben die Aufgaben verteilt bzw. verteilen müssen. Unsere Beobachtung ist, dass durch diesen Beteiligungsprozess die Bindung zwischen der Gruppe und ihrem Park, den sie zu ihrem Park gemacht haben, sehr stark ist. Sie passen selber darauf auf. Was den Müll angeht, kam jetzt von der Gruppe wiederholt selber die Nachfrage, warum noch keine Mülleimer da sind. Die Stadtverwaltung hat Mülleimer versprochen, aber sie sind immer noch nicht da. Ich habe schon dreimal nachgefragt. Entweder sind sie inzwischen da oder ich lasse es. Selber Schuld, kann man da sagen. Ich finde es auch nicht gut, wenn man fünfmal nachfragt.

Wegen der Radfahrer haben wir eine Regelung treffen müssen. Dürfen jetzt BMX-Fahrer auch auf die Anlagen? Wir haben dazu noch mal die Firma befragt, ob die Halbpipes metallverstärkt und daher geeignet sind. Wir haben jetzt die Regelung getroffen, dass keine Radfahrer auf die Anlage dürfen. So können Verschleißerscheinungen etwas vermindert werden.

Teilnehmerin: Sie sagten, dass es einen hohen Migrantenanteil gibt. Wie gemischt ist denn diese Jugendlichen-Gruppe? Und wie kontinuierlich?

Martin Drischmann: Die Kontinuität war hoch, der Mischungsgrad weniger. Bei den Jüngeren waren einige Migranten dabei, bei den Älteren weniger. Skaten ist ein Hobby, für das man eine Ausrüstung braucht. Die haben nicht alle. Mich persönlich hat auch gestört, dass keine Mädchen und Frauen mit dabei waren. Es ist wohl ein männlich dominierter Sport. Aber da will ich künftig mal schauen, dass man Schnupperangebote schafft.

Teilnehmer: Können Sie abschätzen, ob diese Form der Beteiligung Auswirkungen hat auf die Beteiligung an der Bürgerversammlung? Oder findet so etwas dort wenig Beachtung?

Martin Drischmann: Ich sehe es als meine Aufgabe an, alle Möglichkeiten der Beteiligung einzuführen und zu verbessern. Aber ob das erfolgreich sein wird? Ich hoffe, dass auch Politik und Verwaltung ein bisschen auf den Trichter gekommen sind. Dass die Politik sieht, dass der Bürger es einem dankt, wenn er sich mit einbringen kann, und die Verwaltung sieht, dass man auch bessere Ergebnisse erzielt, wenn man die Leute fragt, was sie haben wollen. Ich bin noch mindestens zwei Jahre vor Ort, vielleicht kann ich dazu beitragen, Bürgerbeteiligung zu verankern und zu vertiefen.

Teilnehmer: Also es gibt Projekte mit neuen Beteiligungsverfahren, aus denen alle gelernt haben?

Martin Drischmann: Nein, das ist ein bisschen frustrierend. Zum Beispiel steht bei uns derzeit eine Parkplatzsanierung an. Aber die Stadt hat einfach wieder wie früher einen Landschaftsarchitekten beauftragt, der drei Vorschläge erarbeiten soll. Dann wird im Stadtrat darüber abgestimmt. Ich werde es jetzt zur Sprache bringen, warum man nicht auch den Parkplatz mit Bürgerbeteiligung macht.

Vielleicht hat es wieder mit den Kosten zu tun, dass man keine Fördergelder akquirieren kann. Für die Verwaltung ist es eher ein umständlicher Weg, die Leute zu fragen.

Arvid Krüger: Wir hatten bei uns 2009 auch ein Jugendbeteiligungsprojekt. Es gelang mir in meiner Funktion als neuer Kiezmanager Jugendliche sowohl als Personen als auch als Multiplikatoren zu gewinnen, an diesem Projekt mitzumachen. Im Nachhinein hat sich das als sehr positiv erwiesen, weil ich bis heute den Kontakt zu den Jugendlichen halten kann, die für mich als Multiplikatoren in ihrer Community fungieren. Das funktioniert ganz gut im Wechselspiel von temporärer Stadterneuerung und langfristiger Gemeinwesenarbeit.

Wir – also die Akteure im Stadtteil – haben ein weiteres Projekt, nämlich eine Kinder-Kiezkarte. Auch das läuft wieder über diese kontinuierlich regelfinanzierten, gemeinwesenorientierten Infrastruktureinrichtungen, aber die Beteiligungsprojekte selber sind temporär und auf Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung aus.

Angelika Greis: Was ist Bürgerbeteiligung für uns? Wir hören von Projekten, „Soziale Stadt“, Bürgerhaushalt, wo das Geld zur Verfügung steht. Wo es gesellschaftlich gewollt ist, dass Menschen sich beteiligen. Schließt die Bürgerbeteiligung mit den Projekten ab, wenn sie von oben kommen? Oder geht Bürgerbeteiligung noch weiter im Rahmen dieser demokratischen Gesellschaft, wo man vielleicht als Bürger nicht unbedingt dankbar sein sollte, wenn man sich beteiligen darf. Sondern dass Beteiligung ein festgeschriebenes Bürgerrecht sein sollte?

Teilnehmer: Ich weiß nicht, wie viele Jugendliche dort in dem Bereich wohnen. Gab es im Vorfeld eine Analyse, wie viele man erreicht?

Martin Drischmann: Wir hatten bei den Planungstreffen immer eine gute Resonanz. Es waren immer 30 Leute da. Wir haben selber keine Analyse durchgeführt, son-

dern es war mehr eine Entscheidung aus dem Bauch heraus, dass sich das lohnt. Im Stadtrat gibt es einige Leute, die möchten mehr Jugendkultur.

Teilnehmer: Wie schafft man es Bürgerbeteiligungsformen zu verstetigen?

Arvid Krüger: Es gibt Gruppen von Bürgern, die immer da sind. Mit denen kann ich eine kontinuierliche Beteiligungsstruktur entwickeln. Ob Bürgergremien gewählt sind, ob ich die Kiezaktiv nenne, das ist gar nicht wichtig. Das müssen im Wesentlichen die Bürger selber herausfinden. Ich habe beim Aufbau des Kiezmanagements völlig darauf verzichtet, irgendeine Form von Gremium zu installieren, in dem ich alle sozialen Träger vereine. Das hat einen ganz einfachen Grund gehabt. Es gibt nach § 78 Jugendhilfegesetz eine Regional-AG, in der schon alle vertreten waren. Da habe ich mich als Kiezmanager dazugesetzt. Ich habe bewusst vermieden, meine eigenen Beteiligungsgremien mitzubringen, sondern habe die Struktur akzeptiert, die vorher bereits da war. Und dann haben wir das Vorhandene, nachdem ich ein halbes Jahr da war, weiterentwickelt.

Eine zweite ad hoc-Beteiligung kam von einem privaten Investor und von Bewohnern im Quartier, die jetzt miteinander reden. Das ist so, das habe ich zu akzeptieren. Wenn das Einkaufszentrum umgebaut sein wird, wird sich dieser Kontakt im Sande verlaufen, mit Ausnahme, und das ist die entscheidende Wechselwirkung, der drei Leute, die in irgendeiner Art und Weise dabei bleiben. Die sozusagen eine Art von ständigem Auffrischungspotenzial für solche kontinuierlichen Gremien darstellen. Das heißt, wenn es mir gelingt, über die Einkaufszentrum-Beteiligung zwei oder drei Bürger zu gewinnen, die vielleicht danach monatlich zum Kieztreffen gehen, ist das ein Riesenerfolg. Es ist gelungen, ein paar von den Jugendlichen dazu zu bringen, dass sie immer noch im Stadtteil unterwegs sind. Einer macht jetzt ein Praktikum im Jugendclub. Ich habe sie immer noch als Ansprech-



partner. Das ist der Sinn von ad hoc-Beteiligungen, dass daraus neue Leute hervorgehen für bereits bestehendes ehrenamtliches Engagement.

Karin Müller: Beide Beiträge haben wunderbar gezeigt, dass Bürgerbeteiligung auch immer sehr viel mit Lebenswelten zu tun hat. Ich komme aus Wiesbaden. Das ist eine kleine Stadt mit 320.000 Einwohnern. Ich leite dort ein Nachbarschaftshaus. Das liegt in einem Bezirk mit 35.000 Einwohnern, was der größte Stadtteil von Wiesbaden ist. Auch die Problemstellung von Bürgerbeteiligung würde ich bei uns zwischen Provinz und Stadt ansiedeln.

Wenn Berliner Kollegen, die natürlich unterschiedliche Erfahrungen haben, über Bürgerbeteiligung sprechen, gibt es in meiner Wahrnehmung eine starke Überlagerung von Strukturen, die schon relativ professionalisiert sind. Das hat mit Formen der Projekt-Finanzierung zu tun. Das hat auch damit zu tun, dass „Soziale Stadt“ - als städtebauliches Projekt geplant - so etwas kreiert wie Quartiersmanager, teilweise angesiedelt in Nachbarschaftshäusern, was eigentlich eine Aufgabenüberlagerung ist, die ich aus Wiesbaden kaum nachvollziehen kann. Bei uns in Wiesbaden sind das zwei ganz unterschiedliche Gewerke mit ganz unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Wenn ich Berliner Kollegen über Beteiligung reden höre, empfinde ich das als sehr echt. Aber ich empfinde das auch als Luxusgut, weil in kleineren Städten Nachbarschaftshäuser häufig Auftragnehmer der Gemeinde sind, mit Pflichtaufgaben. Das ist in Nachbarschaftshäusern in Berlin sicher auch der Fall, aber nicht in dem Ausmaß.

Der Kollege aus Bayern, dem ich noch ein Kompliment aussprechen will, wie gut es ihm gelungen ist, Verwaltung, Stadträte, Bauaufsicht und alle an einen Tisch zu bringen, hat ohne Zwischenstufen unmittelbar Beteiligung praktizieren müssen. Und er konnte dies auch. Wenn wir über Bürgerbeteiligung reden, dürfen wir die unterschiedlichen Lebenswelten, die in unsere Arbeit reinspielen, nicht vergessen. Da hat Berlin eine besondere Struktur, das wird mir immer deutlicher.

Teilnehmerin: Ich wollte noch reingeben, dass Bürgerbeteiligung einen Erfahrungsschatz braucht, dass ich mich irgendwo beteiligen kann und meine Stimme gehört wird. Das hat ganz viel mit Lebenswelten zu tun. Ich arbeite zum Beispiel in einem Kiez, in dem 40% Menschen mit Migrationshintergrund leben, von denen nur die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit hat, wodurch sie gar keine Bürger sind in dem Sinne, also gar nie gefragt wurden. Welche Rahmenbedingungen braucht Bürgerbeteiligung?

Teilnehmer: Ich komme aus Berlin-Hellersdorf. Ich bin kein Profi, sondern ein schlichter Rentner, der sich an seinem Lebensabend entschlossen hat, in die Stadtteilarbeit einzusteigen. Ich bin aktiv als stellvertretender Vorsitzender eines Vereins, der DAS Stadtzentrum in Berlin-Hellersdorf-Süd betreibt. Wir haben da zwei Profis, aber die sind heute nicht hier.

Ich kann die Frage nach den Voraussetzungen nicht umfassend beantworten. Ich habe aber zwei Erfahrungen, die sich sehr stark auch auf den Bürgerhaushalt beziehen, das, was unser Nachbarbezirk Lichtenberg macht: Ich sehe ein Hindernis für die Bürgerbeteiligung, vor allen Dingen für die Verstetigung der Bürgerbeteiligung, darin, dass viele Dinge, die wir machen, mit Verwaltungsprozessen verbunden sind, die sehr unüberschaubar sind, sehr kompliziert und langwierig.

Für Nicht-Berliner: Berlin plant in Doppelhaushalten, das heißt, wir sind in unseren Planungen immer ein Jahr weiter. Die Berliner Bezirke haben nur eine eingeschränkte Haushaltshoheit. Das bedeutet, ein Bezirk kann einen Haushalt beschließen, aber das besagt überhaupt noch nichts, weil der Senat hinterher sagen muss, ja, der ist gut.

Das heißt, mit Vorschlägen von Bürgern für den Haushalt 2012/2013 haben wir Ende 2009 angefangen. Dann gehen die Vorschläge an die Abteilungen des Bezirksamts, die schreiben eine Stellungnahme dazu. Die Stellungnahme geht in die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Dann sagen die ihre Meinung dazu. Die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung geben das an den Hauptausschuss, denn der ist für Geld zuständig. Dann sagt der auch noch seine Meinung dazu. Dann geht es in die BVV. Die macht einen Haushaltsplan. Der Haushaltsplan wird in der ersten Lesung beschlossen. Dann kommen in Berlin die Wahlen und alles bleibt liegen. Es gibt dann ein neues Bezirksamt, es gibt einen neuen Ämterzuschnitt, Berlin hat jetzt eine einheitliche Ämterstruktur in allen Bezirken.

Was wir Ende 2009 angefangen haben, wird - wenn wir Glück haben - im April 2012 beschlossen sein, vielleicht

auch nicht, vielleicht auch abgelehnt sein. Dann kommen die Bürger zu uns und fragen, ob wir verrückt sind. Sie kommen acht Wochen nach dem Vorschlag und fragen, was ihr Vorschlag macht. Ich sage dann, dass er im Bezirksamt liegt. Nach weiteren acht Wochen fragen die Bürger wieder, ja, der Vorschlag liegt im Ausschuss und wird beraten. Dann kommen die Bürger nicht mehr.

Die zweite Sache ist die Verwaltung. Die Mitarbeiter unserer Verwaltung sind nette Menschen, das kann ich nicht anders sagen. Die sind auch nicht gegen die Bürger. Wenn ich im ersten Zugriff eine Stellungnahme kriege, da wird mir erklärt, dieses Problem möchte doch bitte mit NatUm oder StaPl diskutieren, damit man dazu zu einer Meinung kommt. Ja, das ist die Behördensprache. NatUm ist Natur und Umwelt, StaPl ist Stadtplanung. Dann bitte Rückantwort an BB, das ist der Bezirksbürgermeister. Das erschließt sich einem nach und nach, aber schöner wäre es, wenn man es im Klartext gesagt bekommt. Inzwischen klappt das in der mündlichen Kommunikation ganz gut, also mit dem Leiter unseres Sozialamts habe ich mich da immer gut verstanden. Den haben sie in Lichtenberg jetzt leider abgeworben, der ist da jetzt Stadtrat geworden.

Gestern hörten wir die Senatsverwaltung, was sie mit ihren Linienstrukturen so macht, usw. Das ist nicht immer besonders bürgernah oder übersichtlich, es ist nicht besonders transparent. An manchen Stellen weiß man gar nicht, worüber sie reden. Nun erkläre ich dem Mann, der den Vorschlag gemacht hat, dass auf einem Platz mit Treppen ein barrierefreier Übergang für Rollstuhlfahrer gemacht werden muss, warum das unter Umständen ein drei- oder vierjähriger Prozess ist. Der Mann kommt nicht mehr. Ich freue mich, dass es trotzdem noch Bürger gibt, die kommen.

Arvid Krüger: Wir machen es uns offensichtlich schwer. Wir versuchen hinzukriegen, dass Bürgerbeteiligung zwischen Bürger und Verwaltung stattfindet - und lassen



Politik und Parlament völlig außen vor. Das ist einer der Gründe, warum die Ergebnisse des Lichtenberger Bürgerhaushaltes unbefriedigend sind.

Wenn ich was erreichen will, gehe ich zu einer der Parteien und rede mit denen. Wenn ich sie begeistern kann, dann kommt das durch die Fraktion und in den nächsten Fachausschuss. Wir müssen uns angewöhnen, die Bürgerbeteiligung als etwas Antiparlamentarisches zu begreifen. Wir versuchen uns die ganze Zeit mit den lieben und netten Menschen in der Verwaltung zu verständigen. Und dann wundern wir uns, dass wir die ganze Zeit im Kreis laufen und dabei das Interesse der Bürger verlieren. Wir haben in Berlin verlernt uns mit den ganz normalen, politisch Verantwortlichen zu unterhalten.

Ich glaube, wir müssen Bürgerbeteiligung wieder viel politischer werden lassen. Wir sind nicht in einem apolitischen Raum. Wir sind nicht in einem Raum, der irgendwie von Neutralität und Sachlichkeit geprägt ist. Unsere

Bürger sind Lobbyisten, Lobbyisten für ihre eigenen Interessen. Wir müssen mit ihnen gemeinsam versuchen, politische Mehrheiten zu gewinnen.

Georg Zinner: Ich bin Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim Berlin- Schöneberg. Aus meiner Sicht ist die Mobilisierung von Bürgern zu sehr gesteuert und vorgegeben, ob das Bürgerhaushalte oder andere Beteiligungsmöglichkeiten für aktive Bürger sind. Unsere Aufgabe besteht nur darin, Bürgern, die initiativ werden, einen Raum zu geben, sodass sie ihre Interessen formulieren und dafür Druck machen können auf die Politik. Und wenn sie nicht gut sind, dann haben sie vielleicht keinen Erfolg. Aber ich versuche nicht als Institution Nachbarschaftsheim Schöneberg darauf Einfluss zu nehmen.

Gabriele Busmann: Ich habe auch Erfahrung mit Bürgerbeteiligung. Wir haben letztes Jahr eine Sozialkonferenz gemacht zum Thema Bürgerbeteiligung. Wir haben unsere Aufgabe darin gesehen, erst einmal Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, was eigentlich Bürgerbeteiligung ist. Zum Beispiel kann man die Jugendlichen in der Jugendfreizeiteinrichtung beteiligen, wenn die Wände gestrichen werden sollen. Das ist ein ganz banales Beispiel. Das Stadtteilzentrum kann die Nutzer beteiligen, bestimmte Entscheidungsprozesse mit zu tragen.

Nach meiner Erfahrung ist es wichtig, gerade in benachteiligten Stadtteilen, niedrigschwellige Zugänge zu schaffen, also Orte zu schaffen, wo Bürger hingehen können, wo sie Kaffee trinken können, locker Kontakt finden. Das ist eine Bedingung für Bürgerbeteiligung, besonders in den benachteiligten Stadtteilen. Ich hatte im Forum gestern das Familienhaus vorgestellt. Das ist in einem Neubaugebiet, wo es nichts gab, keinen Treffpunkt. Mit dem Familienhaus ist ein Ort geschaffen worden, wo Menschen, die sich beteiligen und engagieren wollen, auch einen Ansprechpartner haben. Das ist die Aufgabe der Kollegen, die dort arbeiten, Beteiligung zu ermöglichen. Jetzt mache ich die Erfahrung, dass es in benachteiligten Gebieten nicht reicht, nur einen Raum zur Verfügung

zu stellen, sondern zusätzlich muss noch ein bisschen mehr Unterstützung angeboten werden. Es ist Anknüpfen an die unterschiedlichen Lebenswelten, um zu schauen, was notwendig ist.

Ein Beispiel: Es gibt eine Mieterinitiative in einem problematischen, ganz kleinen Quartier. Die Wohnungsbaugesellschaft ist städtisch, sie ist aktiv engagiert und hat eine Mieterinitiative unterstützt. Das hat die Leute in totale Probleme gebracht, weil sie plötzlich die Rolle des Aufpassers haben. Sie müssen gucken, dass die Mülltonnen richtig einsortiert sind und so was. Mein Kollege und ich sehen unsere Aufgabe darin, Bürger auch darin zu unterstützen, dass sie nicht instrumentalisiert werden. Wir gucken, wie Bürgerbeteiligung aussehen kann, damit sie den Menschen gerecht wird, die sich engagieren wollen.

Da ist es notwendig eine neutrale Stellung einzunehmen und sie dennoch zu unterstützen. Wenn ich die Diskussion auf Berlin bezogen sehe, das ist mir auch gestern schon aufgefallen, kam es mir so vor als gäbe es die Tendenz, die unterschiedlichen Beteiligungsformen der Menschen zu bewerten - was die einen machen ist besser als das, was die anderen machen. Lassen Sie das! Ich glaube, es ist wichtig, dass man schaut, was vor Ort schon da ist. Dann sollte man daran anknüpfen, das aufgreifen, um es in Ruhe auszugestalten, damit es weiterhin genutzt werden kann.

Arvid Krüger: Was die Verwaltungsmitarbeiter betrifft, da erlebe ich ganz unterschiedliche Leute. Meine Rolle ist die eines Vermittlers von Informationen und Möglichkeiten. Ich unterhalte mich in Ruhe in Einzelgesprächen mit den Leuten und versuche, so viele Informationen wie möglich zu bekommen und zu verteilen. Das heißt, ich habe eine sehr verantwortungsvolle Rolle.

Karin Müller: Aus meiner Sicht stehen im Zentrum Begriffe wie Nachbarschaftsheim, Stadtteilzentrum, Bürgerhäuser. Vor diesem Hintergrund bewerte ich die Diskussion um Bürgerbeteiligung. Was Herr Zinner sagt,

ist mir unmittelbar einleuchtend. Wir sind Zentren, in denen wir Menschen vorfinden oder wo uns Menschen besuchen, die möglicherweise sogar was wie eine Heimstatt finden. In jedem Fall finden sie eine Basis, sich kennen zu lernen, Meinungen zu bilden. Denen stellen wir Rüstzeug zur Verfügung, Technik, Räume, usw., möglicherweise auch Diskussionsbeiträge.

Aber was Sie ausführen, das ist eine andere Kategorie. Ich meine das nicht wertend in dem Sinne, dass es schlecht wäre, aber es ist eine andere Kategorie. Sie sagen, Sie wollen Beteiligung von Menschen, Sie selbst als Informationsgeber haben dabei eine gewisse Position, weil Sie alle Informationen bündeln und wissen, wie Sie erfolgreich vorgehen können. Sie nehmen eine Machtposition ein. Macht kann sinnvoll sein, keine Frage. Sie nehmen auch das Mittel in Anspruch, bestimmte Informationen zu verwerten und andere Informationen nicht, also die zu gewichten.

Meine Sichtweise hat allerdings mit meiner Erfahrungswelt in einem Nachbarschaftshaus nichts zu tun. Wenn ich mich engagiere, mache ich mich zum Lobbyisten einer Strömung oder mindestens eines Schwerpunktes. Das würde vielleicht nicht in Berlin so gelten, aber in Bayern, in Wiesbaden oder in vielen anderen Städten. Denn bei uns gilt immer noch ein bisschen: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

Wir in Wiesbaden hängen zu 100% am Tropf der Kommune, wir machen Auftragsarbeiten. Die lassen uns unsere freie Trägerschaft, die lassen uns auch das Forum, für die Bürger Räume zur Verfügung zu stellen, aber wenn wir gegen die Verwaltung agieren würden, kämen wir schnell an eine Grenze. Wir sind stolz darauf, dass wir trotzdem bürgernah und im Sinne der Bürger arbeiten.

Arvid Krüger: Es gibt einen Unterschied zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement, eine Aufgabenteilung. Aber sozial benachteiligte Quartiere und auch Bürgergruppen sind oft gegenüber der Politik nicht ausreichend artikulationsfähig. Das muss ich bei meiner Arbeit berücksichtigen. Da mag es sinnvoll sein,

sich eines Quartiersmanagers oder Stadtplaners zu bedienen, der dann eine Vermittlerfunktion haben kann - natürlich unter Kontrolle.

Angelika Greis: Ich würde gerne als Quartiersmanagerin etwas dazu sagen. Ich bin auch dafür, dass wir eine Begleitung sind und Räume für Bürger/innen schaffen, damit sie überhaupt diskutieren und sich organisieren können. Wir haben bei unserem Kiezspaziergang im Graefekiez darüber gesprochen, dass es Verdrängung von Migranten und sozial Benachteiligten gibt. Das ist ein ganz großes Thema im Altbaugebiet.

Den Mitarbeitern des Nachbarschaftshauses und der Gemeinwesenarbeiterin war es wichtig, den Bürger/innen deutlich zu machen, dass wir als Nachbarschaftshaus gegen die Verdrängung von Menschen im Stadtteil sind. Als Quartiersmanagerin habe ich mich in dieser Diskussion zurückgehalten. Bürger/innen haben das Ganze organisiert, aber wir haben definitiv nur Räume zur Verfügung gestellt.

Ein Beispiel ist noch ein Projekt mit arabischsprachigen Menschen in der Düttmannsiedlung. Viele Menschen, die arabisch sprechen, haben den Wunsch, dass ihre Kinder auch an einer Grundschule oder an einer weiterführenden Schule Arabischunterricht haben. Das ist ein ganz großer Bedarf. Sie sagen, dass ihre Kinder zwar in Moscheen gehen, aber das ist keine Einrichtung, wo man Arabisch lernen kann.

Da haben wir als Quartiersmanager die Aufgabe, auch so etwas zu ermöglichen. Wie können wir so was umsetzen? Wen können wir ansprechen? Wir sollten auch die Ansprechpartner aufzeigen, wie man die Schulen anspricht, wie man die Schulleitung überzeugt, wie wichtig der Arabischunterricht ist, dass man mit der Senatsverwaltung für Bildung spricht. Wir vom QM sind in so einem Fall Begleiter, um aufzuzeigen, wie was umgesetzt werden kann, damit sich die Menschen auf den Weg machen können.

Ursula Köcher: Ich leite das Stadtteilzentrum in Berlin-Mitte. Ich war gestern bei diesem Spaziergang dabei.

Ich fand es toll, dass sowohl die Stadtteilmanagerin bzw. Kiezbeauftragte als auch das Quartier miteinander kommuniziert haben und es ein einheitliches Vorgehen gegeben hat.

Zur Bürgerbeteiligung kann ich auch ein gutes Beispiel nennen: Wir haben bei uns in der Leipziger Straße, eine Gegend mit vielen Hochhäusern, vor knapp drei Jahren angefangen, ein Stadtteilaktiv ins Leben zu rufen. Bürger, die dort wohnen, sollten sich mit in die Problematik, die eine Rolle spielt, einbringen. Ein Problem ist das Lebensumfeld insgesamt. Es gibt viel Leerstand an Gewerbeflächen. Und es gibt den Trend, dass einerseits Wohnungseigentümer zunehmen, andererseits die Mieter gegen die Eigentümer kämpfen, was ja eigentlich nicht Sinn und Zweck der Sache ist.

Wir haben jetzt ein Gremium von zwölf Leuten. Das sind ganz unterschiedliche Leute in sich vereint, Mieter und Eigentümer, die an einem Strang ziehen. Sie stehen mit der Bezirksverordnetenversammlung in Verbindung, mit Stadträten, dem Bürgermeister, und arbeiten mit ihnen zusammen. Wir schaffen ihnen die Räumlichkeiten dafür, dass sie sich treffen können. Und wir sind selbst mit in diesem Stadtteilaktiv drin.

Wir haben jetzt schon zwei Stadtteilkonferenzen gemacht, wo dargestellt worden ist, wie sich dieses Stadtteilaktiv für die Bürger und mit den Bürgern einsetzt. Wir laden dann den Bürgermeister oder den Stadtrat für Stadtentwicklung ins Stadtteilzentrum ein, weil es uns darum geht, die Leipziger Straße wieder attraktiv zu machen. Die Leipziger Straße war mal eine große Einkaufsstraße, jetzt ist dort tote Hose. Auf dieser Linie wollen wir weitermachen, Bürgerbeteiligung im wahren Sinne des Wortes.

Bei uns gibt es auch die Schwierigkeit, dass der Stadtbezirk was zu sagen hat, das Abgeordnetenhaus was zu sagen hat und der Bund auch noch. Diese Mischung ist teilweise sehr kompliziert. Aber das Stadtteilaktiv setzt sich wirklich dafür ein, dass bestimmte Probleme der Bürger aufgegriffen und Lösungen durchgeboxt werden. Und wenn es nur mit einer Unterschriftensammlung

beginnt. Auch damit haben wir schon Verbesserungen angeschoben. So stelle ich mir Bürgerbeteiligung vor, dass man versucht, sich über ganz bestimmte Kanäle für die Bürger einzusetzen. Ich hoffe und wünsche mir, dass dieses Bürgergremium sich dann auch mal mehr oder weniger alleine moderieren kann und noch mehr Anwohner erreicht, die sich beteiligen wollen.

Teilnehmer: Ich habe erlebt, dass in Politik und Verwaltung oft ein gestörtes Verhältnis zur Bürgerbeteiligung vorherrscht. Wir hatten in der BVV eine Fraktion, in der eine gängige Meinung war, Bürgerhaushalt sei etwas, wo ein paar Bürger ihre partikulären Interessen auf (halb)legale Art und Weise durchsetzen wollen. Und es gab eine andere – etwas größere – Fraktion, die ernsthafte Bedenken angemeldet hat, dass wir über Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie aushebeln, weil ja die BVV das Vertretungsorgan der Bürger und durch die Wahl berechtigt ist, die Interessen der Bürger zu vertreten. Wir sind in die Ausschüsse gegangen und haben mit den Leuten geredet, haben von unserem Recht Gebrauch gemacht, unsere Argumente vorzutragen. Das Überzeugendste ist, dass man über Bürgerbeteiligung vernünftige Dinge anschieben und vorleben kann. Von denen dann auch in der Politik gesagt wird: das ist vernünftig, das ist gut, das hilft uns weiter. Wenn ich vernünftige Vorschläge auf den Tisch lege, dann finde ich in der BVV, in den Ausschüssen und überall Partner, mit denen ich gemeinsam etwas durchbringen kann. Es gelingt nicht immer, man braucht für alles Mehrheiten. Aber manchmal bilden sich Mehrheiten.

Angelika Greis: Bürgerbeteiligung ist eine Herausforderung für Stadtteilhäuser, für Nachbarschaftshäuser, für das Quartiersmanagement. Ich wünsche allen viel Kraft in der weiteren Arbeit!

Momentaufnahmen



Forum C / Mittwoch 16.11.2011

Konkurrenz oder Koexistenz?

*Nachbarschaftsarbeit versus Quartiersmanagement.
Und Mischformen.*



Input:

Ralf Jonas, Bürgerhaus Oslebshausen: „Das Projekt Art Basic Center Gröpelingen. Ein Kooperationsprojekt im Bereich kultureller Bildung in Zusammenarbeit mit der VHS, Stadtbibliothek und dem Kultur vor Ort e.V.“

Christian Porst, GWV Heerstraße Nord e.V. (Bln-Spandau): „Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V. – Träger eines Stadtteilzentrums und Gebietsbeauftragter im Programm „Soziale Stadt“ – *Erfahrungen aus der Praxis.*“

Moderation:

Markus Schönbauer, Bürgerhaus e.V.,
Leiter des Stadtteilzentrums Pankow

Markus Schönbauer: Herzlich willkommen beim Forum C: Nachbarschaftsarbeit versus Quartiersmanagement. Wir hören zwei Inputs, einmal von einem Projekt der Nachbarschaftsarbeit, dann aus der Praxis eines Quartiersmanagements.

Beginnen wird Ralf Jonas aus Bremen-Oslebshausen.

Ralf Jonas: Ich bin Geschäftsführer im Bürgerhaus Oslebshausen in Bremen. Das ist ein sozialkulturelles Zentrum. Außerdem bin ich Vorsitzender von „Kultur vor Ort e.V.“, was ein soziokulturelles Zentrum im gleichen Stadtteil ist. Ich kann also beide Positionen vertreten und - passend zum Thema dieser Jahrestagung „Wie wohnen? Wer mit wem? Oder jeder für sich?“ - stelle ich Ihnen heute das Art Basic Center vor. Das ist für mich ein gutes Beispiel dafür und zeigt vielleicht auch neue Ideen oder einen neuen Weg auf.

Das Art Basic Center ist ein Bildungsverbund zwischen vier großen Stadtteileinrichtungen, nämlich dem Bürgerhaus Oslebshausen, der Stadtbibliothek Bremen West, der Volkshochschule Bremen West und Kultur vor Ort. Das Bürgerhaus und Kultur vor Ort werden vom Bremer Senat für Kultur gefördert. So etwas wäre in Berlin sehr ungewöhnlich. Das heißt, auch von unserer Aufgabenstellung her gehen wir eher in den kulturellen Raum rein. Die Volkshochschule und die Stadtbibliothek werden in Bremen vom Senator für Bildung finanziert. Es kommen also zwei Ressorts in diesem Verbund zusammen.

Wie überall machen auch im Stadtteil Gröpelingen viele Einrichtungen eine exzellente Arbeit und initiieren gute Projekte. Oft genug fehlen allerdings kluge Anschlüsse zwischen den Angeboten der Einrichtungen. Unser Bildungsverbund Art Basic Center schafft nun kluge Anschlüsse zwischen den Angeboten der Einrichtungen und findet auch eine Abstimmung zu gemeinsamen Zielen.

Gröpelingen ist ein Stadtteil von Bremen, und zwar der größte Stadtteil, der bevölkerungsreichste, der jüngste, der interkulturellste, aber auch der Stadtteil mit der höchsten Arbeitslosenquote. 34.921 Menschen leben dort in fünf verschiedenen Ortsteilen. Davon sind 6.448

Kinder, also der Stadtteil wird zunehmend jünger. 13.963 Menschen haben einen Migrationshintergrund, was ein hoher Prozentsatz ist. Über 20% der Menschen leben in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II.

In diesem Stadtteil sehen wir im Wesentlichen drei Entwicklungen, die uns als Kultureinrichtungen, aber auch als Künstler, Museen, Schulen und Kitas vor neue Herausforderungen stellen.

■ 1. Am auffälligsten ist die Pluralisierung von Lebensstilen, Sprachen und Herkunftskulturen. Die Einwanderung ist für die städtische Gesellschaft zwar nichts Neues, aber Ausmaß und Struktur haben sich verändert. Vor 50 Jahren hatten wir vornehmlich Arbeitsmigranten, die als ausländische Kollegen im Milieu der Industriearbeiter fest integriert waren. Heute haben wir es mit sehr unterschiedlichen Gruppen zu tun, die meist nur ein Problem eint: Sie finden keinen Zugang mehr zu Erfolg versprechenden Netzwerken und gesellschaftlicher Gestaltungsmacht, zu guter Ausbildung und gut bezahlter Arbeit. So verlassen zum Beispiel 25% aller Migrantenkinder die Schule als strukturelle Analphabeten, weshalb ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltig verwehrt ist. Deswegen mischen sich Kultureinrichtungen in den Bildungsbereich ein.

■ 2. Diese soziale Exklusion ist allerdings nicht nur auf die Migrantengruppen beschränkt. Durch die Veränderung der Arbeitsstrukturen – Stichwort prekäre Arbeitsverhältnisse – gibt es eine neue Armut. Das Problem verschärft sich noch, weil es eine sozialräumliche Diskriminierung gibt. Das bedeutet, die Leute, die es sich leisten können, ziehen aus dem Stadtteil weg, wodurch dieser Stadtteil immer weiter verarmt.

■ 3. Für die Bewohner in solchen Stadtteilen führen diese alltäglichen Erfahrungen materieller und mentaler Not zu einer oft resignativen Abwehr. Die Eltern erleben verzweifelt, wie ihre Kinder in der Schule scheitern,

sprachliche Barrieren, aber auch gegenseitige Vorwürfe und Vorurteile verhindern eine Zusammenarbeit von Schule und Eltern. Kinder und Jugendliche wachsen mit dem Gefühl auf, dass sie nicht zählen und nichts bewirken können.

Diese Entwicklungen geben unserer Meinung nach die Kulisse ab für einen notwendigen Umbruch in der kulturellen Bildung. Es geht nicht mehr vorrangig darum, in einer relativ übersichtlich geschichteten Industriegesellschaft einen Transfer kultureller Bildung für die Arbeiter und Benachteiligten zu organisieren. Sondern in einem Stadtteil, in dem verschiedene soziale Gruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, sollen kulturelle Bildungsprozesse als Teilhabemöglichkeiten organisiert werden.

Dazu passt nachfolgendes Zitat sehr gut. Das ist von der Deutschen Unesco-Kommission 2010: „Wissensgesellschaften erfordern komplettes Denken und Handeln. Kulturelle Bildung kann helfen, eine kreative und kulturbewusste Gesellschaft zu formen. Sie bringt Menschen in direkten Kontakt mit Kunst und Kultur. Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren erkunden, entdecken und schaffen kulturelle Ausdrucksweisen mit Hilfe kultureller Bildungsangebote. Kulturelle Bildung fördert die persönliche Entwicklung und ermöglicht ein besseres Verständnis für künstlerische und kulturelle Phänomene.“

Leider findet das in der praktischen Politik noch überhaupt keine Beachtung, also kulturelle Bildung wird oft als nettes Anhängsel angesehen. Wir haben schwer mit der Politik und auch in Kooperationen mit Schulen zu kämpfen, dass sich daran etwas ändert. Aber das ist unser Ziel als Art Basic Center.

Ein solcher Bildungsverbund verlangt, die Interessen der einzelnen Einrichtungen hinten an zu stellen, was erst mal eine Diskussion erfordert, um mittelfristig für alle Beteiligten bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Einrichtungen verfolgen damit eine Vertiefung ihrer sozialräumlichen Ausrichtung und den damit verbundenen Aufbau horizontaler Strukturen im Stadtteil. Am Anfang standen



gemeinsame Abstimmungstreffen der Leitungen. Die haben gemeinsame, auf den Stadtteil bezogene Zielvorstellungen definiert und systematisch erkundet, wo die Programme und Projekte sich aufeinander beziehen lassen. Ein wichtiges Querschnittsthema ist dabei von Anfang an das Lernen im Lebenslauf.

Wir haben natürlich auch überlegt, wo sich Angebote überschneiden, welche Angebote überflüssig sind, so etwas gibt es ja auch häufig. Wir haben überlegt, wie Angebote einer Kultureinrichtung zum Beispiel in eine Weiterbildung bei der VHS einmünden können. Wir haben überlegt, wie Schule und die ABC-Einrichtungen gemeinsam möglichst vielen Kindern den Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen und die Aktivierung der Eltern verbessert werden kann.

Unsere Ziele sind ganz klar: Förderung von Bildungsbeteiligung und Bildungsmotivation. Wir wollen Teilhabe und Mitwirkung im Stadtteil ermöglichen. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche stärken. Und wir wollen die

Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule und Einrichtungen der kulturellen Bildung entwickeln und qualifizieren.

Unter diesen Fragestellungen haben wir eine Reihe von Projekten entwickelt, von denen ich Ihnen jetzt eine kleine Auswahl vorstelle:

Das Projekt „**Wege in die Stadt**“ ist ein ergänzendes Modul zu den Integrationskursen, die die Volkshochschule mit ca. 600 Teilnehmern halbjährlich durchführt. Das Modul wird gemeinsam von den Teamern der VHS und Künstlern vor Ort durchgeführt. Es dient dazu, die Teilnehmer/innen in die lokalen Netzwerke, Angebotsstrukturen und Bildungsangelegenheiten einzuführen.

Mit einem künstlerischen Projekt bauen wir Vertrauen auf, knüpfen an die konkreten Bedarfe und Fähigkeiten der Teilnehmer/innen an, was Voraussetzungen für eine dauerhafte Bildungsbeteiligung sind. Das Projekt war sehr erfolgreich. Viele Teilnehmer/innen haben auf diesem Weg nach dem Ende des Integrationskurses den Weg in vorhandene Strukturen und Netzwerke im Stadtteil gefunden.

Alte Schuhe wurden von den Teilnehmer/innen künstlerisch bearbeitet und sind meistens mit Geschichten der Migration versehen worden, die erzählen, was sie erlebt haben. Die Geschichten dieser Schuhe kann man lesen. Diese Schuhe und die Geschichten sind dann im Stadtteil ausgestellt worden. Es gab eine Fotodokumentation bzw. eine Präsentation von den Teilnehmern. Das ist ein Beispiel, wie verschiedene Einrichtungen kooperieren.

Das „**Kleks-Kinderatelier**“: Kinder kommen direkt nach oder sogar während der Schule ins Kinderatelier, um dort zu zeichnen, zu bauen, zu malen und zu drucken. Während des gesamten Schuljahres können die Kinder entdecken, wie eine Idee zu einer Skulptur, zu einem Bild oder zu einer Collage wird. Wichtig ist immer, dass wir hinterher eine Ausstellung mit den Kindern machen, also ganz professionell mit einer offiziellen Vernissage. Diese Kunstwerke entstehen über Wochen und ganz nebenbei schult das Projekt die Ausdauer, die Konzentration und die Motorik.

ABC hat damit verlässliche Angebote im Bereich bildender und performativer Kunst für die Schule entwickelt. Finanziert wird das ausschließlich von Stiftungen, Förderern und Kunstpaten. Mit dem Atelierhaus, in dem das Kinderatelier ist, haben wir einen außerschulischen Bildungsort zur Verfügung gestellt, der intensiv genutzt wird.

Ein weiteres Beispiel für eine Kooperation ist das **Projekt mit dem Gerhard-Marx-Haus**. Das ist eine Kunsthalle in Bremen. Die Kinder sind in die Kunsthalle gegangen und haben zu den Kunstwerken selber Bilder und Skulpturen angefertigt. Das Besondere war, dass diese sehr hochkarätigen Kunstobjekte dann auch in Gröpelingen ausgestellt worden sind. Das war sehr schwierig wegen der Sicherheitsgeschichten.

Dann haben wir die **Zirkusschule**, die im Rahmen des Schulunterrichts im Bürgerhaus Oslebshausen stattfindet. Unsere pädagogische Arbeit basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz. Sie greift die Stärken der Kinder und Jugendlichen auf, wodurch frustrierende Erlebnisse vermieden werden. Stattdessen können durch viel Freiraum für Phantasie und Kreativität alle Beteiligten ihr Erfolgserlebnis haben. Jeweils zum Halbjahresende werden die Ergebnisse in einer kleinen Produktion in der Schule vorgestellt.

Die Zirkusschule hat drei Standbeine: Fortbildung für Lehrer, um das Zirkusspiel auf dem Schulhof zu etablieren, die Zirkusschule findet während des Unterrichts im Bürgerhaus unter Anleitung unserer Künstler statt; das dritte Standbein sind Ferienprojekte in den Oster- und Herbstferien, an denen Schüler/innen freiwillig teilnehmen können.

Das größte gemeinsame Projekt im Jahresverlauf ist das **Projekt „Feuerspuren“**. Das ist ein Erzählfestival, weshalb die Sprache im Vordergrund steht. 10.000 Besucher hat das Festival. Es wird das ganze Jahr über mit Schulen, Kindergärten und allen Einrichtungen im Stadtteil vorbereitet. Der Höhepunkt ist dann im November, wenn die Hauptstraße von Gröpelingen in ein Erzähl-

café verwandelt wird. Daran hat auch die muslimische Bevölkerung einen starken Anteil. In Moscheen, in der Bibliothek, im Waschsalon, in der Fahrschule, im Kopierladen und in jedem kleinen Geschäft sind Stationen mit Geschichtenerzähler/innen, die in verschiedenen Sprachen Geschichten vortragen.

Das wird zum Beispiel in den Schulen vorbereitet, also ganze Schulklassen werden zu Geschichtenerzählern/innen ausgebildet. Das geschieht zum Beispiel mit dem Kamichibai, dem japanischen Erzählfahrrad. Traditionell erzählen Japaner Geschichten, die moritatenmäßig in einem Kasten dargestellt wurden. Die Geschichten wurden erzählt und die Leute haben Süßigkeiten verkauft, das war der Aufhänger, um das Publikum anzuziehen. Das haben wir mit Kindern gemacht. Die Kinder haben die Fahrräder gestaltet, die Geschichten gestaltet und dann auf dem Erzählfestival „Feuerspuren“ erzählt.

Es wird leider ausschließlich privat finanziert, also es gibt keine Absicherung für das Projekt. Aber wir haben gesagt, dass wir einfach mal anfangen und haben in diesem Jahr Mittel über verschiedene Stiftungen, den Lions Club und von vielen Kinderkunstpaten, erhalten. Unsere Vorstellung ist, dass wir mittelfristig allen Kindern in Gröpelingen die Teilnahme an kultureller Bildung ermöglichen. Unser langfristiges Ziel ist es, nachhaltig die Bildungslandschaft zu verändern und mehr Kindern einen erfolgreichen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Beate Janke: Diese Kinderkunstpaten sind ganz normale Menschen?

Ralf Jonas: Ja, das sind Bürger des Stadtteils, Vereinsmitglieder. Eine Patenschaft kostet ungefähr 50 Euro im Jahr.

Theda Blohm: Ich arbeite bei den Paritätischen Freiwilligendiensten aller Generationen und habe drei Jahre ein Patenschaftsprojekt koordiniert. Da habe ich mit Lette-Schulklassen und Lette-Lehrer/innen zusammengearbeitet und habe das als eine sehr intensive Arbeit erlebt.



Ich bin sehr beeindruckt von dem, was Sie da alles auf die Beine gestellt haben. Wie haben Sie die Kooperationen hingekriegt, insbesondere mit der Schule?

Ralf Jonas: Das war ein ganz schwieriges Feld. Wir sind auch noch am Anfang. In Bremen bzw. in unserem Bereich sind alle Schulen Ganztagschulen und wir selber haben ja Interesse daran, unsere Räumlichkeiten mit Kindern und Jugendlichen zu bevölkern, denn das ist ja der Schwerpunkt unserer Arbeit. Wenn die Kinder bis 17 Uhr in der Schule sind, dann kann man den Laden nachmittags dicht machen. Die Schulen haben erst sehr misstrauisch reagiert: Ach, noch ein Projekt, noch ein Angebot – wie schrecklich. Aber es ist durch verschiedene Gespräche und durch persönliche Beziehungen zwischen einzelnen Lehrern und unseren Künstlern dann doch zustande gekommen. Nach dem ersten halben Jahr, jetzt geht das zweite Halbjahr dem Ende zu, wo wir konkret ein Kunst-Programm anbieten, im ABC-Heft sind noch 20 andere Projekte aufgelistet, die wir in dem Bereich machen, so allmählich löst sich dieses gegenseitige Misstrauen auf. Parallel haben wir uns als Stadtteil in Bremen ja noch für Fördermittel „Lernen vor Ort“ beworben. Neben dieser horizontalen Struktur, die wir als Einrichtung haben, versuchen wir auch noch in die vertikale Struktur einzusteigen, Senator für Soziales, Senator für Bildung, Senator für Kultur, um auch auf der Ebene ganz oben ein Mitspracherecht und ein Entwicklungsrecht zu kriegen, also wir mischen uns ein.

Teilnehmerin: Wie viele Leute sind das hauptamtlich und ehrenamtlich?

Ralf Jonas: Da sind wir relativ gut aufgestellt. Der enge Kreis von ABC sind vier Personen, vier Vollzeitangestellte, das bin ich, das ist meine Kollegin von „Kultur vor Ort“, die Geschäftsführerin und der Geschäftsführer der Stadtbibliothek und der Volkshochschule. Das ist der enge Kreis. Dort werden die Ideen entwickelt und die Mittel beschafft.

Dann haben wir ganz viele tolle junge Künstler, die wir in die konkrete Arbeit einbinden konnten. Ich persönlich mache auch noch Zirkusarbeit.

Ingrid Müller: Ich habe dieses Forum ausgewählt, weil mein Sozialraum kein Quartiersmanagementgebiet ist.

Ralf Jonas: Meiner auch nicht.

Ingrid Müller: Aber meine Besucher kommen überwiegend aus einem Quartiersmanagementgebiet. Das Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ ist in Berlin-Mitte, also im Ostteil der Stadt, ein paar Meter weiter fängt der Westteil an. Wir haben als Besucher auch viele Familien mit Migrationshintergrund. Mich interessiert, inwieweit es gelungen ist, auch Eltern von Migrantenkinder einzubeziehen? Wie ist die Relation zwischen Verwaltungskram und Arbeit mit den Menschen?

Ralf Jonas: Die Einbeziehung der Eltern ist ein großes Problem, das ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Wege in die Stadt“, bei dem wir meistens mit den Müttern arbeiten. In der Volkshochschule ist das so organisiert, dass die Kinder betreut werden, während die Mütter Deutsch lernen. Über dieses Kunstprojekt oder über das Erzählfestival „Feuerspuren“ haben wir einen guten Zugang zu den Eltern bekommen, weil es um ganz konkrete Geschichten geht, Kinder gestalten was gemeinsam mit ihren Eltern, Laternen werden gebaut, viele kleine Sachen. Aber nach wie vor ist das ein ganz schwieriges Feld.

Teilnehmerin: Sie haben mehrmals dieses Bürgerhaus erwähnt. Wo kommt das her? Wie ist das finanziert?

Ralf Jonas: Das Bürgerhaus bekommt eine institutionelle Förderung vom Senator für Kultur, was unser Stellenetat ist, der damit abgesichert ist. Das ist ein großes Gebäude mit Saal und so. In Bremen heißen die Stadtteileinrichtungen Bürgerhäuser, das ist also ein kleines Stadtteilzentrum.

Wir bekommen jedes Jahr die institutionelle Förderung, seit sechs Jahren sogar ungekürzt, also seitdem wir eine rot-grüne Regierung haben. Damit sind wir eigentlich gut ausgestattet.

Die Stadtbibliothek Bremen natürlich auch, die Volkshochschule auch, der Kultur vor Ort e.V. wird über Senator für Wirtschaft finanziert, weil die auch noch parallel Tourismusförderung machen. Das Gerüst ist langfristig finanziert, alles andere wird privat finanziert. Aber wir haben auch den Anspruch, wenn Bildung in irgendeiner Form ernst genommen wird, müssen da noch viele Mittel reinfließen, wozu es jetzt auch erste Ansätze in Bremen gibt.

Susanne Hartl: Ich bin vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße. Sie sind sehr optimistisch, dass Kultur in den nächsten Jahren ernster genommen wird?

Ralf Jonas: Ja, da bin ich optimistisch. Wenn die Politik sieht, dass zum Beispiel bei dem Festival „Feuerspuren“ 10.000 Leute in einen Stadtteil kommen, der ansonsten von allen anderen eher gemieden wird, dann ist das ein Riesenerfolg. Ich denke, über kulturelle Aktivitäten kann man auch in der Politik einen Denkprozess in Gang setzen.

Markus Schönbauer: Das nächste Input-Referat kommt von Christian Porst vom Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.

Christian Porst: Ich bin seit 2006 Quartiersmanager und arbeite im QM-Team Heerstraße in Berlin-Spandau. Zu dem Thema Stadtteilzentrum versus Quartiersmanagement bin ich vielleicht ein untypischer Vertreter, weil der Gemeinwesenverein Heerstraße Nord in Spandau beides macht.

Spandau liegt am Stadtrand, es gibt Großsiedlungen, Platte West sozusagen, die Ende der 60er bis Ende der 70er Jahre entstanden. Damals war das ein Gebiet, das Mittelschicht oder Verdrängte aufgenommen hat, die durch

Sanierungsmaßnahmen in Charlottenburg oder Spandau zuzogen. 17.000 Einwohner umfasst das Gebiet, wobei der nördliche Teil problematischer ist als der südliche. Spandau war die Werkbank der Bundesrepublik, weil es dort viele öffentlich geförderte Industriearbeitsplätze gab. Nach der Wende fand ein ähnlicher Arbeitsplatzabbau wie im Osten statt. Viele Leute sind dann ins Umland nach Brandenburg gezogen, was direkt an Spandau angrenzt, um dort in Einfamilienhäusern oder Reihenhäusern zu leben. Mitte der 90er Jahre hat also ein enormer Bevölkerungswandel stattgefunden, eindeutig zum sozial Schlechteren. Inzwischen haben wir im nördlichen Teil eine Hartz IV-Quote von etwa 2/3. Die Quote von Kindern unter 15 Jahren, die von Hartz IV-Bezug abhängen, ist fast 80%. Das ist dramatisch und nimmt weiterhin zu.

Das Gebiet war Mitte der 70er Jahre fortschrittlich, weil die Evangelische Kirche gleichzeitig mit dem Bau der Siedlung dort auf ihrem Grundstück keine Kirche gebaut hat, sondern eine Art Gemeinwesenzentrum. Das Gemeinwesenzentrum Heerstraße Nord gibt es heute noch. Da sind vier wichtige Partner drin, die Kirche, der Förderverein Heerstraße Nord für Behinderten- und Seniorenarbeit, der Gemeinwesenverein Heerstraße Nord, und ein medizinisches Versorgungszentrum bzw. ein Ärztehaus mit sehr vielen Fachärzten, die nach wie vor in diesem Gebiet bleiben, was für uns eine sehr wichtige Ressource ist. Üblicherweise ziehen Ärzte aus solchen Gebieten weg, weil es keine Privatpatienten gibt. Diese Partner arbeiten schon seit über 30 Jahren zusammen, seit 2005 ging das Quartiersmanagement in die zweite Runde in Berlin. Das ist der Hintergrund, warum der Gemeinwesenverein gesagt hat, dass er starker Partner in diesem Verfahren werden und Projekte beantragen kann. Oder wir können es auch gleich selber versuchen, weil wir Gebietskenntnisse und gute Kontakte haben. Damals gab es schon eine sehr gut arbeitende Stadtteilkonferenz, es gab schon Kooperationen, Stadtteilstiftungen usw., worauf das Quartiersmanagement sehr gut aufbauen konnte.



Das war für uns als Einstieg sicherlich zunächst einmal eine Erleichterung. In Berlin war unser Gebiet damals, neben dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße, das einzige, in dem ein lokaler Träger das QM durchgeführt hat und keine Büros von außen dazu kamen.

Was hat der Gemeinwesenverein als Teilnehmer des Programms „Soziale Stadt“, also nicht als QM, gemacht?

Wir machen Projekte und denken dabei satzungsgemäß und konzeptionsgemäß nicht nur an den Verein, sondern an den Stadtteil.

Es war zum Beispiel so, dass es in dem vom Senat geförderten Stadtteilzentrum nie einen Veranstaltungsraum gegeben hat. Das ist natürlich für ein Stadtteilzentrum schlecht. Über das QM wurde ein ehemaliger Supermarkt zu einem Kulturzentrum umgebaut, sozusagen als Veranstaltungsaußenstelle des Stadtteilzentrums, gleichzeitig war es auch das Kulturzentrum für den ganzen Stadtteil, auch für die umliegenden Gegenden. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, am Stadtrand und in einem Armutsgebiet ein Kulturzentrum aufzubauen. Aber wir sehen zunehmend, dass jetzt auch Leute, die im südlichen Spandau wohnen und besser begütert sind, Kladow, Gatow, in dieses Kulturzentrum kommen, was dem Image des Gebietes durchaus zuträglich ist. Der Umbau des Supermarktes zu einem Kulturzentrum und seine Ausstattung, das war ein ganz wichtiges Projekt im Rahmen des Quartiersmanagements, ebenso wie jetzt auch die Veranstaltungen, die da durchgeführt werden.

Träger des Kulturzentrums ist der Gemeinwesenverein. Aber zu Beginn, während der Planungsphase, gab es eine Art Steuerungsgruppe, in der wichtige Träger im Gebiet und auch Leute aus der Verwaltung, Jugendamt, betriebliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit drin waren. Sie legten die grobe Politik des Kulturhauses und inhaltliche Leitlinien fest. In dieser Steuerungsgruppe waren auch lokale Vereine, deutsch-arabische Freundschaft oder Stakkato Kinder- und Jugendverein, Träger der Jugendhilfe, usw.

Dann macht der Gemeinwesenverein Projekte wie Webportal- oder Stadtteilzeitung. Der Gemeinwesenverein hatte vorher schon eine Stadtteilzeitung herausgebracht, aber die wurde jetzt über Mittel der „Sozialen Stadt“ etwas professionalisiert, obwohl weiterhin eine ehrenamtliche Redaktion daran arbeitet.

QM soll ja Bewohner aktivieren und Ehrenamtlichkeit usw., das ist natürlich in so einem Gebiet am Stadtrand besonders schwierig – im Vergleich zu innerstädtischen

Altbaugebieten. Aber da ist der Gemeinwesenverein hilfreich, weil der durch seine sozialen Beratungen und seine Arbeit vor Ort bereits sehr gute Kontakte zur Bevölkerung hat. Trotzdem fällt es den Kollegen/innen im Stadtteilzentrum schwer, Leute für Ehrenamtlichkeit zu gewinnen. Deshalb gab es ein Projekt, QM-gefördert, das sich „Beratung und Begleitung im Familienzentrum“ nennt. Dort werden Ehrenamtliche geworben und qualifiziert, damit sie selber ehrenamtliche Gruppen anleiten können. Das sind Beispiele, die der Gemeinwesenverein im Rahmen des QM als Projektträger durchführt.

Wie ist das, wenn ein wichtiger Träger gleichzeitig QM ist? Es kann sein, dass die anderen Träger sagen, Mensch, der Verein zieht alle Projekte an Land und wir kriegen nichts ab. Da sind wir als QM immer in der Verantwortung, dass wir einerseits die Interessen unseres Arbeitgebers stützen, gleichzeitig aber den Stadtteil im Blick haben. Da gibt es zwei ganz wichtige Regularien, die dafür sorgen, dass keine Bevorzugung des Gemeinwesenvereins stattfindet. Bei der Steuerungsrunde, mit Bezirk und Senat, müssen wir jedes Mal eine Ausnahmegenehmigung bekommen, wenn der Gemeinwesenverein Träger von Projekten wird. Denn laut Vertrag ist es grundsätzlich ausgeschlossen, dass die QM-Träger Projekte durchführen. Ich denke, das ist eine sehr sinnvolle Regelung. Andererseits haben wir natürlich den Quartiersrat, in dem fast alle Träger im Gebiet vertreten sind. Wie überall in Berlin haben auch hier die Bewohner die Mehrheit. Der Quartiersrat sorgt auch dafür, dass die Fördermittel gleichmäßig verteilt werden. Wenn der Gemeinwesenverein Projekte macht, dann sind das Projekte, die das Gemeinwesen insgesamt stärken.

Vielleicht ein Beispiel: Wir haben eine Verstetigungsversammlung durchgeführt, eine erweiterte Stadtteilversammlung. Dort wurde darüber diskutiert, was passiert, wenn es das QM mal nicht mehr gibt. Welche Strukturen können erhalten bleiben? Was ist nachhaltig? Da wurde beschlossen, dass dieser Quartiersrat weiter bestehen bleiben soll. Der funktioniert bei uns sehr gut, weil keine

Querulanten drin sind, wie vielleicht in anderen Teilen Berlins, wo der Quartiersrat eher als Hindernis gesehen wird. Bei uns ziehen mehr oder weniger alle an einem Strang. Wenn es kein QM mehr gibt, soll der Quartiersrat als Gremium weiter bestehen bleiben. Wo ist der anzusiedeln? Es wurde sofort gesagt: beim Gemeinwesenverein. Das ist der Zweck des Vereins, von daher wird die Rolle dort auch von den anderen Trägern akzeptiert.

Zum Thema Nachhaltigkeit noch ein wichtiger Punkt: Dieses Gemeinwesenzentrum hat in den vergangenen Jahren einen Generationenwechsel in der Geschäftsführungsebene erlebt, bei allen Trägern. Und das Gemeinwesenzentrum hat sich jetzt auf den Weg gemacht, sich konzeptionell neu auszurichten, vor allem sich auf die neue soziale Situation im Gebiet einzustellen.

In einem Gebiet mit so vielen sozialen Problemen müssen die Einrichtungen einfach fit gemacht werden und sich darauf einstellen, Schulen, Kitas, alle müssen mit der Situation umgehen. Es ist abwegig zu glauben, dass sich in den nächsten Jahren an der problematischen sozialen Situation im Gebiet was ändern wird. Alle Träger werden mit Armut zu tun haben.

QM kann diesen Prozess der Weiterentwicklung des Gemeinwesenvereins, auch bauliche Änderungen usw., eben vom Programm „Soziale Stadt“ her, begleiten und kann für uns alle im Gebiet genau diesen Prozess fördern. Das QM kann sagen: ja, wenn die Partner sich weiterentwickeln, dann kommen wir aus Stadtteilsicht auch noch dazu, bringen vielleicht noch andere Partner mit rein. Diese Weiterentwicklung ist ein sehr langer Weg.

Bei uns ist es hilfreich, dass ein lokaler Träger dieses QM durchführt. Ob man das für ganz Berlin sagen kann? In erster Linie müssen lokale Träger, wenn sie QM machen, gemeinwesenorientiert sein, weil sonst die Trägerkonkurrenz eine Gefahr darstellt.

Ich habe gehört, dass gestern diskutiert wurde, dass Stadtteilzentren häufig gnadenlos unterfinanziert sind. Vielleicht ist es möglich, dass das QM auch ein



Stadtteilzentrum ein bisschen stützen kann. Sicher wird im Stadtteil etwas verbleiben, wenn das QM nicht mehr da ist, und wenn es nur die Fähigkeit der Mitarbeiter im Gemeinwesenverein ist, Förderanträge zu stellen und abzurechnen. Das ist ja ein enormer Verwaltungsaufwand, den ein Gemeinwesenverein für kleinere Träger oder Privatpersonen mit abwickeln könnte.

Markus Schönbauer: Herbert Scherer hat gestern über ein Stadtteilzentrum in New York gesagt, dass man dort die Ansicht vertritt: Wir holen uns Geld, woher wir es bekommen, und machen daraus das, was wir für richtig halten bzw. wir machen was Besseres daraus als das, was sich unsere Geldgeber vorstellen. Der Gemeinwesenverein Heerstraße hat Mittel vom QM bekommen, hat ganz viele Elemente von QM in seiner Arbeit mit drin, wie den Quartiersrat zum Beispiel. Hat also deine Arbeit im QM dein Verständnis von Gemeinwesenarbeit eines Stadtteilzentrums geprägt?

Christian Porst: Im Programm „Soziale Stadt“ ist sehr viel möglich. Die Projektideen bei uns werden immer aus Stadtteilsicht gesehen. Es ist nicht so, dass wir von Projektideen überschwemmt werden, wie es vielleicht in den innerstädtischen Gebieten ist, dass man da wirklich in Konkurrenz zueinander steht und deshalb viele Projekte nicht machen kann.

Bei uns läuft sehr viel Projektentwicklung aus dem QM heraus oder aus zwei oder drei Trägern, aber die Ideen werden im Stadtteil abgestimmt. Viele Sachen müssen vorher in die Stadtteilkonferenz, bevor sie in die Gremien der Sozialen Stadt kommen, von daher wird das immer mitgedacht.

Markus Schönbauer: Ob das Verständnis von Stadtteilarbeit aus dem Stadtteilzentrum heraus deine Arbeit als QM-Mitarbeiter mehr prägt als wenn man als Quartiersmanager in einen Stadtteil gesetzt wird und ein neues Büro macht?

Christian Porst: Die Sichtweise wird ähnlich sein, auch neue QM-Büros werden die Stadtteilsicht aufnehmen. Die kommen ja überwiegend auch aus der Stadtteilarbeit. Der Unterschied ist gar nicht so groß, denke ich, nur eben die Art und Weise, wie man vielleicht vor Ort ankommt.

Ich weiß zum Beispiel, dass es in Moabit so ist, dass lokale Träger, die seit Jahren so eine Arbeit machen, sich gegen das QM wehren, weil es schon Strukturen gibt. Sie können es selber nicht machen, wollen aber auch niemanden, der praktisch eine Doppelstruktur aufbaut. Das gibt es in Berlin auch.

Teilnehmerin: Wir sind ein Bürgerzentrum und sind auch Träger der Sozialraumkoordination, die gestern durch eine Kollegin vorgestellt wurde. Gemeinwesenverein und dann noch Stadtteilzentrum?

Christian Porst: Der Gemeinwesenverein ist Träger des vom Senat geförderten Stadtteilzentrums. Der Gemeinwesenverein hat noch andere Aktivitäten, Projekte der Jugendhilfe zum Beispiel.

Das Stadtteilzentrum ist Bestandteil des Gemeinwesen-zentrums, wo dann auch die anderen Partner dazukommen. Das ist eine Konstruktion, die die Leute, die bei uns schon jahrelang in den Gremien sitzen, noch nicht verstanden haben. Von daher ist bei unserer konzeptionellen Neuausrichtung auch ein Thema, diese Begrifflichkeiten und praktischen Inhalte zu verdeutlichen, weil es Überschneidungen gibt.

Teilnehmerin: Ist das der Stadtteilzentrenvertrag?

Christian Porst: Genau. Die Stadtteilzentren sind bei einer anderen Senatsverwaltung - Soziales, QM ist bei der Stadtentwicklung angesiedelt. Von daher ist es gut, dass in diesen ganzen Weiterentwicklungen auch manchmal diese beiden Senatsverwaltungen - zumindest anhand eines konkreten Projektes - an einem Tisch sitzen.

Durch das Programm Aktionsraum Plus wird versucht, in die Verwaltung hinein zu wirken, aber der sozialräumliche Blick der Verwaltungen ist noch deutlich zu verbessern. Es gibt Kooperationsverträge, die die Bezirke mit der Senatsverwaltung abgeschlossen haben, mit denen bezweckt ist, auch bezirkliche Mittel in problematische Gebiete fließen zu lassen.

Wir haben den Eindruck, dass der Bezirk dazu neigt, wenn es QM in einem Gebiet gibt, eigene Mittel abzu-ziehen. Wir müssen zum Beispiel zäh darum kämpfen, dass die Stadtteilbibliothek als solche erhalten bleibt, müssen ständig belegen, dass die Besucherzahlen stimmen, usw. Dort werden dann extra Projekte durchgeführt, damit mehr Besucher kommen, weil in der Verwaltung nur nach Statistiken geschaut wird.

Stefan Köder: Wie viele Menschen wohnen dort? Steigen oder sinken die Bevölkerungszahlen? Ist das ein Stadtumbau-Gebiet? Anscheinend ist QM dort ganz gut akzeptiert, weil es so eingebunden ist, so dass die Weiterentwicklung wichtig ist. Wenn die Gelder auslaufen, ist das ein erschreckender Gedanke. Welche Möglichkeiten gibt es dann?

Christian Porst: Wir sind kein Stadtumbau-Gebiet. Falkenhagen in Spandau ist es geworden. Wir wären auch bestens geeignet gewesen, was eine deutliche Benachteiligung ist, zumal das Falkenhagener Feld auch zwei QM's hat, obwohl es genau so viele Einwohner hat wie wir. Die haben nicht unbedingt die doppelte Menge an Fördergeldern, weil das Geld einwohnergebunden ist. Aber sie haben das Doppelte an Regie-Geldern für das QM. Wir machen quasi die gleiche Arbeit wie die Kollegen.

Stefan Köder: Wie viele Einwohner sind im Gebiet?

Christian Porst: 17.000. Die Bevölkerungszahl steigt, obwohl der Leerstand von 10%, wie es ihn noch vor fünf Jahren gab, weg ist.

Teilnehmerin: Sind dort mehrere Wohnungsgesellschaften?

Christian Porst: Wir haben die Gewobag und die GSW hier. Die Gewobag ist eine städtische Gesellschaft, die sich allerdings ausgesprochen zurückhaltend verhält bei uns, die haben andere Gebiete, in die sie ihre Mittel reinstecken. Sie haben jetzt vom Bürgermeister und der Senatsverwaltung die Freigabe bekommen, Gebiete unterschiedlich zu entwickeln und auch in attraktiven Lagen mehr Mieten zu holen. Das ist hier natürlich nicht möglich, denn wenn die Mieten steigen, sind die Leute weg.

Die GSW ist inzwischen eine Aktiengesellschaft. Mit denen arbeiten wir relativ gut zusammen, aber die haben auch andere Bestände, die für sie interessanter sind. Von anderen Eigentümern kennen wir eigentlich nur die Namen, das sind australische bzw. holländische Investmentfonds. Da sind nur die Hausverwaltungen stabil. In einem anderen Gebiet sind relativ viele Erstmieter, viele Rentner, wenig soziale Probleme.

QM wird auf jeden Fall von den Trägern angenommen. Was von bezirklichen Einrichtungen kritisch gesehen wird, das ist, dass ihnen dauernd die Haushaltsmittel gestrichen werden, zum Beispiel für Personalbesetzungen in Jugendzentren, usw. Der Bezirk streicht, weil er vom Senat das Geld nicht bekommt. Deshalb unterstützt er die Entwicklung einer Parallelstruktur mit QM, die eine andere Finanzierung haben. Trotzdem versucht man sich damit zu arrangieren, weil es keinen anderen Weg gibt.

Die Bewohneraktivierung ist ganz schwierig. Wir haben vielleicht fünf, zehn oder zwölf Leute bzw. Bewohner, die sehr engagiert im Quartiersrat sind. Da kann man von Beteiligung sprechen. Ich würde es eher als Korrektiv sehen, dass man aus Bewohnersicht darauf hingewiesen wird, wenn man an einer falschen Stelle arbeitet. Wenn das QM weg ist, dann gehen nicht die Bewohner auf die Barrikaden, sondern die wenigen aktiven Bewohner und die Träger.

Teilnehmer: Gestern war ich in Forum A und da hat Herr Mühlberg von der Organisation des QM in Berlin gesprochen. Er sagte, dass mit jedem Bezirk Kooperationsvereinbarungen geschlossen würden, dass die Bezirke die Mittel für ihre Stadtteilzentren nicht kürzen dürfen aufgrund der zusätzlichen Qualitätsmanagement-Mittel.

Christian Porst: Das ist eine Frage davon, mit welchen Sanktionen die Kooperationsvereinbarungen bei Nichteinhaltung belegt werden von Bezirk und Senat. Wir würden es merken, wenn die Stadtteilbibliothek zum Beispiel in Gefahr ist, dann könnten wir auf die Einhaltung der Kooperationsvereinbarung pochen. Nur im Bereich Jugendhilfe gab es ein zusätzliches Programm mit fördernden Maßnahmen. Das sind Mittel, die auch im sechsstelligen Bereich liegen, die sind nicht im QM-Gebiet, sondern in der Innenstadt. Wie diese Kooperationsvereinbarungen tatsächlich durchgesetzt werden, davon kriegen wir wenig mit.

Teilnehmerin: Wir haben 2005 mit QM angefangen - und zwei Monate später wurde eins von drei Jugendzentren geschlossen.

Markus Schönbauer: Verstetigung ist sehr wichtig in dieser Debatte. Eine grundlegende Tatsache ist, dass die Gelder fehlen, Personalstellen werden nicht weiter finanziert, es geht ja auch um Orte. Ihr habt mit dem Gemeinwesenverein, mit dem Haus im Bezirk einen richtigen Ort, ihr habt den Kultur vor Ort e.V., ihr habt eine VHS.

Christian Porst: Wir können viele Gebäude nutzen, in denen was stattfinden kann, also wir können wirklich ganz viele Leute erreichen.

Markus Schönbauer: Bevor wir über die Finanzierung sprechen, woher die Mittel kommen und was es bedeutet, wenn Mittel ausbleiben, würde ich vorher noch gerne über die Struktur sprechen. Auf welcher Basis arbeiten wir? Auf welcher Basis arbeiten die QM's? Was braucht es, damit wir eine gute Arbeit leisten können?

Stefan Köder: Ich bin jemand, der keine Orte hat. Ich bin in Magdeburg bei einem ganz großen Träger, dem Internationalen Bund. Mir wird ganz klar gesagt: keine Projekte beantragen, weil ich sonst in Konkurrenz gerate. Ich bin in diesem Spannungsfeld Gemeinwesenarbeit, Bürgerinitiative versus Stadtteilmanager und merke das auch tagtäglich. Mit Jugendträgern habe ich eine sehr gute Zusammenarbeit. Aber es gibt kein starkes Nachbarschaftszentrum, weil es in verschiedene Initiativen aufgeteilt ist, die sich untereinander nicht grün sind.

Ich denke, es ist eine ganz andere Situation, in einem Stadtteilzentrum zu sein, wo andere Leute drin sitzen, mit denen man auch mal ein interdisziplinäres Team bilden kann und wo ein Austausch stattfindet. Bei mir ist das alles nicht der Fall. Ich werde im Stadtteil oftmals als verlängerter Arm des Stadtplanungsamts wahrgenommen. Das ist teilweise sehr schwierig, ich versuche das aufzuklären. Aus dem, was ich hier höre, entnehme ich, dass ich vielleicht mehr darauf drängen müsste, dass es ein unabhängiges Stadtteilzentrum gibt, damit es eine andere Form der Zusammenarbeit geben kann.

Christian Porst: Ein wichtiges Element ist auch der Quartiersrat. Bei uns sitzen alle Träger in diesem Quartiersrat, wo alle Richtlinien besprochen werden. Da werden nicht nur Projekte abgenickt oder verweigert, sondern bereits im Vorfeld wird strategisch über das Ziel von Projekten diskutiert. Im Gemeinwesenzentrum sitzen ja nur vier Partner, weil da die Schulen und Jugendhilfeträger nicht drin sind. Aber die treffen sich im Quartiersrat.

So ein Quartiersrat braucht ein bisschen Raum und ein bisschen Verwaltungsgeld, aber das können Träger durchaus gemeinsam stemmen. Das ist auf jeden Fall eine Struktur, die aus unserer Sicht auch nach QM erhalten bleiben muss. Der organisiert sich bei uns noch nicht selbst, das machen wir, aber es ist denkbar, dass das auch Träger vor Ort weitermachen.

Über das Gemeinwesenzentrum schaffen wir eine Struktur, Stadtteilgenossenschaft, Stadtteilagentur oder irgendeine Vereinigung, wo man Kooperationspartner

hat. Wenn so eine Struktur existiert und die an einem Strang ziehen, können die bei Stiftungen oder anderen Stellen neue Förderanträge stellen, weil sie bereits ein bestimmtes Konzept vor Ort haben. Das ist für dritte Geldgeber attraktiver, dass nicht jeder einzeln loszieht. Das ist unsere Vorstellung zur Verstetigung. Auf der anderen Seite kann man absehen, dass es in unserem Gebiet immer Förderprogramme geben wird. Wenn es nicht mehr QM ist, dann wird es ein anderes Programm sein.

Teilnehmer: Ich finde die Vorstellung von Ralf, was in Bremen in der Bildungslandschaft passiert, ein gutes Beispiel dafür, dass aus institutionell geförderten Einrichtungen heraus so etwas entstehen kann, auch wenn da leider nicht genug Geld ist bzw. ihr immer schauen müsst, wo ihr das Geld herkriegt.

Auch hier im Quartiersmanagement in der Heerstraße Nord und dem Gemeinwesenverein finde ich gut, dass es eine Struktur von Institutionen gibt, die an eine Einrichtung angedockt sind, die schon vor Ort aktiv ist und Kontakte aufgebaut hat. Sie steckt auch schon in einem Arbeitskreis, um zu gucken, was bereits passiert, um durch Diskussionen Dinge mit entwickeln zu können. Ich finde das Beispiel des ausgebauten Supermarktes zu einem Kommunikations- und Begegnungszentrum absolut super. Letztendlich ist das in unseren Kreisen eine Binsenweisheit, denn es ist doch Geld da. Es wird oft nur nicht sinnvoll verteilt oder genutzt. Wir müssen in den Arbeitsgruppen und Stadtteilkonferenzen noch viel effektiver und ernsthafter miteinander arbeiten, dass wir sagen können: da laufen gute Sachen, die wir behalten wollen. Jeder kennt die Doppelstruktur und weiß, da kratzt keiner dem anderen ein Auge aus. Aber wir müssen diese Doppelstrukturen benennen und verändern. Man könnte vielleicht vereinbaren: du hast jetzt ein Jahr Zeit, um diese Doppelstruktur abzubauen und was Neues zu bauen. Dann hat man eine effektivere Mittelverteilung als immer wieder ein neues Projekt oder Projektzeiträume zu definieren, Geld da reinzustecken, und

Neues auszuprobieren, was einerseits wichtig ist, keine Frage, aber das kann in der Regel schon mit bestehenden Strukturen passieren.

Beate Janke: Ich arbeite in einem Stadtteilzentrum in Hohenschönhausen, was eine ganz andere finanzielle Basis hat als Quartiersmanagement und auch als die meisten anderen Stadtteilzentren, weil wir nicht über den Stadtteilzentrenvertrag finanziert sind, sondern vom Bezirk. Es gibt insgesamt fünf Stadtteilzentren, die Gemeinwesenarbeit machen sollen. Finanziert sind leider nur die Koordinationsstellen, wie das oft so ist. Wir sind zwar alle an einen Ort angebunden und arbeiten bei Vereinen, die schon Orte haben, aber wir als Stadtteilzentrum sind zu zweit in einem Gebiet für 30.000 Einwohner zuständig und haben keinen Ort. Das wird auch immer wieder kritisiert und ist immer wieder in der Diskussion, aber es verändert sich nicht, weil das auf Bezirksebene entschieden wird.

Es gibt eine relativ gute Vernetzungs-Struktur, also auch mehrere Runden, die sich treffen und vernetzen. Es gibt relativ viele Akteure, die mitmachen. Trotzdem ist es schwierig, weil immer die Aufgabe bestehen bleibt, mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten und daran scheitern wir ganz oft. Das ist wahrscheinlich bei allen so, nehme ich mal an. Die Politik funktioniert ganz gut, die Stadträte sind alle auf unserer Seite, aber die Verwaltungsmitarbeiter sind häufig schwerfällig und desinteressiert.

Mir fällt auch auf, dass es auch bei uns ganz oft um das Geld geht, wie wir finanziert werden, wie wir Dinge machen, dass wir den Bürger einbeziehen zum Beispiel in Bezug auf den Bürgerhaushalt. Quartiersmanagement unterstützt uns schon, aber in ganz kleinem Rahmen. Aber für die Mittelbeschaffung gibt es nichts, ich kann nicht mal eine Veranstaltung machen, weil ich kein Geld dafür habe, einen Raum anzumieten. Sponsoren zu suchen, das kann ich mit 30 Stunden nicht schaffen. Daran hakt es, weil es zu viel Arbeit und zu wenige Stunden gibt. Und es gibt eben keine Finanzierung für Strukturen.

Teilnehmerin: Wir haben als QM keinen Ort. Wir haben natürlich ein Büro, aber das ist es dann auch. Da passen, wenn man sehr eng sitzt, zwölf Leute rein, weil wir in einer Wohnung sitzen. Wir haben ein sogenanntes Gemeinschaftshaus, was der Sitz des bezirklichen Kulturamtes ist, gleichzeitig Sitz der VHS und Sitz der Stadtteilbibliothek. Und dort ist auch der Sitz eines interkulturellen Projektes, das über QM-Mittel gefördert wird. Das ist ein großer Raum, wo Leute kommen und gehen, wo auch noch Programm angeboten wird.

Dieses Projekt war die ersten drei Jahre mit einer Stelle über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert. Dann lief die Förderung aus. Jetzt finanzieren wir vom QM, was irgendwann auch auslaufen wird. Was dann wird, das weiß niemand. Das macht mir echt graue Haare.

Das QM-Gebiet hat 25.000 Einwohner. Wir haben eine zweite Nachbarschaftseinrichtung in der ehemaligen Waschküche gebaut. Auch da finanzieren wir eine halbe Stelle über QM-Mittel. Auch da ist ein Träger zum Zug gekommen, der praktisch deshalb den Zuschlag bekommen hat, weil er gesagt hat, er könne über Arbeitsfördermittel geförderte Leute einsetzen. Aber diese Mittel wurden in Berlin drastisch zusammengestrichen und jetzt haben wir den Salat. Da gibt es ständigen Personalwechsel, weshalb das Ding auch nicht läuft.

Teilnehmerin: Wir haben auch noch ein über den Stadtteilzentrenvertrag gefördertes Stadtteilzentrum, was in unserem Fall ein klitzekleines Gebäude ist, aber eigentlich ein Selbsthilfezentrum ist. Die Räumlichkeiten eignen sich nicht für etwas anderes, höchstens für Kulturveranstaltungen im ganz kleinen Maßstab, weshalb die Leute auch immer auf Raumsuche sind.

Deshalb haben wir versucht, Schulen mit an Bord zu nehmen. Wir müssen die Schulen davon überzeugen, dass sie sich für kulturelle Arbeit bzw. Nachbarschaftsarbeit öffnen, dass sie Stadtteilzentren werden, weil dort der Platz dafür vorhanden ist.

Ich wollte vorhin schon die Behauptung kommentieren, dass diejenigen, die in den QM-Gebieten von der Strei-

chung des Programms „Soziale Stadt“ betroffen sind, dagegen auf die Barrikaden steigen werden. Daran glaube ich ganz und gar nicht. Denn es sind dieselben Leute, die auch von Kürzungen bzw. lachhaft geringen Erhöhungen bei Hartz IV betroffen sind. Und auch dagegen gehen sie nicht auf die Barrikaden.

Teilweise bekommen sie gar nicht mit, wer das finanziert, weil sie das in der Regel nicht interessiert. Es ist ihnen nur wichtig, dass das Angebot da ist. Wo das Geld dafür herkommt, ist ihnen völlig schnuppe.

Jochen Kramer: Ich komme aus Marzahn-Nord, das ist das Nachbarschafts- und Familienzentrum Kiek In. Kiek In e.V. Berlin heißt auch unser Träger. Ich kann für das Gebiet Marzahn Nord das Gleiche erzählen wie es hier zur Heerstraße Nord dargestellt wurde.

Wir haben seit 1994 ein Nachbarschaftshaus aufgebaut, was heute als Nachbarschafts- und Familienzentrum angesehen wird. Wir haben in diesem Gebiet unsere satzungsgemäße Zielstellung verwirklicht, gemeinwesenorientierte bzw. nachbarschaftsorientierte Arbeit zu leisten und das bürgerschaftliche Engagement zu befördern.

In dieser Zeit ist dann 1999 Marzahn-Nord zum flächenmäßig größten QM-Gebiet erklärt worden. Wir haben 22.500 Einwohner. Wir haben natürlich auch zugesehen, dass wir die Möglichkeiten, die das Programm „Soziale Stadt“ bietet, für die Entwicklung unserer Inhalte nutzen. Wir haben verschiedene Projekte aufgelegt, die größtenteils temporär waren. Aber wir haben zugesehen, dass wir diese Inhalte, die wir damit anschieben konnten, an verschiedenen Stellen nachhaltig verankern. Das ist etwa ein Familientreff, es gibt Beratungsangebote, usw. Wir haben dann zugesehen, dass wir andere Fördermöglichkeiten bekommen. Neben der Beschäftigungsförderung finanzieren wir Dinge durch Aktion Mensch oder durch Stiftungen. Aus diesen Projektanträgen haben wir uns dann zurückgezogen, sind aber immer der Meinung gewesen, dass es ziemlich förderlich ist, das QM nachhaltig zu entwickeln.

2009 haben wir uns bei der Neuausschreibung des Quartiersmanagements beworben und haben es auch bekommen, zu 2010 auch Gebietsbeauftragter mit all den Konsequenzen, so dass wir tatsächlich keine Projekte mehr beantragen können. Aber wir versuchen in der Zusammenarbeit mit den anderen freien Trägern, insbesondere mit den Bürgern, unsere Projekte zu erhalten, die nicht nur bei uns liegen, sondern von anderen organisiert worden sind.

Das Neueste ist, dass wir ein Fundraising-Projekt über QM aufgelegt haben. Dort geben wir allen finanziellen Projektentwicklern, Vereinen oder Bürgern Hilfestellung, damit sie für die Zeit nach dem QM Möglichkeiten finden, finanzielle Kontinuität und Nachhaltigkeit zu entwickeln. Mal sehen, was dabei rauskommt.

Angelika Vahnenbruck: Ich bin Geschäftsführerin der StadtRand gGmbH. Wir sind Träger einer Selbsthilfekontaktstelle in Berlin-Mitte, verortet in Moabit-Ost. Vor 2 ½ Jahren haben wir uns entschlossen, uns als Träger mit für das QM Moabit-Ost zu bewerben.

Die Selbsthilfekontaktstellen werden in Berlin über den ehemaligen Stadtteilzentrenvertrag finanziert. Wir haben in Berlin zwölf Selbsthilfekontaktstellen, die daraus ihre Mittel bekommen, wir sind jeweils für einen Bezirk zuständig. Alle Selbsthilfekontaktstellen sind in unterschiedlicher Trägerschaft. In den Stadtteil-Gremien wurde damals oft darüber gesprochen, dass die Stadtteilzentren sehen sollen, dass sie in die Trägerschaft von QM-Gebieten kommen. Das haben auch einige gemacht, auch schon vorher.

Für mich war die Frage, ob wir uns das überhaupt vorstellen können. Als Selbsthilfekontaktstelle haben wir wirklich ein anderes Profil als ein Stadtteilzentrum, aber wir sind Mitglied im Stadtteilzentrum.

Bei uns war es dann so, dass das Stadtplanungsbüro Urban-Plan durch den Bezirk gegangen ist, auch andere, die schon in Berlin Quartiersmanagement machen, sind durch den Bezirk gegangen. Urban-Plan ist zu uns gekommen und hat uns nur fragen wollen, was wir im



Bezirk so machen. Dann kam es zu einem Gespräch, so dass wir dann schließlich zusammen an den Start gegangen sind und wir uns gemeinsam auf dieses QM Moabit-Ost beworben haben.

Das ist nun einige Zeit her. Ich sage immer, dass wir der kleine Partner sind, wir haben einen kleinen Teil daraus, Urban-Plan macht den größeren Teil. Von uns war das auch so beabsichtigt. Wir wollten es erst mal versuchen,

um zu sehen, wie das in unser Profil als Selbsthilfe-Zentrum passt. Wir beantragen keine Mittel, weil ich das sehr ernst nehme, dass ich als Träger eines QM keine eigenen Mittel daraus bekommen kann. Ich habe das schon oftmals wirklich bedauert, weil ich mittlerweile denke, dass wir als Projektträger und als starker Partner in diesem QM mehr machen könnten.

Wir sind unheimlich gut vernetzt im Bezirk, nicht nur in Moabit-Ost, sondern überhaupt im Bezirk und generell in der Stadt. Wir bringen sehr viel zusammen, unser QM-Gebiet ist klein, wir haben aber eine sehr aktive Schule dabei, mit der wir sehr gut zusammenarbeiten. In Bezug auf Bürgerbeteiligung haben wir das gleiche Problem wie viele andere: es gibt eine handvoll Bürger, die sehr aktiv sind, und es gibt ganz, ganz viele, die man nicht erreicht.

Die Perspektive sehe ich so: wenn die Mittel für QM nicht mehr da sein werden, sollten wir uns dafür einsetzen, dass diese Funktion bei den Stadtteilzentren verortet wird, dass wir einen Quartiersmanager haben, der guckt, wo man Geld herbekommen kann, damit Gelder für Projekte zur Verfügung stehen. Ich finde auch, wir sollten uns dafür einsetzen, dass es auf alle Fälle so was wie Fonds gibt, deren Mittel wir einsetzen können. Ich denke aber, dass das Quartiersmanagement in Berlin noch ein paar Jahre weitergeht, weil sich der Berliner Senat dafür einsetzt und auch Mittel gibt.

Christian Porst: Das Kulturzentrum war zum Beispiel für den Gemeinwesenverein eine zeitlang ein Verlustgeschäft, also da wurde Geld zugeschossen. Jetzt ist es gelungen, eine Anschlussfinanzierung für den laufenden Betrieb zu bekommen. Die Wohnungsbaugesellschaft verzichtet schon zehn Jahre auf die Kaltmiete dort, aber die Betriebskosten sind hoch genug. Da geht es genau darum, diesen Ort im Bezirk zu verankern.

Wir sagen: in ganz Spandau-Süd fehlt so ein kultureller Ort und der Bezirk muss, sei es Jugend oder Kultur, das in den bezirklichen Haushalt mit aufnehmen. Der Bezirk Spandau ist aber aufgrund der Ambulanten Jugend-

hilfe-Situation hoch verschuldet, von daher wird sich der Bezirk nicht gerne neue Kosten aufhalsen. Da ist der Senat wieder gefragt, dass er die Finanzierung der Bezirke ausreichend gestaltet. Das ist in Berlin ein ganz großes Problem.

Ralf Jonas: Es war jetzt bei verschiedenen Einrichtungen von Bürgerbeteiligung die Rede. Das ist ja auch so eine heilige Kuh. Wir sehen uns inzwischen ganz klar als Dienstleister für den Stadtteil. Wer eine Bürgerbeteiligung will, der muss irgendwas haben, woran die Leute sich konkret beteiligen können. Das sind ja nicht irgendwelche akademischen Zirkel, sondern zum Beispiel kleine oder größere kulturelle Projekte. Ich glaube, es ist eine Illusion, dass so eine Bürgerbewegung in benachteiligten Stadtteilen entsteht und alle mitmachen und ihren Stadtteil verbessern.

Angelika Vahnenbruck: Wobei wir ja viel Geld verteilen. Auf den Stadtteilkonferenzen werden Ideen der Bürger aufgenommen und der Quartiersrat entscheidet darüber.

Teilnehmer: Ich möchte aufgreifen, dass Bürgerbeteiligung eine heilige Kuh und etwas unglaublich Abstraktes ist. Bürgerbeteiligung ist wirklich ein Fetisch, dem wir mit hängender Zunge nachlaufen. Wir müssen sehen, dass wir Bürger an der Arbeit beteiligen. Das kann als Hilfe zur Selbsthilfe geschehen. In jedem Fall ist die Grundlage dafür der Bedarf von Menschen.

Die Kollegin aus Köln sagte gestern, dass in Köln gerne gefeiert wird. Wenn wir nicht zwei Säle hätten, die wir auch für private Feiern vermieten können, aber auch selber nutzen können, wäre es schlecht. Wenn jemand kommt, der etwas für das Gemeinwesen machen will, dann kriegt er den Saal umsonst. Wir müssen zwar Geld einnehmen, das ist überhaupt keine Frage, aber wenn ich als Leiter des Bürgerzentrums eine Veranstaltung als wichtig für den Stadtteil ansehe, dann vergeben wir den Saal auch umsonst.

Teilnehmer: Ich fand an dem Vortrag aus Köln ausgesprochen gut, dass es wichtig ist, welche Haltung ich in diese Arbeit mitbringe. Welche Haltung bringt jeder einzelne Akteur oder jede einzelne Einrichtung im Sozialraum ein, um etwas gemeinsam machen zu wollen?

Da gibt es keine Grenzen. Wir sind die weltliche Einrichtung im Stadtteil. Es gibt zwei Kirchengemeinden, die katholische als riesengroße in Köln natürlich und die kleine evangelische Kirchengemeinde. Wir kooperieren mit der evangelischen Gemeinde besser als mit der katholischen, das ist da wirklich ein bisschen problematisch. Wir schauen, was die Kirchen anbieten können. Auch das fand ich in dem Vortrag gut, Community. Eine Kirchengemeinde hat einen anderen Blick auf Community, weil die es nur gemeindlich sieht. Wir sehen das als weltliche Einrichtung eher auf das Gemeinwesen gerichtet, mit vielen unterschiedlichen Gruppen.

Es geht darum, etwas gemeinsam zusammenzufügen in der Haltung, dass wir in diesem Stadtteil was bewegen wollen. Ich glaube, es ist noch nicht so weit, aber da müssen wir hinkommen, dass wir ein eigenes Sozialraumbudget entwickeln aus dem, was schon da ist, um bestimmte Schwerpunkte für die Arbeit zu setzen. Das ist die Zukunftsmusik. Aber das wäre der Wunsch, dass man in einem Stadtteil Geld zusammenbringt und den Sozialraum mit nachbarschaftlichen Initiativen füllen kann.

Teilnehmerin: Ich komme aus einem total anderen Bereich, vorher war ich in einer Druckerei angestellt. Für mich war am Anfang die Frage: Wer ist eigentlich der Bürger? Will der überhaupt was von mir? Kennt der mich? Kann der mich einschätzen? Dadurch, dass ich keinen Ort habe, muss ich mich zum Bürger hin bewegen. Ich habe Mittel akquiriert für ein Fahrrad, mit dem ich jetzt durch den Kiez fahre und versuche, die sozialen Einrichtungen vorzustellen. Das ist total schwierig, weil der Mensch, der fast nebenan wohnt, trotzdem nicht weiß, dass es ein Stadtteilzentrum gibt oder ein Nachbarschaftshaus. Das wissen die Leute nicht.

Ich stelle mich auch gerne in das große Einkaufszentrum, das in der Nähe ist, und quatsche da die Leute an. Das ist ein bisschen mühsam, aber sehr interessant, weil tatsächlich die Bürger kommen. Ich kann sie beraten, Tipps geben, wohin sie mal zur Sozialberatung gehen können, insofern funktioniere ich als Multiplikator. Damit kann man tatsächlich auch Bürgerbeteiligung machen.

Es ist natürlich schwierig, dem Bürger, der mühsam an seiner Existenz bastelt, zu sagen: gehe doch mal ins Bürgeraktiv und mach mit oder komme mal zum Putztag. Aber zumindest wächst eine Art von Aufmerksamkeit. Und der Bürger ist ja nicht nur der, der auf der Straße herumläuft, sondern auch der, der arbeitet. Den man im Copyshop um die Ecke trifft, beim Arzt oder an der Wurstbude.

Christian Porst: Zum Thema Information oder wie verbreitet man Informationen über die Existenz eines Bürgerzentrums: Manche kriegen in ihrem ganzen Leben nichts davon mit, wissen nicht einmal, dass so etwas existiert, ganz in ihrer Nähe. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie eingeschränkt die Sichtweise mancher Menschen ist.

Zum Thema Engagement: Man muss sich auch mal selber hinterfragen, was machst du in deinem eigenen Umfeld? Ich persönlich engagiere mich nicht außerhalb meiner Arbeit.

Teilnehmerin: Ich finde die Überlegung, was man braucht, um gute Arbeit zu machen, ist ein sehr spannender und lohnender Blickwinkel. Wir, die alle vor Ort sind, müssen ja irgendwie Motivatoren sein. Das fand ich bei dem Vortrag aus Bremen sehr spannend, dass die Geschäftsführer sich zusammensetzen und diejenigen sind, die eine entsprechende Motivation aufnehmen und auch selber schaffen. Da spüre ich, dass da eine gewisse Begeisterung rüberkommt, zumal du ja selber im Zirkusbereich aktiv bist.

Ich frage mich, wie man es hinkriegen kann, dass man selber vor Ort die Motivation erhält? Ich finde es sehr beeindruckend, wenn ich höre, wie hier jeder bei der Stange bleibt.

Obwohl man Gelder beantragen muss, obwohl vielleicht 80% der Zeit die Verwaltungsarbeit in Anspruch nimmt. Darum habe ich eigentlich diese Arbeit nicht angetreten, um Verwaltungsfachangestellte im gehobenen Dienst zu werden, um es mal zu überzeichnen.

Dass man trotzdem noch dabei bleibt, das finde ich echt sehr, sehr viel. Wir hatten vorhin mal nebenbei das Thema Burn-out. Ich kenne viele, die Burn-out hatten oder kurz davor standen, sehr engagierte Leute im Sozialbereich, sehr charismatische Menschen, die andere auch anspornen, eben gerade durch ihre Art die Menschen erreichen. Das sind Menschen, die damit konfrontiert sind, Hartz IV-Anträge ausfüllen zu müssen, die sich überlegen müssen, wo sie das Geld für die Schulbücher der Kinder herkriegten. Deshalb finde ich diesen Ansatz sehr spannend, wie man sich selber das Arbeits- bzw. Umfeld so gestalten kann, dass man auch irgendwie Spaß hat. Wie müsste das sein? Damit nicht eine schwere Überforderung entsteht, wir handlungsfähig bleiben und eine positive Ausstrahlung behalten.

Teilnehmer: Probleme entstehen oft auch in Bezug auf Team und Austausch. Ich bemerke immer wieder, dass wir in unserem Berufsfeld zu sehr Einzelkämpfer sind, es gibt zu wenig Austausch oder Feedback auf einer gleichberechtigten Ebene. Nicht nur mit der Verwaltung oder mit Kooperationspartnern, sondern auch im Team.

Teilnehmerin: Das verstehe ich nicht, denn das ist doch etwas, was du dir selber schaffen kannst. Ich verstehe nicht richtig, auf welcher Ebene du dich befindest. Wenn ich dich höre, denke ich: meine Güte, warum gehst du nicht überall hin und schaffst dir ein Netzwerk und Orte für den Austausch?

Markus Schönbauer: Das war schon der Beginn einer Zusammenfassung. Es gibt noch zwei Wortmeldungen. Wir sollten angesichts der Zeit vielleicht keine neuen Felder aufmachen, sondern gucken, was wir abschließend noch zur Diskussion zu sagen haben.

Teilnehmerin: Wir brauchen beides, Nachbarschaftsrichtungen und Quartiersmanagement, weil beide unterschiedliche Funktionen haben. Es braucht die Arbeit mit den Bewohnern, und natürlich muss die Spaß machen. Und es gehört zu dem immer wieder notwendigen Veränderungsprozess auch der Blick von außen. Zum Beispiel die Schließung eines Jugendzentrums bei Beginn unserer Arbeit. Wir haben das zunächst nur als Verlust gesehen. Im danach laufenden Prozess haben wir es aber als Möglichkeit angesehen, einen Schnitt zu machen und zu gucken, was dort passiert, was gut oder nicht gut läuft, um so ein Feedback an diejenigen zu geben, die vor Ort aktiv sind. Mit ihnen zusammen konnten wir dann Prozesse anstoßen, damit man in einen Austausch kommt. Eine Vernetzung hat eine ganz wichtige Funktion.

Wir haben in der einen Schule eine Lehrerin auf einer Tagung getroffen, also nicht in der Gropiusstadt, sondern in Neukölln, die seit 20 Jahren in dieser Grundschule arbeitete und nicht wusste, dass es nebenan einen Abenteuerspielplatz gibt, auf dem es sogar Schafe gibt. Sie war da noch nie gewesen. Das ist zwei Minuten von der Schule entfernt. Über QM stoßen wir jetzt solche Prozesse an, damit die Schulen miteinander reden, dass Schule mit Jugend und mit Kita redet.

Wir haben gemeinsam mit dem Selbsthilfezentrum in der Gropiusstadt auch angestoßen, dass sich alle Einrichtungen, die Nachbarschaftsarbeit machen, - das sind teilweise auch Kitas, Kirchengemeinden, usw. - dass die sich zusammenschließen und überlegen, wie wir unsere Arbeit so verändern können, dass wir die Leute, die hier sind und die wir erreichen wollen, auch wirklich erreichen. Weil das nicht immer klappt. Wenn alle mehr aus ihren Häusern rausgehen, erfahren sie auch, was es sonst noch im Stadtteil gibt. Wenn das Geld knapp wird, muss ja nicht jeder alles haben, sondern man kann sich untereinander helfen. Das klappt mittlerweile ganz gut.

Teilnehmer: Wenn wir etwas überlegen und veranstalten, dann tun wir das quasi vom Adressaten her. Was

habt ihr davon, dass wir das tun? Insofern ist es schon wichtig, Beteiligungsgremien zu haben. Es geht dabei nicht um die Masse von Menschen, die wir ansprechen und erreichen wollen. Sondern darum, dass wir unseren Einsatz an ihrem Bedarf ausrichten.

Teilnehmerin: Aber die Verwaltung möchte gerne, dass ich auf meinem Zettel bei der Abrechnung oder bei der Evaluation sage, ich habe mindestens 50.000 Leute erreicht. Und wenn es nur 49.000 sind, dann reicht es nicht.

Teilnehmerin: Ich bin noch Studentin und mir wird gerade ziemlich schlecht auf dieser Tagung, wenn ich an den Berufsalltag denke, weil für mich Stadtteilarbeit bisher so ein Ideal war. Das hatte für mich was mit Menschen und Empowerment zu tun. Und jetzt sehe ich hier lauter Leute, die sich in der Finanzierung verlieren müssen. Aber ich finde es auch bewundernswert, wie ihr hier alle weitermacht und immer wieder Anträge stellt unter der Ungewissheit, wie lange man noch finanziert wird.

Teilnehmer: Da gibt es in Deutschland aber riesengroße Unterschiede. Es gibt sehr gut finanzierte Einrichtungen, wo man klasse arbeiten kann. Berlin ist da schon ein Extrem, auch von der Größe her.

Teilnehmer: Und die meisten von uns arbeiten mit Sicherheit gerne. Das kann ich von mir sagen. Ich bin jetzt 25 Jahre in dem Job und ich arbeite auch 25 Jahre glücklicherweise in dem gleichen Stadtteil und bei der gleichen Einrichtung. Ich schaffe mir ja allein schon dadurch ein Netzwerk, dass ich im Laufe der Zeit den Menschen bekannt bin. Davon leben wir ja in unserem Job.

Ich fluche über diese Abrechnungen, ich könnte die Verwaltung in die Tonne hauen, aber es geht nicht anders. Und trotzdem macht der Job Spaß, weil ich von den Leuten unheimlich viel zurückkriege. Wir haben uns über das Ausgebranntsein unterhalten, was ich persön-



lich noch nicht so erlebe, wenngleich ich an manchen Tagen sage: Ich kann nicht mehr - und morgen wieder zur Arbeit gehe.

Ralf Jonas: Ich kann das nur bestätigen, insbesondere wenn man auch selber konkret in Arbeitsbezügen mit Kindern und Jugendlichen ist. Das ist für mich keine zusätzliche Belastung, sondern das ist der Teil der Arbeit, woher ich die Kraft für den Verwaltungskram nehme.

Markus Schönbauer: Man braucht einen Ausgleich zu dem Verwaltungskram, um dann praktisch arbeiten zu können. Den wünsche ich uns allen. Ich danke allen für diese angeregte und spannende Diskussion.

Forum D / Mittwoch 16.11.2011

Wohnungswirtschaft bündigt demographischen Wandel im Stadtteil?

Innovative Projekte von Wohnungswirtschaft und Nachbarschaftseinrichtungen. Auswirkungen von Mieten- und Wohnungsbaupolitik auf den Stadtteil. Und Mischformen.



Input:

Theo Killewald, Geschäftsführer Stättbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH: „55+ für die Gemeinschaft im Stadtteil mobilisieren“

Dorothee Böcker, Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.: „Community Care – gemeinsam Nachbarschaft leben und gestalten am Beispiel der Kooperation mit dem Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick eG“

Moderation:

Anita Engelmann, Geschäftsführerin Rabenhaus e.V., Berlin-Köpenick

Anita Engelmann: Herzlich willkommen im Forum D: Wohnungswirtschaft bündigt demographischen Wandel im Stadtteil?

Ich denke, wir stellen uns gegenseitig erst einmal vor, damit wir wissen, wer wir sind und warum wir hier sind. Es wird zwei Input-Referate geben, danach haben wir jeweils Zeit für Nachfragen und Diskussionen.

Ich bin Geschäftsführerin von Rabenhaus e.V., dem Nachbarschaftsheim in Berlin-Köpenick. Das Rabenhaus ist seit 20 Jahren in der generationsübergreifenden Nachbarschafts- und kiezbezogenen Gemeinwesenarbeit tätig. Von der Ausbildung her bin ich Architektin und seit vier Jahren Mitglied des Aufsichtsrates von Stadt und Land, einer Berliner Wohnungsbaugesellschaft. Von 2004 bis 2006 habe ich in Berlin zusammen mit Freunden und Verwandten eins der ersten generationsübergreifenden Wohn- und Arbeitsprojekte geplant und realisiert. Somit vermischen sich in meinen Tätigkeiten schon immer das Soziale mit dem Stadtplanerischen.

Theo Killewald: Ich bin Geschäftsführer der Stättbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH und Leiter der Netzwerkagentur GenerationenWohnen. Die Netzwerkagentur gibt es seit drei Jahren, darüber berichte ich nachher.

Dorothee Böcker: Ich arbeite beim Nachbarschaftsheim Schöneberg. Ich bin Diplom-Sozialpädagogin und habe noch einen sozialwissenschaftlichen Master in „Soziale Inklusion – Gesundheit und Bildung“ gemacht. Das heißt, ich habe mich damit beschäftigt, wie man Armut und sozialer Ausgrenzung begegnen kann. Ich habe mich schon immer auf den Stadtteil fokussiert, weil dort die Vielfalt der Menschen aufeinander trifft. Nachher stelle ich Ihnen eine Kooperation vor.

Elke Schönrock: Gemeinwesenverein Haselhorst. Wir arbeiten mit Wohnungsbaugesellschaften zusammen, würden aber gerne mehr oder bewusster und intensiver Projekte angehen.

Jutta Kreibaum: Ich komme aus dem SprengelHaus. Das ist ein kleines Gemeinwesenzentrum im Sprengelkiez in Berlin-Wedding. Wir haben bisher noch nicht mit Wohnungsbaugesellschaften gearbeitet, möchten uns aber mehr dem Thema des demografischen Wandels stellen und erhoffen uns Informationen.

Olaf Driedger: Ich bin Geschäftsführer des Stadtteilzentrums Fabrik Osloer Straße im Wedding.

Frank Holzmann: Ich bin Geschäftsführer des BALL e.V. Wir betreiben bereits verschiedene Begegnungsstätten mit Wohnungsunternehmen und wollen schauen, wie andere das machen.

Elke Fenster: Ich bin Geschäftsführerin des Moabiter Ratschlags. Wir betreiben unter anderem das Nachbarschaftsheim in der Rostocker Straße in Moabit. Unser großes Thema ist, was wir mit den Menschen machen, die arm und alt sind. Davon gibt es bereits viele in Moabit, weshalb wir uns dafür interessieren, was in diesem Bereich gemacht wird.

Romy Seidel: Ich komme aus Jena von einem Mehrgenerationenhaus. In Jena ist der Wohnungsmarkt gesättigt, aber es gibt den Anspruch, Projekte zu initiieren. Deswegen will ich mich informieren.

Monika Marquardt: Ich bin Mitarbeiterin in einem Freizeitzentrum in Rostock. Ehrenamtlich engagiere ich mich im Arbeitskreis, der verschiedene Wohnprojekte der Stadt koordiniert. Wir hatten eine große Veranstaltung, zu der wir die verschiedenen Akteure der Stadt in diesem Bereich eingeladen haben, um diese Dinge miteinander zu besprechen. Gegenwärtig sind wir dabei, ein Wohnprojekt anzuschieben.

Andrea Baisch-Herrmann: Ich komme aus der Nähe von Heilbronn. Ich bin Betriebswirtin und habe viele Jahre im ländlichen Raum ein größeres Seniorenzentrum mit

ambulanten Diensten geleitet. Derzeit studiere ich Angewandte Gerontologie und beschäftige mich im Augenblick mit dem Mehrgenerationenhaus in Heilbronn. Gestern bei der Diskussion habe ich gemerkt, dass viele das Gleiche wollen, auch wenn sie es anders definieren. Im ländlichen Bereich müsste es andere Mechanismen geben, um die Nachhaltigkeit solcher Projekte abzusichern. Da muss unbedingt auch eine Wohnungsbaugesellschaft mit dabei sein. Im Augenblick habe ich beschlossen, das Thema von sozialer Nachhaltigkeit im Rahmen meiner Abschlussarbeit zu bearbeiten: Welche gesellschaftlichen Konstrukte gibt es bereits? Was kann wer beitragen? Welche Vorteile stecken für jeden der Partner in einer breiten Kooperation?

Cornelia Rasulis: Kulturverein Prenzlauer Berg. In einem unserer Projekte ging es ebenfalls um die Zusammenarbeit mit der Wohnungsverwaltung. Viele Projekte haben sich darüber entwickelt und jetzt geht es darum, sie nachhaltig zu verankern. Ich erhoffe mir ganz konkrete Ideen, wie es vielleicht gehen könnte. Es ist ein schwieriger Prozess, noch mal neue Impulse in diese Verfahren einzubringen.

Gabriele Wegerich: Ich komme aus dem Nachbarschaftsheim in Wiesbaden, leite dort die Seniorenabteilung und habe die Koordination für das Mehrgenerationenhaus, was das Nachbarschaftsheim ist.

Interessant finde ich das Thema, weil wir in unserer Seniorenabteilung seit ungefähr 25 Jahren einen Seniorenarbeitskreis angesiedelt haben. Das Nachbarschaftsheim liegt im größten Stadtteil Wiesbadens. Wir haben auch eng mit Wohnungsfirmen zu tun. Seit vier oder fünf Jahren bauen wir stadtweit das Netzwerk 55+ als Begleitung mit auf. Das machen wir gemeinsam mit dem Amt für soziale Arbeit und mit einem anderen Seniorentreff.

Claudia Hofbauer: Ich bin Sozialarbeiterin im Mittelhof e.V., einem Stadtteilzentrum in Berlin-Zehlendorf. Meine Hauptaufgabe ist die Projekt-Koordination. Bei uns im



Haus trifft sich seit vier oder fünf Monaten auch eine Gruppe Gemeinsam Wohnen unter Begleitung von Herrn Killewald.

Wir sind auch Träger des Mehrgenerationenhauses Phoenix am Teltower Damm. Das liegt in einem Kiez, in dem es sehr viel Siedlungsbau und Genossenschaftsbau gibt. Da planen wir ein Projekt, das sicherlich mit den dort ansässigen Wohnungsbaugesellschaften realisiert wird. Aber das ist noch sehr vage. Es gab bisher zwei Treffen einer Arbeitsgruppe zum Thema, wie Menschen möglichst lange selbstständig in ihren Wohnungen bleiben können und welcher Art von Begleitung sie bedürfen.

Sabine Strauch: Ich bin kulturpädagogische Mitarbeiterin im Kreativhaus e.V. Wir sind Stadtteilzentrum, theaterpädagogisches Zentrum und Mehrgenerationenhaus im Sinne von Frau von der Leyen. Wir beherbergen seit über einem Jahr in Zusammenarbeit mit der Stattbau einen Stammtisch zum Thema Mehrgenerationenwohnen. Anfangs hatten wir einen großen Zulauf. Über 100 Teilnehmer/innen haben inzwischen daran teilgenommen. Im Moment ist es aber sehr zurückgegangen, was einerseits daran liegt, dass es inzwischen weitere Stammische in der Stadt gibt. Andererseits liegt es daran, dass wir mit den Räumen in Mitte Probleme haben, weil überwiegend allein stehende Frauen kamen, die Mehrgenerationenprojekte zur Miete gesucht haben. Der Kiez ist sehr speziell, weil im unmittelbaren Umfeld Leute wohnen, die seit über 40 Jahren in denselben Wohnungen leben – mit allem, was das beinhaltet. Zum anderen entstehen um uns herum Hotels und Bürogebäude. Wir sind gerade dabei, den Stammtisch neu zu orientieren, themenbezogener zu arbeiten, neue Plattformen dafür zu finden, und eigentlich bin ich auch auf der Suche nach mehr Kooperationen mit umliegenden Wohnungsbaugesellschaften.

Teilnehmerin: Ich komme aus Berlin-Schöneberg. Das Thema Wohnen hat uns von Anfang an begleitet. Unser Verein war während der Sanierungsphase in unserem

Wohngebiet entstanden. Im Vordergrund stand die Arbeit mit älteren Menschen, weil die begannen sich zu überlegen, wie sie wohnen wollen, wenn sie alt werden. Zum Zweiten betrifft uns die Tatsache, dass arme Leute, Familien und Alleinstehende, mit den steigenden Mieten bei uns im Umfeld nicht mehr klarkommen. Die Schere ist immer enger geworden und es ist auch in anderen Stadtteilen eine Tendenz zum Wegziehen entstanden, wodurch die Bemühungen zur Stabilisierung der armen Gebiete ein bisschen konterkariert werden.

Wir arbeiten hier mit einer Wohnungsbaugesellschaft zusammen, die sich sehr um Kontinuität bei den Mietern bemüht und ihnen oft entgegenkommt. Wir würden gerne auch mehr mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften im Umfeld zusammenarbeiten. Da haben aber unsere Ansprechpartner gerade gewechselt, insofern müssen wir das neu aufbauen.

Bei uns hat sich auch ein besonderer Wohnungsmarkt entwickelt, nämlich die zahlreichen Ferienwohnungen. Ein großer Teil der Wohnungen wird dadurch dem Wohnungsmarkt entzogen. Wir haben auch eine ganz starke Ausbreitung der Gewerbeimmobilien in den letzten Jahren. Wir haben versucht, einen Gesprächskreis zu initiieren. Das wird nach den Wahlen fortgeführt.

Bernhard Heeb: Ich bin vom Nachbarschaftsheim Neukölln. Ich bin aus reiner Neugier hier, wir haben bisher noch keine Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften.

Matthias Winter: Ich bin vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße. Wir sind auch Träger des QM in der Werner-Düttmann-Siedlung, ein kleines Quartier in Berlin mit einem sehr hohen Migrantenteil von über 90%. Der Fokus liegt auch auf älteren Migranten und wir kooperieren mit der einzigen dort zuständigen Wohnungsbau- oder Eigentümergemeinschaft. Sie sind nicht gemeinnützig. Es gibt eine Kooperation, die unsere Arbeit in Ansätzen unterstützt, die Eigentümer erwarten aber dafür auch gewisse Gegenleistungen hinsichtlich der Kommunikation mit der Migranten-Community.

Gabriele Schlimper: Ich komme vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und bin dort zuständig für alle Fragen rund um baulich-soziale Aufgabengebiete. Dazu gehören natürlich auch Fragestellungen der Sozialraumorientierung und zur sozialen Entwicklung in Brennpunkten. Überall sitzen dort Mitgliedsorganisationen vom Paritätischen, unter anderem auch Nachbarschaftseinrichtungen und Selbsthilfekontaktstellen. Mich interessiert hier vor allen Dingen die Schnittstelle zum Bauen, zum Wohnen, zum gemeinsamen Gestalten. Das konzentriert sich sowohl auf Nachbarschaftsarbeit als auch auf alle anderen sozialen Projekte, auf Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen der Altenhilfe, für ältere Menschen und Wohnraumanpassungsmaßnahmen, Wohnungsunternehmen, was eine spannende Sache ist.

Und wir haben als Wohlfahrtsverband jetzt auch über das Programm „Soziale Stadt“ mit der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales und mit der Sozial- und Finanzverwaltung für Stadtentwicklung zu tun.

Anita Engelmann: Das erste Input-Referat ist von Theo Killewald.

Theo Killewald: Ich bin als Diplom-Pädagoge in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gekommen, habe dann aber parallel – analog zur Gemeinwesenarbeit – eine Finanzierung besorgt für den Verein SO 36 und Gemeinwesenarbeit in Kreuzberg 36 gemacht. In den folgenden Jahren war ich dann noch als Quartiermanager in Oberschöneweide beschäftigt.

Das Thema „55+ für die Gemeinschaft im Stadtteil mobilisieren“ hat ganz viel damit zu tun, was wir tagtäglich machen. Wir sind seit drei Jahren beauftragt mit der Beratungsstelle für generationenübergreifendes Wohnen. Das Oberthema ist bei uns soziale Nachbarschaften. Zum demografischen Wandel brauche ich nicht viel zu sagen. Ich freue mich immer darüber, wenn gesagt wird, dass es 2030 87% mehr 80-Jährige gibt, weil ich 2030 auch 80 bin und eine gute Chance habe, die 80 auch zu erreichen.

In mehr als der Hälfte der ca. 2 Millionen Berliner Haushalte lebt nur eine Person. Diese Tendenz wird sich weiter verstärken. Mehr als 2/3 wohnen in Berlin zur Miete. Während die Anzahl der jüngeren Menschen kontinuierlich sinkt, wird in der Altersgruppe ab 65 mit dem größten Zuwachs gerechnet. Altersarmut, Einsamkeit, Wahlfamilien und bezahlbarer Wohnraum sind daher Themen, für die wir zukunftsorientierte Lösungen finden müssen. Die Netzwerkagentur Generationenwohnen Berlin ist eine Anlaufstelle, die für alle Ratsuchenden zum Thema gemeinschaftsorientiertes und generationenübergreifendes Wohnen zur Miete oder in Eigentum, selbst organisiert oder bei einer Genossenschaft oder einer Wohnungsbaugesellschaft, eingerichtet wurde. Seit 2008 wurden ungefähr 1.500 Interessierte bei uns zu diesem Thema beraten.

Bei den Ratsuchenden handelt es sich um zwei große Interessentengruppen. Die eine Gruppe wünscht sich das Wohnen im Eigentum oder als Genossenschaft in Baugemeinschaften. Die andere Gruppe stellt sich ihr gemeinschaftliches Wohnprojekt überwiegend nur zur Miete vor und kann sich auch nur das leisten.

Beide Gruppen streben gemeinschaftliches, auch generationenübergreifendes Wohnen im Haus und in der Nachbarschaft an. Ziel ist mehr Kommunikation, mehr gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktivitäten. Sie wollen nicht anonym und allein leben, sondern gemeinsam mit anderen den nächsten Lebensabschnitt planen. Das ist beiden Gruppen gemeinsam.

Ich selber bin Teil einer Baugruppe, ich plane auch den nächsten Lebensabschnitt, aber das ist wahrscheinlich mein letzter, also es sind die nächsten 20 oder 25 Jahre, während die Leute, die sich überwiegend für Baugruppen oder Baugemeinschaften interessieren, Menschen ab 35 Jahren sind. Sie planen nicht ihren letzten Lebensabschnitt, sondern den zweiten Lebensabschnitt mit Kindern zum Beispiel.

Der über das gemeinschaftliche Wohnen hinausgehende, generationenübergreifende Aspekt gilt insbesondere für die Gruppe 55+. Diese möchten sich sehr oft für



Kinder und andere Ältere ehrenamtlich engagieren. Aufgrund der nur noch begrenzten Einbindung in berufliche Zusammenhänge ist dann auch die Zeit vorhanden. Den meisten Älteren ist durchaus bewusst, dass dafür von den Jungen, das meinen sie im Übrigen auch von ihren eigenen Kindern, wegen deren Ortsgebundenheit, deren beruflicher und familiärer Einspannung, weitergehende Unterstützungsleistungen nicht zurückgegeben werden können. Das bedeutet, Ältere wollen ehrenamtlich etwas geben, erwarten aber dafür nicht, dass sie von den Jüngeren gepflegt werden.

Es gibt manchmal das Vorurteil, dass generationenübergreifendes Wohnen dafür realisiert wird, damit die Jungen einen Babysitter haben, während die Jungen später die Älteren pflegen. Das kann man sich abschminken, das will weder die eine noch die andere Seite.

Im Alter hoffen sie besonders auf ein einführendes Miteinander, Empathie ist ein Stichwort, die Wahrnehmung ihres Tagesablaufs und ihrer gesundheitlichen Einschränkungen.

Bei Veränderungen hoffen sie auf die möglichst kurzfristige Reaktion der Nachbarn. Fakt ist, dass die Leute, die zu mir zur Beratung kommen, alle sagen, dass sie nicht irgendwann mal tot in der Wohnung liegen wollen und niemand davon was mitbekommt. Ich möchte, dass meine Nachbarn sehen, dass ich morgens meine Brötchen geholt habe, so wie ich das jeden Tag tue, oder mein Fenster zum Lüften geöffnet habe. Also die Nachbarn sollen sehr schnell wahrnehmen, wenn etwas nicht stimmt.

Grundlage für ein erfolgreiches Zusammenleben ist die Gruppenfindung und die Gruppenbildung. Der Zwang zur zielgerichteten und kontinuierlichen Gruppenarbeit ist sehr unterschiedlich. Bei den Baugemeinschaften zwingen finanzielle Einlagen zu mehr Verbindlichkeit, damit verbunden ist aber auch eine größere und schnellere Handlungsfähigkeit.

Wenn ich als Baugruppe für meine Wohnung 200.000 Euro bereitstellen muss dann habe ich den Druck, meine Mitbewohner relativ schnell kennen zu lernen, aber auch mir selbst relativ schnell Klarheit darüber zu verschaffen, mit wem ich überhaupt zusammenleben will.

Das Problem bei den 55+-Leuten ist etwas anders. Die Gruppe der 55-Jährigen ist sehr heterogen, also die, die sich dafür interessieren und zu uns zur Beratung kommen. Sie sind alle wirtschaftlich, bildungsmäßig und gesundheitlich unterschiedlich gestellt und es handelt sich um Einzel-Interessierte. Es ist ganz selten, dass eine Gruppe von zwei oder drei Leuten kommt, sondern es sind fast ausschließlich Einzelpersonen.

Wir sind als Beratungsstelle zum Datenschutz verpflichtet, dürfen also nicht Leute bzw. Interessenten miteinander bekannt machen. Wir müssen Foren schaffen, um das zu erreichen. Der Stammtisch im Kreativhaus war eins der ersten Foren, mit dem wir versuchten, gerade Leute, die zur Miete wohnen müssen, zueinander zu bringen, um denen die Möglichkeit zu geben, damit sie sich treffen und miteinander was machen können.

Außerdem haben wir ein sogenanntes Freitags-Café, was immer am letzten Freitag des Monats von 16 bis 18 Uhr stattfindet. Die ersten drei Cafétermine 2008 haben wir

zu viert dort mit Kaffee und Kuchen gegessen, also das Team und eine Person. Deswegen haben wir uns dann wieder in unser Büro zurückgezogen und uns überlegt, wie wir es angehen könnten.

Wir haben uns dann für das Freitags-Café-Treffen jeweils ein Thema ausgedacht und es wurde von Mal zu Mal größer. Inzwischen kommen im Durchschnitt zwischen 40 und 50 Besucher pro Termin. Im letzten Jahr sind wir dann auch durch die Bezirke getingelt. Angefangen haben wir im letzten Jahr im Kreativhaus mit einem Freitags-Café, dieses Jahr sind wir in Tempelhof-Schöneberg in vier Nachbarschaftseinrichtungen gewesen. Zum Schluss waren wir im Mittelhof in Zehlendorf, um dort unser Freitags-Café durchzuführen. Beim letzten Mal hatten wir das Thema Community Care.

Die Interessenten leben noch an unterschiedlichen Wohnstandorten, haben teilweise Familie, Kinder, Enkel, aber auch Eltern. Dazu kommt, dass Sozialisationsprozesse sehr unterschiedlich verlaufen sind und daher die Gruppenanpassung relativ schwierig ist. Wenn ich als 55-Jähriger in eine Gruppe gehe, habe ich natürlich eine ganz andere Geschichte, andere Vorstellungen als ein 35-Jähriger. Die Mitglieder meiner Baugruppe sind alle um 55 Jahre alt. Wir haben deutlich weniger Interesse daran, welche Farbe ins Treppenhaus kommt oder so, wir wollen eher schnelle Entscheidungen treffen.

Ich weiß aber von anderen Baugruppen, dass sie sich ewig lange nicht darüber einigen können, wie das Treppenhaus gestrichen wird oder wo im Gemeinschaftsraum ein Teppich gelegt wird oder so etwas. Die Mitglieder aus meiner Gruppe sagen alle, dass wir unsere Selbsterfahrung eigentlich schon hinter uns haben und das nicht mehr brauchen. Auch der Gruppenprozess ist ein anderer. Weiß ich denn, was in sieben Jahren passiert, wenn ich 70 bin? Ticke ich dann noch so wie jetzt? Vielleicht bin ich dann völlig unerträglich, wir wissen ja alle, dass wir mit dem Alter irgendwie komischer werden. Jüngere Menschen haben dieses Problembewusstsein noch nicht, obwohl die sich natürlich auch komisch entwickeln können.

Erfahrungsgemäß brauchen Baugruppen zwischen Idee und Verwirklichung des Projektes drei bis vier Jahre. Diese Menschen, die sich über vier Jahre beim intensiven Gründungs-, Planungs- und Bauprozess begegnen, kennen am Tag des Einzugs tatsächlich ihre Nachbarn. Auch Mietergruppen, die ein Zusammenleben mit anderen wünschen, müssen einen längeren Zeitraum einplanen, um die richtige Mischung zu finden. Vorstellungen vom Zusammenwohnen und Ziele für die Zukunft müssen definiert werden, die Menschen müssen Ängste und Vorurteile überwinden und sich auf neue Situationen, aber auch auf Konflikte einlassen können.

Ich bekomme regelmäßig Besuche oder Anrufe von 55+-Leuten, Damen in der Regel, die Interessierten sind zu über 80% Frauen, während das bei jüngeren Baugruppen durchaus gemischt ist. Ich mache eine Veranstaltung in der Volkshochschule Charlottenburg, da sitzen 100 Leute, wovon 96 Frauen sind, von den vier Männern bin ich einer. Frauen interessieren sich für ihre Zukunft, auch in der Beratung. Wenn ich in der Beratung tatsächlich mal ein Paar vor mir habe, dann ist der Mann immer derjenige, der abwiegelt, wir sind doch noch gar nicht soweit, wir haben doch noch Zeit.

Ich gebe ehrlich zu, wenn ich das nicht beruflich machen würde, würde ich wahrscheinlich auch so denken. Ich fühle mich ja noch nicht so schlecht, dass ich an mein Alter in barrierefreier Wohnung denken müsste. Jetzt weiß ich, dass es ganz vernünftig ist, dass ich es tue.

Ich war in der letzten Woche im Mittelhof bei Henning Scherf, dem ehemaligen Bremer Bürgermeister. Er hat zu dem Thema diverse Bücher geschrieben, also Gruppenbildung, gemeinschaftliches Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen. Eine Geschichte, die er immer wieder betont, ist, dass man, wenn man gemeinschaftlich wohnen will, vorher gemeinschaftlich etwas machen sollte. Das hat damit zu tun, was ich vorher sagte: Für die Baugruppen ist das klar, dass sie zwischen drei und vier Jahre brauchen, aber den Mietergruppen ist das überhaupt nicht klar, dass es nicht innerhalb von ein paar

Wochen passiert, sondern sinnvollerweise zwei oder drei Jahre dauert, bis man tatsächlich zusammenzieht. Ich sage denen, dass auch der Weg das Ziel ist. Was hast du verloren, wenn du zwei Jahre mit jemand gesprochen hast, ihr immer nette Sachen gemacht habt, und hinterher feststellst, dass ihr nicht zusammen wohnen könnt? Dass der Weg das Ziel ist, hat auch Henning Scherf betont. Er hat aber auch betont: Je enger man zusammen sein will, desto enger sollte auch der gemeinschaftliche Ausflug oder die gemeinschaftliche Reise sein, damit man was erkennt. Wenn wir als Gruppe zusammen an die Ostsee fahren und am Sonntag einen Spaziergang am Strand machen wollen, währenddessen einer aber unbedingt Formel 1 gucken will, während die Gruppe als Gruppe was machen will, dann weiß ich, das dies möglicherweise nicht derjenige ist, mit dem ich auf Dauer zusammenwohnen will.

Außerdem muss jeder Einzelne für sich klären, welche Nähe er zulassen kann oder will. Was erwarte ich an Unterstützung? Welche Unterstützung kann ich selber geben? Welche Verbindlichkeit erwarte ich? Will ich mit Kindern zusammenwohnen? Will ich mich im Haus oder im Stadtteil ehrenamtlich engagieren? Stimmt die Chemie in der Gruppe, die sich da gerade bildet?

Im Kreativhaus und im Mittelhof haben wir festgestellt, dass diese Fragen in den Gruppen schon intensiver diskutiert wurden. Das war das erste Blitzlicht, was wir da durchgeführt haben, um festzustellen, was die Leute wollen oder erwarten. Wer nur in der Hoffnung kommt, dass schon irgendjemand dabei ist, der sie an die Hand nimmt und in eine gemeinschaftliche Wohnanlage führt, der liegt natürlich völlig falsch. Die bleiben beim dritten Treffen dann auch weg.

Ein zentrales Problem für beide Interessentengruppen bleibt - neben der Idee des gemeinschaftlichen Wohnens - der Ort, das Grundstück für das gemeinschaftliche Wohnprojekt. Das größere Problem haben die Leute, die zur Miete wohnen wollen. Die Wohnungsbaugesellschaften leiden momentan überhaupt nicht

unter Leerstand. Den gibt es nur in Gebieten, in denen kein Mensch wohnen will, zum Beispiel in den Randgebieten.

Um dieses große Problem für die Gruppe der zur Miete Wohnenden zu lösen, müssen Lösungen gefunden werden, die über das Haus, das Grundstück, hinaus die Nachbarschaft bzw. das Quartier ins Visier nehmen. Da außerdem die Miete auf Dauer bezahlbar und berechenbar sein muss, kommt den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und den Wohnungsbau-genossenschaften hier eine besondere Verantwortung zu. Weder die Wohnungsbaugesellschaften noch die Genossenschaften leiden unter Wohnungsleerstand, sodass eine Wohnraumversorgung für Einzelmiet/innen vielleicht möglich, aber für Mietergruppen nahezu illusorisch erscheint.

Häufig rufen Leute bei uns an, die gemeinschaftlich wohnen wollen und fragen, ob wir für sie eine Wohnung hätten. Sie realisieren einfach nicht, dass gemeinschaftliches Wohnen eine Gemeinschaft beinhaltet, die man vorher erst mal kennen lernen muss. Ich sage dann immer: Ja, Sie können hier nebenan mal gucken, ob da Wohnungen frei sind. Die Leute wohnen alle generationenübergreifend und gemeinschaftlich, aber nicht so, wie Sie sich das wahrscheinlich vorstellen, sie wollen ja mit den Leuten was zu tun haben, mit denen sie wohnen. Wenn Sie was mit denen zu tun haben wollen, müssen Sie die vorher kennen lernen. Weil in der Regel ja nicht mehr passiert als nur „Guten Tag und guten Weg“ in den Aufgängen.

Wie löst man das Problem? Was könnte Abhilfe schaffen? Wir haben im Kreativhaus an einem Sonntag da gesessen und überlegt. Eine Frau meinte, dass sie eigentlich in Zehlendorf ganz schön wohnt und warum nicht alle zu ihr bzw. in ihre Umgebung ziehen wollen. Neben ihr wohnt eine ältere Dame, die vielleicht auch nicht mehr so lange dort bleiben kann. Dann könnte ja jemand aus der Gruppe zu ihr ziehen. Damit war eigentlich das Einsicker-Modell geboren.

Das Einsicker-Modell setzt darauf, dass eine bestimmte Fluktuation in unseren Städten besteht, also pro Jahr werden in einem Haus zwei Wohnungen leer, wodurch andere nachziehen können. Wenn es eine Gruppe von Leuten gibt, die gerne zusammen wohnen wollen, können sie diese natürliche Fluktuation nutzen und nachziehen. Das funktioniert in der Regel nur, wenn mindestens drei Wohnungen gleichzeitig bezogen werden können, weil keiner Lust hat, jahrelang zu warten, bis die anderen aus der Gruppe hinterher ziehen können.

Es gibt eine Wohnungsbaugesellschaft in Berlin, die Wohngenossen hat. Das sind ungefähr 50 Menschen, die gerne gemeinschaftlich wohnen wollen. Die haben natürlich ein extremes Problem, denn 50 Leute in einen Wohnungsbestand einsickern zu lassen, das dauert Jahre. Wenn man weiß, dass es keinen wirklichen Leerstand gibt und die Leute derzeit auch gar nicht dazu neigen, ihre Wohnungen zu verlassen, dann dauert es vielleicht auch 50 Jahre, bis sie wirklich alle in einem Haus wohnen.

Mit den Wohnungsbaugesellschaften sprechen wir und argumentieren, welche Vorteile für sie dieses Einsicker-Modell hat, wenn sie das Modell unterstützen, dass sie Gruppen bzw. Mieter bekommen, die sich ehrenamtlich engagieren, die sich im Stadtteil engagieren. Ein Beispiel dafür ist immer die Gruppe AlWiG – Allein Wohnen in Gemeinschaft – bei uns im Rollbergviertel in Berlin-Neukölln, was nicht gerade die erste Adresse ist. Die AlWiG-Leute arbeiten im Quartiersmanagement, die arbeiten im Stadtteil mit, die machen Schularbeitshilfe, die machen alles das, was sich ein Quartiersmanager an ehrenamtlicher Arbeit wünscht. Und die sind tatsächlich in ihrem Kiez angekommen. Sie hatten am Anfang Schwierigkeiten mit ihrem Projekt. Aus sechs Mietparteien, die ursprünglich eingezogen sind, sind inzwischen elf Parteien geworden – und das Projekt funktioniert. Also das Problem ist tatsächlich die Wohnungswirtschaft. Deshalb orientiere ich alle Leute, die zu mir in die Beratung kommen, in Richtung Wohnungsgenossenschaften. Gleichzeitig versuche ich die bereits bestehenden Wohnungsgenossenschaften auf Trab zu



bringen und Strategien zu entwickeln, wie man in die Bestände kommt. Das Problem bei den Wohnungsbaugenossenschaften ist, dass man auch da nur auf eine Warteliste kommt und nicht sofort einziehen kann. Wer will schon gerne Mitgliedsbeiträge für die Teilnahme an einer Warteliste zahlen? Aber in dieser Richtung muss man versuchen aktiv zu werden.

Wir sind als Beratungsstelle auch gehalten, den Senat oder die Politik in die Richtung zu beraten, dass Bestände nachverdichtet werden müssen. Ich beziehe mich dabei auf die Freie Scholle in Bielefeld, die das schon vor 25 Jahren gemacht hat. Viele Leute ziehen aus ihren relativ großen Wohnungen nicht aus, weil sie in der Umgebung keine bezahlbare kleinere Wohnung finden. Deswegen müssen die Wohnungsbaugesellschaften dafür sorgen, dass die Bestände um Senioren-Wohnungen erweitert werden, die bezahlbar sind und auf Dauer berechenbar bleiben müssen, gerade für die Leute, die ihren letzten Lebensabschnitt planen.

Ich als 63-Jähriger weiß, dass ich in drei Jahren eine Rente kriege, die sich nicht wesentlich erhöhen wird. Ich kann mir demnach nicht erlauben, eine Miete zu zahlen, die sich wesentlich erhöhen wird. In zehn Jahren würde ich dann vielleicht ausziehen müssen, weil ich die Miete nicht mehr zahlen kann. Aber das ist genau der Moment, wo ich die Nachbarschaft brauche.

Teilnehmer: Kurze Frage: Das Festpreismodell des Immobilienfonds ist mir unbekannt.

Theo Killewald: Festpreis vom Portfolio heißt das. Das ist ein Beschluss, dass jedes Jahr fünf Grundstücke zum Festpreisverfahren für Baugruppen zur Verfügung gestellt werden sollen. Das hat einmal funktioniert – 2008 sind von den fünf Grundstücken tatsächlich zwei an den Markt gegangen und in 2009 noch mal zwei. Für 2010 und 2011 gibt es noch keine fünf Grundstücke.

Teilnehmerin: Wenn über 80% der Interessierten alleinstehende Frauen sind, wie werden die alleinstehenden Männer 55+ in Zukunft klar kommen?

Theo Killewald: Ja, um die muss man sich Sorgen machen. Ein Beispiel ist mein Vater: Als meine Mutter gestorben ist, meinte er, dass er sich Sky bzw. Premiere besorgt und dann kommt er schon durch, indem er die nächsten drei oder fünf Jahre Fußball schaut.

Anita Engelmann: Das nächste Input-Referat kommt von Dorothee Böcker vom Nachbarschaftsheim Schöneberg.

Dorothee Böcker: Beim Nachbarschaftsheim Schöneberg gibt es ein Kooperationsmodell mit Wohnungsgebern. Es heißt „Community Care“, was die Mieter und Mitglieder vor Ort als Begriff gar nicht verstehen. Es ist aber der Arbeitstitel dieser Idee, dass man sich als kompetenter Partner in der Nachbarschaftsarbeit und in der Selbsthilfe den Wohnungsgebern zur Verfügung stellt. Wie kann man eine fürsorgende Nachbarschaft gestalten?

Seit 2006 gibt es Kooperationen, einmal mit der Wohnungsbaugenossenschaft Ideal, dann auch mit der Gewobag in der Betreuung eines Senioren-Wohnhauses und eines Gemeinschaftsraumes, und eine Kooperation mit dem Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick, bei dem ich jetzt seit 1 ½ Jahren arbeite. Das heißt, ich habe den Aufbau nicht selber dort in dieser Nachbarschaftseinrichtung gemacht, sondern ich habe diese Tätigkeit geerbt und führe die Arbeit fort.

Nun kann man sich fragen, wie die Schöneberger an eine Genossenschaft in Köpenick kommen. Das liegt daran, dass der Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick seine Wiege in Köpenick hat. Es ist eine Genossenschaft, die 1908 gegründet wurde, und mittlerweile einen Bestand von 2.500 Wohnungen im ganzen Stadtgebiet Berlin hat. Das sind drei größere Siedlungen, einmal in Köpenick selber, um die Hauptstraße herum, dann in Schmargendorf und eine in Marienfelde.

In diesen beiden Siedlungen in Marienfelde und in Schmargendorf gibt es mittlerweile Gemeinschaftseinrichtungen, Nachbarschaftstreffs, und diese beiden Einrichtungen betreue ich.

Die Genossenschaft hat ungefähr 9.000 Mitglieder. Das bedeutet, dass es eine riesenlange Warteliste gibt oder auch Leute, die vorsorglich investieren in die beiden Anteile, die man zeichnen muss, um Mitglied zu werden, weil die tatsächliche Wohnungsvergabe dann nach der älteren Mitgliedsnummer geht. Der Beamten-Wohnungs-Verein kann sich auch nicht über Leerstand beklagen, sondern es werden nur nach und nach Wohnungen frei, denn alle Mitglieder wollen gerne lange im Bestand wohnen bleiben. Die Siedlungen sind in einem sehr gut gepflegten Zustand, die Wohnungen sind sehr schön und es wird auch viel in die Instandhaltung oder Sanierung investiert. Es gibt auch Sonderprojekte wie das Barrierefreie Wohnen, aber auch da warten die Leute sehr lange. Mein Tätigkeitsfeld liegt vor allem in der Organisation der beiden Nachbarschaftseinrichtungen, die ich Ihnen gleich vorstelle. Natürlich tut man auch andere Dinge, wenn man die kompetente Person in der Sozialarbeit vor

Ort ist. Es kommen alle nur denkbaren Fragen. Der Wohnungsgeber merkt, dass ihm eine eigene Kompetenz fehlt. Zum Beispiel fehlt Leuten, die Bestandsverwaltung machen, also technische Berufe haben, eine soziale Kompetenz. Ebenso ist es bei Leuten, die Vermietung machen, ihnen fehlt eine andere Perspektive auf den Bestand, auf die Mieterschaft und auf die Siedlung. Insofern sind sie ganz dankbar, dass ich dafür da bin, und natürlich kommen nach und nach auch Anfragen. Wenn es Probleme gibt mit bestimmten Mietern, werde ich von den Verwaltern gefragt, wie man mit einer Verwahrlosung umgehen kann, wie man mit Mietschulden umgehen kann, obwohl wir da mit einem externen Berater zusammenarbeiten, weil ich das alles gar nicht abdecken könnte. Man merkt einfach, dass diese Perspektive erwünscht und gebraucht ist, weshalb es auch eine gute Sache ist, direkt vor Ort zu sein.

Ich stelle Ihnen einfach mal eine Einrichtung vor: Sie sehen eine nette Hütte. Diese Hütte steht in Marienfelde, war die Bauhütte, von der aus der ganze Bau losging. Die Häuser wurden 1968 bis 1972 erbaut. Hochhäuser, wie man sie in den Randgebieten von Berlin auch kennt.

In der Mitte von dem Innenhof gibt es einen Spielplatz und diese Hütte, die zwischendurch mal Waschhaus war, dann Spielhaus, mittlerweile ist es ein Gemeinschaftshaus. Sie besteht auch schon länger als ein Treffpunkt für die Mitglieder. Diese Hütte wurde am Anfang über Concierge-Dienste betreut, aber die haben nicht wesentlich mehr gemacht als Kaffee gekocht, Briefmarken verkauft oder man konnte auch was kopieren.

Aber es fehlte jemand, der kompetent Nachbarschaft oder Beteiligung gefördert hat, mit einem bestimmten Blick auch Probleme gesehen hat oder mit Angeboten dem Bedarf und den Wünschen gerecht wurde.

Meine Vorgängerin hat das 2006 übernommen und nach und nach ein Programm mit den Ehrenamtlichen aufgebaut. Pro Einrichtung gibt es einen Flyer pro Quartal, in denen man ein Wochenprogramm und ein jeweiliges Monatsprogramm findet.



Im Moment haben wir in Marienfelde in der Woche zwei Gruppen mit Seniorengymnastik, wir haben Yoga, eine Kniffel-Runde und eine Spiele-Gruppe. Wir haben einen Computerkurs für Senioren, wir machen Deutschkurse in Kooperation mit dem Harmonie e.V., weil Marienfelde in der Mieterstruktur durch das damalige Notaufnahmelager geprägt ist. Es gibt demnach eine hohe Anzahl an Spätaussiedlern. In Kooperation mit Harmonie e.V. werden Deutschkurse für die Spätaussiedler aus Russland angeboten und auch kulturelle Abende.

Einmal in der Woche gibt es eine soziale Beratung. Die Mitglieder können am Wochenende dieses Haus auch für private Feierlichkeiten nutzen, Kindergeburtstage, Familienfeiern usw. Für die Einsegnungen im nächsten Jahr sind wir für die Wochenenden bereits ausgebucht.

Das wird sehr gerne angenommen, weil die Konditionen human sind. Mieterkonflikte werden vermieden, indem die Familienfeiern einfach ausgelagert werden. Große Familien mit 40 Spätaussiedlern nutzen das natürlich gerne.



Es gibt monatliche Stadterkundungen, eine Beratung vom Betreuungsverein vom Nachbarschaftsheim Schöneberg, usw. Man merkt, wie die Fachkompetenz in all den Bereichen, die so ein großes Nachbarschaftsheim hat, in den Stadtteil vor Ort kommt. Ich bin auch sehr gut angenommen und nachgefragt. Und einmal im Monat gibt es eine Gruppe von ehrenamtlichen Damen, Essen in Gemeinschaft, die auch sehr nachgefragt wird. Eigentlich könnte ich jeden Tag kochen, aber das geht mit den Ehrenamtlichen nicht. Aber sie haben es tatsächlich letzte Woche geschafft, für 36 Leute Rouladen zu machen – in einer ganz kleinen Küche. Jeder, der schon mal Rouladen gemacht hat, weiß, was das für eine Herausforderung ist.

An solchen Terminen, an denen ich gerne dabei bin und unterstütze, merkt man, dass Freude da ist, dass es die Menschen zusammenbringt. Essen hat ja seit jeher einen Gemeinschaft stiftenden Effekt und das merkt man auch im Wohngemeinschaftshaus.

Natürlich gibt es auch saisonale Veranstaltungen, Adventsfeier, der Nikolaus kommt für die Kinder, wir haben Halloween gefeiert, es gab Osterbasteln. Es gibt Lesungen oder Vorträge zu speziellen Themen. Wenn ich merke, dass bestimmte Leute der Bewohnerschaft vermehrt zu einem bestimmten Thema in die Beratung kommen, dann initiiere ich einen passenden Vortrag, zum Beispiel Steuerabgabe. Und dann kommt ein Experte, der kompetent berät. Das ist möglich, weil ich immer vor Ort bin und die Bedürfnisse spüre. Und ich kann die Experten des Nachbarschaftsheim nutzen, weil sie auch ein breites Beratungsangebot von kompetenten Fachkräften haben, die gerne mal bereit sind, vor Ort eine Beratung zu machen.

Und wir machen jetzt eine Lichterfahrt. Das wird auch sehr gut angenommen, weil gerade die Älteren in den Randbezirken, die wenig Geld haben, teilweise seit der Wende nicht mehr in Mitte waren. Wir fahren mit drei Bussen und 130 Leuten durch die weihnachtlich beleuchtete Stadt, Kudamm, Unter den Linden, vorher gibt es einen kleinen Adventsmarkt und Glühwein. So kann man Orte

und Räume schaffen, wo die Menschen sich begegnen, weil man ja eigentlich schon in Gemeinschaft lebt, nur manchmal nicht weiß, wer neben einem lebt.

Das ist ein kleines Potpourri an Bildern, wie das im Gemeinschaftshaus so aussehen kann. Ein Kinderfest im Sommer, das bietet sich durch den Spielplatz vor Ort direkt an. Die älteren Leute haben mir erzählt, dass der Platz früher sehr viel belebter war. Deswegen haben wir dann mal eine Kinderveranstaltung gemacht. Regelmäßige Veranstaltungen laufen nicht so gut, weil die Kinder in ihren Alltag durch Ganztagsysteme sehr eingebunden sind oder Nachhilfe oder Hobbys haben.

Das andere Haus in Schmargendorf steht in einem völlig anderen Milieu. Das ist eine Siedlung, die 1925 bis 1927 erbaut wurde, im Krieg teilweise zerstört und danach wieder aufgebaut wurde. Diese Siedlung ist mittlerweile denkmalgeschützt und sehr gepflegt. Natürlich wohnen hier andere Menschen, tatsächlich vor allem Beamte. Da hat man nur eine Chance auf eine Wohnung, wenn man seine Kinder mit fünf Jahren bereits mit einer Mitgliedschaft anmeldet.

Dort ist ein Ladenlokal, dazu gibt es noch Kellerräume, die leider ein bisschen feucht sind. Aber wir haben trotzdem eine Bibliothek dort drin, die sehr reich bestückt ist und gerne genutzt wird. Da läuft ein ähnliches Programm wie auch im Gemeinschaftshaus, teilweise musste häufig schon wegen Überfüllung geschlossen werden. Da habe ich auch sehr viele Ehrenamtliche, hier in Schmargendorf und auch in Marienfelde habe ich jeweils ca. 20 Ehrenamtliche, die aus der Mitglieder- und Mieterschaft kommen.

Dieser Treff wurde erst von meiner Kollegin aufgebaut. Vorher wurden die Räume gewerblich genutzt. Die Genossenschaft fragte sich, was sie danach mit den Räumlichkeiten machen sollte, ob sie wieder gewerblich vermietet. Sie haben 2006 eine Befragung gemacht: Was halten Sie davon, wenn es so einen Ort gibt in der Siedlung, an dem Gemeinschaft stattfinden kann? Was könnten Sie sich vorstellen? Mit was könnten Sie sich einbringen?

Und der Rücklauf hat dann eine erste Gruppe an Ehrenamtlichen ergeben. Nächstes Jahr feiert dieser Treff 5-jähriges Bestehen und die Ehrenamtlichen der ersten Stunde sind immer noch mit dabei.

Das Programm in Schmargendorf ist ähnlich wie in Marienfelde, aber es gibt dort wesentlich mehr Sportgruppen. Mitglieder bieten aus eigener Betroffenheit, wegen einer Krebserkrankung oder ähnlichem, Gruppen an. Wir haben eine Frauen-Sportgruppe 60+. Diese Frauen haben alle Männer, weshalb es jetzt seit einem Jahr auch eine Männer-Sportgruppe gibt. Donnerstags kommen morgens erst die Frauen und die Männer trinken Kaffee vorne im Raum und klönen. Dann wird gewechselt, die Männer machen Sport und die Frauen sitzen vorne und klönen. Das ist wirklich ein total nettes Miteinander. So läuft das bei vielen Veranstaltungen. Einzelne Leute bieten was an, aber es findet gleichzeitig in den drei Räumen statt, wodurch auch viele Kontakte entstehen. Man kennt sich dadurch und begegnet sich auch auf der Straße anders.

Das Besondere an diesem Treff ist, dass da auch Leute von der Verwaltung ihre Sprechzeit abhalten. Marienfelde ist schon ein Stück entfernt von Schmargendorf. Aber der Bestandsverwalter für den Bestand Schmargendorf macht donnerstags dort eine Technik-Sprechstunde, parallel zu den Sportgruppen mit den Männern und Frauen. Wenn man dort hinkommt, ist man direkt mittendrin im nachbarschaftlichen Leben. Das ist ein positiver Nebeneffekt. Wenn man warten muss, bekommt man von den Ehrenamtlichen erst mal einen Kaffee. Ich habe da eine Ehrenamtliche, die auch krebserkrankt ist, aber früher Chefsekretärin in einem mathematischen Institut war, wodurch sie mit Liebe und mit vollem Einsatz vorne im Café steht und sich als die persönliche Sekretärin des technischen Mitarbeiters versteht. Sie macht ihm auch immer ein Tellerchen mit Obst, weil er ja so viel arbeitet. Sie gibt auch mal Mängelmeldungen raus und beschwichtigt die Leute, also Ehrenamt und Hauptamt arbeiten da sehr gut zusammen.



Wenn einmal im Monat am Mittwoch gekocht wird, das hat einen Planungsvorlauf von einem Monat, direkt nach dem Essen gibt es bereits wieder die neuen Planungen. Sich ehrenamtlich zu engagieren in dieser Kochgruppe oder woanders, das schafft auch einen neuen Raum von Fürsorglichkeit untereinander. Eigentlich haben sie sich getroffen, um gemeinsam zu kochen und sich ehrenamt-



lich zu engagieren, aber mittlerweile sind sie eine Gemeinschaft, die aufeinander achtet. Man telefoniert herum und informiert sich gegenseitig, ob jemand mal krank ist und nicht teilnehmen kann, dann bekommt er ganz selbstverständlich eine Portion abgepackt, die ihm jemand bringt. So schafft auch dieses Engagement in so einem Treff neue Ressourcen, sich kennen zu lernen im Haus.

Bei der Kochgruppe hat sich einmal zwei Tage vorher die Hauptköchin den Oberschenkelhals gebrochen. Das gab ein Riesentheater. Aber sie hat es noch vor der OP aus dem Krankenhaus heraus organisiert, wer einkaufen geht, wer kocht, das Rezept noch mal durchgegeben. Ihr Mann hat leider auch Schwierigkeiten, alleine den Haushalt zu bewältigen, weil er eine Gehbehinderung hat. Aber da war sofort die ganze Nachbarschaft auf dem Plan und hat gesagt, wenn Sie mit dem Besenstiel klopfen, dann wissen wir alle, dass wir mal gucken kommen. Das ist das Positive an Hellhörigkeit, also es gibt nicht nur Mieterkonflikte deswegen.

Das ist eine Informations-Börse. Nachdem ich mich ein halbes Jahr in den Nachbarschaften bewegt habe, merkte ich, dass ich die Funktion einer Kiez-Synapse habe. Bei mir laufen Informationen zusammen, Nachfragen, Bedarfe, aber auch eine Fülle an Kompetenzen, die ich im Gespräch mit einzelnen Mietern entdecke. Ich habe mir überlegt, wie man diese Ressourcen sichtbar machen kann, denn das ist ja das eigentliche Problem. Deshalb habe ich dieses Plakat erstellt und mich gefragt, was sich hinter dem Klingelschild Müller, Meyer oder Schulze noch so verbergen kann. Zum Beispiel gibt es da auch Besucher/in, Ideengeber, Leih-Oma, Kuchenbäcker, Nachhilfelehrer und vieles mehr. In beiden Treffs gibt es so einen Karteikasten, in den man auf roten Zetteln eintragen kann, was man sucht, auf grünen Zetteln, was man bietet. Natürlich müssen die Leute sich einverstanden damit erklären, dass diese Daten, die man freiwillig einträgt, in diesem Treff öffentlich sein dürfen. Wenn das nicht so sein soll, dann rufen sie einfach bei mir an und vermerken das. Und so füllt sich diese Kartei immer mehr.

Vor allem in Schmargendorf haben wir sehr viele Experten. Eine Dame war früher Bibliothekarin, ein pensionierter Feuerwehrmann ist dabei und kann sich vor Aufträgen nicht mehr retten, irgendwelche Nägel in Wände zu schlagen. Teilweise ist für Leute das größte Problem, wenn sie umziehen, die Raumgestaltung hinzukriegen.

Diese Börse läuft wirklich sehr gut. In Schmargendorf haben wir mit einer Pflegeberatung begonnen, die auch eine Kollegin vom Nachbarschaftsheim macht. Einmal im Monat kommt sie und bietet eine Pflegeberatung vor Ort an. Dieser Vorpflagestufenbereich geht auch schon häufig mit ziemlichen Beeinträchtigungen einher, die man selber finanzieren muss. Wenn man eine gute Mischung zwischen Nachbarschaftshilfe und professionellen Diensten schaffen kann, ist das sehr gut.

Wenn man kurzfristig erkrankt und zwei Wochen mal jemanden braucht, der einkaufen geht oder den Hund rausbringt, gibt es die Möglichkeit, das über die Nachbarschaft zu organisieren.

Ich habe noch nichts zum barrierefreien Wohnen gesagt. Meine Vorgängerin hat auch da einen Vorstoß gewagt und ein Förderprogramm im Gespräch mit dem Beamten-Wohnungs-Verein initiiert. Das heißt, es gibt seit 2008 ein eigenes Förderprogramm des Beamten-Wohnungs-Vereins für barrierefreie Umbauten, nicht nur in Bädern, sondern auch Schwellenentfernung usw.

Ein paar Zahlen: 2008 ist das Programm mit einem Startbudget von 400.000 Euro auf den Weg gebracht worden. Woher kommt das Geld? In der Vertreterversammlung der Genossenschaft gab es einen Beschluss, dass auf die Ausschüttung der Dividenden verzichtet wird, um daraus einen Fördertopf zu speisen, aus dem diese Umbauten finanziert werden können. Bis jetzt sind die Mitglieder, die da einen Bedarf haben, in der komfortablen Situation, dass sie tatsächlich keine Zuzahlungen machen müssen und es auch nicht direkt auf die Miete aufgeschlagen wird. Sondern die Genossenschaft selber hat im Rahmen der Bestandsentwicklung auch Interesse, barrierefreie oder barrierearme Wohnungen bereitzuhalten.

Bis Juni 2010 wurden 156 Bäder umgebaut. Das heißt, sie haben eine bodengleiche Dusche bekommen, ein erhöhtes WC, angepasst an den Bedarf Haltegriffe und einen Toilettensitz. Dann gab es 71 Schwellenentfernungen in Wohnungen, vor allem in Schmargendorf sind es Altbauwohnungen mit Türschwellen und es wurden zwei Hauseingänge umgebaut. In Marienfelde haben die Häuser sechs Stufen im Eingang. Da überlegt man jetzt, wie man die Barrieren abbauen kann, vielleicht einen zusätzlichen Lift installieren. Barrieren gelten ja nicht nur für ältere Leute, sondern auch für jüngere Menschen. So müssen für die sechsstufigen Treppen Rampen für Rollatoren und Kinderwagen gebaut werden. Meine Aufgabe ist da, die Priorität einzuschätzen. Ich gehe mit einer Sonder-Bestandsverwalterin, die für die technischen Umbauten zuständig ist, durch die Wohnung, spreche mit den Leuten, ob sie eine Pflegestufe haben oder Ansprüche auf Zuschüsse von der Pflegekasse bestehen und schaue, dass der Umbau verträglich organisiert wird.

Der Techniker schaut, wann es in seinen Plan passt, das Bad umzubauen. Meistens sind es Bedürftige, für die das Bad umgebaut wird. Wenn zwei Wochen lang Chaos ist, weil alles aufgestemmt wird, dann ist es schwierig, das zu organisieren. Deshalb bietet die Wohnungsbau-Genossenschaft eine Gäste-Wohnung für 5 Euro am Tag an, also zu moderaten Preisen. Die Mieter können dann für zwei Wochen einfach in dieser Gäste-Wohnung in der Nähe wohnen, geben den Schlüssel ab, haben aber natürlich die Möglichkeit, mal nach dem Rechten zu gucken, was in der eigenen Wohnung so passiert. Über Ehrenamtliche oder auch über Dienstleistungen organisiere ich das, auch das Abkleben mit Folie vorher, das Ausräumen der Schränke, usw.

Das zieht sich mittlerweile auch in andere Bereiche. Wenn zum Beispiel in einem Block überall Fenster saniert werden, dann kommen die älteren Leute damit nicht so klar. In dem Anschreiben steht, dass sie sich die Zeit von 7 bis 19 Uhr freihalten sollen, sie sollen anwesend sein, weil dann die Handwerker kommen. Und sie sollen 1,50 m vor jedem Fenster frei räumen und die

Gardinen abhängen. Das versetzt viele ältere Leute in Panik. Wenn die Leute wirklich keine andere Hilfe haben, dann organisiere ich das mit Ehrenamtlichen.

Teilnehmerin: Wie wird das finanziert?

Dorothee Böcker: Es gibt einen Rahmenvertrag zwischen dem Nachbarschaftsheim Schöneberg und der Genossenschaft. Ich habe diesen Vertrag nicht abgeschlossen, um Genaueres zu erfahren, müssten Sie mit Herrn Zinner sprechen. Aber es ist eine Art Dienstleistungs-Überlassungsvertrag, in dem festgehalten wird, was mit einer bestimmten Summe passieren soll. Ich bekomme mein Gehalt vom Nachbarschaftsheim, arbeite aber die meiste Zeit vor Ort bei der Genossenschaft. Dort bekomme ich meine Arbeitsmittel, Zugang zu Drucker, usw., auch ein Büro.

Teilnehmerin: Und 100%? Haben Sie eine volle Stelle?

Dorothee Böcker: Ja, genau.

Teilnehmerin: Das ist eine Stelle für zwei Nachbarschaftstreffs?

Dorothee Böcker: Ja. Momentan merken wir, dass es immer mehr Bedarf gibt. Die aus Köpenick haben auch eine große Siedlung und melden mittlerweile Bedarf an. Sie fragen, was wir da für eine schöne Nachbarschaftseinrichtung haben und so etwas wollen sie auch. In Moabit gibt es auch eine nette Mietergemeinschaft vorne im Spreebogen, Agricolastraße, die organisieren sich einfach selber. Sie wollen aber auch gerne von mir betreut werden, dass ich ihnen sage, wo es gute Konditionen gibt oder so. Aber das sind 60 Wohnungen in Moabit, die sich einmal im Monat in Räumlichkeiten der Kirche treffen und selbst organisieren. Sie gehen einmal im Monat zusammen kegeln. Die brauchen nur von Ferne ab und zu mal Hinweise, wo man eine Beratung zu bestimmten Themen bekom-

men kann. Es ging jetzt vor allem um Fragen der Betreuung, da habe ich an den Humanistischen Verband verwiesen.

Teilnehmerin: Es hört sich sehr luxuriös an, dass eine Wohnungsgenossenschaft sich dort engagiert. Betrifft das immer mehr Leute? Wie viel Prozent der Mieter müssen da tendenziell noch eingebunden werden?

Dorothee Böcker: Darüber gibt es keine Erhebung. Aber generell sind es sehr, sehr viele alte Leute, es gibt nicht besonders viele junge Mitglieder. Das sind Leute, die schon seit 40 oder 50 Jahren dort wohnen und bleiben wollen, bis sie tot aus der Wohnung getragen werden.

In der Zusammenarbeit mit den technischen Bestandsverwaltern und mit den Hauswarten, die auch eine wichtige Funktion vor Ort haben, bekomme ich immer mehr Anfragen von Leuten, die nicht mehr zurechtkommen. Dann bekomme ich eine E-Mail, es gibt noch einen neuen Messie-Fall in Wohnung xy, können Sie nicht mal gucken gehen. Oder ältere Leute sagen mir, dass ihre Nachbarn nicht mehr in den Treff kommen können und fragen, ob man einen Besuchsdienst organisieren kann.

Es kommen natürlich auch Mitglieder, die sich Gedanken darüber machen, wie das wird, wenn sie noch älter werden. Ich habe Ehrenamtliche, die alt und krebserkrank oder gebrechlich sind, und auch fragen, was mit ihnen später wird. Ich habe schon fünf Anfragen bekommen, ob ich nicht die Betreuerin von ihnen werden könnte, weil ich doch vor Ort bin, auf jeden Fall zweimal in der Woche. Der Bedarf ist wirklich groß, zumal sich die Leute schon frühzeitig selber mehr Gedanken darüber machen, was im Alter wird. In Marienfelde ist das noch nicht so stark vertreten, aber in Schmargendorf. Dort überlegen die Leute, ob sie gemeinschaftlich wohnen können, ob es vielleicht eine betreute WG geben könnte, wenn die Wohnungsgenossenschaft Räume zur Verfügung stellt.

Es gibt auch immer mehr psychische Erkrankungen, alt, allein, psychisch erkrankt. Das sind ganz viele, denn

alle zwei Wochen kann ich einen Eilantrag auf ärztliche Betreuung stellen, weil irgendjemand vereinsamt in seiner Wohnung ist und irgendwann den Nachbarn auffällt. In den Wohnungen, in denen ich war, wo eine gewisse Verwahrlosung um sich gegriffen hat, sitzen Leute, die in keinem einzigen sozialen Netzwerk eingebunden sind, die keine Verwandten haben, die sich nicht mit Nachbarn austauschen. Wenn dann Nachbarn etwas auffällt, dann kommen sie auf mich zu und sagen, da muss man doch irgendwas machen können.

Wenn ich dann mit dem sozial-psychiatrischen Dienst in Kontakt trete, die sind auch überfordert, der kann die Leute nur mal anschreiben oder einladen oder auch mal vorbeigehen. Wenn die Betreffenden nicht aufmachen, wird es schwierig. In manchen Fällen ist es von Vorteil, wenn der direkte Kontakt zum Hauswart besteht. Wenn die Dame vom Amt gesagt hat, dass sie ein Schreiben geschickt hat, dann kann ich den Hauswart mal fragen, ob der betreffende Briefkasten regelmäßig geleert wird oder ob ich da noch mal anrufen oder vorbeigehen soll. So können Prozesse manchmal beschleunigt werden, wenn ich mit dem Amt kommuniziere, mit der Genossenschaft oder den unterschiedlichen Beteiligten. Ich habe gemerkt, dass Ämter ganz schnell werden, wenn wirklich nachgehakt wird. Das ist sehr häufig so.

Teilnehmer: Die Gewobag ist unser Gegenüber in Haselhorst. Wir machen Sozialberatungen, häufig kommen Mieter mit Überschuldung. Da kommen wir häufig in Konflikt mit der Wohnungsbaugesellschaft, denn einerseits werden wir von der unterstützt, andererseits haben die Mieter ein ganz großes Problem, weshalb wir natürlich die Mieter unterstützen. Wie gehen Sie mit solchen Konflikten um?

Dorothee Böcker: Es gibt auf jeden Fall Konflikte. Zunehmend merke ich, wenn Mitglieder Konflikte mit der Verwaltung haben, dass die Verwaltung mich natürlich in der Rolle sieht, dass ich abwäge, Dinge vor Ort kläre. Ich kläre manchmal auch Dinge mit komplizierten Mit-

gliedern, bei denen die Technik nicht weiterkommt. Die Mitglieder sagen bei Konflikten mit der Verwaltung: Das ist doch unsere Genossenschaft, das ist unsere Sozialarbeiterin, sie hat die Aufgabe, für unsere Rechte zu streiten, auch gegenüber der Verwaltung. Das ist natürlich öfter geschehen. In manchen Dingen muss ich mich bewusst raushalten.

Es gibt auch noch ein externes Unternehmen, das für unterschiedliche Wohnungsgeber Mediationen betreut und sich um Schuldner kümmert. Das heißt, die Mitglieder, die in der Mietenbuchhaltung durch säumige Zahlungen auffällig werden, bekommen ein Schreiben, dass sie sich an Frau Böcker oder an diese Schuldner-Firma wenden sollen. Da gibt es auch eine Rahmenvereinbarung, bei der sie mit ihnen Haushaltsaufstellungen machen und mit den Betroffenen einen Plan stricken, wie eine Ratenzahlung machbar ist und die Wohnungsgenossenschaft auch einwilligt. Wenn jemand willig ist und eine moderate Ratenvereinbarung macht, dann sind die sehr kulant.

Teilnehmerin: Die haben also schon ein Interesse daran, ihre Mieter zu halten?

Dorothee Böcker: Ja. Das ist tatsächlich der Unterschied zwischen der Wohnungsgenossenschaft und einem Wohnungsunternehmen, dass hier alle Mitglieder sind und es die Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität gibt. Die haben auch eine Mitgliederversammlung, eine Vertreterversammlung, die sich auch kümmert. Jeder, der Mitglied ist, hat ein Wohnrecht oder den Anspruch auf eine Wohnung. Das ist eine andere Art und Weise, wie die Verwaltung mit den Dingen umgeht.

Auch wenn es vielleicht Schwierigkeiten mit Transferleistungen gibt, wodurch die Miete einen halben Monat später kommt, das ist kein Problem, wenn die Mitglieder das der Verwaltung rechtzeitig ankündigen. Die weiß, wenn wieder neue Anträge zu stellen sind, kann es zu Verspätungen der Zahlungen kommen und schicken nicht sofort eine Mahnung raus.

Teilnehmerin: Ich bin nicht aus Berlin und habe keine Vorstellung, wo Schmargendorf, Schöneberg und Marienfelde liegen. Sie agieren als Nachbarschaftsheim Schöneberg in diesen anderen Stadtteilen, wobei so ein Kiez manchmal größer ist als eine Kleinstadt. Gibt es da keine anderen Stadteleinrichtungen, mit denen Sie in Konkurrenz geraten?

Dorothee Böcker: Da hat sich eine Kultur entwickelt, dass das in Absprache mit den Stadtteilzentren vor Ort geschieht. Das läuft kollegial. Schöneberg-Tempelhof ist ein sehr großer Raum, während Marienfelde ganz weit draußen liegt. Es ist eine Stadtrandsiedlung. Da gibt es von der Degewo einen Nachbarschaftsverein. Die haben da ihre Leute und mit denen machen wir auch was zusammen, weil sie auch im Quartiersmanagement sitzen. Das wird nicht aus der „Sozialen Stadt“ finanziert, sondern aus anderen Töpfen. Mit denen arbeiten wir punktuell zusammen, weil sie die gleichen Problemlagen haben, was die Bevölkerungsstruktur angeht. Spätaussiedler oder so, das ist eine Problematik, die alle haben. Die Degewo oder andere Wohnungsgeber streben Kooperationen an mit Pflegediensten oder Anbietern von sozialen Diensten.

Teilnehmerin: Also macht das Schule?

Dorothee Böcker: Ja, genau, das macht Schule.

Teilnehmerin: Das liegt ja auch im Interesse der Wohnungsgesellschaften, bevor man einen Sozialarbeiter nimmt, der sich komplett neu einarbeiten muss. Auch für sie ist es besser, dass man schaut, was bereits im Stadtteil vorhanden ist, vor allem auch an Profession.

Teilnehmerin: Das Nachbarschaftsheim Schöneberg hat ja auch einen Pflegedienst. Dadurch, dass sie ein Hospiz und ambulante Pflegestationen haben, haben sie eine andere Fülle an Angeboten, die sie als ganzes Paket anbieten können.

Teilnehmerin: Das ist aber unter den Nachbarschaftsheimen und Mehrgenerationenhäusern in Berlin, es gibt neun insgesamt, auch eher die Ausnahme, nicht die Regel. Alle sind unterschiedlich orientiert.

Teilnehmerin: Die Sichtweise, die Sie dargestellt haben zu den Genossenschaften und den normalen Wohnungsunternehmen, ist eine ganz wichtige Geschichte. Ich würde mich freuen, wenn auch die Genossenschaften bei uns so aufgeschlossen wären und mir für so eine Arbeit Geld geben würden. Machen sie nicht.

Ich mache eine Schuldnerberatung für die Wohnungsunternehmen, betreue über eine Million Schulden, und wollte von den Einsparungen, die ich für das Unternehmen erreiche, von dem Ertrag, ein bisschen was abhaben, um eine Koordinatorin für die Mieter zu bezahlen. Auch das machen sie nicht. Deswegen ist das mit dem Beamten-Wohnungs-Verein Köpenick eine ganz tolle Geschichte, dass die sich darauf eingelassen haben.

Bei einer Verwaltung ist das ganz anders. Da gibt es einen Eigentümer, der eine Verwaltung beauftragt. Jeden Cent, den die Verwaltung zusätzlich ausgibt, nehmen sie von deren Gewinn weg. Das muss man verstehen und wissen. Wenn ich bei einer Verwaltung bin und für die tätig werden will, dann sagen die: mache das, aber frage nicht nach Geld. Bei allem was ich mache, muss ich das Geld dafür zusammensuchen. Dadurch entsteht viel Fluktuation. Diese Konstanz der Arbeit, die Frau Böcker darstellt, ist wirklich ein Luxus.

Teilnehmerin: Ich bin direkt bei der Wohnungsgenossenschaft als Pädagogin eingestellt. Es ist tatsächlich schwierig, für die Belange von Mietern zu sensibilisieren, denn jeder sieht mich als Fremdkörper. Ich kann mich in Krisensituationen auch nicht mal kurzschließen oder mit jemand sprechen. So eine Wohnungsgenossenschaft wie die unsrige ist ein relativ geschlossenes System.

Die Mitglieder bzw. die Mieter sind froh, dass es diesen Kulturtreffpunkt gibt und wir können da auf unglaublich viele Ressourcen zurückgreifen. Wir haben oft mit Leu-

ten zu tun, die früh arbeitslos geworden sind. Mit Anfang 50 ist es fast ausgeschlossen, dass sie noch mal in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Wir haben ein Publikum, das sehr bildungsnah ist. Es gibt aber ebenso Bewohner, die sehr bildungsfern sind. Die ersteren sind Mitglieder, die anderen Mieter. Wir haben einen starken Zuzug aus Spandau, aus Steglitz, junge Familien, die es sich nicht mehr leisten können, dort zu wohnen. Dem wird man gerecht und wir möchten kooperieren und ein Netzwerk schaffen, damit alle zusammenfinden können in diesem Treffpunkt. Viele finden nicht den Weg ins Quartiersmanagement in der Hellersdorfer Promenade, weil das nicht ihr unmittelbarer Bereich ist.

Obwohl die Angebote überall in den Nachbarschaftshäusern niedrigschwellig sind, sagen unsere Besucher, dass sie froh sind, dass es diesen Kulturtreffpunkt gibt und sie ihre Nachbarn kennen lernen bei uns. So entsteht auch die Aufmerksamkeit beim Nachbarn zu gucken, ob die Fenster offen sind, ob der Briefkasten geleert ist, dass man füreinander sensibilisiert ist.

Es entstehen auch Geschichten, von denen ich gedacht hatte, das würde es bei uns nicht geben, Leih-Omas. Es gibt Eltern-Kind-Gruppen, die einen ewigen Betreuungsbedarf der Familien haben. Und es gibt die Älteren, die traurig darüber sind. Solche Notlagen können wir sehr gut kombinieren.

Teilnehmerin: Wie viele Wohnungen gehören zu Ihrem direkten Arbeitsbereich? Sie sind für die zwei Nachbarschaftstreffs zuständig in diesen Gebieten, in denen verstärkt Wohnungen sind?

Dorothee Böcker: Das ist schon richtig. Ansonsten ist das im Moment nicht so ganz geklärt, weil das ein Bereich ist, der sich gerade weiterentwickelt. Theoretisch bin ich die einzige Fachkraft für 2.500 Wohnungen, was natürlich ein bisschen viel ist.

Köpenick ist ein bisschen außen vor, da sind die Wege lang. Es gibt eine Empfangsdame, die auch soziale Arbeit macht, also nicht mit meinem Studium, aber sie

ist ebenfalls Ansprechpartnerin für Konflikte. Sie macht das natürlich auf eine ganz andere Art und Weise als ich das aus der Profession heraus machen kann, auch mit der Verknüpfung zu irgendwelchen Fachstellen.

Das ist gerade eine ungeklärte Frage. Theoretisch ist momentan der Arbeitseingang offen.

Es sind ungefähr 1.200 Wohnungen um jeden Treffpunkt. Aber wenn Holland in Not ist und sie drei Verwahrlosungen im Wedding haben, dann wird es mehr. Das kommt häufiger vor, wenn Gas- und Stromzähler abgelesen werden müssen, dann bekomme ich wieder einen Stapel von Problemfällen, die geklärt werden müssen.

Teilnehmerin: Das heißt aber, sie sehen, was es für einen Vorteil hat, jemanden wie Sie zu haben. Das führt zu einer erhöhten Identifikation mit der Genossenschaft, nehme ich an?

Dorothee Böcker: Das ist ein Vorteil. Wenn man so ein Nachbarschaftshaus in einer Siedlung macht, wo ganz unterschiedliche Wohnungsgeber sind, dann hat man natürlich den Zugang zu den einzelnen Mitgliedern nicht in dieser Einfachheit von der Struktur her, so wie ich sie habe. Wenn ich alle Mitglieder erreichen will, dann mache ich Aushänge und die kommen dann in die Hausaufgänge. Ich rufe die Hauswarte an, dann erscheinen alle acht bei mir im Treff. Ich quatsche mit denen, ob im Block alles okay ist. Das sind keine Blockwarte, sondern man ist im Gespräch. Sie sind vor Ort tagtäglich mit den menschlichen Themen konfrontiert, die es nun mal von der Wiege bis zur Bahre gibt und die natürlich in den Wohnbereichen auf eine besondere Art sichtbar werden.

Ein anderer Vorteil ist, dass die Mieter zugleich Mitglieder der Genossenschaft sind: sie können ihre Vertreter wählen. Es gibt eine Vertreterversammlung. Das heißt, ich kenne natürlich auch die Vertreter, die in unterschiedlichen Wahlkreisen gewählt wurden. Einige sind mehrfach engagiert, also sie sind Vertreter, sie sind



in der Mitverwaltung bzw. Selbstverwaltung, aber auch in irgendeiner Sportgruppe. Dadurch ist es ein direkter Austausch. Das kann den positiven Effekt haben, wenn ein Vertreter meint, wir bräuchten neue Ausstattungen in der Küche zum Beispiel, dass er das auch seinen internen Gremien näher bringt und schneller ist, als wenn ich das mache.

Theo Killewald: Wer setzt sich in so einer Genossenschaft oder bei einer Wohnungsgesellschaft langfristig durch? Eine Weile waren es die Sparkassen-Direktoren/innen, weil es um das Geld ging. So langsam kommt die Einsicht, dass man, wenn man das gemeinschaftlich organisiert, ganz schön viel Geld spart.

Ich habe die Freie Scholle Bielefeld erwähnt, die vor 20 Jahren acht Sozialarbeiter/innen eingestellt haben. Sie wurden von allen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften in Deutschland belächelt als ein nicht finanzierbares Projekt. Die haben es geschafft, es ist finanzierbar, sie haben Nachbarschaftshilfe organisiert, dabei auch die Probleme in der Nachbarschaft mitgekriegt. Sozialarbeiter und Bürgerteilhaber können dabei helfen, Konflikte zu vermeiden oder zu schlichten, wodurch die Eigentümer Geld sparen.

Abschluss - Ausblick

Diskussionsrunde: Resümee und Ausblick

Nachhaltigkeit und Ziele. Wie weiter nach 2012?



Birgit Monteiro: Für unsere Abschlussrunde habe ich fünf Podiumsgäste. Ein sechster Stuhl auf dem Podium ist für spontane Meldungen. Auf den Stühlen liegen Karten für Fragen oder Statements.

Ich bitte auf das Podium: Georg Zinner, unseren Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim Schöneberg; Frau Dr. Gabriele Schlimper, Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke des DPW, Landesverband Berlin; Ralf Jonas, Geschäftsführer des Bürgerhauses Oslebshausen in Bremen; Andrej Holm, Stadt- und Regional-Soziologe von der Humboldt-Universität in Berlin.

Die Abschlussrunde ist in drei Teile geteilt. Einmal beginnen wir mit persönlichen Statements zum Thema „Soziale Stadt“, was wir bisher geschickt ausgespart haben. Was verstehen wir unter sozialer Stadt? In der zweiten Runde fassen wir noch mal die Diskussion aus den Foren zusammen und geben Raum für Ihre Fragen und Statements. Und der dritte Block wäre dann der Ausblick.

Soziale Stadt – was verstehen wir darunter?

Georg Zinner: Das ist ja eigentlich wunderbar definiert in der Programmankündigung, man kann es gar nicht besser formulieren, was eine soziale Stadt ausmacht. Aber vielleicht kann man es auf zwei Ebenen konkretisieren. Einerseits auf der institutionellen Ebene, also was braucht eine soziale Stadt? Und andererseits auf der Bürgerebene, also was tun Bürger für die soziale Stadt oder was können sie tun, damit es eine soziale Stadt wird?

Die erste Ebene ist für mich die, dass eine soziale Stadt die Infrastruktur benötigt, die Bürger brauchen, um ihren Alltag zu bewältigen und ihre Zukunftschancen zu sichern. Das sind gut funktionierende Kindertagesstätten, das sind Ganztagschulen, wo Eltern, Lehrer, Erzieher und Schüler zusammenarbeiten, die auch Mittelpunkt im Stadtteil sind. Das sind natürlich funktionierende Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, das sind die Mehrgenerationenhäuser, die Nachbarschaftshäuser, die Bürgerhäuser, die Stadtteilzentren, aber auch die Bibliotheken oder Sportplätze, Turnhallen und Orte, wo Menschen sich begegnen und treffen können. Und das sind auch Orte, wo Pädagogen im Hintergrund stehen und die Leute dennoch nicht pädagogisiert werden, sondern frei bleiben und für sich was machen können, statt pädagogisch angeleitet werden zu müssen.

Eine Stadt muss alle diese Einrichtungen und Institutionen auch ausreichend fördern – und in meinen Augen zuerst, alles andere kommt danach.

Diese Institutionen müssen die Bürger in ihre Arbeit mit einbeziehen und sie müssen die Möglichkeit anbieten, dass Bürger sie mitgestalten. Dass sie mitgestalten wollen, das wissen wir auch aus unserer Arbeit in den Nachbarschaftszentren sehr wohl. Wir hatten gestern auch eine Diskussion darüber, mit welcher Sprache man Bürger erreicht. Ich habe eine Broschüre mitgebracht, die heißt „Nachbarschaft erleben“. Darin stellen sich Ehrenamtliche des Nachbarschaftsheim Schöneberg vor, sie präsentieren sich. Es ist die dritte Broschüre dieser Art. Die zweite Broschüre hieß „Nachbarschaft

gestalten“, jetzt „Nachbarschaft erleben und Gemeinschaft gestalten“. Ich will einige Sätze von diesen Ehrenamtlichen vorlesen, die ihre Arbeit charakterisieren, weil ich glaube, das macht soziale Stadt aus, dass Bürger die Möglichkeit haben, sich daran zu beteiligen. Unsere Politiker geben sich alle große Mühe, auch wenn wir über sie schimpfen. Trotzdem erreichen sie nicht die Ziele, die sie gerne erreichen möchten. Sie sind manchmal zu sehr Perfektionisten und meinen, sie müssten bis ins kleinste Detail regeln, wie Einrichtungen gestaltet sind und wie was zu funktionieren hat. Nein, das müssen sie nicht! Sie sollen einfach nur die Institutionen schaffen, Freiräume dazu geben, dann machen die Bürger das schon selbst. Und sie sollen sich dann einer professionellen, dauerhaften Hilfe sicher sein, von den Institutionen, die ich erwähnt habe.

Einige Kommentare von Ehrenamtlichen: zum Beispiel sagt ein Job-Pate, der Jugendlichen auf dem Weg ins Berufsleben hilft, und in eine Gruppe von Job-Paten eingebunden ist: „Solch ein gegenseitiges Hilfsnetzwerk gefällt mir. Das passt zu meinem Denken.“ Oder ein Student, der Wirtschaftsingenieurwesen studiert und bei den Schülerpaten Berlin mitarbeitet, die in Familien mit arabischer Herkunft gehen, um dort Schularbeitshilfe mit den Kindern zu machen: „Es ist toll, solch eine Entwicklung von Kindern mitzubekommen.“ Oder einer, der nebenberuflich im Betreuungsverein mitmacht, der Menschen hilft, die ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln können, sagt im Hinblick auf seinen Ruhestand: „Dann habe ich etwas gesellschaftlich Notwendiges, das ich fortsetzen kann, weil mir das wichtig ist.“ Er will auch im Ruhestand etwas für die Gesellschaft tun. Ein Mann, der Selbsthilfegruppen gegen Depressionen unterstützt und ein Netzwerk für diese Selbsthilfegruppen aufgebaut hat, sagt: „Da werde ich gebraucht, das spüre ich.“ Oder eine ehrenamtliche Mitarbeiterin eines ambulanten Hospizdienstes sagt: „Das ist doch eine wunderbare Aufgabe!“ Die Menschen freuen sich, wenn sie Aufgaben dieser Art übernehmen können, auch wenn sie noch so schwer sind.

Oder da sagt eine Besuchsdienstmitarbeiterin, die regelmäßig in eine Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte geht: „Das ist eine wichtige gemeinsame gefühlsmäßige Ebene, man zeigt den Demenzerkrankten, dass man sie auch braucht, dass sie Anteil nehmen sollen.“ Oder ein ehrenamtlicher Mitarbeiter, der im Café mitarbeitet, sagt: „Da kann ich mit vielen, sehr unterschiedlichen Menschen zusammenkommen.“ Jemand, der bei dem Theater der Erfahrungen mitwirkt, sagt: „Dann schaffen wir auch etwas in der Gruppe, ein gemeinsames Werk. Das ist ein großartiges Gefühl!“

Man spürt an jeder einzelnen Äußerung, dass die Menschen dazu beitragen wollen und selbst einen hohen Nutzen davon haben, soziale Stadt zu gestalten. Beides braucht es: die funktionierenden Institutionen und die Menschen, die wir einladen, damit sie Möglichkeiten finden, sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich zu engagieren – für was auch immer, nämlich für das, was sie selbst wollen, nicht für das, was wir unbedingt brauchen oder uns vorstellen. Die Bürger sind diejenigen, die soziale Stadt gestalten.

Birgit Monteiro: Andrej Holm, würden Sie soziale Stadt auch so definieren?

Andrej Holm: Ich habe einen ganz anderen Zugang dazu, wenn ich über soziale Stadt nachdenke. Mich interessiert die Geschichte der Stadtentwicklung, Stichworte wie Integrationsmaschine Stadt, die Entwicklung von amerikanischen Städten. Das sind Räume, in denen eine immense Zuwanderung ausgehalten wurde. Und es sind Räume, in denen unglaublich tief greifende Veränderungen der Wirtschaftsweise verkräftet und neu gestaltet worden sind.

Ich glaube, dass eine soziale Stadt auch heute vor der Herausforderung steht sich zu überlegen, wie die Stadt als verwalteter Organismus dazu beitragen kann, individuelle Anforderungen von Einzelnen zu unterstützen. Über das Zurverfügungstellen von kollektiven Infrastrukturen, über die Möglichkeit, dort Wohnungen zu

bekommen, konnte die Lage des Einzelnen in seinen Lebenschancen verbessert werden. Und das ist das, was Stadt heute immer weniger kann.

Wenn wir heute über Stadt reden, dann sprechen wir über Räume der Benachteiligung, ja, sogar über Tendenzen zur Ghettobildung. Das ist der Anlass für ein Programm wie „Soziale Stadt“, weil heute die Stadt selbst zur Quelle der Benachteiligung in vielen Räumen geworden ist.

Ich glaube, dass soziale Stadt bedeutet, die Stadt wieder in die Funktion zurückzubringen, dass sie es schafft, soziale Unterschiede, Unterschiede der Bildung, Herkunft, usw., auszugleichen und zu kompensieren. Das heißt, dass Stadt – und auch das, was wir in der Stadt machen – eigentlich vor der Aufgabe steht, wenn sie eine soziale Stadt sein will, soziale Benachteiligungen über die Stadt, über das Quartier, über die Nachbarschaft auszugleichen. Wir brauchen eine entschiedene Parteilichkeit für die Ausgegrenzten. Wenn diese Funktion in effektiver Weise übernommen wird, kann man sagen: das ist eine soziale Stadt, die an traditionelle Funktionen von Stadt wieder anschließt. Das gelingt uns nicht in allen Fällen.

Drei Stichworte habe ich mir aufgeschrieben, die eine Utopie von sozialer Stadt beschreiben können, die auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurückgehen, der gesagt hat: eigentlich braucht man ein Recht auf Stadt für alle. Die Stadt hat unglaublich viel, sie hat Reichtum, sie hat Möglichkeiten zu arbeiten, da sind die Räume, in denen man konsumieren und mit anderen in Kontakt treten kann, also alles, was wir uns im Leben wünschen, bietet die Stadt. Aber sie ist eben faktisch nicht für alle offen, nicht für alle da.

Er hat gesagt, wir brauchen ein Recht auf Stadt, was bedeutet, ein Recht auf Nicht-Ausschluss von diesen Qualitäten des Städtischen. Er hat gesagt, die Stadt ist der Ort, an dem ich unterschiedlich sein kann, egal woher ich komme, egal welche Bildung ich habe, welches Einkommen ich erziele. Wir haben hier eine Vervielfältigung von Lebensmöglichkeiten. Die Stadt müsste der Ort sein, wo es eine Anerkennung dieser Verschie-

denheiten gibt, wo ich nicht in die Ecke gestellt werde und zu einer Problemgruppe gehöre, weshalb ich normiert und an irgendeinen Standard angeglichen werden soll. Sondern die Qualität von Stadt wäre auszuhalten, dass es diese Verschiedenheiten gibt, sie gegenseitig anzuerkennen.

Das Dritte ist wohl die komplizierteste Komponente und ist im Programm „Soziale Stadt“ auch nicht wirklich gut erfasst. Descartes spricht von schöpferischen Überschüssen, die das Städtische dadurch hervorbringt, dass in der Stadt Leute zusammenarbeiten. Wenn sie zusammenkommen und Ideen entstehen, weil Leute miteinander kommunizieren, dann entsteht so was wie ein Mehrwert, also mehr als die Leute reinbringen – einfach durch die Kommunikation. Und dieser Mehrwert ist in Städten sehr ungleich verteilt.

Wir haben vorhin darüber gesprochen, dass zum Beispiel Immobilienbesitzer einen Vorteil daraus ziehen, wenn das Viertel besser wird, wenn die Nachbarschaftsstruktur besser wird, dann steigt die Miete. Das heißt, wir haben da eine sehr ungleiche Verteilung von diesen schöpferischen Überschüssen des Städtischen. Das ist eine Frage, mit der wir uns auch beschäftigen müssen, wenn wir soziale Stadt wollen, dass wir Strategien der Umverteilung, nicht nur der Moderation diskutieren müssen.

Birgit Monteiro: Das ist eine spannende Frage. Gabriele Schlimper, soziale Stadt und das Verhältnis zu dem, was die Menschen selbst tun können.

Gabriele Schlimper: Ich habe gerade erfahren, dass die Grundfrage ist, was soziale Stadt ist. Ich will das aus einer ganz persönlichen Perspektive beantworten. Was würde ich mir ganz persönlich unter einer sozialen Stadt wünschen? Warum bin ich in die Stadt gezogen?

Wenn man vom Land kommt, dann zieht man in die Stadt, weil man die Anonymität bevorzugt, weil der Nachbar einem vielleicht zu nah war, weil es nicht ganz selbstverständlich ist, dass man es gut findet, dass die

Nachbarschaft immer weiß, was ich morgens, mittags oder abends mache und wann ich nach Hause gekommen bin.

Das ist das Angenehme gewesen, warum ich als junger Mensch von einer etwas kleineren Stadt in eine deutlich größere gezogen bin. Ich fand die Anonymität hier erst mal klasse, man musste sich um nichts kümmern – außer um sich selbst. Das hatte was. Aber das ist es ja nicht alleine und das ist nicht soziale Stadt. Wir Menschen sind soziale Wesen, das heißt, wir sind eigentlich darauf konditioniert, uns nicht nur um uns selbst zu kümmern, sondern auch um unseren Nachbarn. Natürlich beschäftigt mich, wie es mir geht, dass es mir gut geht, wo ich Hilfe herbekommen kann. Aber wie kann ich einen Blick dafür entwickeln, wie es in meiner Umgebung ist? Dann entsteht auf einmal doch wieder ein Gefühl für Nachbarschaft.

Wie sozial ist das Milieu, in dem ich leben möchte? Und was kann ich selber dazu beitragen? Übertragen auf eine nächsthöhere Ebene – da kann ich mich nur dem anschließen, was Georg Zinner eben gesagt hat – ist die Frage eher: wie können wir gemeinsam dazu beitragen, dass die Strukturen um uns herum es Menschen ermöglichen oder leichter machen, die in unserem Wesen verankerte Mentalität, ein soziales Wesen zu sein, gut ausleben zu können? Und wie können wir das gemeinsam gestalten?

Ich mache noch mal einen Bogen zu dem Spannungsfeld zwischen Quartiersmanagement, bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und der Vernetzung all dessen. Gestern sagte Frau Sperling, sie empfinde es als totalen Erfolg in einem sozialen Brennpunktraum bzw. im Gebiet ihres Quartiersmanagements, wenn sie ein oder zwei Menschen gewinnt, die vielleicht an einem Nachmittag gemeinsam mit anderen Kaffee kochen – für andere Leute. Warum ist das so? Durch die über viele Jahre entstandene Inselbildung in dieser Stadt, empfinden die Menschen häufig alles Soziale als sehr verkümmert. Hierfür gibt es unterschiedliche Ursachen, die sicherlich immer individuell und vielschichtig sind. Aber ich mache



auch die Erfahrung, dass wir es in sozialen Brennpunkten viel mit Menschen zu tun haben, zu deren Alltagserfahrung es gehört, mit Ausgrenzung und Bevormundung – auch durch Verwaltungen – zu tun zu haben.

Wir versuchen gerade über den Bundesfreiwilligendienst verstärkt Menschen in ein freiwilliges Engagement zu begleiten. Wenn sich Menschen in der Langzeitarbeitslosigkeit und als Transferleistungsempfänger vorstellen können, sich zu engagieren, auch in einer Nachbar-

schaftseinrichtung, dann machen sie die Erfahrung, dass sie bei den Job-Centern ganz klar gesagt bekommen: du hast mich um Erlaubnis zu fragen, lege mir deinen Kontoauszug vor, wie viel Geld verdienst du überhaupt, 20 Stunden in der Woche willst du dich engagieren, das geht überhaupt nicht, dann bist du nicht mehr vermittlungsfähig. Sie werden in einer Art und Weise bevormundet, dass sie sich aus dem Engagement wieder zurückziehen. An dieser unhaltbaren Situation müssen wir ansetzen.

Wir müssen schauen, wofür wir hier gemeinsam stehen wollen, um dann auch im Kleinen Bürger/innen wieder die Möglichkeit bzw. ein Gefühl dafür zu geben, dass sie Teil ihrer Umgebung sein können, wenn sie wollen. Dabei müssen wir sie unterstützen, wobei ich da die Stadtteilzentren als die wichtigsten und stärksten Partner sehe. Denn da sind die Orte, wo dieses Gespür und das Gefühl für solche Defizite aufgenommen und wahrgenommen werden. Dort kann Bürger/innen das Gefühl vermittelt werden: du kannst dich dagegen wehren, wir unterstützen dich, wir nehmen deinen Bedarf auf. Das ist im kleinen Einzelfall die Unterstützung, aber auch im Großen.

Ich habe nie verstanden, als ich Anfang des Jahres damit konfrontiert worden bin, als das Programm „Soziale Stadt“ bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angesiedelt wurde, dass das irgendwas miteinander zu tun hat. Denn ich bin der Meinung, Menschen wird mit Menschen geholfen. Soziale Schiefen repariere ich nicht durch neue Bebauungspläne. Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Problemen sonstiger Art, da kann mir das Grünflächenamt nicht wirklich helfen. Sondern da muss etwas aus dem Bereich des Sozialen entwickelt werden.

Es hat sicher seine historische Begründung, dass das bei der Stadtentwicklung angesiedelt worden ist. Die Protagonisten für die gute Entwicklung einer sozialen Stadt sind aber vor allem Freiwilligenagenturen, sind Nachbarschaftseinrichtungen, sind Selbsthilfekontaktstellen – und die müssen gestaltet werden. Und das Geld für die Entwicklung solcher Projekte gehört genau in solche Bereiche und darf nicht von einer Senatsver-

waltung in die andere verschoben werden. Gebt uns das Geld gleich in die Hand, ihr könnt uns ja dann kontrollieren, dass wir damit ordentlich umgehen.

Birgit Monteiro: Ralf Jonas, gibt es Bremer Differenzen zu unserem sehr Berlin-zentrierten Blick oder würdest du dich nahtlos anschließen?

Ralf Jonas: Ich kann mich dem Gesagten anschließen. Ich würde gerne noch einen kleinen Aspekt bringen, den ich zunehmend wichtiger finde, wo auch die Stadtteilzentren eine ganz wichtige Rolle spielen, das ist der Bereich Bildung.

Soziale Stadt kann nur funktionieren, wenn wesentlich mehr Kindern als jetzt oder möglichst allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Bildung gegeben wird. Das ist weder in Bremen noch in Berlin so, sondern die Bildungschancen sind leider immer noch sehr ungleichmäßig verteilt. Ich glaube, dass die Stadtteilzentren, deren Stärke auch im Bereich der kulturellen Bildung liegt, sich da in Zukunft einmischen und dazu beitragen müssen, dass mehr Kinder und Jugendliche überhaupt einen Zugang zu den gesellschaftlichen Verhältnissen bekommen können. Wenn ein Kind mit 15 Jahren als Analphabet die Schule verlässt, dann ist alles zu spät und wir können nur noch reparieren, aber das muss alles viel früher ansetzen. Ich denke, da können wir als Stadtteilzentren eine wichtige Rolle spielen.

Birgit Monteiro: Während wir noch Meinungen im Publikum einsammeln, werden wir kurz darauf eingehen, welche Erkenntnisse sich in den unterschiedlichen Foren ergeben haben und was in den Foren spannend war.

Gabriele Schlimper: Ich war in einem Forum, in dem es um die Zusammenarbeit mit Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften und um Nachbarschaftsarbeit ging bzw. um die Erfahrung, was gemeinschaftliches Wohnen heißt, gerade für Ältere – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Ich fand den Erfahrungsbericht sehr beeindruckend, was es für einen älteren Mann heißt, seine letzten Lebensorte zu gestalten. Wann muss ich damit anfangen, mir Gedanken darüber zu machen? Wann muss ich umziehen? Mit welchen Menschen möchte ich gemeinsam wohnen? In welcher Umgebung möchte ich leben? Das war ein sehr interessanter Beitrag. Er war noch berufstätig, aber er denkt darüber nach, ob er sich im Alter seine Wohnung überhaupt noch leisten kann. Er überlegt, ob er besser jetzt umzieht und nicht erst in zehn Jahren, wenn die Miete steigen sollte oder er es noch schwerer hat, eine neue Umgebung zu suchen. Dieser Mann engagiert sich auch bei Beratungen für andere ältere Menschen über gemeinschaftliches Wohnen.

Eine ganz andere, aber auch sehr interessante Darstellung betraf die Kooperation zwischen einer Wohnungsbaugenossenschaft und dem Nachbarschaftsheim Schöneberg. In unterschiedlichen Bezirken hat diese Genossenschaft Siedlungen, in denen die Mieterschaft eine hohe Altersstruktur aufweist. Dort wird durch Stadtteilarbeit versucht, gerade die Menschen im Vorpflegestufenbereich, wo ein Hilfsbedarf besteht, aber noch nicht der Grad der Pflegebedürftigkeit im Sinne des Pflegeversicherungsrechts erreicht ist, in ihrem sozialen Umfeld zu stabilisieren und einzubinden. Das geschieht nicht nur durch das Schufden einer Sozialarbeiterin mit 1.200 Mietern, sondern durch die Organisation von ehrenamtlicher Arbeit von den Leuten vor Ort, die gemeinsam das Miteinander leben. Wenn es einem Nachbarn schlecht geht, die Ehefrau ins Krankenhaus muss, dann soll der Mann mit dem Stock kräftig auf den Boden klopfen, dann wissen die Nachbarn, dass er etwas braucht. Das ist ein Ausdruck des sozialen Miteinanders.

Ich hatte den Eindruck, dass es dort relativ einfach gelingt, etwas gemeinsam zu gestalten und Nachbarschaft zu erwecken. Ich finde es sehr schön, dass Genossenschaften oder Wohnungsbaugesellschaften auch dazu bewegt werden können oder von sich aus in Bewegung geraten sind, ihr älter werdendes Wohnkli-

entel so lange wie möglich in ihrem Wohnraum zu halten und auch neue Wege gehen, selber Sozialarbeiter einzustellen oder dem Bedarf mit einer Kooperation zu begegnen.

Birgit Monteiro: Georg, warst Du im Forum B? Bürgerbeteiligung, Emanzipation oder Suggestion?

Georg Zinner: Ich bin da befangen, wenn ich davon berichte. Die Bürgerbeteiligung war eher organisierte Beteiligung, in einem Fall mit Jugendlichen aus einer bayerischen Kleinstadt, die einen Skatepark mitgestaltet haben. Die Jugendlichen wurden von Verwaltung und Politik an dem Prozess beteiligt. Der Prozess wurde moderiert, um die Jugendlichen bei der Stange zu halten und auch gegen den Willen der Verwaltung konnten sie immer dabei sein.

Das zweite Beispiel kam aus Marzahn-Hellersdorf, wie Bürger dort in bestimmte Prozesse eingebunden und beteiligt werden. Dass man nicht neue Strukturen schafft, sondern auf vorhandene Strukturen zurückgreift und sie nutzt. Man sucht dauernd formell und informell das Gespräch mit den Bürgern und bezieht sie in Stadtplanungs- und Problemlösungsstrategien für den Bezirk oder für Teile des Bezirkes ein.

Es kam noch mal die Ermöglichungsstruktur zur Sprache, dass man sagt, wir stellen unsere Räume, unser Wissen und Können zur Verfügung, dann können Gruppen von Bürgern, Initiativen, Leute, die Interessen haben, die sich vielleicht auch erst in dem Haus kennen gelernt haben, die als Gruppen agieren, ihre Interessen formulieren und vertreten, und wir unterstützen dabei, aber wir bleiben selbst neutral und sie müssen sich selber direkt an die Politik wenden. Das Modell ist, dass es Leute zwischen Politik und Bürgern gibt, die die Beteiligung organisieren, damit die Wünsche der Bürger bei der Politik ankommen.

Es gab einen schönen Beitrag aus Köln, in dem gesagt wurde: also hier in Berlin gibt es vielfältige Konkurrenzen zwischen diesen beiden Ansätzen. Es werden Urteile dar-

über gefällt, das eine sei gut, das andere schlecht. Aber wir brauchen beides. Es kommt auf die soziale Schicht an, um die es geht. Es wurde für die Vielfältigkeit von Methoden und Möglichkeiten plädiert.

Mein persönlicher Kommentar: Wir bauen in Deutschland immer noch irgendwie Demokratie auf. Es ist nicht so, dass wir eine lange demokratische Tradition in unserer Gesellschaft haben. Das, was die Amerikaner oder die Engländer in der Nachkriegszeit mit der Gründung der Nachbarschaftshäuser wollten, nämlich Erziehung der Deutschen zur Demokratie, das vollzieht sich seit der Studentenbewegung in den 1968er Jahren immer wieder von Neuem in bestimmten Formen und Lernprozessen.

Ich denke, dass wir langsam dabei sind, die Zivilgesellschaft herauszuarbeiten und dass wir immer noch auf dem Weg dahin sind. Vielleicht ist man da auch immer auf dem Weg und kommt nie an. Aber jedenfalls das ist es, was wir machen, wir experimentieren in gewisser Weise auch noch. Aber ich habe schon den Eindruck oder das Gefühl, wir sind auf sehr, sehr gutem Weg.

Birgit Monteiro: Konkurrenz oder Koexistenz, das war ein Thema im Forum C.

Ralf Jonas: Ich hoffe, dass noch jemand ergänzt. Ich habe das ABC vorgestellt, das Art Basic Center Gröpelingen in Bremen. Es passte gut in das Forum, weil das ein Verbund zwischen einer sozio-kulturellen Einrichtung, einer sozial-kulturellen Einrichtung und der Volkshochschule und Stadtbibliothek Bremen ist. Es ist also ein weitgehender Verbund, der sich zur Aufgabe gemacht hat, im Stadtteil möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu kultureller Bildung zu ermöglichen.

Danach ist der Gemeinwesenverein Heerstraße in Spandau vorgestellt worden. Dort ist das Quartiersmanagement mit Gemeinwesenarbeit verbunden mit einem kleinen Stadtteilzentrum, das unterfinanziert ist.

Nach dem Vortrag hat sich eine sehr lebhaft Diskussions entwickelt. Man hat festgestellt, dass es wahnsin-

nig viele unterschiedliche Finanzierungsquellen gibt, dass ganz viel Zeit in die Akquirierung dieser Mittel rein geht. Eine Studentin, die unseren Beruf ergreifen will, war sehr erschrocken und fand es ganz schrecklich, was sie aus der Praxis gehört hat.

Ein Quartiersmanager hat sich vorgestellt, der in seinem Gebiet ganz alleine ohne Anbindung ist - und dagegen unser relativ gut aufgestellter Verbund, wo vier Einrichtungen eine solide Grundfinanzierung haben und auch gute Projekte machen können. Ich fand es sehr vielfältig. Ich kann nicht sagen, dass wir zu einem Schluss gekommen sind, dafür war die Zeit zu kurz.

Birgit Monteiro: Zum Forum über Gentrifizierung versus Ghettoisierung – Andrej Holm.

Andrej Holm: Wir hatten drei Input-Beiträge, die aus einer sehr individuellen und subjektiven Perspektive anhand von sozial-demografischen Daten und auf Grundlage von wohnungswirtschaftlichen Daten zur Mietentwicklung genau dieses Problem betrachtet haben.

Zum Beispiel das Quartiersmanagement oder andere sozialarbeiterische nachbarschaftsbezogene Initiativen, die eine Verbesserung von Lebensverhältnissen vor Ort zum Ziel haben. Deren Einsatz wirkt sich nicht in Richtung auf eine immobilienwirtschaftliche Aufwertung aus, die dann in Form von steigenden Mieten zu Verdrängungsprozessen führt. Dieses Dilemma haben wir uns zunächst einmal bewusst gemacht, dass es solche Tendenzen tatsächlich gibt. Das wurde besonders an Berliner Beispielen aus ganz verschiedenen Bezirken verdeutlicht. Es gab auch Gegenstimmen, die meinten, dass man nicht alles als Gentrification bezeichnen darf. Dass da aber ein Problem besteht zwischen einer politisch gewünschten Aufwertung von Lebensqualität und Quartiersqualität und solchen immobilienwirtschaftlichen Verdrängungsprozessen, das war relativ schnell Konsens.

In einer zweiten Etappe der Diskussion haben wir versucht herauszufinden, was man dagegen tun kann. Da sind wir zu keiner Lösung gekommen, aber ich weiß nicht,

ob das andere Leute anders wahrgenommen haben. Wir haben über einzelne Instrumente gesprochen, die man auf der Quartiersebene diskutieren kann. Aber es kam auch die Stimmung auf, das müsse für die ganze Stadt oder auf Bundesebene über Mietrecht geklärt werden.

Wir waren in einem Dilemma, dass man lokal eine Entwicklung auslöst, die man dann mit nachbarschaftsbezogener Arbeit gar nicht mehr steuern kann. Für mich war das Ergebnis der Diskussion, dass wir gesagt haben: Wie kann man mit den verschiedenen Ansätzen von quartiersbezogener Sozialarbeit und Gemeinwesenarbeit wieder zu einer Politisierung der Wohnungsfrage in der Stadtpolitik beitragen? Das kann durchaus unterschiedliche Tendenzen haben, indem man das Fachwissen, was man sich vor Ort erwirbt, in andere stadtpolitische Kontexte hineinträgt. Aber die Konsequenz kann auch darin bestehen, dass man Initiativen vor Ort ermuntert, sich stärker politisches Gehör zu verschaffen. Wir sind nicht dazu gekommen, das zu konkretisieren, was das für Berlin heißen kann. Aber auf jeden Fall war das eine sehr spannende Diskussion, die ein ganz wesentliches Problem von sozialer Stadtpolitik beschreibt.

Es steht ja schon im Gesetz, dass es die Aufgabe in sozial benachteiligten Stadtgebieten ist, die Strukturen der Benachteiligung aufzuheben oder zu mildern. Was wird als Definitionskriterium genommen? Es wird gesagt, dass es Quartiere sind, in denen Bevölkerung wohnt, die stärker von sozialer Benachteiligung, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne usw. betroffen ist. Für diejenigen aber, die hier arbeiten, ist der unerwünschte Effekt der Vertreibung der armen Bevölkerung durch soziale Aufwertung des Quartiers nicht akzeptabel. Dieses Dilemma wird uns künftig beschäftigen.

Birgit Monteiro: Gerade in dem Forum hat sich gezeigt, dass es nicht darum geht, so weiter zu machen wie bisher, sondern nach Wegen der Veränderung zu suchen. Selbst wenn man jetzt ein bisschen mehr Geld für soziale Infrastruktur hat und wir alle noch ein bisschen besser arbeiten, ist ja der Anspruch soziale Stadt trotzdem sehr

hoch. Vielleicht können wir in dieser Runde gemeinsam nach Wegen suchen oder Forderungen stellen, um dem Ziel ein bisschen näher zu kommen.

Georg Zinner: Ich bin im Laufe meines Berufslebens bescheiden geworden, was die politischen Ansprüche und die Sozialarbeit betrifft. Natürlich können wir als Sozialarbeitsbranche nicht die Wohnungsproblematik lösen. Wir können auch nicht die Problematik lösen, dass es zu wenige Arbeitsplätze gibt. Wir können nur helfen, die Probleme zu mildern und erträglich zu machen, dafür stellt der Staat oder die Gesellschaft Geld bereit, dafür bezahlt man uns. Das ist unsere Rolle.

Ich selbst neige dazu - das ist auch ein Ergebnis meines beruflichen Werdegangs oder meiner Lebenserfahrung - dass ich immer mehr davon überzeugt bin, dass es NICHT die Institutionen sind, dass es auch nicht unbedingt die Politik ist, die die gesellschaftlichen Veränderungen betreibt. Es sind auch nicht die Soziologen oder Stadtplaner, sondern es sind ganz andere Faktoren. Einerseits ganz extrem der Weltmarkt, das sich bewegende Kapital, andererseits natürlich auch der Bürger selbst, der sich dazu verhält.

Ich glaube, dass man als Bürger zur Kenntnis nehmen muss, dass wir uns in einer Gesellschaft bewegen und die Aufgabe haben, die Chancen, die diese Gesellschaft uns bietet, auch wahrzunehmen. Ich kann nicht jemandem die Schuld dafür geben, dass ich sie nicht wahrgenommen habe, denn es gibt genug Chancen. Wir haben auf jeden Fall nicht ausreichend Chancengerechtigkeit in der Bildung, das wurde bereits gesagt. Darum habe ich vorhin gesagt, dass die Infrastruktur so wichtig ist, Kindertagesstätten, Schulen, usw., um die Chancengleichheit zu erhöhen. Das ist für mich extrem wichtig.

Man kann gute Kindertagesstätten auch in benachteiligte Stadtgebiete bringen, man kann dort auch zusätzliche Angebote schaffen, auch als Stadt oder Kommune, auch als Not leidende Kommune. Ich kann auch noch bürgerschaftliches Engagement dazu geben, ich kann Fachleute einladen, damit sie mitarbeiten, ich kann sie



ermuntern, indem ich ihnen viel Freiraum für die Gestaltung gebe, usw. – das kann ich alles als Kommune oder als Staat machen. Aber ich habe als Staat oder Kommune nur sehr beschränkte Möglichkeiten, ein ganzes Stadtviertel einfach zu verändern und aufzuwerten in ein gutes Wohngebiet. Wenn aber der Wohnwert steigt, dann steigen die Immobilienwerte, die Mieten steigen, dann folgt Gentrifizierung. Und das ist dann auch wieder nicht recht, also was ist nun richtig?

Und ich bleibe dabei: erst mal ist der Bürger für sich selbst verantwortlich. Und jeder Bürger muss auch von uns immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, dass es nicht irgendjemand ist, der über sein Geschick entscheidet, sondern dass sie immer auch eine eigene Option haben. Das halte ich für extrem wichtig, egal in welcher Rolle oder Funktion wir sind. Diese Verantwortung, die jeder Einzelne für sich selbst hat, kann kein Sozialstaat auflösen. Damit wäre er überfordert.

Solche Versuche des Staates, alles regeln zu wollen, haben ja in die Sackgasse geführt, auch dazu, dass die Menschen gemerkt haben: der Staat ist überfordert und schafft gar nichts mehr richtig, sondern er macht alles, was er anpackt, nur noch halbherzig. Das führt doch auch zu der Überlegung, der Staat solle lieber weniger machen, das Weniger soll er vernünftig machen, und ansonsten soll er Freiheit geben.

Freiheit heißt nach meiner Vorstellung, dass er uns nicht vorschreibt, wie wir Bürgergesellschaft organisieren oder gestalten, wie wir unsere Einrichtungen führen, sondern er soll uns einfach das Geld geben und gemeinsam mit den Bürgern werden wir schon das Richtige entwickeln. Das ist vielleicht ein bisschen platt gesagt. Anders gesagt: Ich habe einen sehr starken Glauben an die Kraft der Bürgergesellschaft. Bei der Einführungsveranstaltung für neue Mitarbeiter, die wir einmal im Monat im Nachbarschaftsheim Schöneberg machen, sage ich unseren Mitarbeitern immer: Bitte hört genau hin, was die Bürger wollen. Haltet die Augen und Ohren offen, denn alle Innovation geht von den Bürgern aus. Wenn man das genau betrachtet, viele unserer Einrichtungen oder Angebote und Programme sind entstanden, weil Bürger das wollten, bevor wir Professionellen überhaupt nur den Gedanken gefasst haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich Bürgerengagement immer dann herausbildet, wenn irgendwas nicht mehr stimmig ist, und dass wir dann darauf reagieren, auch die Politik darauf reagiert.

Die Politik und die Verwaltungen sind nicht die Akteure, sie sind die Getriebenen, und das macht ja eigentlich

auch eine Demokratie aus. Das ist für mich die Grundüberlegung, auch zur sozialen Stadt. Wir müssen es irgendwie schaffen, den Bürgern mehr Raum zu geben, aber auch in der Form, dass wir ihnen sagen: ihr habt die Chance, ihr habt die Verantwortung, nutzt sie! Wir sollten nicht bei der Politik einfordern, jetzt gestaltet noch dieses oder jenes, denn jede staatliche Intervention hat immer auch irgendwie zu einer Schiefelage geführt. Nehmen wir den sozialen Wohnungsbau in Berlin, eine schlimmere Schiefelage gibt es ja gar nicht.

Teilnehmer: Ich begrüße die Tendenzen zur Bürgergesellschaft und zur Selbstertüchtigung und Qualifizierung von Nachbarschaften, für Probleme verantwortlich zu sein und möglichst viele Freiheiten zu bekommen, um über sich selbst zu bestimmen. Da gibt es keinen Widerspruch von mir.

Mein Widerspruch fängt an, wenn der Staat weitgehend aus seiner Verantwortung entlassen wird. Das klingt ein bisschen so.

Die Argumentation hat zwei Haken: Wenn man Bürgern klarmacht, dass sie ihre Chancen nutzen sollen, während unsere Aufgabe darin besteht, Chancengleichheit zu ermöglichen. Wenn wir uns Arbeitsmarktdaten anschauen, Entwicklung von Einkommensstrukturen, dann ist das ein Versprechen, was man gar nicht mehr formulieren kann. Wir sehen in allen Ländern weltweit, dass wir soziale Polarisierungen haben, dass es zwar immer Aufstiegschancen gibt, aber längst nicht für alle. Das ganze Wirtschaftssystem basiert darauf, dass es unglaublich viele schlecht bezahlte Arbeiten gibt.

Da kann ich nicht hingehen und sagen: streng dich in der Schule nur richtig an, du wirst es schon schaffen. Es werden nicht alle schaffen. Wir werden genau deshalb in eine Situation kommen, wo man das Selbstverständnis von quartiersbezogener Sozialarbeit auch hinterfragen muss.

Sie haben das ja gut definiert: Unsere Aufgabe ist es, genau diese Situation nicht zu ändern, sondern zu mildern, dem Einzelnen Chancen zu geben. Wir werden

erkennen müssen, dass es im ganzen System so nicht weitergeht. Das kann bedeuten, sich auch über die Interventionsmöglichkeiten von Sozialarbeit oder von nachbarschaftsbezogener Arbeit neu Gedanken machen zu müssen, nämlich in die Richtung, dass sich grundsätzlich etwas ändern muss. Diese Hilflosigkeit in der Berliner Diskussion um das Quartiersmanagement bringt es ja auf den Punkt, weil das alle wissen, dass sie die tatsächlichen Probleme nicht lösen können. Trotzdem ist man darauf angewiesen, in diesem Hamsterrad von Aktivitäten zu rennen. Man hat an Mini-Punkten – gemessen an den Problemen, die es in den Quartieren gibt – auch mal einen Erfolg, was gut ist. Aber eigentlich wissen alle, dass das, was wir machen, ein Hamsterrad ist, wo wir den Problemen immer nachrennen. Wir müssen eine Diskussion darüber führen, was sich verändern kann.

Ich glaube, dass im Bereich der Wohnungspolitik durchaus staatliche Interventionsmechanismen jenseits des katastrophalen sozialen Wohnungsbaus bestehen, aber die müssen politisch durchgesetzt werden. Wenn ich sage, dass jeder für sich selbst verantwortlich ist, dann heißt es zum Beispiel auch, Leute zu aktivieren, die eine andere Wohnungspolitik fordern.

Eine Forderung wäre, dass der Staat seine Wohnungsbau-gesellschaften anders als bisher nutzen und zum Beispiel Mietbegrenzungen setzen soll. Man ist dann Unterstützer oder Serviceleister für solche politischen Forderungsbewegungen. Aber das ist was anderes, als die Situation nur mildern zu wollen.

Gabriele Schlimper: Ich habe in letzter Zeit öfter gehört, dass es immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft gibt, gerade in diesen schwierigen Sozialräumen – die abhängig von staatlichen Leistungen sind. Das geht ja gar nicht. Wir sollten den Menschen, mit denen wir arbeiten, ein Selbstwertgefühl zurückgeben, das kann unsere Aufgabe für morgen sein. Gerade in den sozial schwachen Gebieten, wo viele Menschen leben, die abhängig sind von staatlichen Leistungen und staatlichen Sanktionen. Sie sagen, dass sie sich nur gegen

etwas engagieren würden, wenn sie etwas aufregt oder stört. Aber wenn sie sich gegen das Job-Center engagieren, müssen sie mit Benachteiligungen in der Bewilligung rechnen. Deshalb macht sich dieses Gefühl der Ohnmacht breit. Das aufzufangen, darin sehe ich unsere Aufgabe. Die Bürger/innen zu stärken und wieder den Eindruck zu vermitteln, dass wir Eigentümer des Staates sind und Verwaltung dazu da ist, unser Leben so zu organisieren, dass wir selbstbestimmt mit Kreativität unser Leben gestalten können.

Das sind ja keine hohlen Phrasen, denn wir haben die statistischen Erhebungen vorliegen, wo man am ältesten wird und wo man früher stirbt. Es gibt eine große Überschneidung zwischen QM-Gebieten und der Wahrscheinlichkeit, dass ich, wenn ich dorthin ziehe, früher sterbe als woanders. Das ist eine schwache Interpretation von Statistik, das ist schon klar, aber auch da muss man rangehen. Was passiert da?

Arvid Krüger: Brauchen wir die Intervention in den Quartieren oder nicht? Ein bisschen Intervention durch Stadtentwicklung oder Staat scheint mir doch sinnvoll zu sein. Ich weiß, dass drei der Nachbarschaftshäuser im Bezirk Lichtenberg durch Städtebaufördermittel gebaut oder saniert wurden. Irgendjemand muss ja die Gebäude schaffen, in denen wir arbeiten.

Wir haben gesamtgesellschaftlich in den Quartieren, über die wir sprechen, mehr und mehr wirklich marginalisierte Gruppen. Die sind kaum artikulationsfähig, die sind kaum erziehungsfähig, sie sind kaum integrationsfähig. Das ist eine sehr harte Analyse, aber die Anzahl solcher Gruppen wird größer. Ich finde es auch toll, den Raum zu bieten, der offen ist, die Bürger kommen und machen schon. Aber was geschieht, wenn bestimmte Gruppen nicht machen oder machen können? Welche Möglichkeiten haben sie, damit es trotzdem zu einer Teilhabe dieser Bürgerschaft kommt?

Georg Zinner: Was ich gesagt habe, das betrifft meine grundsätzliche Haltung, dass ich nicht glaube, dass wir

dazu da sind, die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Natürlich möchte ich auch, dass der Bürger aktiv wird, dass er Zustände, die nicht in Ordnung sind, in Ordnung bringt, dass er aufsteht und an die Politik Forderungen stellt und deutlich sagt, was er sich wünscht.

Es ist mir klar, dass es marginalisierte Gruppen gibt, dass es eine strukturelle Arbeitslosigkeit gibt. Es ist mir klar, dass sich das individuell gar nicht auflösen lässt und es dann vermittelnde Instanzen braucht. Aber woran ich nicht glaube, ist, dass WIR die Institutionen sind, die das auflösen können. Das heißt nicht, dass wir uns nicht auch Mühe geben sollten auf diesem Gebiet, und dass wir uns nicht anstrengen sollten, dass wir alles tun müssen. Ich versuche immer darauf zu verweisen, wir sollten uns da anstrengen, wo wir Möglichkeiten haben.

Wir sollten nicht einer Utopie nachjagen, von der wir wissen, dass wir keinen Einfluss darauf haben. Darum bin ich in gewisser Weise ganz bescheiden in Bezug auf unsere Rolle. Für eine gute Kindertagesstätte können wir sorgen, für einen guten Treffpunkt können wir sorgen, dass Gruppen sich zusammenfinden, dass wir ihnen sagen können, wie sie ihre Interessen an der richtigen Stelle zu Gehör bringen, wie sie sich organisieren können. Wir können Schularbeitshilfen organisieren, wir können Deutschkurse organisieren, alle diese Dinge müssen wir auch tun, auch im Sinne von Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit.

Birgit Monteiro: Wir sind hauptsächlich in einer Runde mit Sozialarbeitern und mit Menschen, die in der Nachbarschaftsarbeit aktiv sind, Stadtentwickler, Stadtplaner. Wer fehlt, das sind vielleicht Volkswirtschaftler. Sie hatten die These, dass nicht für alle Aufstiegschancen da sind.

Was lässt es sich der Staat kosten, den sozialen Frieden zu erhalten? Transferleistungen, Programme, Sozialausgaben. Dem würde ich die These entgegenstellen, dass wenn man das Geld anders eingesetzt verwenden könnte, es ausreichend wäre, um jedem Bürger die Chancen zu bieten, die er braucht.

Teilnehmer: Trotz Krisen sind unsere westlichen Gesellschaften unglaublich reich, volkswirtschaftlich gesehen. Der große Reichtum ist aber ungleich verteilt. Deshalb glaube ich, dass es nicht nur einfach darum geht, eine Chance zu bekommen, über Marktmechanismen, Arbeitsmarkt, Bildungsmarkt, etc. Es müsste darum gehen, an welchen Stellen ich Umverteilungsmechanismen einbringen muss. Eine Umverteilung jenseits von Marktmechanismen ist ja schon in dieser nachbarschaftlichen Ebene tatsächlich organisierbar, indem die Leute mit großer Bildungsnähe und vielen Bildungschancen einen Teil ihrer Vorteile an andere abgeben würden. Aber das passiert selten.

Wir haben den Mythos von der sozialen Mischung, der seit 150 Jahren durch die Stadtpolitik geistert, der davon ausgeht, wenn die Armen nur genügend Gebildete und Reiche um sich haben, dann macht das ihr Leben als Arme einfacher. Das stimmt aber doch in vielen Fällen gar nicht. Das ist nicht die Lösung. Nur weil mein Nachbar schlauer ist, lerne ich selber nicht schreiben oder kriege kein besseres Abendbrot von meinen Eltern.

Also geht es darum, dass wir auch materielle Infrastrukturen umverteilen. Chancen kann man nicht einfach nur bieten, sondern die muss man über Quoten oder Regeln auch tatsächlich adressieren an diejenigen, denen man eine Minderausstattung mit diesen Chancen zuschreibt. Wir brauchen zielgruppenspezifische Programme.

Ralf Jonas: Das Ziel so zu setzen, als glaubten wir daran, dass wir tatsächlich die Welt grundlegend verbessern werden, das halte ich für einen völlig überzogenen Anspruch. Wenn ich von kleinräumigen Zielen in Nachbarschaftseinrichtungen spreche, sage ich: wenn wir die neu zugezogenen Bulgaren mit einbeziehen können, wenn wir da eine Kleinigkeit schaffen, vielleicht über unsere Zuwendung ein paar Schülern mehr die Möglichkeit geben, Abitur zu machen, usw., dann sind das unsere kleinräumigen Ziele.

An die große Politik mag ich persönlich gar nicht mehr denken. Aber ich finde, auch mit diesen kleinräu-



migen Zielen kann man Stück für Stück und nachhaltig in einem Stadtteil etwas zum Positiven verändern. Daran glaube ich. Da sind alle Einrichtungen in den Stadtteilen unglaublich wichtig.

Natürlich würde ich mir politisch wünschen, dass es irgendwas wie Gleichbehandlung geben würde, dass überlegt würde, wie viele Stadtteilzentren nötig sind, wie müssen die finanziell abgesichert sein, damit sie vernünftig arbeiten können. Wenn ich jedes Jahr herkomme, höre ich immer wieder von den Leuten, ja, die arbeiten unter dermaßen schlechten Verhältnissen – da würde ich wahrscheinlich auch nichts bewirken.

Ein Ziel muss sein, dass wir nach wie vor politisch Einfluss nehmen und auf die Absicherung von gut funktionierenden Einrichtungen drängen, dass wir eben, was wir seit Jahren erfolgreich machen, in den Stadtteilen positive Veränderungen hervorrufen. Mehr können wir nicht machen.

Birgit Monteiro: Das war noch mal der Bogen zum Sozialraum.

Georg Zinner: Ich will noch eine praktische Antwort geben. Soziale Stadt – wie gestaltet man eine soziale Stadt? Ein Beispiel, wie man vielleicht einer Randgruppe helfen oder sie unterstützen kann: Wir haben beim Nachbarschaftsheim Schöneberg Al Nadi, ein kleines Projekt, das wird mit 50.000 oder 60.000 Euro im Jahr gefördert. Das entspricht einer Sozialarbeiterstelle, aufgeteilt auf zwei halbe Stellen. Da wird seit jeher Schularbeitshilfe für arabische Mädchen angeboten, also da dürfen nur Frauen und Mädchen hinkommen.

Jetzt ist die Nachfrage nach dieser Hilfe viel größer als Al Nadi bewältigen kann, Geld gibt es natürlich nicht, da können wir noch so viele Anträge stellen. Was macht man? Es wird unter den Honorarmitarbeitern diskutiert, auch unter den Ehrenamtlichen. Ein Student hat eine Idee. Er bekommt ein Stipendium, er arbeitet da, weil er dafür der Gesellschaft was zurückgeben will. Aber es gibt ja noch viele andere Studenten, die auch ein Stipendium kriegen. Die könnte er doch fragen, ob sie nicht auch ehrenamtlich Schularbeitshilfe machen könnten. Wo soll das passieren, bei Al Nadi gibt es gar keinen Platz mehr. Könnten wir das nicht in den Familien selbst machen? Vorher war das immer tabu, weil die Sozialarbeiter meinten, das ginge nicht, arabische Familien lassen keinen Deutschen in ihre Wohnung.

Das wurde dann ausprobiert – und das ganze Projekt läuft im dritten Jahr. Das hat uns als Nachbarschaftsheim 10.000 Euro bis jetzt gekostet, weil alles ehrenamtlich gemacht wird. Lediglich die Vermittlung zu den Familien macht eine 400 Euro-Stelle, die Person hat einen interkulturellen Hintergrund und das Vertrauen der Familien. Inzwischen arbeiten 140 Studenten in arabischen Familien und machen dort Schularbeitshilfe. Die Begeisterung ist auf allen Seiten sehr groß. Bei den stolzen arabischen Familien, deren Kinder Schulabschlüsse schaffen oder die Noten verbessern; bei den Studenten, weil sie einen gesellschaftlichen Beitrag leis-

ten können. Sie sind unendlich stolz, weil sie nebenher ihren Horizont erweitern und mit einer anderen Kultur in Berührung kommen. Und die ganze Stadt hat etwas davon, denn für weniger als 10.000 Euro wird eine ganz praktische Initiative gestartet.

Es fehlt uns oft an Kreativität und Phantasie! Man darf nicht immer alles nur an den Staat adressieren, sondern muss sich selber fragen, was man tun kann. Ich möchte nicht wissen, wie viele Studenten in Berlin noch bereit wären, solche Sachen zu machen, wenn man sie nur anspricht und wenn man es ihnen ermöglicht. In diesem Fall hat es geklappt, mehrere Umstände haben gepasst, und die Studenten sind sehr froh. Schülerpaten Berlin – schauen Sie im Internet nach!

Der Staat stellt an sich selbst Forderungen, die Politiker versprechen uns dauernd Sachen, die sie nicht einlösen können und sind verwundert, dass dann die Bürger frustriert sind darüber. Sie jammern, weil immer Geld knapp ist, dabei wird immer mehr Geld ausgegeben, ohne dass die Ergebnisse wirklich so positiv wären, wie man es sich wünschen würde.

Ich habe auch gar nichts dagegen, dass die Reichen noch mehr besteuert werden, ich zahle auch noch mehr Steuern, das ist mir egal. Aber es geht darum zu fragen, was hat die Gesellschaft für eigene Kräfte und was kann unsere Rolle dabei sein, um diese unabhängigen Kräfte, die man als Bürger frei gestalten kann, auch freizusetzen oder zum Laufen zu bringen? Ich möchte das, was möglich ist, möglichst auch tun. Das ist soziale Stadt gestalten. Das Beispiel der Studenten soll dafür stehen, dass es auch ganz einfach und mit wenig Geld geht.

Birgit Monteiro: Das war ein gutes Schluss-Statement in unserer Runde, neben all den großen Problemen, für die wir heute noch keine Lösung präsentieren können, die vielen Möglichkeiten aufzuzeigen, die jeder Einzelne von uns an seinem Platz hat. Das ist vielleicht das, was wir erst mal mitnehmen!

für die tatkräftige Unterstützung an das gesamte Organisationsteam, die Moderatoren und Referenten, die Mitarbeiter des „JugendKulturZentrum PUMPE“ und die musikalischen Begleiter Marlon Alberto Muvdi und das Berliner Streichorchester.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen bei der Jahrestagung 2013!

Aktuelle Infos unter:
www.stadtteilzentren.de



Teilnehmer 2011

Vorname	Nachname	Institution / Internet
Dana	Ackermann	
Ingrid	Alberding	Mittelhof e.V. / www.mittelhof.org
Manfred	Bahr	STZ MOSAIK / Wuhletal-Psychosoziales Zentrum / www.wuhletal.de
Andrea	Baisch-Herrmann	
Andrea	Barth	Mehrgenerationenhaus Heilbronn
Anne	Batthauer	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Ingeborg	Beer	Stadtforschung + Sozialplanung / www.stadtforschung-berlin.de
Eva	Bittner	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. / Theater der Erfahrungen / www.theater-der-erfahrungen.de
Theda	Blohm	Der Paritätische / Freiwilligendienste aller Generationen / www.paritaet-berlin.de/freiwillig/freiwilligendienste
Dorothee	Böcker	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. / Community Care - Sozialarbeit für den BWV z.K.
Jörg	Borchardt	Quartiersrat Magdeburger Platz
Andrea	Brandt	FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain / www.die-freiwilligenagentur.de
Hendrik	Brauns	QM Pankstraße
Franziska	Brinkmann	
Gabriele	Busmann	Outback Stiftung Sozialraumkoordination Köln
Iwona	Chwialkowska	Kreuzberger Stadtteilzentrum/ NHU / www.reichenbergerkiez.net
Juliane	Damian	Kreuzberger Stadtteilzentrum/ NHU / www.reichenbergerkiez.net
Dorothea	Danner	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf / Jugendamt Regionaler Dienst
Holger	David	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
Nesrin	Demir	degewo
Ingo	Dickel	NBH Schöneberg e.V.
Seyitali	Dikmen	Projekt Outreach
Ruth	Ditschkowski	Fabrik Osloer Straße e. V. / NachbarschaftsEtage / www.nachbarschaftsetage.de
Gabi	Ditz	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Heidemarie	Dreyer-Weik	Paritätische Akademie
Olaf	Driedger	Fabrik Osloer Straße e.V. / www.fabrik-osloer-strasse.de
Martin	Drischmann	Quartiermanagement/ Stadtteilzentrum Dingolfing
Marcus	Duwe	VsKA
Maik	Eimertenbrink	VsKA
Serge	Embacher	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Anita	Engelmann	Rabenhaus e.V. / www.rabenhaus.de
Willy	Eßmann	
Sabine	Eyrich	STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Petra	Feistel	Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH / www.unionhilfswerk.de
Elke	Fenster	Moabiter Ratschlag e.V. / www.moabiter-ratschlag.de
Gabriele	Fichtner	BALL e.V. / www.ball-ev-berlin.de
Petra	Filipczyk	Frei-Zeit-Haus e.V. / www.frei-zeit-haus.de
Andris	Fischer	VsKA
Renate	Flemming	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Anja	Föhlisch	
Stefan	Gabi	Stadt Leipzig / Amt für Stadterneuerung / www.leipzig.de/stadterneuerung
Angela	Gärtner	KREATIVHAUS e.V. / www.kreativhaus-berlin.de
Sigrid	Gause	Lebenshilfe BAB gGmbH / www.lebenshilfe-bab.de/
Gabriele	Geißler	Kiek in e.V. Berlin / www.verein-kiekin.de
Kerstin	Gerth	Frei-Zeit-Haus e.V. / Charlotte Treff / www.frei-zeit-haus.de
Bernd	Giesecke	Bürgerschaftshaus Bocklemünd e.V.

Vorname	Nachname	Institution / Internet
Ralf	Gilb	
Reinhilde	Godulla	GskA (Projekt Network) / www.kiezatlas.de
Eberhard	Göpel	GesundheitsAkademie Bielefeld
Nancy	Graf	Outreach Team Lankwitz
Angelika	Greis	NachbarschaftsHaus Urbanstraße e.V. / www.duettmann-siedlung.de
Gunter	Groß	KJFE „Villa Schöneberg“ / www.outreach-berlin.de
Volker Matthias	Grube	Werk- und Betreuungsstätte f. Körperbehinderte Ottendorf gGmbH
Kirsten	Grünebohm	FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain / www.die-freiwilligenagentur.de
Ines	Grzyb	Projekt Outreach / www.outreach-berlin.de / Team Reinickendorf Ost
Kathrin	Grzybon	FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain / www.die-freiwilligenagentur.de
Simon	Güntner	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg / www.haw-hamburg.de
Astrid	Hale	Fabrik Osloer Str. e.V / NachbarschaftsEtage - Alte Werkstatt / www.nachbarschaftsetage.de
Susanne	Hartl	NachbarschaftsHaus Urbanstraße e.V. / www.nachbarschaftsHaus.de
Petra	Haug	ubs e.V. / www.ubs-ev.de
Petra	Haumersen	QM Lipschitzallee / Gropiusstadt (Berlin Neukölln) / www.qm-gropiusstadt.de
Sandra	Hauptmann	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Wolfgang	Hecht	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.
Bernhard	Heeb	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. / www.nbh-neukoelln.de
Thomas	Helfen	QM Flughafenstraße/ASUM GmbH / www.qm-flughafenstrasse.de
Claudia	Hofbauer	Mittelhof e.V.
Tina	Hofmann	Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Andrej	Holm	Humboldt-Universität Berlin (Stadt- und Regionalsoziologie)
Frank	Holzmann	BALL e.V. / www.ball-ev-berlin.de
Gisela	Hübner	
Jutta	Husemann	PFH Familientreffpunkt Kurmärkische Str. (Kiezoase)
Bengt	Jacobs	LABYRINTH / www.im-labyrinth.de
Bojana	Jähne	Wohnungsgenossenschaft „Grüne Mitte“ Hellersdorf eG / www.wohnungsgenossenschaft.de/
Kerstin	Jahnke	Quartiersmanagement Wrangelkiez / www.quartiersmanagement-wrangelkiez.de/
Uta	Jänicke	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Beate	Janke	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V. / www.vav.hhausen.de
Ralf	Jonas	Bürgerhaus Oslebshausen e.V.
Brigitte	Keller	ubs e.V. / www.ubs-ev.de
Ulrike	Keller	ubs e.V. / www.ubs-ev.de
Theo	Killewald	STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH / www.STATTBAU.de
Öztürk	Kiran	QM Spandauer Neustadt / www.stern-berlin.com
Martina	Klemm	BürgerInformationsZentrum Oberschöneide
Sibyll	Klotz	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg / Abt. Gesundheit und Soziales
Ursula	Köcher	
Stefan	Köder	Stadtteilmanager Magdeburg - Neu Olvenstedt, Internationaler Bund (IB)
Marianne	Konermann	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. / www.nbhs.de
Anja	Konschak	
Jochen	Kramer	Kiek in e.V. Berlin / www.verein-kiekin.de
Ilonka	Krause	Sozialamt Treptow-Köpenick
Cordula	Krause	STZ Pestalozzi-Treff / www.mut-gesundheit.de
Jutta	Kreibaum	Gemeinsam im Stadtteil SprengelHaus
Arvid	Krüger	Kiezmanagement Welsekiez

Teilnehmer 2011

Vorname	Nachname	Institution / Internet
Tina	Kühnapfel	LABYRINTH / www.im-labyrinth.de
Michael	Kunze	Kiezspinne FAS e.V. / www.kiezspinne.de
Jörg	Lampe	Kiek in e.V. Berlin/ Quartiersbüro / www.verein-kiekin.de
Stephan	Lange	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Dirk	Lashlee	GskA mbH
Rainer	Laudan	LABYRINTH / www.im-labyrinth.de
Timm	Lehmann	Mehrgenerationenhaus Phoenix - Mittelhof e.V. / www.mittelhof.org
Christoph	Lewek	Frei-Zeit-Haus e.V. / www.frei-zeit-haus.de
Klaus-Peter	Licht	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Christina	Lückenga	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. / Ganztagsbetr. der Peter-Paul-Rubens-Schule
Frank	Lüttgerding	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Manja	Mai	Outreach-Mobile Jugendarbeit Marzahn
Björn	Malycha	Offensiv 91 e.V. / www.offensiv91.de
Martina	Marko	albatros e.V.
Monika	Marquardt	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Annette	Maurer-Kartal	Stadtteilverein Schöneberg e.V. / www.stadtteilvereinschoeneberg.de
Jens	Meissner	Sozialamt Treptow-Köpenick
Birgit	Monteiro	Verband für sozial-kulturelle Arbeit / www.stadtteilzentren.de
Philipp	Mühlberg	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Erika	Müller	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Jana	Müller	Haus der Begegnung M3 e.V. / www.m3marzahn.de
Ingrid	Müller	Kinder- u. Jugend gGmbH
Karin	Müller	Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. / www.nachbarschaftshaus-wiesbaden.de
Katja	Niggemeier	L.I.S.T. GmbH, QM Soldiner Straße / www.deinkiez.de
Alexander	Nöhring	Berliner Beirat f. Familienfragen / www.familienbeirat-berlin.de
Peter	Ogrzall	Alte Feuerwache e. V. / www.alte-feuerwache.de
Holger	Opladen	Bürgerschaftshaus Bocklemünd e.V.
Brigitte	Osterburg	VskA
Stephanie	Otto	adrian.mehlin.prozessnavigation
Rosemarie	Panowa	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Petra	Patz-Drücke	BA Mitte Berlin / Beauftragte für Stadtteilmanagement / www.berlin.de/ba-mitte/aktuell/qm/index.htm
Christian	Paulus	VskA
Daniel	Pilgrim	KIS im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz / www.kisberlin.de
Anett	Pöbel	
Ulrike	Preisser	Fabrik Osloer Straße e. V. / NachbarschaftsEtage / www.nachbarschaftsetage.de
Bernd	Preußner	Klub 74 Nachbarschaftszentrum Hellersdorf e.V. / www.klub74.de
Cornelia	Rasulis	Kulturverein Prenzlauer Berg e. V.
Miriam	Rausch	Nachbarschaftszentrum in der ufaFabrik e. V. / www.nusz.de
Markus	Richter	TU Berlin
Gabriele	Riel	Möckernkiez e.V. / www.moeckernkiez.de
Anette	Riesinger	Quartiersbüro Fleischervorstadt / www.quartiersbuero.de
Petra	Rissmann	Nachbarschaftstreff G 19 / AWO Kreisverband Suedwest
Grit	Rohde	Offensiv 91 e.V. / www.offensiv91.de
Markus	Runge	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. / www.nachbarschaftshaus.de
Gerald	Saathoff	Mittelhof e.V.

Vorname	Nachname	Institution / Internet
Monika	Schaal	Nachbarschaftshaus Pfefferwerk am Teutoburger Platz / www.pfefferwerk.de
Melanie	Schäfer	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V. / www.vav.hhhausen.de
Herbert	Scherer	GskA , M3 e.V.
Elena	Scherer	TU Berlin/ HdBM3 e.V.
Gabriele	Schlimper	Der PARITÄTISCHE, LV Berlin e.V.
Carmen	Schmidt	Selbsthilfezentrum Neukölln / www.selbsthilfe-neukoelln.de
Gerd	Schmitt	Kiezoase Schöneberg / Pestalozzi-Fröbel-Haus / www.pfh-berlin.de
Markus	Schönbauer	Bürgerhaus e.V. / www.buergerhaus-ev.de
Christiane	Schönknecht	NBH Schöneberg e. V.
Elke	Schönrock	Gemeinwesenverein Haselhorst e.V. / www.gvw-haselhorst.de
Marion	Schuchardt	STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Barbara	Schünke	BA Marzahn Hellersdorf / Stadtteilbüro der Jugendarbeit Marzahn NordWest
Heike	Schwagerus	VskA e.V.
Claudia	Schwarz	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Romy	Seidel	MGH Jena, ÜAG gGmbH / www.ueag-jena.de
Manja	Seifert	Freizeitzentrum e.V. / www.rfz-online.de
Patricia	Spengler	BA Charlottenburg-Wilmersdorf / Abt. Bauwesen Stadtteilmanagement
Petra	Sperling	Gemeinwesenverein Heerstr. Nord e.V.
Martina	Spitzl	Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
Gerlinde	Spotka	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Claudia	Steckelberg	Duale Hochschule Baden Württemberg Stuttgart
Karla	Stierle	S.T.E.R.N GmbH / QM Hellersdorfer Promenade
Haroun	Sweis	GskA (Projekt Network) / www.orientexpress-berlin.de
Bianca	Thiede	Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.
René	Uckert	KoSP GmbH / www.kosp-berlin.de
Evelyn	Ulrich	
Ruth	Uzelino	Selbsthilfe- und Stadtteilzentrum Reinickendorf / www.unionhilfswerk.de/
Angelika	Vahnenbruck	StadtRand gGmbH / Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstelle Mitte
Matthias	Vernaldi	ambulante dienste e.V.
Thomas	Vietz	VskA
Antonia	Volk	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg / Sozialamt
Katja	Volkenant	Outreach mobile Jugendarbeit Berlin / www.outreach-reinickendorf.de
Stephan	Wagner	Paritätische Bundesakademie
Gerhard	Wahl	outreach-spandau
Ursula	Walker	
Gabriele	Wegerich	Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. / www.nachbarschaftshaus-wiesbaden.de
Marion	Welz	Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.
Renate	Wilkening	Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V. / www.nusz.de
Ursula	Wille	BA Marzahn-Hellersdorf / Sozialamt
Matthias	Winter	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. / www.nachbarschaftshaus.de
Marianne	Wolffram	Caritasverband Geldern Kevelaer e.V.
Safak	Yildiz	S.T.E.R.N GmbH / QM Brunnenstr.
Djamila	Younis	Mehrgenerationenhaus KREATIVHAUS e.V. /
Tom	Zielen	Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.V. / www.nusz.de
Georg	Zinner	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. / www.nbhs.de

Der Rundbrief wird herausgegeben vom
Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Tucholskystraße 11, 10117 Berlin

Telefon: 030 280 961 03
Fax: 030 862 11 55
Email: bund@sozkult.de
Internet: www.vska.de

Redaktion: Birgit Monteiro
Gestaltung: hulitschke mediengestaltung
Druck: Agit-Druck Berlin

Der Rundbrief erscheint halbjährlich
Einzelheft: 5 Euro inkl. Versand



ISSN 0940 - 8665 | 48. Jhg. / Heft 1 | 5,00 €

gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



GlücksSpirale
Virtuelle



DER PARITÄTISCHE
BERLIN